

Stenographisches Protokoll

123. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Montag, 16. Dezember 1985

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986

Beratungsgruppe XV: Gesundheit und Umweltschutz

Beratungsgruppe VII: Soziale Verwaltung

Beratungsgruppe III: Äußeres

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 10843)

Entschuldigung (S. 10843)

Ordnungsrufe (S. 10908, S. 10928, S. 10931, S. 10963 und S. 10974)

Geschäftsbehandlung

Antrag des Abgeordneten Dr. Schüssel, dem Verfassungsausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 147/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 17. Dezember 1985 zu setzen (S. 10843)

Ablehnung des Fristsetzungsantrages (S. 10982)

Tatsächliche Berichtigungen

Dr. Schwimmer (S. 10873)

Mag. Minkowitsch (S. 10972)

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 10843)

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Schüssel, Graf, Dr. Puntigam, Ingrid Tichy-Schreder, Dr. Helga Rabl-Stadler und Genossen an den Bundeskanzler betreffend einen Neuen Anfang in der Budget- und Wirtschaftspolitik

durch rasche Nationalratswahlen (1789/J) (S. 10897)

Begründung: Dr. Schüssel (S. 10898)

Bundeskanzler Dr. Sinowatz (S. 10904)

Debatte:

Graf (S. 10905),
Schieder (S. 10909),
Dr. Puntigam (S. 10911),
Dr. Gugerbauer (S. 10914),
Ingrid Tichy-Schreder (S. 10917),
DDr. Gmoser (S. 10919),
Cap (S. 10923) und
Dr. Helga Rabl-Stadler (S. 10926)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (740 und Zu 740 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen (777 d. B.)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe XV: Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz

Spezialberichterstatter: Brennsteiner (S. 10844)

Beratungsgruppe VII: Kapitel 15: Soziales, Kapitel 16: Sozialversicherung

Spezialberichterstatter: Scheucher (S. 10845)

Redner:

Bundesminister Dr. Steyrer (S. 10846), Heinzinger (S. 10847), Hochmair (S. 10853), Probst (S. 10857), Dr. Schwimmer (S. 10862), Hesoun (S. 10867),

Dr. Schwimmer (S. 10873) (tatsächliche Berichtigung), Dr. Helene Partik-Pabé (S. 10873), Bundesminister Dallinger (S. 10878),

Dr. Feuerstein (S. 10882), Tonn (S. 10885), Dr. Stummvöll (S. 10887), Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld (S. 10890),

Tirnthal (S. 10895), Maria Stangl (S. 10929), Haigermoser (S. 10932), Rosemarie Bauer (S. 10933),

10842

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Wanda Brunner (S. 10936),
 Brandstätter (S. 10938),
 Kräutl (S. 10940),
 Samwald (S. 10942),
 Helmut Stocker (S. 10945) und
 Schwarzenberger (S. 10947)

Annahme der Beratungsgruppen XV und VII
 (S. 10948)

Beratungsgruppe III: Kapitel 20: Äußeres

Spezialberichterstatter: Höll (S. 10948)

Redner:

Dr. Steiner (S. 10950),
 DDr. Hesele (S. 10956),
 Peter (S. 10961),
 Dr. Khol (S. 10963),
 Bundesminister Mag. Gratz (S. 10969),
 Marsch (S. 10971),
 Mag. Mankowitsch (S. 10972)
 (tatsächliche Berichtigung),
 Dipl.-Ing. Flicker (S. 10972),
 Dr. Jankowitsch (S. 10974),
 Dr. Ettmayer (S. 10978) und
 Dr. Höchtl (S. 10980)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Peter, Dr. Steiner und Genossen betreffend Bericht der österreichischen Bundesregierung über fortgesetzte Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit unter besonderer Berücksichtigung des KSZE-Prozesses (S. 10978) — Abstimmung siehe bitte 124. Sitzung

Annahme der Beratungsgruppe III (S. 10981)

Eingebracht wurden

Anträge der Abgeordneten

Dr. Steiner, Dr. Khol, Karas, Dr.

Ermacora und Genossen betreffend die österreichische Europapolitik (175/A)

Ing. Hobl, Dr. Lichal, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Paßgesetz abgeändert wird (176/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Schüssel, Graf, Dr. Puntigam, Ingrid Tichy-Schreder, Dr. Helga Rabl-Stadler und Genossen an den Bundeskanzler betreffend einen Neuen Anfang in der Budget- und Wirtschaftspolitik durch rasche Nationalratswahlen (1789/J)

Dr. Ettmayer und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Errichtung eines Postamtes im Bereich der Wohnhausanlage Wien 22, Rennbahnweg (1790/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Hubert Huber und Genossen (1624/AB zu 1677/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Hofmann und Genossen (1625/AB zu 1719/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen (1626/AB zu 1638/J)

des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Rieder und Genossen (1627/AB zu 1634/J)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Mag. Minkowitsch, Dritter Präsident Dr. Stix.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 120. Sitzung vom 12. Dezember ist in der Parlamentsdirektion aufgelegen und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Ing. Kowald, Frau Helga Wieser, Dr. Veselsky.

Entschuldigt hat sich der Abgeordnete Grabher-Meyer.

Einlauf

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 1624/AB bis 1627/AB eingelangt sind.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. Leitner: „Der Herr Bundespräsident hat am 11. Dezember 1985, Zl. 1003-05/7, folgende Entschließung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Familie, Jugend und Konsumentenschutz Gertrude Fröhlich-Sandner innerhalb des Zeitraumes vom 14. bis 19. Dezember 1985 den Bundesminister für Finanzen Dr. Franz Vranitzky mit der Vertretung.

Hievon beehe ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler
Dr. Neumayer

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Ankündigung einer dringlichen Anfrage

Präsident: Es ist das von 20 Abgeordneten unterstützte Verlangen gestellt worden, die in

dieser Sitzung eingebrachte schriftliche Anfrage 1789/J der Abgeordneten Dr. Schüssel und Genossen an den Bundeskanzler betreffend einen neuen Anfang in der Budget- und Wirtschaftspolitik durch neue Nationalratswahlen dringlich zu behandeln.

Da dieses Verlangen darauf gerichtet ist, die dringliche Behandlung noch vor Eingang in die Tagesordnung durchzuführen, mache ich von dem Recht gemäß § 93 Abs. 4 der Geschäftsordnung Gebrauch, dieselbe an den Schluß der Sitzung, aber nicht über 16 Uhr hinaus zu verlegen.

Fristsetzungsantrag

Präsident: Vor Eingang in die Tagesordnung teile ich mit, daß Herr Abgeordneter Schüssel beantragt hat, dem Verfassungsausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 147/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 17. Dezember 1985 zu setzen.

Dieser Antrag wird gemäß der Geschäftsordnung nach Beendigung der Verhandlungen in der heutigen Sitzung zur Abstimmung gebracht werden.

Wiederaufnahme der vertagten Verhandlung

Präsident: Wir nehmen die durch die eingeschobenen Sitzungen vom 12. und 13. Dezember vertagte Verhandlung des Bundesfinanzgesetzes für 1986 wieder auf.

Gegenstand der heutigen Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (740 und Zu 740 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen (777 der Beilagen).

Einvernehmlich wird die Debatte über die Beratungsgruppen XV: Gesundheit und Umweltschutz, und VII: Soziale Verwaltung, des Bundesvoranschlages zusammengefaßt.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (740 und Zu 740 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das

10844

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Präsident**Jahr 1986 samt Anlagen (777 der Beilagen)****Beratungsgruppe XV****Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz****Beratungsgruppe VII****Kapitel 15: Soziales****Kapitel 16: Sozialversicherung**

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe XV ist der Herr Abgeordnete Brennsteiner. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Brennsteiner: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zur Beratungsgruppe XV, Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe XV enthaltene Kapitel 17 „Gesundheit und Umweltschutz“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1986 in seiner Sitzung am 15. November 1985 in Verhandlung gezogen.

Der Voranschlag für 1986 sieht bei diesem Kapitel Ausgaben von 5 102 032 000 S und Einnahmen von 808 229 000 S vor.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1985 bedeutet dies Mehrausgaben von rund 591 Millionen Schilling und Mindereinnahmen von rund 484 Millionen Schilling.

Ausgaben: Von den Gesamtausgaben entfallen auf den Personalaufwand 401 430 000 S oder rund 8 Prozent und auf den Sachaufwand 4 700 602 000 S oder rund 92 Prozent.

Zum Personalaufwand: Der Mehraufwand gegenüber dem Bundesvoranschlag 1985 von rund 80 Millionen Schilling ist vor allem auf das mit Wirksamkeit vom 1. Mai 1985 errichtete Umweltbundesamt, auf die ganzjährige Vorsorge für die Bezugserhöhungen ab 1. Jänner 1986 und auch auf Planstellenvermehrungen zurückzuführen.

Zum Sachaufwand: Der Mehraufwand gegenüber dem Bundesvoranschlag 1985 beträgt rund 511 Millionen Schilling.

Zum Sachaufwand ist im einzelnen zu bemerken:

Bei Titel 170 „Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz“ betreffen fast 39 Prozent der Ausgaben gesetzliche Verpflichtungen; es sind dies in erster Linie Beitragsteilungen an internationale Organisationen sowie Familienbeihilfen.

Bei Titel 172 „Gesundheitsvorsorge“ entfallen auf die Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds rund 2,65 Milliarden Schilling.

Weitere beträchtliche Förderungsmittel sind unter anderem zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, für Maßnahmen betreffend AIDS, für die Errichtung von Funknotdiensten und für diverse Forschungsprojekte von Ludwig-Boltzmann-Instituten vorgesehen.

Zur Bekämpfung des Suchtgiftmisbrauches sind rund 20 Millionen Schilling veranschlagt.

Bei Titel 173 „Umweltschutz, Lebensmittel-, Veterinärwesen“ sind für den Strahlenschutz rund 79 Millionen Schilling zum weiteren Ausbau und Betrieb des Strahlenfrühwarnsystems (Beobachtungsstationen bei den Bezirksverwaltungsbehörden, fernmeldetechnische Einrichtungen usw.) sowie für die Konditionierung niedrig- und mittelaktiver radioaktiver Abfälle aus Krankenhäusern und der gleichen vorgesehen.

Zur Überweisung an den Umweltfonds wurde 1 Milliarde Schilling bereitgestellt.

Bei Titel 174 „Rechtsangelegenheiten“ sind 62,5 Millionen Schilling für Aufwendungen nach dem Tuberkulosegesetz vorgesehen.

Weitere Ausgaben von insgesamt 44,8 Millionen Schilling sind unter anderem für Untersuchungen nach dem Bäderhygienegebot, für Entschädigungsleistungen nach sanitäts- und veterinärgesetzlichen Bestimmungen sowie für Studienförderung und Schülerbeihilfen bestimmt.

Für die Abrechnung und Nachzahlung der Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz wurden 100 Millionen Schilling bereitgestellt.

Bei Titel 179 „Dienststellen“ ist — abgesehen von den laufenden Betriebskosten der Anstalten — nicht nur für Ersatzanschaffungen von Apparaten und Geräten, sondern auch für Neuanschaffungen unter Berücksichtigung von Rationalisierung und Technisierung finanziell vorgesorgt.

Brennsteiner

Auch die Erfordernisse für den stufenweisen Aufbau des Umweltbundesamtes sowie die Aufwendungen für das Arzneimittelgesetz und die AIDS-Tests wurden berücksichtigt.

Bei der Abstimmung am 22. November 1985 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XV unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 17: Gesundheit und Umweltschutz des Bundesvoranschlages für das Jahr 1986 (740 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident! Ich bitte, in die Debatte einzutreten.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe VII ist der Herr Abgeordnete Scheucher. Ich ersuche um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Scheucher:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich erstatte den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (740 und Zu 740 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen,

Spezialbericht zur Beratungsgruppe VII, Kapitel 15: Soziales, Kapitel 16: Sozialversicherung.

Der Voranschlag für 1986 sieht bei diesen Kapiteln Ausgaben von insgesamt 76 631 316 000 S, Einnahmen von 21 588 069 000 S vor.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1985 sind somit insgesamt Mehrausgaben von rund 5 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von rund 1,4 Milliarden Schilling vorgesehen.

Ausgaben: Von den Gesamtausgaben der „Sozialen Verwaltung“ entfallen auf den Personalaufwand

1 267 136 000 S oder 1,7%

und auf den Sachaufwand

75 364 180 000 S oder 98,3%.

Kapitel 15 „Soziales“ — Personalaufwand:

Das Mehrerfordernis gegenüber dem Bundesvoranschlag 1985 von rund 51,8 Millionen Schilling ist auf die Planstellenvermehrung im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung und der Arbeitsinspektion sowie auf die ganzjährige Vorsorge für die Bezugserhöhungen ab 1. Jänner 1985 zurückzuführen.

Sachaufwand: Der Mehrbedarf in Höhe von netto rund 248 Millionen Schilling ergibt sich im wesentlichen aus dem Mehrbedarf der Arbeitsmarktverwaltung und dem Rückgang des Aufwandes für die Kriegsopferversorgung.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Bei Titel 150 „Bundesministerium für soziale Verwaltung“ sind auch nach Überstellung des Beitrages an den UNICEF zu Kapitel 20 „Äußerer“ noch rund 33 Prozent der veranschlagten Ausgaben auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen (im wesentlichen Beiträge an internationale Organisationen und Familienbeihilfen) zu leisten.

Bei Titel 151 „Opferfürsorge“ ist für die Rentenanpassung ab 1. Jänner 1986 finanziell vorgesorgt.

Bei Titel 152 „Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen“ steigt der Voranschlag auf Grund der letzten Erfahrungswerte und der Dynamisierung der Einkommensgrenzen.

Bei Titel 154 „Allgemeine Fürsorge“ ist hinsichtlich der Kleinrentnerentschädigung die Erhöhung der Renten um 15 Prozent berücksichtigt.

Für die Unterstützung von Wohlfahrtsorganisationen, die sich insbesondere auch der Betreuung alter Menschen widmen, sind rund 16 Millionen Schilling veranschlagt.

Weitere Förderungsmittel in Höhe von 29 Millionen Schilling sind für den Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte bestimmt.

Bei Titel 155 „Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung I“ ist vor allem für Unterstützungsleistungen einschließlich Krankenversicherung vorgesorgt.

Für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind insgesamt 3,2 Milliarden Schilling vorgesehen.

Bei Titel 156 „Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung II“ ist der Aufwand an

10846

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Scheucher

Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe mit rund 381 Millionen Schilling veranschlagt.

Bei Titel 157 „Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung“ ist der Minderaufwand von rund 100 Millionen Schilling bei den Versorgungsgebühren — trotz der Kosten der Rentenanpassung ab Jänner 1986 und der Verbesserung der Hinterbliebenenversorgung — durch den natürlichen Rückgang der Zahl der Anspruchsberechtigten bedingt.

Bei Titel 159 „Verschiedene Dienststellen“ sind die laufenden Verwaltungsaufwendungen der Arbeitsinspektion sowie der Einnungssämter, Schlichtungsstellen und Heimarbeitskommissionen veranschlagt.

Kapitel 16 „Sozialversicherung“.

Die Gesamtausgaben bei Kapitel 16 steigen von 1985 auf 1986 im Vergleich der Bundesvoranschläge um 4,7 Milliarden Schilling, das sind 11,1 Prozent. Damit liegt die Steigerungsrate im Gegensatz zum Vorjahr wieder über der Gesamtausgaben des Bundes mit 28,9 Milliarden Schilling, das sind 6,2 Prozent. Der relative Anteil der Gesamtausgaben des Kapitels 16 an den Gesamtausgaben des Bundes wird im Jahr 1986 auf 9,6 Prozent ansteigen.

Diese Entwicklung ist vor allem dadurch bedingt, daß trotz Umschichtungen die Steigerungsrate der Aufwendungen die Steigerungsrate der Eigenmittel der Pensionsversicherung im Jahr 1986 um zirka 2 Prozentpunkte übersteigen wird. Dazu kommt noch, daß durch die Pensionsreform der Beitragsatz in der Krankenversicherung der Pensionisten von 10,0 vH im Jahr 1985 wieder auf 10,3 vH im Jahr 1986 angehoben wird, während auf der Leistungsseite die Einsparungen durch die Pensionsreform nur Schritt für Schritt einsetzen.

Bei der Abstimmung am 22. November 1985 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der Beratungsgruppe VII zusammengefaßten Kapiteln mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 15: Soziales und
dem Kapitel 16: Sozialversicherung
des Bundesvoranschlages für das Jahr 1986

(740 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident! Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke den Herren Berichterstattern für ihre Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Steyrer.

11.15

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Nach sehr gründlicher und reiflicher Überlegung habe ich dem Herrn Bundeskanzler Ende der vorigen Woche meinen Entschluß mitgeteilt, daß ich nach der heutigen Debatte, nach Verabschiedung des Kapitels Gesundheit und Umweltschutz aus der Bundesregierung ausscheiden möchte. Der Herr Bundeskanzler hat meine Beweggründe akzeptiert und meinen Wunsch respektiert.

Meine Damen und Herren! Ich habe als Abgeordneter acht Jahre dem Hohen Hause angehört und bin nun seit fast fünf Jahren Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz. Ich habe dieses Amt — das darf ich sagen — nach bestem Wissen und Gewissen ausgeübt, stets mit vollem persönlichen Einsatz, auch in den Wochen nach der erfolgten Nominierung für die Kandidatur zum Bundespräsidenten am 25. Oktober.

Auf Dauer erscheint es mir jedoch nicht möglich zu sein, meine Damen und Herren, angesichts der zunehmenden Verpflichtungen durch meine Kandidatur das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz mit jenem zeitlichen und persönlichen Einsatz zu führen, wie dies meinem Verantwortungsbewußtsein entspricht.

Der Entschluß, mein Amt schon jetzt zur Verfügung zu stellen, ist mir — und das dürfen Sie mir glauben — persönlich nicht leicht gefallen. Der Abschied — ich sage das ganz offen — fällt mir schwer, weil ich meine Tätigkeit als Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz nie als Beruf, sondern immer als Berufung aufgefaßt habe. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Hohes Haus! Ich möchte Ihnen zu Beginn dieser Debatte, ohne sie dadurch präjudizieren zu wollen, für die Zusammenarbeit, die trotz aller Gegensätzlichkeiten im Detail doch immer möglich gewesen ist, sehr herzlich

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Steyrer

danken. Ich bin stolz darauf, feststellen zu dürfen, daß, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, alle Gesetze, die mein Ressort betroffen haben, einvernehmlich und einstimmig beschlossen worden sind.

Es ist mir daher ein ehrliches Bedürfnis, Ihnen über alle parteipolitischen Grenzen hinweg für diese Konsensbereitschaft, für diese Bereitschaft zur gemeinsamen Arbeit für unsere Heimat Österreich zu danken.

Es ist meine tiefe Überzeugung, daß diese Konsensbereitschaft, das stete Bemühen um gemeinsame Lösungen, eine der wesentlichen Voraussetzungen für politische Erfolge, insbesondere in so wichtigen Bereichen wie Gesundheit und Umweltschutz, darstellt, vor allem dann, wenn die Gesundheits- und Umweltschutzpolitik nicht isoliert, sondern als integrativer Teil der Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gesehen wird.

Hohes Haus! Wir haben vieles erreicht, wir haben vieles gemeinsam erreicht, wir sollten stolz auf das Erreichte sein, aber deswegen nicht selbstgefällig oder zufrieden sein, denn viele Aufgaben harren noch der Lösung.

Ich möchte Sie bitten, den gemeinsamen Weg fortzusetzen, jenen Weg, der trotz Gegensätzlichkeiten doch das Gemeinsame über das Trennende stellt, ich glaube, es ist der einzige richtige Weg für Österreich. (*Anhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 11.18

Präsident: Zum Wort hat sich der Abgeordnete Heinzinger gemeldet.

11.19

Abgeordneter Heinzinger (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein dreivierteljähriger Prozeß: geht er, bleibt er, wann geht er, wie geht er?, ist heute mit der Erklärung des Herrn Ministers abgeschlossen worden.

Vor einem halben Jahr hat die Opposition eine dringliche Anfrage gestellt — weil zu diesem Zeitpunkt schon ersichtlich war, daß es einen großen Berg unerledigter Umweltaufgaben gibt —, ob der Minister seine volle Kraft dem Ministerium oder einer anderen Aufgabe widmet.

Vor einem halben Jahr meinte bei dieser dringlichen Anfrage — ich zitiere aus dem Protokoll — Bundeskanzler Fred Sinowatz:

„Ich werde mich in dieser Frage am Beispiel der erfolgreichen Präsidentschaftskandi-

daten Vizekanzler Dr. Schärf, Bürgermeister Landeshauptmann Jonas und Außenminister Dr. Rudolf Kirchschläger orientieren (*starker Beifall bei SPÖ und FPÖ*), die jeweils ihr Amt nach erfolgter Wahl und vor der Angelobung zum Bundespräsidenten niedergelegt haben, sodaß ich diesen Zeitraum auch für die Bestellung eines Nachfolgers für Dr. Kurt Steyrer in Aussicht stellen kann. (*Neuerlicher anhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)“ (Abg. Dr. Kohlmaier: Sie applaudieren immer, egal was sie sagen.)

Zwei Monate später gab es wieder das Ratespiel wie bei Peter Rosegger: Geht er oder bleibt er? Der Herr Bundeskanzler meinte nach einem Ministerrat im ORF:

„Schließlich teilte Sinowatz noch mit, daß im Zusammenhang mit der Bundespräsidentenwahl die Regierung neuerlich umgebildet werden wird, um einen Nachfolger für Gesundheitsminister Kurt Steyrer zu finden. Bei dieser Gelegenheit,“ so Sinowatz, „wird der bisherige Staatssekretär im Kanzleramt, Franz Löschnak, zu einer Art Kanzleramtsminister aufgewertet werden.“ (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*)

Meine Damen und Herren! In dieser Phase wurden dann noch andere Personen ins Rennen geschickt, wer Minister werden könnte, weil es allemal ein beliebtes Spiel ist, durch Personaldebatten von Sachproblemen abzulenken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Später las man dann: Sinowatz gibt nach, Steyrer darf im Jänner gehen. Und nun hat Steyrer endgültig das Handtuch geworfen und geht im Dezember. (*Zwischenruf des Abg. Helmuth Stocker.*)

Ich möchte durchaus das anerkennen, was der Herr Bundesminister selbst gesagt hat, nämlich daß ein Geist der Zusammenarbeit geherrscht hat, daß wir seine persönliche Lauerkeit und sein Konsensbemühen schätzen. Diese persönliche Verhaltensweise ist nicht selbstverständlich. Sie würde zum Beispiel dem Landwirtschaftsminister zu hoher Ehre gereichen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Minister, was wir kritisiert haben und was wir anlässlich Ihrer Testamentseröffnung zu kritisieren haben, ist die Erbschaft, die Sie hinterlassen, ist der krasse Unterschied zwischen den Ankündigungen, zwischen dem Erkennen der Probleme — Sie haben hier ein öffentliches Bewußtsein geschaffen — und den Ergebnissen. Die Beurteilung verdünnt sich dramatisch zu den Ergebnissen hin. Da

10848

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Heinzinger

wird es leiser, da wird es ruhiger, da wird es lichtgrün, da wird es grüngrau, und da ist eigentlich dann sehr wenig übriggeblieben.

Sie gehen just bevor Sie eine der größten Umweltaufgaben der Öffentlichkeit hätten präsentieren sollen, zum Beispiel das Müllkonzept mit 1. 1. nächsten Jahres. Diese Erbschaft hinterlassen Sie einem Nachfolger. Er ist schon genannt. Er wird die Chance haben, die jeder neue Minister hat.

Er hat mit Ihnen etwas gemeinsam, die Empfindsamkeit für öffentliche Meinung, die Fähigkeit, Probleme zu erkennen, aber mit der Durchsetzungskraft wird es hapern, da hapert es auch jetzt schon. Aber wir wollen kein vorschnelles Urteil fällen.

Etwas haben Sie in Ihrer durchaus kurzen, sympathischen Rücktrittsrede vergessen, Herr Bundesminister: Ihren Staatssekretär. Sie haben ihn zu Recht vergessen. Ich werde ihn auch vergessen. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in der Rolle des Bundesministers immer wieder ein Phänomen bemerkt: daß er mit einem umfassenden grünen Selbstbewußtsein ausgestattet ist. Er hat sich selbst hier zum Umweltanwalt aller Österreicher ernannt und hat nie vergessen, auf die internationale Pionierrolle, die Österreich im Umweltschutz zukommt, hinzuweisen — ich würde sagen: zukäme. In einer vielseitigen, farbigen Postille der SPÖ-Wien heißt es:

„Die Folge der Zielstrebigkeit: Österreich nimmt nun beim Umweltschutz eine Pionierrolle in Europa ein.“

Meine Damen und Herren! Zunächst durchaus bewegend, denn Österreich hatte im Augenblick eine Pionierrolle an Korruptionen und Skandalen zu bieten, im Personalbereich, im Weinbereich und nun im VOEST-ALPINE-Bereich. Es wäre sehr von Vorteil, wenn wir eine positive Pionierrolle anzubieten hätten. Hier aber bieten wir eine Pionierrolle der Ankündigungen an.

Das Umweltbudget im engeren Sinne, meine Damen und Herren, macht 0,2 Prozent des Budgets aus. Da gehört wahrlich beinahe Übermut dazu, mit 0,2 Prozent die Pionierrolle in Europa zu beanspruchen. Noch dazu, wo dieser Prozentsatz weiter absinken wird, denn das Budget, das wir heute hier beschließen — wie wir alle wissen —, stimmt schon längst nicht mehr.

Meine Damen und Herren! Seit kurzem gibt es eine Untersuchung im BÖHЛАU-Verlag, einem sehr renommierten, wissenschaftlichen Verlag, „Öko-Insel Österreich?“, wo nun nachgespürt wird: Wie schaut es mit dieser großartigen Pionierrolle im Umweltschutz aus?

Meine Damen und Herren! Schlecht schaut es aus! Wir sind bei weitem nicht die Pioniere. Wir sind ein „Umwelt-Gerriegel“ geworden und wir fügen unserem internationalen Ansehen eine neue Peinlichkeit der Großsprecherei hinzu, wenn wir diesen Anspruch aufrechterhalten. Das wird in dieser Studie von Toni Kofler und Oskar Stocker peinlich genau nachgewiesen.

Ich darf aus dieser Studie nur drei Beispiele zitieren, die uns schlagartig klar machen, daß wir von einer Pionierrolle weit weg sind, daß wir nicht einmal im Mittelfeld angesiedelt sind, sondern daß wir von hinten heraus zäh, mühsam, träge — und jetzt völlig in Frage gestellt durch einen Personenwechsel — nachhinken.

Eine der zentralen Fragen des Umweltschutzes ist die Reinhaltung der Gewässer, ist die Abwasserreinigung. Wasser ist das Lebensmittel Nummer eins. Bitte, wo sind wir auf diesem Gebiet die Pioniere? Und, Herr Minister, wo nehmen Sie wirklich den Mut zu dieser Pioniersprache her?

Gemessen an der Gesamtabwasserlast liegt Österreich an 13. Stelle der OECD-Staaten. An einer mechanisch-biologischen Kläranlage sind angeschlossen, in Prozenten der Bevölkerung, in Schweden: 75, in der Schweiz: 70, in der Bundesrepublik Deutschland: 65, in Österreich: 50. — So schaut die Pionierrolle aus.

Oder ein zweiter ganz wichtiger Punkt des grundsätzlichen Umweltdenkens, die Frage des Recyclings. Eine prinzipielle Frage des ökologischen Denkens, nämlich des sorgfältigen Rohstoffeinsatzes, des sorgfältigen Energieeinsatzes und umweltfreundlicher Produkte für den sinnvollen Konsum. Während der zehn, fünfzehn Jahre sozialistischer Minister wurde das immer wieder versprochen.

Der internationale Vergleich beim Recycling — in Prozenten: Österreich im Bereich von Papier: 11 Prozent, die Schweiz: 47, die Bundesrepublik: 42. Bei Glas: Österreich: 19, die Schweiz: 50, die Bundesrepublik: 28. Aluminium: Österreich 15 Prozent, Schweiz 80 Prozent, Bundesrepublik 20 Prozent. Auch in diesen Bereichen, meine Damen und Her-

Heinzinger

ren, ist von einer internationalen Pionierrolle weit und breit nichts zu merken.

Und nun das Kernbeispiel, auf das Sie sich immer wieder berufen: der Katalysator. Meine Partei hat sich zu dieser Katalysatorfrage auch bekannt, aber darauf hingewiesen: Die Anschaffung des Katalysators muß ausreichend wirksam gefördert werden, wenn eine Chance besteht, daß das passiert. Und wir haben Ihnen vorgerechnet, daß der Verdiener an dem Katalysator wieder der Finanzminister sein wird.

Meine Damen und Herren! Nun die Ergebnisse im internationalen Vergleich auch in dieser Frage: In der Schweiz sind mit 15. Oktober mehr als 10 000 Katalysatoren-Pkw in Betrieb, in der Bundesrepublik 4,8 Prozent aller neu zugelassenen Pkws und in Österreich — im Pionerland nach sozialistischer Lesart — 400, wobei die Bundesregierung selbst einmal mehr mit schlechtem Beispiel vorangeht.

Herr Minister! Wo bleibt diese internationale Pionierrolle, die Sie hier so großartig angekündigt haben? Und Sie haben dann auch immer wieder darauf hingewiesen: Aber es gibt die internationalen Übereinkommen. Wir sind so gut, daß die Nachbarn teilhaben möchten an unserer Großartigkeit.

Der Herr Minister hat darauf vertraut — zu Recht eine Zeitlang —, daß ohnehin kein Mensch liest, was in diesen internationalen Vereinbarungen steht. Und nachdem Sie wiederholt darauf hingewiesen haben, wie „großartig“ das ist, bin ich der Versuchung erlegen nachzulesen.

Meine Damen und Herren! Ich habe hier den Vertrag mit der DDR, einem besonderen Umweltverschmutzer. Ja bitte, das ist wirklich ein Abteil der Geisterbahn, was da drinnen steht. In diesem „großartigen“ Vertrag steht drinnen, daß man Erfahrungen austauschen werde, daß man Experten austauschen werde, daß man Veröffentlichungen austauschen werde, daß man an Veranstaltungen teilnehmen werde, und das längste Kapitel ist, wie das bezahlt werden wird. — Aus!

Ökotourismus ist vereinbart mit der DDR — großartig, das machen wir mit ganz Europa, nicht eine Grenzziffer, nicht ein Grenzwert, nicht ein Mikrogramm. Null, das ist Ihre internationale Pionierrolle!

Meine Damen und Herren! Es wäre ja nun denkbar, daß man in diesem Bereich beson-

ders übertrieben hat und daß die Kraft, die der Herr Bundesminister international nicht eingesetzt hat, im Lande eingesetzt wurde, also daß hier bei uns besonders viel in Sachen Umweltpolitik erfolgreich gestaltet worden wäre. Da darf ich wieder zurückrinnern: $\frac{1}{20}$ Prozent am Budget!

Ich darf im Zusammenhang mit der „Pionierrolle“ auch darauf verweisen, daß die Österreichische Volkspartei dem scheidenden Minister nicht nur diese gewaltige Diskrepanz zwischen Versprechen und Realisierung vorwirft, sondern daß wir selbst im eigenen Verantwortungsbereich, in den Ländern, wo die Zuständigkeit des Bundesumweltschutzes bei der Österreichischen Volkspartei liegt, tatsächlich beispielhaft vorgegangen sind und eine Reihe von sehenswerten Erfolgen aufzuweisen haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch auf Bundesebene hat die Österreichische Volkspartei ein Waldrettungsprogramm, ein Wasserschutzprogramm und ein Bodenschutzprogramm entworfen, ebenso ein Programm zur Rettung der Feuchtbiotope. Herr Minister, Sie hätten nur Anleihen bei diesen Ideen übernehmen müssen und Sie könnten heute eine stolzere Bilanz ziehen! (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Wir attestieren Ihnen, Herr Bundesminister, daß Sie versucht haben, mit aller Kraft Ihre Aufgabe zu erfüllen. Wir haben gemeinsam einige Gesetze beschlossen, das Waschmittelgesetz, den Umweltfonds im besonderen. Aber schon beim Bundesumweltamt gab es tiefreichende Meinungsverschiedenheiten. Wir haben Ihnen durchaus zugebilligt, ein Amt zu schaffen, das die übrigen Ämter zu koordinieren habe, um mit höherer Effizienz zu wirken. Sie wollten Ihre eigene neue Bürokratie mit 220 Millionen Schilling. Sie waren nicht bereit, das Bundesumweltamt umzugestalten. Sie haben unser Angebot abgelehnt. Und Sie haben dann in besonderem Maße darauf verwiesen, Sie brauchten diese zentrale Stelle, weil man den Ländern doch nicht so ganz trauen könne auf Grund ihrer regionalen Verpflichtung, daß sie mit jener Strenge und Objektivität vorgehen würden, wie man das selbstverständlich von einem Amt erwarten dürfe, das Ihnen unterstehe. Und wir haben darauf hingewiesen, daß es um die Effizienz ginge, um die Gestaltung des Umweltschutzes. Gemessen wird genug, Gestrunk kann der Normalbürger mit der Nase bereits in weiten Bereichen feststellen. Problemlösekapazität haben Sie mit diesem Amt überhaupt nicht, Sie können nur messen.

10850

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Heinzinger

Nun habe ich eine parlamentarische Anfrage an Sie gerichtet, listigerweise über Wien, also kein ÖVP-Bundesland, wo Sie den Verdacht haben könnten, auf Grund des Naheverhältnisses würde hier nicht ordentlich gemessen. Und was machen Sie, Herr Bundesminister? — Auf drei Seiten bestätigen Sie alle Bedenken der Österreichischen Volkspartei. Sie prüfen überhaupt nicht selbst, Sie messen überhaupt nicht selbst. Ihr Bundesumweltamt liegt in ärgsten Geburtswehen. Seit Monaten wird dort mühsam Personal angesammelt und ohne Wirkung zusammengestoppt. Und sie schicken mir die Stellungnahme der Gemeinde Wien, aber nicht das, was der Herr Bundesminister meint.

Genau diese Kritik haben wir im Zusammenhang mit dieser Bürokratie gemacht. Und es freut mich überhaupt nicht, daß das, was meine Kollegen Dr. Marga Hubinek und Dr. Stummvoll in den Debatten vorhergesehen haben, Punkt um Punkt eintrifft. Denn der Zustand zum Beispiel der Kanalisation in Wien, die Gefährdung des Grundwassers machen weit hinaus über das, was Parteiengezänk bedeuten mag, betroffen und geben Anlaß zu ernsten Sorgen um die Gesundheit unserer Bevölkerung. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Sie haben immer wieder bereit geklagt: keine Kompetenzen. Sie möchten gerne, Sie hätten Ideen, aber keine Kompetenzen. Das wird nicht gespielt. Ja, Herr Bundesminister, die Mehrheit, die Sozialistische Partei, gibt Ihnen keine Kompetenzen? Die Opposition war bereit, in der wichtigen Frage des Wassers Ihnen mehr Kompetenzen zu geben. Die Frage des Wassers ist verteilt auf drei Ministerien, und das unwichtigste in der Ausstattung mit Kompetenzen ist das Ihre. Sie haben das Angebot der Österreichischen Volkspartei, Ihnen mehr Kompetenzen zu geben, nicht aufgegriffen, ja mitunter hat es den Anschein, daß Ihnen das gar nicht so ganz unangenehm war, denn bei vielen heiklen Fragen konnten Sie sorgend erklären: Ich habe keine Kompetenzen. Daß aber die Mehrheit, die Sozialistische Partei, Ihnen jederzeit mehr Kompetenzen hätte geben können und daß Sie sich nicht darum bemüht haben, daß Sie keine Kraft investiert haben, diese Kompetenzen zu bekommen, das haben Sie verschwiegen. Sie haben sich nicht durchgesetzt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Dort, wo Sie Kompetenzen haben in heiklen Angelegenheiten, stellt sich die Frage: Wo blieb da der Herr Minister?

Meine Damen und Herren! Zum Spritzmittelgesetz: Der Herr Minister hat hier eine Mitkompetenz. Und trotzdem gibt es eine Reihe von höchsten Problemstoffen, nicht nur betreffend den Boden, sondern mindestens ebenso für den Bauern, der diese Mittel ausbringen muß. Die Genehmigungsverfahren schleppen sich hin, alles mögliche ist grau im Handel, und das wird nicht novelliert. Die groteske Bestimmung — meine Damen und Herren, Sie werden es nicht glauben, aber es ist so! — steht nach wie vor im Gesetz, daß die Reste von Spritzmitteln möglichst tief im Boden zu vergraben sind, damit sie näher zum Grundwasser kommen. Da haben Sie die Kompetenz; Sie haben keine Änderung durchgesetzt.

Meine Damen und Herren! Für das Schaffen von Bewußtsein hat der Herr Minister einiges getan, aber es geht um ganze Kapitel des Umweltschutzes — längst erkannt von seinen Vorgängern —, die glücklose Ministerin Leodolter, deren Erbe in vielem nicht bewältigt worden ist, so etwa das gesamte Gesundheitserbe, darauf wird man noch kommen, hat immerhin schon zu seligen Zeiten mit dem Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen festgestellt, daß zwei Millionen Österreicher in 642 000 schlecht schallisolierten Wohnungen wohnen. Die Gemeinde Wien hat ein Drittel der Wohnungen neu gebaut, und wir wissen aus Stichproben, daß die Schallisierung nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. (*Abg. Probst: Ist das Bundes- oder Ländersache?*) Herr Kollege Probst! Normalerweise blamieren Sie sich dreimal am Tag! Fangen Sie später an, dann ist es erträglicher! (*Abg. Probst: Sehr gut! — Ist das Bundes- oder Landessache? Sie sollten sich besser informieren! — Gehen Sie doch zu Ihrem Landeshauptmann, aber nicht zum Bundesminister!*) Meine Damen und Herren! In dieser Frage der Schallisierung geht es um schwere Störungen des vegetativen Nervensystems. Lärm ist eine Volksgeißel! Dieser große Sektor ist an dem Minister überhaupt spurlos vorübergegangen. Es erfolgt hier keine Kontrolle und keine Hilfe für die betroffene Bevölkerung. (*Ruf bei der SPÖ: Kennen Sie die Gewerbeordnung . . . ? — Anscheinend nicht!*)

Danke herzlich für das Stichwort! Genau deshalb, weil manche gesetzlichen Bestimmungen nicht eingehalten werden, hat sich der Herr Minister ein neues Amt gewünscht, damit er unabhängig von diesen Kompetenzen kontrollieren kann. Genau dieses neue Vehikel von Amt funktioniert nicht! Die Bürokratie für 220 Millionen ist seit Monaten noch nicht einmal in Schwung gebracht. Genau

Heinzinger

dafür hat er ein Amt gezeugt, das nun nicht gehfähig und nicht stehfähig ist.

Meine Damen und Herren! Und so geht es weiter: Die Liste der Ankündigungen und der Erklärungen ist eine Legion. Nicht nur beim Sondermüll! Jetzt lese ich: Die längst versprochene Produktdeklaration wird endlich kommen. Ein Dauerbrenner im Bereich der Versprechungen! Der Begriff „biologisch“ wird entsprechend geschützt werden. Hier werden die umweltbewußten Konsumenten permanent betrogen und hinter das Licht geführt. Welch ein Plunder mit dem Prädikat „bio“ verkauft wird! — Herr Minister! Sie wissen es, es wird nichts abgestellt, es wird nichts verbessert!

Herr Minister! Verdienstvoll sind die Zustandsberichte, erarbeitet von einer Menge von Wissenschaftlern in Österreich, Zustandsbericht über die gefährdeten Tiere Österreichs, der Moorschutzkatalog, über Winterrastplätze für Wasservögel, Auen, Gewässer als Ökozellen — nur eine kleine Auswahl. Ich glaube, es ist umso peinlicher, wenn man diese Dinge erkennt, dokumentiert erhält, aber nichts tut, damit sie gelöst werden. Hier im Hohen Haus liegt ein Antrag der Österreichischen Volkspartei für ein Gesetz zur Rettung von Mooren und Feuchtbiotopen. — Herr Minister! Das, was in diesen vier Bänden gewünscht wird, könnte mit diesem Gesetz realisiert werden. Und nur, weil es ein Antrag von der Opposition ist, darf das nicht Gesetz werden, was hier in diesen vier Bänden gewünscht wird. Ich glaube, das ist auch ein kleingrünkariertes Denken, das Sie vielleicht gar nicht vertreten, aber Ihre Partei hat es nicht erlaubt, daß die Opposition einen großartigen Erfolg im Sinne des Umweltschutzes setzen kann.

Herr Minister, Sie haben eine allgemeine Umweltkoordinationskompetenz erhalten. Wie sind Sie dieser nachgekommen? Wie haben Sie es bewältigt, daß die verschiedenen Ministerien in Fragen des Umweltschutzes koordiniert vorgehen? Ich weiß schon, daß das in dieser Regierung ein besonderes Kunststück ist und dem Bundeskanzler bei weitem nicht gelingt, offensichtlich ist jeder Minister mehr oder minder froh, wenn er in seinem Bereich wirken und werken kann, wie er will. Aber Sie haben diese Kompetenz, und sie müßte in einem Punkt ganz besonders zum Tragen kommen: in der Frage des Waldsterbens. Was ist da nicht an großen Erklärungen abgehandelt worden? Wie haben Sie sich als Retter des Wienerwaldes feiern lassen (*Abg. Dr. Kohlmaier: Als zweiter Schöffel gera-dezu!*) — und die Wirklichkeit inzwischen,

meine Damen und Herren? Wie rettet zum Beispiel der sattsam bekannte Landwirtschaftsminister den Wald? — Er macht ein Auge zu und sagt dort, wo er nicht sieht: Der Wald ist gesund.

Meine Damen und Herren! Der Landwirtschaftsminister hat in der Tat die unterste Rate des erkrankten Waldes von Amts wegen als gesund erklärt und kommt damit zu völlig anderen Werten wie die verantwortlichen Länder in dieser Frage. Das ist ein tiefreichendes Mißverständnis dieser ökologischen Prozesse, denn wenn die Schäden so weit fortgeschritten sind, daß sie deutlich am Baum sichtbar sind, so haben wir bereits eine tiefe Schädigung des gesamten Ökosystems. Das ist höchste Alarmstufe! — Aber der Herr Minister sagt: Ist gesund! Und der Herr Gesundheitsminister sagt: Findet nicht statt! Ich darf meinen Kollegen Stummvoll zitieren: Wenn ein besonderes Problem auftaucht, taucht der Herr Minister unter.

Die Besonderheit in dieser Frage liegt darin, Herr Minister: Ein erfolgreicher Umweltminister muß nicht nur die Mühe auf sich laden, die Öffentlichkeit mehrheitlich zu gewinnen, muß nicht nur die Mühe auf sich laden, mit der Opposition erträglich zu leben, er muß es auch permanent riskieren, in seiner eigenen Partei auf Widerstand zu stoßen und diesen Widerstand zu überwinden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie, Herr Bundesminister, sind allen innerparteilichen Auseinandersetzungen etwas ernsterer Natur permanent ausgewichen. Sie haben bereit geklagt, aber Sie haben in diesen Fragen nicht gekämpft. Sie haben weder mit dem Herrn Landwirtschaftsminister Haiden gekämpft, dafür hätte ich eine gewisse Sympathie, wenn Sie das nicht wollen, aus der persönlichen Einschätzung Ihres Gegners. Aber da gibt es ja noch einen zweiten Waldmenschen, überquellend im Rettungsgedanken, Obmann der Naturfreunde, den Herrn Wissenschaftsminister! Ja, meine Damen und Herren! Er hat ein großes Forschungsprojekt groß hinausposaunt! Man möchte dem Problem auf den Grund gehen. Die Millionen sind hier angekündigt worden, und die Wirklichkeit ist, daß diese Projekte stehen, weil das Geld fehlt und die zuständigen Professoren bittend und bettelnd durch die Landschaft ziehen, um das von der Regierung angekündigte Waldrettungsprogramm zu finanzieren. Wo bleiben Sie, Herr Gesundheitsminister, um in dieser so wichtigen Frage für die österreichische Bevölkerung ausreichende finanzielle Mittel zu sichern? (*Beifall bei der ÖVP.*) Herr Minister! Hier haben Sie Ihre Koordinationskompetenz überhaupt nicht wahrgenommen.

10852

Nationalrat XVI. GP – 123. Sitzung – 16. Dezember 1985

Heinzinger

Eine andere wichtige Frage: Dampfkessel-emissionsgesetz! Die dritte Novelle, meine Damen und Herren, innerhalb eines Jahres an verschiedenen Standorten viermal angekündigt: nicht durchgeführt — wohl aber laufend Erfolgsmeldungen, wie viele Tonnen SO₂ schon eingespart worden wären. Korrekterweise müßte man hinzufügen: errechnete Meldungen, nicht gemessene. Und das ist, bitte, ein tiefreichender Unterschied. Es gibt in Österreich keinen Immissionskataster, an dem man nun nachlesen könnte, wie der Zustand wirklich ausschaut. Sie rechnen von den verbrauchten Mengen hoch, obwohl Sie genau so gut wie wir wissen, daß die Schadstoffanteile bei den importierten Heizölen et cetera die Bestimmungen weit überschreiten, daß die Kontrolle äußerst mangelhaft ist. Das ist die Wahrheit. Auch hier, in dieser wichtigen Frage, trotz viermaliger Ankündigung, keine Änderung und keine strengeren Kontrollen der Importe.

Herr Bundesminister! Wir sagen Ihnen, daß Sie die Pionierrolle sicherlich nicht erfüllen können, daß Sie Ihre Koordinationskompetenz nur eingeschränkt wahrgenommen haben, daß Sie Ihre Versprechungen nur in einem ganz geringen Ausmaß einhalten konnten und daß Sie ein angenehmer Minister waren. Trotzdem muß ich Ihnen die wohl bitterste Enttäuschung Ihrer Ministerschaft vorhalten: Das ist Ihr Gesamtverhalten ein Jahr nach Hainburg, das ist Ihr Gesamtverhalten in den Fragen des Naturschutzes an sich, bei der Gestaltung aller österreichischen Nationalparks — Hohe Tauern, Lange Lacke, Reichramer Hintergebirge und Hainburg.

Hier treffen Ökonomie, Ökologie und Technologie eng zusammen. Hier ist ein neues Denken in Werten angesprochen, hier ist ein Denken in Verantwortung von Generationen angesprochen, und hier heißt es, das Richtige zu tun, das zu tun, was man verantworten kann, und nicht das, was parteipolitisch opportun sein mag. Hier ist daher ein Umweltminister besonders herausgefordert, für die Natur, für das Lebendige in der Natur und für die vielen verschiedenen Minderheiten, die manchmal mit verschiedensten Motiven für diese Natur streiten, als Anwalt dieser Natur tätig zu sein.

Sie hätten mindestens einen Minister in dieser Regierung gebraucht, der für sie nicht so sehr ein ökologisches, sondern der für sie ein menschliches Verständnis aufgebracht hätte. Sie hätten einen Minister gebraucht, der sie geschützt hätte, geschützt vor der öffentlichen Meinung in wichtigen Sektoren,

geschützt vor der Bedrohung, der ihnen Hoffnung gegeben hätte. Ein Minister versteht sie zumindest.

Sie haben in dieser Frage geschwiegen, aber Sie hätten sprechen sollen. Sie hätten in vielen, vielen anderen Fragen weniger versprechen sollen, in Fragen, wo die Maxime zu schweigen Sie sehr wohl augezeichnet hätte. Aber in dieser Frage zu schweigen, heißt, bitter enttäuscht zu haben, Herr Minister. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! In der Frage des Nationalparks Hohe Tauern begnügen Sie sich damit, mit leichtem Lächeln zu erklären: Die Tiroler sind zuständig! Daß diese Regierung im Bereich der Verbundgesellschaft die Mehrheit hat und daß ein starker Minister in der Lage gewesen wäre, einen großen Schritt zu tun, verschweigen Sie.

Im Bereich der Langen Lacke hätte man mit unserem Gesetz den Nationalpark in der Tat ohne jeden Schilling zusätzlicher Kosten verwirklichen können. Sie haben diese Chance nicht genutzt.

Nun, Herr Minister, hat man vor einem Jahr mit großem Trommelwirbel einmal mehr die Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft angekündigt. Man hat die Zusammenarbeit von Ökologie und Ökonomie angekündigt und den Ausgleich ökologischer und wirtschaftlicher Interessen. Damit ist grundsätzlich auch die Glaubwürdigkeit der Politik mit angesprochen.

Wie oft ist in diesem Haus schon erklärt worden: Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik! Zusammenarbeit von Ökologie und Politik! Austrieb und Ausrottung der Parteibuchwirtschaft! — Doch schon am nächsten Tag wurde im selben Trott wieder fortgefahrene.

Herr Minister! Sie hatten schon bis zu dem Ereignis in Hainburg eine unglaublich lange Überlegungszeit, eine Zeit des Prüfens. Seither ist ein Jahr vergangen. Sie selbst sind Vorsitzender dieser Kommission und haben alle Argumente für und wider gehört. Wenn Sie sich jetzt noch nicht entscheiden und entschließen können, nach zweijähriger Bedenkzeit, Herr Minister, wann werden Sie es tun? Was soll Ihnen noch alles an Argumenten vorgelegt werden, bis Sie sich entscheiden können?

Sie sind jetzt in diesem Augenblick hier und heute im Hohen Haus der stärkste sozia-

Heinzinger

listische Politiker geworden. Jetzt, wo Sie noch als Minister im Amt sind und für ein hohes Amt kandidieren, kann Ihnen kein persönlicher Wunsch in der Sozialistischen Partei versagt werden.

Herr Minister! Ihre Ministerschaft würde sich herausheben und vielleicht wäre es auch für Ihre Partei ein einmaliges Ereignis, wenn Sie in diesem wenig erfreulichen Testament, das ich heute hier eröffnet habe, einen Nachsatz anbringen, in dem Sie klipp und klar festlegen, daß zumindest dieser eine Nationalpark, diese Kernzone der Stopfenreuther Au, geschützt werden muß, frei von Kraftwerksnutzung sein muß und daß Sie sich dafür verbürgen. Ich lade Sie dazu herzlich ein und bitte Sie darum. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{11.56}

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Hochmair.

^{11.56}

Abgeordneter Hochmair (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon die Einleitung des Abgeordneten Heinzinger hat gezeigt, inwieweit man politische Strategien in diesem Haus und in diesem Land betreiben kann. Seine Fragen, die ihn als Umweltsprecher seiner Partei seit einem halben Jahr beschäftigen, haben nur gelautet: Wann geht Steyrer? Bleibt Steyrer? — Das sind seine einzigen Sorgen und Probleme. Nicht einmal wurde gefragt: Wie und wann arbeitet Steyrer? (*Abg. Heinzinger: Rund um die Uhr!*) Es wurde kein einziges Mal ein positives Element im Bereich Gesundheit und Umweltschutz angeschnitten.

Bei Ihnen, Herr Kollege Heinzinger, dreht sich fast alles um Macht, um Ministeressel, um politische Mehrheit, aber es gibt keine Frage nach politischer oder sachpolitischer Problemlösung. (*Abg. Dr. Blenk: Aber, aber!*) Sie können es auch nicht lassen, schon jetzt den Nachfolger zu kritisieren, indem Sie meinen, er habe keine Durchsetzungsfähigkeit. Darum werden wir uns kümmern, und kaum Sie.

Herr Heinzinger, es muß furchtbar für Sie sein, wenn Sie alles negativ sehen, keine Spur von Optimismus, keinen Blick für das Positive haben. Es muß für Sie fürchterlich sein, den täglichen Gang ins Badezimmer anzutreten. (*Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Sie kritisieren an allen Ecken und Enden. Würde man Ihre Rede ins Ausland versenden oder der Fremdenverkehrswerbung beifügen, die Gäste, die zu uns kommen, würden mei-

nen, Österreich wäre Länge mal Breite verbeutet, es gäbe nur Smog, stinkende Seen, Müllberge und in den Straßen keinen Vogel, der singt. — Das mögen Ihre Träume sein, die Realität sieht anders aus.

Wir haben in der Diskussion, in der Kritik bisher gemerkt, daß, wenn der Umwelt- und Gesundheitsminister von Gesundheit geredet hat, Sie mehr Umweltpolitik verlangt haben, und wenn er in den Bereichen der Umweltpolitik aktiv gewesen ist, haben Sie mehr Gesundheitspolitik verlangt. Eine Strategie, die nicht zielführend war, eine Strategie, die die Menschen schnell erkannt haben, eine Strategie, von der wir meinen, daß sie nicht der Sache dient.

Für uns und für den Bundesminister ergänzen sich beide Bereiche. Für uns ist Umwelt untrennbar mit Gesundheit verbunden: Ist die Umwelt in diesem Land in Ordnung, sind die Menschen eher gesund. Sind die Menschen in diesem Land krank, wäre die Umwelt eher nicht in Ordnung. Für uns Sozialisten gilt in der Gesundheitspolitik die Sicherstellung gleicher Lebenschancen für alle Menschen, die in diesem Land leben, als Ziel. Für uns ist Gesundheit ein Grundbedürfnis aller Menschen (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*), auf dessen Erfüllung jeder in diesem Land ein Recht hat.

Meine Damen und Herren! Erinnern wir uns doch an das Schlagwort, das in diesem Land noch vor 50, 60 Jahren gegolten hat: „Nur weil du arm bist, mußt du früher sterben!“ Dank der Initiativen in diesem Land hat dieses Schlagwort keine Gültigkeit mehr. Keine Spur von Klassenmedizin; dort wo sie auftritt, wollen wir sie bekämpfen. Keine Spur von Qualitätsunterschieden. Wir legen Wert auf gleichen Standard in allen Spitälern. Das zeigt die letzte Diskussion im Bereich des Krankenanstaltenplanes.

Wir gehen davon aus, daß sich die Probleme, die Schwerpunkte in der Gesundheitsmedizin, das Leistungsspektrum in der Zukunft nicht wesentlich ändern oder verschieben werden, nur meinen wir, daß einige Veränderungen und Verbesserungen notwendig sein werden. Die Krankenversorgung außerhalb des Krankenhauses muß daher Priorität haben, und wir brauchen die Prävention notwendiger denn je. Wir legen besondere Wert darauf, daß regional gleich gute und dauernde ärztliche Versorgung gegeben ist und daß die Basisversorgung durch niedergelassene Ärzte in engster Kooperation mit mobilen Schwesterinnen, Hebammen, Ergotherapeuten, Sozialarbeiterinnen und ergänzenden

10854

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Hochmair

Gesundheitsberufen gesichert werden kann. Genau den gleichen Stellenwert messen wir der Prävention zu. Sie ist zu verstärken durch Maßnahmen, wodurch das Auftreten von Krankheiten und Unfällen und damit auch andere Kosten überhaupt verhindert werden können.

Ein Beispiel dazu: Ich stelle als Gewerkschafter so häufig fest, daß die Menschen Samstag, Sonntag, in ihrer Freizeit vom Umweltschutz reden, daß aber die Umweltschutzgesinnung dieser Menschen beim Fabrikstor aufhört. Daher meinen wir auch dort: Prävention, Vorbeugung, Verhinderung.

Wir meinen auch, daß in Zukunft viele Projekte unter diesen Aspekten gesehen werden können. Wir werden es uns in Zukunft nicht leisten können, Straßen in einfacher Bauweise an dichtbesiedelten Gebieten vorbeizuführen und dann zu investieren in Lärmschutzwände, in Lärmschutzfenster, ohne daß wir die daraus erwachsenden Kosten der Krankheitserregungen erfassen können.

Wir meinen, daß wir die Maßnahmen zur Früherkennung genauso fortzuführen haben wie in der Vergangenheit und sie noch verstärken müssen. Ich glaube, daß es in diesem Bereich auch notwendig ist, auf die Gesundheitserziehung großes Augenmerk zu legen. Das ist ein Bemühen des Ministeriums und des Bundesministers; daher diese große Öffentlichkeitsarbeit, daher die große Welle der Aufklärung und Information für Eltern, Schüler, werdende Mütter und für die Raucher.

Letzte Woche haben in Linz Schüler höherer Schulen demonstriert. Weil ihnen der Smog zuviel war in dieser Stadt, sind sie hinaus aus den Schulen und hinaus auf die Straßen. Wir haben am Samstag Gelegenheit gehabt, mit einem Lehrer — eher zufällig — darüber zu diskutieren. Er hat gemeint: „Es hat mich überhaupt nicht gestört, daß diese Schüler hinausgegangen sind, um zu demonstrieren, daß sie das Smogproblem beschäftigt und daß sie dieses Problem etwas sensibilisieren und auf die Straße gehen. Aber gestört hat mich schon“ — hat er mir mitgeteilt —, „daß in der Vergangenheit und wahrscheinlich auch in der Zukunft die gleichen Schüler in den Raucherzimmern, in den Toiletten sitzen, vernebelt und versmogt durch ihre Zigaretten und nicht eine Spur nachdenken über ihre Gesundheit.“

Verstehen Sie daher die Aktivitäten des

Gesundheitsministers im Bereich Aufklärung über das Rauchen oder Aufklärung über andere schädliche Entwicklungen in diesem Bereich. Steyrer hat ganz bewußt vor einiger Zeit die Aussage getroffen, daß das, was wir dem Körper bewußt oder unbewußt antun, der Arzt nicht ständig reparieren kann. Daher, meine Damen und Herren, gibt es auch in diesem Bereich des Gesundheitsministeriums die vielschichtigsten Aktivitäten, die vielschichtigsten Aufgaben.

Vor einem hat Steyrer auch gewarnt: Daß wir dem Menschen die Illusion lassen, daß wir mit teuersten Geräten und Apparaten, mit der Technologie den Körper wieder instand setzen können. Vor einiger Zeit hat Professor Fellinger gemeint, daß er schon etwas besorgt sei über die jungen Mediziner, die zu sehr labor- und technikorientiert seien. Das ist das Ziel von Gesundheitsminister Steyrer gewesen: Die technologische Welt nicht auf das Krankenhaus — oder nur auf das Krankenhaus — und auf den Arzt zu verlagern; daher diese patientenzentrierte Medizinerausbildung, die Begegnung von Anfang an mit den Patienten und nicht mit der Medizintechnologie.

Somit meinen wir, daß es diese Aspekte sind, die aufzeigen, wie wichtig die Verbindung Gesundheit und Umweltschutz ist. Beim Umweltschutz haben wir alle mitsammen — die Wirtschaft genauso wie die Landwirtschaft, wie wir als einzelne — eine Bewußtseinsänderung durchgemacht. Wir haben vom Baum- und Waldsterben vor zwanzig Jahren nicht geredet. Das war zur Gänze unbekannt. (*Abg. Gurtner: Vor zehn Jahren auch noch!*) Ja, Kollege Gurtner. Die Franzosen kennen bis heute im Französischen kein Wort für Baumsterben und für Waldsterben.

Der Katalysator, so meinen wir, wäre mit ein Beitrag, die Probleme zu lösen. Ich verstehe schon, Kollege Heinzinger, wenn Sie aufzeigen, daß es in der BRD und in der Schweiz ein anderes Bewußtsein und eine andere Einstellung zum Katalysatorauto gibt. Aber lesen Sie bitte nur die Presseberichte in der Schweiz, die erschienen sind, als man dort über die Katalysatoren diskutiert hat. Da gab es keine Spur einer Verniedlichung, sondern ein ungeheures Engagement der Medien, um den Schweizern bewußt zu machen, daß ihnen der Katalysator etwas wert sein muß, wenn sie den Wald retten wollen.

Kollege Heinzinger! Bei uns ist es genau umgekehrt. Ich kann mich an die Schlagzei-

Hochmair

len noch genau erinnern: 14. Juli — „Ein Katalysatorauto in Österreich verkauft“. 29. Juli — „Zwei Katalysatorautos verkauft“. 5. September — „Autoindustrie sieht Pleite beim Katalysator. Menschen nehmen Katalysatorauto nicht an.“

Ein bißchen wohl hätte es dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz schon getan, wenn er da die Presse hinter sich gewußt hätte (*Abg. Tirthal: Die ÖVP-Presse!*), die den Menschen ein bißchen mehr Bewußtsein gegeben hätte.

Wir als Politiker haben es gemacht, Kollege Heinzinger, und sind den Menschen nichts schuldig geblieben. Aber wir verfallen ja sehr häufig in den Fehler, daß wir meinen, wenn wir von Mittwoch auf Donnerstag ein Gesetz einführen — den Katalysator zum Beispiel —, wäre am Donnerstag der Wald in Ordnung. Sie kennen genauso gut wie ich, Kollege Heinzinger, die Aussage von Forstfachleuten. Wenn es uns in der westlichen Welt ab heute gelingen würde, die Schadstoffemissionen in Industrie, Haushalt und beim Verkehr zur Gänze auf Null zu senken, würden wir die ersten positiven Anzeichen beim Wald in 25 Jahren merken. Und Sie gehen täglich her und fordern vom Bundesminister, von Mittwoch auf Donnerstag, von Donnerstag auf Freitag den Zustand des Waldes zu verbessern.

Und da, Kollege Heinzinger, kommen wir in Widerspruch mit den Menschen. Die Menschen draußen erwarten dann von uns, daß das sofort wirksam wird. Die Menschen auf der Galerie heute meinen, wenn Sie hier ein Gesetz fordern, könnten sie am Montag wieder in den gesunden Wald marschieren. Nein, Kollege Heinzinger! Wir müssen die Dimensionen aufzeigen. Seit 40 Jahren haben wir die Natur und die Umwelt mißbraucht, bewußt oder unbewußt, und wir werden sicherlich den genau gleichen Zeitraum brauchen, um die Umwelt wieder in Ordnung zu bringen. Wir wissen, daß jeder Eingriff in den vergangenen Jahren ein Eingriff in höchst komplizierte und vernetzte Systeme war.

Ich will Ihnen ein Beispiel sagen, das ich vor kurzem in einer Broschüre gelesen habe — ich habe nur die Broschüre jetzt nicht zur Hand —: Im Jahr 1981 hat ein Wissenschaftsteam in der BRD bei einem großen Teich in der Lüneburger Heide eine Bestandsaufnahme gemacht. Nach einem halben Jahr haben sie festgestellt, daß sich in diesem Teich 378 tierische Lebewesen befinden — vom Kleinstlebewesen bis zum größten Fisch

— und 112 verschiedene Pflanzen. Ende 1984 wurde eine neuerliche Bestandsaufnahme gemacht. Aber 1981 hat man in diesen Teich eingegriffen. Diese Biologen haben nur eine Tierart aus dieser vernetzten Welt herausgenommen und ausgerottet bis hin zum Laich: den Egel. Den Blutegel hat man herausgenommen, und man hat festgestellt, daß am Abschluß der Bestandsaufnahme nur mehr 56 Tierarten und 17 Pflanzenarten in diesem Teich gelebt haben.

Diese Vernetzung, Kollege Heinzinger, die spüren wir immer mehr. Daher müssen wir auch auf diesen Bereich unser Augenmerk legen. Ich möchte damit nur aufzeigen, daß die Reparaturfähigkeit nicht von einem Tag auf den anderen gegeben ist, sondern daß wir dazu mittelfristig und langfristig arbeiten müssen. (*Abg. Heinzinger: Herr Kollege! Ich gebe Ihnen völlig recht. Daher verurteile ich ja so, daß der Herr Minister Haiden trotz deutlicher Schadenssymptome sagt, das sind gesunde Bäume; ich stimme mit Ihnen völlig überein!*)

Kollege Heinzinger! Das muß man relativieren in der Aussage. Es sind nicht alle Bäume zur Gänze krank. Wenn Sie die Broschüre und die Bestandsaufnahme des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft lesen, dann können Sie schon feststellen, warum der Bundesminister sagt, in diesem Bereich sind Krankheitssymptome, dort ist eine Störung und hier ist der Wald gesund.

Wir brauchen alles, nur keine Hysterie. Das wäre schädlich. Engagement brauchen wir, Kollege Heinzinger, Dimensionen, Zusammenarbeit in diesem Bereich. Da muß es einen nationalen Konsens geben. Da haben wir nichts davon, wenn wir sagen: Wann geht der Bundesminister? Bleibt er? Wer kommt? Hat der Durchsetzungsvermögen? Wir werden in der Zukunft den gleichen Konsens brauchen, Kollege Heinzinger, genau in diesem Bereich, den der Bundesminister Steyrer in diesen Ausschuß mit eingebracht hat.

Ich glaube, Steyrer verdient es, daß wir feststellen, daß wir mit diesem Konsens viel erreicht haben. Er hat es nicht immer leicht gehabt. Ich denke nur an ein paar realpolitische Fragen. Wie hat es denn beim Waschmittelgesetz ausgeschaut, Kollege Heinzinger? Die eine Gruppe bei Ihnen war — wahrscheinlich mit gutem Recht — für ein totales Phosphatverbot, die andere Gruppe bei der ÖVP wollte einen möglichst geringen Phosphatgehalt. Die eine hat nur die Gewässer, die Fließgewässer gesehen, die andere hat die

10856

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Hochmair

Industrie gesehen. Und egal, wie dieser Entschluß des Ministers ausgesehen hätte, er wäre immer ins Schußfeld von Ihrer Seite gekommen. Wie schwierig hier die Konsensfindung war, das haben wir alle mitsammen gemerkt, aber ich meine, daß wir mit diesem Waschmittelgesetz eine sehr gute Lösung gefunden haben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Es geht uns genauso im Bereich des Umweltfonds. Wie ist in der Öffentlichkeit die Aktion über die chemischen Reinigungsmaschinen kritisiert worden. Wir haben zwar alle gewußt, daß Trichloräthylen etwas ist, was wir nicht negieren können, haben die Probleme zur Kenntnis genommen, aber niemand hat etwas dagegen getan. Im Umweltfonds ist es gelungen, hier eine Sanierung herbeizuführen, sicherlich mit einigen Kosten. Hätten wir aber nach Jahren die Umweltsanierung durchführen müssen, hätte uns das wesentlich mehr Geld gekostet.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich als Mitglied der Kommission sehr herzlich beim Herrn Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld, der diesem Fonds vorsteht, und auch bei seinem Stellvertreter, Sektionschef Dr. Bobek, bedanken. Ich glaube, in dieser Fonds-kommission setzt man sich wirklich mit den Problemen der Umweltsanierung auseinander, ohne nur der Industrie den Schwarzen Peter zuzuschieben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Weil Sie, Kollege Heinzinger, den Problem-bereich Müll angeschnitten haben: Ich bin schon auf die Diskussion gespannt in der Zukunft. Da werden wir dann wieder die Aktivitäten sehen auf dem gigantischen Verschie-bebahnhof Österreich. Da wird eine Gemeinde meinen: Es wäre gut, wenn den Müll die andere Gemeinde nehmen würde; da wird ein Bundesland meinen, es wäre gut, wenn den Müll das andere Bundesland akzeptieren könnte. Wir werden es schwer haben, Kollege Heinzinger, dafür die geeigneten Standorte zu finden.

Da wird es ein bißchen mehr als nur einer politischen Aussage bedürfen, da brauchen wir Bekennertum, wenn wir dieses Problem lösen wollen. Sehr häufig vertreten wir als einzelne die Meinung bei der Lösung der Umweltprobleme und sagen aus: Alle Hunde machen Lärm, Gott sei Dank, der meine bellt nur. Und da, Kollege Heinzinger, sehe ich eigentlich wirklich das Kernproblem. Wir brauchen bei der Lösung der Umweltprobleme wirklich Bekennertum. Wenn wir die Probleme erkannt haben, müssen wir uns

auch zur Lösung durchringen. Wir sind beispielgebend in Europa, und wir sind bahnbrechend bei manchen Dingen. Wir haben natürlich kein Umweltparadies, aber auch keine Ursache zum Pessimismus. Es ist das nicht leugbare Verdienst von Minister Steyrer, wenn andere Länder uns als Vorbild hinstellen.

Wie hat denn seine Strategie ausgesehen, Kollege Heinzinger, die Sie kritisiert haben? Er hat erstens die Strategie des Miteinander und des Füreinander gepflogen, zu der wir uns bekennen. (*Abg. Heinzinger: Fakten!*) Ich akzeptiere, daß stille Diplomatie in manchen Bereichen wichtiger war als lauthal-ses Bekennertum. Es wäre nicht sinnvoll gewesen, wenn vor einem Jahr der Minister Steyrer in der Au midemonstriert hätte. Es wäre nicht sinnvoll gewesen, wenn er dreimal am Tag spektakuläre Erklärungen über die APA abgegeben hätte. Und es wäre nicht sinnvoll gewesen, wenn er dort den Schulter-schluß mit den Demonstranten herbeigeführt hätte. Die stille Diplomatie, das Einsetzen der Ökologiekommission, das Abwarten von Ergebnissen von engagierten Fachleuten und dann das Handeln, Kollege Heinzinger, das war wichtig. Die Menschen in diesem Land hätten überhaupt nichts davon, wenn der Bundesminister zwar in der Au gewesen wäre, wenn er es aber jetzt verabsäumt hätte, die Strategie und die Grundlagen zu erarbeiten.

So meine ich, daß wir in der Gesundheits- und Umweltpolitik unter der Leitung des jet-zigen Ministers Dr. Kurt Steyrer die Aufgabe erfüllt haben. Ich darf daran erinnern, daß im Jahre 1983 Bundesparteiobmann Mock noch gefordert und auch gesagt hat, wenn er die Wahl gewinnen würde, würde er als erstes dieses Ministerium auflösen. Und am Samstag im Burgenland hat der Bundesparteiob-mann der Volkspartei und der Oppositi-onführer erklärt: Österreich ist seit 1970 verludert. — Das ist viel weniger als ein Bekennt-nis zur Fairneß in der Politik, aber viel mehr als eine Beleidigung der Menschen in diesem Land. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Die Aussage in dieser Dimension ist für mich unerklärbar. Sie kann nicht nur umwelt-politisch gesehen werden. Denn wir stellen schon fest, daß in diesem Land im Bereich des Umweltschutzes die Menschen engagiert mit-gearbeitet haben. Von den Gewerbetreibenden bis hin zur Industrie, bis hin zu jenen Menschen, die sich zum Umweltschutz beken-nen. Vor 40 Jahren hat das Schlagwort vom Bruder Baum noch anders ausgesehen. Da

Hochmair

hat man ihn gefällt zum Heizen. Heute sagen wir Bruder Baum, um diesen Wald zu erhalten.

Die Erfolge in diesem Ministerium haben begonnen unter der Ministerschaft von Frau Dr. Leodolter; über Salcher und Steyrer hat sich das fortgesetzt. Gesundheit und Umwelt sind untrennbar mit dem Namen Kurt Steyrer verbunden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wenn er heute am letzten Tag seiner Ministertätigkeit auf der Regierungsbank sitzt und vielleicht still für sich die Bilanz zieht, kann die Bilanz eigentlich nur lauten: Sie war positiv, wir haben in diesem Land viel geleistet, es gibt noch viel zu leisten, packen wir die Probleme ehrlich im nationalen Konsens an, dann wird dieses Land in Zukunft so aussehen, wie wir es uns gemeinsam wünschen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 12.18

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Probst.

12.18

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister! Wir haben gerade erlebt, wie das ausgeht, wenn die Opposition entgleist und die Basis des guten Tones verläßt. Wir haben erlebt, wie es aussieht, wenn der Hauptredner der Opposition den wahlbedingten Rücktritt eines verdienten Ministers umfunktioniert in eine 36 Minuten lange Beschimpfung.

Herr Kollege Heinzinger! Es war eine einzige Ministerbeschimpfung. Sie haben ununterbrochen... (*Bewegung bei ÖVP und SPÖ.*) Ich hatte zuerst den Eindruck, daß Sie den Herrn Bundesminister 36 Minuten lang beschimpft haben. Zuerst haben Sie ihm vorgeworfen — Sie tun das seit sechs Monaten ungefähr —, daß der Bundesminister nicht zurücktritt. Heute — habe ich den Eindruck gehabt — werfen Sie ihm vor, daß er zurücktritt. Da solle sich einer auskennen. Herr Kollege Heinzinger! Sie kennen sich auf keinen Fall aus. Das haben Sie heute deutlich gezeigt. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

An die nächsten Redner von der Österreichischen Volkspartei möchte ich den zaghaften und wahrscheinlich sinnlosen Appell richten, bei ihren künftigen Attacken und Schmutzkübelentleerungen nicht so sehr an den Sonderabfall zu denken, sondern an die Tatsache, daß die beiden Kandidaten Waldheim und Steyrer zum höchsten Amt in Österreich kandidieren, zum Amt des Bundespräsidenten. Und es ist noch gar nicht gesagt, ob

nicht doch der Herr Bundesminister Steyrer Bundespräsident wird. Und wollen Sie dann das gleiche machen, was Sie mit Österreichs Wirtschaft, mit Österreichs Ansehen in der Welt gemacht haben? Wollen Sie auch den österreichischen Bundespräsidenten jetzt schon für alle Zukunft besudeln, daß es dann Schwierigkeiten gibt, wenn er Staatsbesuche macht? (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Heinzinger.*) Herr Kollege Heinzinger! Ein passender Zwischenruf vom Herrn Kollegen Ettmayer.

Herr Kollege Ettmayer! Wie oft soll Ihnen die eigene Fraktion noch sagen, daß Sie vor Zwischenrufen ein wenig nachdenken sollten über das, was Sie eigentlich sagen wollen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Ettmayer: Kein Mensch von der FPÖ hört sich Ihre Rede an!*)

Herr Kollege Heinzinger! Sie haben gemeint, der Herr Bundesminister habe den Herrn Staatssekretär vergessen, und Sie haben ihm recht gegeben: Sie würden ihn auch vergessen. Mag sein, daß die ÖVP unseren Staatssekretär Dr. Mario Ferrari-Brunnenfeld vergessen möchte, er wird sich aber weiterhin vor allem der Österreichischen Volkspartei sehr deutlich in Erinnerung rufen, und es tut Ihnen sicherlich weh, daß es der Herr Staatssekretär Ferrari war, der diese umfassenden Impulse a) initiiert und b) verwaltet, jene Impulse, die ausgehen vom Umweltfonds, einem Fonds, der von der ÖVP beschimpft und gleichermaßen von den ÖVP-Wirtschaftstreibern gelobt wird, weil er erst die Durchführung dessen ermöglicht, was wir alle zu wollen haben, nämlich eine Sanierung der Umweltsituation. (*Abg. Heinzinger: Das macht jeder Sektionschef besser!*) Und das macht das Amt von Staatssekretär Ferrari; Sie haben das eben von meinem Voredner gehört. Und er wird Ihnen weiterhin da und dort dieses oder jenes Schäufel von Kritik abräumen; ich hoffe, auch von Wählergunst.

Sie von der ÖVP sprechen — und das ist ja im Rahmen einer derartigen Opposition, wie Sie sich darstellen, schon ein bißchen bedenklich, denn Sie haben eine ungeheure mediale Macht, das macht ja die Sache umso bedenklicher — von der „Pionierrolle“ Österreichs in Skandalen und Korruption, sagen das hier locker in aller Öffentlichkeit. (*Abg. Heinzinger: Die Wahrheit wird man noch sagen dürfen!*)

Sie von der ÖVP streben nach der Krippe der großen Koalition; gerade die meisten die-

10858

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Probst

ser Skandale und Korruptionsfälle sind doch Relikte aus der Zeit der großen Koalition, Relikte, die aus jenem Denken herrühren, als es immer nur hieß: Do ut des! Das heißt vom Lateinischen ins Steirische umgesetzt — wir sind ja Landsleute —: Mir ein bisserl, dann kriegst du auch ein bisserl. Immer so schön das Aufteilen, das Packeln.

Ein kleines Beispiel: Sie sprachen von der Steiermark, da hat sich jetzt etwas Lustiges herausgestellt. Da hat sich herausgestellt, daß die sich Kluboblate der beiden Landtagsfraktionen SPÖ und ÖVP klammheimlich einen Dienstwagen zugeschanzt haben. Der Klubobmann der Freiheitlichen Partei wurde nicht gefragt. Herr Landeshauptmann Kraner hat groß angekündigt, er wird seinen zweiten Dienstwagen abgeben. (*Ruf bei der ÖVP: Hat er auch!*) Ja, ich weiß: An den geschäftsführenden Klubobmann Professor Schilcher, der fährt mit Kraners zweitem Dienstwagen. Bitte, ist doch alles nur eine Augenauswischerei! Warum leugnen Sie das?

Und liebe Kollegen von der ÖVP, auch wenn es Ihnen noch so unangenehm ist: Es waren Minister Steyrer und Staatssekretär Ferrari, die sich in Österreich vehement gegen den Widerstand der ÖVP durchgesetzt haben, vor allem gegen den Widerstand der ÖVP-Lobbyisten, und den Katalysator als erstes Land in Europa zwingend vorgeschrieben haben.

Aber — der Herr Kollege Hochmair hat es angedeutet — es ist wieder das eingetreten, womit die ÖVP so glänzend operiert, nämlich mit ihrer medialen Übermacht. Das ist etwas, was wir eingestehen müssen, es tut uns weh, aber wir müssen das eingestehen. Mit ihrer medialen Übermacht hat die ÖVP die Idee Katalysator so total und so katastrophal verwässert, daß jeder Österreicher das Gefühl hatte, das sei der größte Blödsinn.

Herr Kollege Schüssel! Sie haben gesagt, es sei ein Wahnsinn, den Katalysator einzuführen. Herr Kollege Schüssel! Ich weiß, Sie waren in New York. Es muß Ihnen doch als erstes in dieser 9- oder 11-Millionenstadt aufgefallen sein, daß es dort nicht stinkt, obwohl es dort viel mehr Kraftwagen gibt als bei uns. Das ist ja schon das augenscheinliche Erfolgslebnis für jeden, der erstmals in ein System hineinkommt, in dem jedes Kraftfahrzeug einen Katalysator hat. Aber die Opposition hat dem Österreicher einzureden versucht, der Katalysator sei ein Blödsinn. Somit ist natürlich klar, daß zunächst eine riesige Demotivation eingetreten ist.

Steyrer und Ferrari sind es letztlich — das können Sie nicht trennen, nicht auseinander dividieren, so sehr Sie es wollen —, die dafür verantwortlich sind, daß zum Beispiel die weltbekannte Organisation, die es wirklich in der ganzen Welt gibt, nämlich Greenpeace, in aller Welt mit dem österreichischen Modell der Luftreinhaltung wirbt. Ich weiß das aus engster Quelle, und Sie wissen es auch, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. Das giftet Sie ja so, weil Sie wissen, daß die Österreicher jetzt draufkommen, wer wirklich Umweltpolitik betreibt: Nicht die Schreier (*Abg. Heinzinger: Auch nicht der Probst!*), nicht jene, die sich nackt ausziehen, um Aufsehen zu erregen, sondern jene, die Handlungen setzen, die Handlungen zu setzen bereit sind, auch wenn diese im ersten Augenblick unpopulär erscheinen mögen.

Es gibt keinen Umweltschutz zum Nulltarif, aber es gibt sehr wohl ein entschlossenes Handeln. Wenn man Chancengleichheit für alle setzt, wenn man flankierende Maßnahmen wie eben den Umweltfonds setzt, dann ist es doch auch recht und billig, wenn man in einer bedenklichen Situation, bedenklich, was Umweltbelange anbelangt, auch harte Maßnahmen trifft. Diese sind getroffen worden, und das haben wir dem entschlossenen Handeln des Herrn Bundesministers und des Herrn Staatssekretärs zu verdanken. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Steinbauer.*)

Es klingt immer wieder durch, Herr Kollege Steinbauer, daß die ÖVP das Waldsterben hervorhebt, die Verseuchung der Flüsse und alle diese Dinge, so unter dem Motto: Jetzt hat der Herr Dr. Steyrer versprochen, er wird das sanieren, und es stirbt noch immer der Wald. Das geht natürlich, wenn man es lang genug trommelt, bei einem gewissen Kreis der Bevölkerung schon hinein, aber die, die sich auch nur eine Sekunde die Zeit nehmen, darüber nachzudenken, wissen natürlich, daß das eine üble Propaganda ist, daß diese Maßnahmen für die Zukunft, Herr Kollege Steinbauer, gedacht ist und daß sie auch in Zukunft erst greifen können. (*Abg. Steinbauer: Stirbt der Wald oder nicht?*)

Ich darf hier auf eine Arbeit verweisen, in der deutlich gemacht wird, daß die Schäden im Wald zurückgehen, vor allem in Laubwäldern sieht man das, da der Laubwald bekanntermaßen viel sensibler reagiert. Sie wissen, daß eine Nadel eine Lebenszeit von etwa sieben Jahren hat, der Laubwald hingegen wirft jährlich seine Blätter ab. Die Erfolge sind nachgewiesen und zeigen sich auch, und darüber sollte man froh sein.

Probst

Es waren auch der Herr Bundesminister Steyrer und der Herr Staatssekretär Ferrari, die sich gegen härtesten Widerstand — und das ist das einzige Mal, wo wir eine mehrheitliche Abstimmung machen mußten — durchgesetzt haben bei der Schaffung des Umweltbundesamtes. Das war auch so typisch: Das Umweltbundesamt ist genau in eine Situation, zu einem Zeitpunkt installiert worden, zu dem es dringend notwendig war. Das war jene Zeit, als wir gesehen haben, wie wehr- und machtlos der einzelne ist, wenn es um Umweltfragen geht. Das war jene Zeit, in der wir gesehen haben, wie wehr- und machtlos selbst Gruppen sind, wenn sie ehrliche Anliegen vertreten, eine Zeit, in der wir gesehen haben, daß wir irgendwann eine Schiedsinstanz brauchen, wenn es um Umweltfragen geht. Und in diese Zeit hinein ist der Umweltanwalt in Form des Umweltbundesamtes gekommen.

Genau in diese Zeit hinein kam jene Koordination aller im Staate laufenden Maßnahmen in Richtung Zusammenfassung, das heißt, daß nicht mehrgleisig gefahren wird, daß Hunderte und Aberhunderte Arbeiten — viele davon sehr wertvoll — gesichtet werden, daß apparativ eine einzige Stelle vorhanden ist, die teure, ja teuerste Geräte anzuschaffen imstande ist. Sie von der ÖVP meinten, 220 neue bürokratische Posten würden geschaffen.

Herr Kollege Heinzinger, ich erlaube mir die Frage: Wer soll denn messen? Wer soll denn koordinieren? Wer soll denn Interessen für die Bevölkerung wahrnehmen? — Apparate oder Menschen?

Wir haben gesagt: Umweltschutz zum Nulltarif gibt es nicht. Sie hätten es aber am liebsten gesehen, daß das Umweltbundesamt zu einem Salzamt degradiert wird. Da haben wir halt nicht mitgespielt, Herr Kollege Heinzinger. (Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Heinzinger: Probst, ich leide unter diesem Unsinn!) Sie haben wieder das uralte Liedchen von den mangelnden Kompetenzen des Herrn Bundesministers gesungen.

Ich erinnere mich genau daran, als die neue Kompetenzaufteilung gekommen ist. Da hat es geheißen: Jetzt wird der Steyrer zum Superminister gemacht. (Abg. Heinzinger: Wer hat das gesagt?) Von Ihnen ist das gekommen, natürlich. Sie haben gesagt: Wasserrechtliche Kompetenzen sind verteilt auf die drei Ministerien. Das, glaube ich, das mag stimmen. Ich meine aber eher, das Wasser steht Ihnen von der Österreichischen Volks-

partei bis zum Halse! (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Deswegen diese komischen Bemerkungen. Wie die letzten Umfragen zeigen, geht es Ihrer Partei gar nicht besonders gut. (Abg. Dr. Kohlmaier: Aber geh, woher haben Sie denn die?)

Das sage ich, um zu zeigen, wie kompetent Sie, Herr Kollege Heinzinger, als Umweltsprecher sind, wenn das die offizielle Meinung der Österreichischen Volkspartei ist: Sie bringen ausgerechnet hier auf Bundesebene als Beispiel die Schalldämmung im Wohnbau, sollten aber wissen — bitte das ist wirklich Anfängerwissen —, daß das genau in die Kompetenz der Landesbauordnungen fällt.

Wir haben zufällig in der Steiermark, was die Schalldämmung anbelangt, ein sehr gutes Gesetz; da ist vom Bund her überhaupt nichts drinnen, außer auf dem Wege der Förderungen im Bautenministerium. Aber dafür können Sie doch nicht den Herrn Bundesminister verantwortlich machen. (Abg. Heinzinger: Ich sprach vom Wiener Gesetz! Dafür haben wir ein neues Amt? Aber Sie wissen ja nichts!)

Sie sind wirklich ahnungslos, Herr Kollege Heinzinger, oder Sie tun nur so, als ob Sie ahnungslos wären und versuchen krampfhaft, dort ein Dreckpatzerl und da ein Dreckpatzerl anzubringen, um es auf den Präsidentschaftskandidaten losschleudern zu können. Anders ist dieses Maß an Ahnungslosigkeit ja wirklich nicht zu erklären. (Abg. Dr. Ettemayer: Der Herr Minister Steyrer hat bei Ihrer Rede schon die Flucht ergriffen!)

Wo gibt es denn das, daß einem Minister glatt ins Gesicht gesagt wird — und das kränkt mich persönlich, weil ich irgendwo den Anstand von Mensch zu Mensch gewahrt wissen möchte (Abg. Heinzinger: Das hört sich aber nicht so an!) —, daß dem Herrn Bundesminister wörtlich „klein-grün-karierter Denken“ vorgeworfen wird. Eine derartige Redeweise — ich weiß nicht, ob das ein Ordnungsruf wird — kann ich nur mit dem steirischen Wort „keifen“ übersetzen. Das ist jenseits jeder Grenze, Herr Kollege Heinzinger. Sie sollten das in Zukunft wirklich ein bißchen bedenken!

Es war der Herr Bundesminister Steyrer, der das von Ihnen auch so gepriesene Arzneimittelgesetz durchgesetzt hat. Es ist einstimmig beschlossen worden, und zwar noch in der Zeit der sozialistischen Alleinregierung. Es ist als Wundergesetz, als Jahrhundertgesetz von der ÖVP gepriesen worden. Wir wis-

10860

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Probst

sen, daß einiges offen ist, und wir wissen auch, daß es Sache der Exekutive sein wird, das Arzneimittelgesetz mit Leben zu erfüllen. Wir stoßen täglich auf Dinge, die uns stören. In Zeitungen liest man immer mehr Anzeigen über Wunderheilgeräte, Heizdecken, Katzenfelle, Wunderringe und dergleichen. Das zum Beispiel sind Dinge, die durch das Arzneimittelgesetz eindeutig einem Zulassungsverfahren unterworfen werden. Bisher hat sich kein Mensch um diese Dinge geschart, ich habe wiederholt darauf hingewiesen.

Herr Kollege Heinzinger! Ihre Ahnungslosigkeit zeigt sich allein in Ihrer Ausdrucksweise. Sie reden hier, obwohl wir seit Jahren davon sprechen, vom „Reichramer Hintergebirge“. Ich war noch nie im „Reichramer Hintergebirge“, habe auch noch nie von dem gehört, aber ich habe mich wohl schon sehr oft befaßt mit den Problemen des Reichraminger Hintergebirges. Sollten Sie dieses meinen, Herr Kollege Heinzinger, dann darf ich Ihnen sagen, daß hier mein Kollege Dr. Gugerbauer sitzt, Nationalratsabgeordneter ... (Abg. Heinzinger: Sie sollten wenigstens den steirischen Dialekt besser kennen! — Abg. Dr. Schwimmer: Vielleicht brauchen Sie Ohrentropfen!) „Reichramer“ hat noch wirklich keiner gesagt. Bitte, das liegt aber in Oberösterreich, Herr Kollege Heinzinger, auch darüber möchte ich Sie informieren, daß das kein steirisches Gebiet ist. Das war vielleicht einmal Steiermark, als Steyr noch zur Steiermark gehörte. Sie haben jedenfalls keine Ahnung und blasen große Töne.

Hier sitzt der Rechtsanwalt und Nationalratsabgeordnete Dr. Gugerbauer, der Sie darüber aufklären mag, daß auch in dieser Frage wichtige Entscheidungen gefallen sind, daß die Besitzstörungsklagen der Betreiber des Projektes gegen jene, die sich mit Recht gegen diese grobe Vorgangsweise wehren, zurückgewiesen wurden.

Das heißt mit anderen Worten: Langsam wird jedes Elektrizitätsunternehmen zur Überzeugung kommen müssen, daß man etwas sorgsamer planen muß. Und in diesem Fall ist das besonders wichtig, denn die 15 weiteren geplanten Großprojekte in Österreich werden ein Vielfaches an Strom dessen liefern, was durch die Zerstörung, durch die bedenkenlose Drübermarschiererei der Betreiber im Falle Reichraminger Hintergebirge produziert worden wäre.

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir noch ein persönliches Wort zum Herrn Bundesminister Steyrer.

Mir persönlich tut es aufrichtig leid, daß der Herr Bundesminister das Haus verläßt. (Abg. Dr. Ettmayer: Er ist schon weg!)

Hohes Haus! Ich halte es für wesentlich, daß man auch dann, wenn man politisch, ideologisch auf der ganz anderen Seite steht, die Fairneß und die Anerkenntnis des politisch anders Denkenden wahrt und aufrechterhält. Und ich bin auch gerne bereit, in solchen Fällen nicht vor jemandem Halt zu machen, nur weil er der Opposition angehört. Ich kann von mir sagen, daß ich nach sieben Jahren Koalition mit der Österreichischen Volkspartei im Gemeinderat von Graz um kein Jota schwärzer geworden bin und daß ich nach soundso vielen Jahren der Koalition mit den Sozialisten hier im Hohen Haus sicherlich um keinen Strich röter geworden bin.

Wir Freiheitlichen wahren unsere Eigenständigkeit, wir wissen, daß wir als Juniorpartner natürlich nicht immer all unsere Überlegungen durchzusetzen imstande sein werden, aber auch die Sozialisten wissen, daß sie wegen der Koalition an Grenzen stoßen.

Was mich an Herrn Bundesminister Steyrer immer überzeugt hat, das war seine menschliche und persönliche Anständigkeit in jeder Phase seines politischen Handelns. Und dafür möchte ich ihm herzlich danken! (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) Es war die faire Art, jede Meinung gelten zu lassen und wirklich abzuwagen, es war der Konsens, zu dem er sich immer gefunden hat — auch in jener Zeit, als die Sozialistische Partei auf niemanden Rücksicht zu nehmen gezwungen war. Ich erwähne nur das Arzneimittelgesetz. Es war der Konsens, der in einigen Fällen für eine so stark umweltbewußte Partei, wie wir Freiheitlichen das sind, schon fast etwas zu großzügig erschien, aber es hat sich immer wieder eine gute Lösung finden lassen.

Und es war die vermittelnde Art des Herrn Bundesministers Steyrer, wie er zum Beispiel mit schärfsten Gegnern umzugehen imstande war. Sie alle wissen, wie schwer das ist; jeder von Ihnen war sicherlich schon bei einer Diskussion zum Beispiel mit Umweltschützern, mit Tierversuchsgegnern. Da gibt es sehr radikale Meinungen, da gibt es wirklich Schwierigkeiten, da hat man oft den Eindruck, daß eine Kommunikation einfach nicht gegeben sein kann, weil Sender und Empfänger keine gleiche Wellenlänge herzustellen imstande sind. Und auch da habe ich Herrn Bundesminister Steyrer erlebt, wie er zu vermitteln imstande war.

Probst

Ich glaube — wenn ich mich jetzt wieder den Aufgaben der Zukunft zuwende —, hier müßten wir den Weg der Vermittlung finden. Wir alle. Wir müssen danach trachten, eine weitere Verhärtung — obwohl dies in manchen Fällen gar nicht mehr möglich erscheint — der Fronten zu verhindern. Wir müßten versuchen, jenen, die allzu radikale Lösungen anstreben, klarzumachen, daß es eben keine radikalen Lösungen geben kann in einer Zeit, in der wir froh sind, diesen oder jenen Fortschritt in der Wissenschaft, in der Technik, in der Medizin zu haben, in der wir bitter beklagen, daß uns dieser oder jener Fortschritt auch Probleme und Schwierigkeiten gebracht hat.

Aber bei Tierversuchen wird es einen Rest dessen geben müssen, was wir weiter mit Tieren tun müssen. Es ist selbstverständlich, daß unter größtmöglicher Schonung vorgegangen wird. Um nur ein ganz plausibles Beispiel zu nennen: Wie will ein Chirurg je lernen, ein abgetrenntes Bein, einen abgetrennten Arm zu reimplantieren, wenn er das nie an einem Tier geübt hat?

Ich habe den Verdacht, daß da bei vielen Menschen ein zu krasser Egoismus, ein Gruppenegoismus durchschlägt, und ich habe den Verdacht, daß diese Menschen, die gegen Arzneimittel, gegen Tierversuche sind, sehr oft zu wenig an ihre Mitmenschen denken, die darüber froh wären, wenn ihnen geholfen werden könnte. Ich habe den Verdacht, daß das sehr oft Menschen sind, die da so hart und radikal urteilen, die noch nie in ihrem Leben schwere Erkrankungen oder schwere Schmerzen durchmachen mußten. Ich glaube, die sollten sich ein wenig umsehen.

Wir müßten auch hier — und da, glaube ich, wird uns nichts anderes als der Konsens übrig bleiben, gleichgültig, wie der neue Minister heißen wird — das Problem der Zukunft, das auf uns zukommt, das große Problem der Zukunft gemeinsam lösen: Bei Fragen der Genmanipulation und der Leihmütter kann man nicht mit Verbots allein operieren, da eröffnen sich neue Perspektiven, die abzuwegen sind und die man zu überdenken hat, da geht es nicht, profil- und publicityheischend mit Verbots zu operieren.

Wir haben gemeinsam, und zwar die kleinste Gemeinde über den Bezirk, das Land und den Bund hinaus, die vielfältigen Probleme des Sonderabfalls, des gefährlichen Sondermülls zu lösen. In diesem Bereich ist eine Umkehr der Kompetenztrends festzustellen: Während sonst versucht wird, Kompetenzen

in die kleinere Gebietskörperschaft zu verlagern, versucht nun die Gemeinde, Kompetenzen an den Bezirk abzugeben. Der Bezirk wiederum versucht, diese an das Land abzutreten, und das Land versucht, sie an den Bund weiterzugeben.

Auch dieses Problem wird nur mit einer Einigung aller Betroffenen zu lösen sein, denn sonst wird das Florianiprinzip so aussehen, daß letztlich jede Kleinstgemeinde versuchen wird, ihren eigenen gefährlichen Müll zu deponieren oder zu lagern. Und das geht nicht, das ist undenkbar! Dafür muß es große Konzepte und auch einen Konsens geben, der über die nächste Gemeinderatswahl und die daraus zu schlagende Wahlpropaganda hinausgeht.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich schließen mit einigen wenigen Zitaten eines ganz großen Mannes, und zwar eines Indianers, der vor 130 Jahren, im Jahre 1855, auf das Ansinnen des damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, sein Land zu verkaufen und mit seinem Volk in ein Reservat zu gehen, mit einer Rede antwortete, deren Weisheit, Kritik und bescheidene Hoffnung uns heute, fast 130 Jahre später, mehr denn je betrifft und betroffen macht:

„Meine Worte sind wie Sterne, sie gehen nicht unter“, sagte Chief Seattle. Sein Volk hat nicht überlebt. Seine Worte werden nicht gehört. Werden wir sie hören? Werden wir sie überleben?

Er wirft dem weißen Menschen vor, er behandle „seine Mutter, die Erde, und seinen Bruder, den Himmel, wie Dinge zum Kaufen und zum Plündern, zum Verkaufen wie Schafe oder glänzende Perlen. Sein Hunger wird die Erde verschlingen und nichts zurücklassen als eine Wüste.“

Der Indianer mag das sanfte Geräusch des Windes, der über eine Teichfläche streicht, und den Geruch des Windes, gereinigt vom Mittagsregen oder schwer vom Duft der Kiefern. Die Luft ist kostbar für den roten Mann, denn alle Dinge teilen denselben Atem. Das Tier, der Baum, der Mensch: sie alle teilen denselben Atem. Der weiße Mann scheint die Luft, die er atmet, nicht zu bemerken. Wie ein Mann, der seit vielen Tagen stirbt, ist er abgestumpft gegen den Gestank.“

Weiter heißt es — auch das ist etwas, das wir bei unseren Kämpfen um das Forstgesetz bedenken sollten —: „Was ist der Mensch ohne die Tiere? Wären alle Tiere fort, so

10862

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Probst

stürbe der Mensch an großer Einsamkeit des Geistes. Was immer den Tieren geschieht, geschieht auch bald den Menschen. Alle Dinge sind miteinander verbunden. Was die Erde befällt, befällt auch die Söhne der Erde. Ihr müßt Eure Kinder lehren, daß der Boden unter ihren Füßen die Asche unserer Großväter ist. Damit sie das Land achten, erzählt ihnen, daß die Erde erfüllt ist von den Seelen unserer Vorfahren. Lehrt Eure Kinder, was wir unsere Kinder lehren. Die Erde ist unsere Mutter, was die Erde befällt, befällt auch die Söhne der Erde. Wenn Menschen auf die Erde spucken, bespeien sie sich selbst, denn das wissen wir: die Erde gehört nicht den Menschen, der Mensch gehört zur Erde. Das wissen wir.“

Abschließend etwas, das in seiner visionären Schau direkt unheimlich anmutet: „Auch die Weißen werden vergehen — eher vielleicht als alle anderen Stämme. Fahret fort, Euer Bett zu verseuchen, und eines Nachts werdet Ihr in eigenem Abfall ersticken. Aber in Eurem Untergang werdet Ihr hell strahlen, angefeuert von der Stärke des Gottes, der Euch in dieses Land brachte und Euch bestimmte, über dieses Land und den roten Mann zu herrschen. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)^{12.46}

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Schwimmer.

12.46

Abgeordneter Dr. Schwimmer (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist direkt schade, daß mein Vorredner, Abgeordneter Probst, nicht ausschließlich die Rede des Indianerhäuptlings gehalten hat, denn dann hätten wahrscheinlich alle zustimmen können. Ansonsten fürchte ich, Herr Abgeordneter Probst, daß das, was Sie gesagt haben, ein Vorgeschnack auf die Art und Weise ist, wie seitens der Koalitionsparteien die Debatte zu den Kapiteln Umwelt, Gesundheit und Soziales geführt werden wird. Und das hat weder Minister Steyrer verdient, noch wird es den Problemen in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Soziales gerecht.

Diese Debatte so anzugehen, wie Sie, Herr Abgeordneter Probst, es hier getan haben, ist aber durchaus Ihre Angelegenheit. (Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Da bekommen Sie aber keinen Applaus von Ihrer Partei!) Es ist Ihre Angelegenheit, ob Sie hier Wahlkämpfer für Steyrer spielen — das machen Sie sich in Ihrer eigenen Partei aus — und ob Sie es als ein wichtiges Anliegen der Gesundheitspolitik ansehen, daß der Klubobmann der steirischen

Freiheitlichen einen Dienstwagen mit doppelt so vielen Sitzen — außer dem Chauffeur —, wie der freiheitliche Klub Mitglieder im steirischen Landtag hat, bekommt. (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Ich würde mir an Ihrer Stelle weniger Sorgen darum machen, wie die Österreichische Volkspartei in Umfragen liegt, sondern ich würde mich eher um einen Dienstautobus für die freiheitlichen Wähler kümmern, denn sie passen durchaus hinein, vielleicht bald schon in einen Kleinbus, Herr Abgeordneter Probst. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Falls Sie über Umwelt reden wollen, dann müssen Sie wissen, wo der Pfeffer wächst! — Abg. Haigermoser: Sie waren auch schon besser in Form! — Zwischenruf der Abg. Dr. Helene Partik-Pablé.)

Frau Abgeordnete Partik-Pablé! Wenn es darauf ankommt, wird unsere Fraktion noch immer groß genug sein, jedenfalls viel stärker, als Ihnen paßt. (Beifall bei der ÖVP.) Wissen Sie, ich verlasse mich da durchaus auf die Wähler. Ob die Freiheitliche Partei das noch einmal tun kann, weiß ich nicht. (Neuerlicher Zwischenruf der Abg. Dr. Helene Partik-Pablé.)

Aber nun zu einer Sache, die bis jetzt noch nicht zur Sprache gekommen ist und die mich eigentlich schon wundert. Allerdings ist sie weniger den Abgeordneten Probst angegangen als den Abgeordneten Hochmair. Es ist schon interessant: Es tritt ein Minister zurück, hier wird das Budgetkapitel Gesundheit und Umweltschutz abgehandelt, das im nächsten Jahr zu vollziehen ist (Zwischenruf des Abg. Probst), und von wem oder wo erfahren die Abgeordneten, wer dem Minister nachfolgt? Kein Wort zur Nachfolge des Ministers hier im Hohen Hause, sondern das erfährt man von den Medien, das erklärt der Bundeskanzler der Austria-Presse-Agentur. Man findet es nicht der Mühe wert, dem Hohen Haus ein Wort darüber zu sagen, und auch der erste Redner der Sozialistischen Partei geht mit keinem Wort auf jenen Mann ein, der das Budgetkapitel Umwelt und Gesundheit im nächsten Jahr zu vollziehen haben wird. (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Probst.)

Es wäre interessant zu wissen, warum er es nicht getan hat, vielleicht gefällt ihm der Nachfolger nicht. Aber ich glaube, letzten Endes ist eine Regierung immer noch dem Parlament verantwortlich und hat dem Parlament zu sagen, wer neuer Minister wird, und nicht ausschließlich den Medien, meine

Dr. Schwimmer

Damen und Herren. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Aber es scheint mir fast bezeichnend zu sein, mit welch geringer Selbstachtung auch die Abgeordneten der Koalitionsparteien das Parlament und damit letzten Endes sich selbst betrachten.

Ich habe mir die Debatten zum Kapitel Soziales der letzten Jahre noch einmal angesehen, und ich kann mir den Ablauf der Debatte — ich muß dazusagen: leider — schon lebhaft vorstellen. Es wird der Abgeordnete Hesoun herauskommen und sich beklagen, daß ich alles schlechtgemacht hätte, was in der Sozialpolitik geschieht, daß ich immer nur schwarzgemalt hätte, ganz egal, ob ich das getan habe oder nicht. Er hat auch voriges Jahr, obwohl ich mich ausschließlich auf positive Vorschläge beschränkt habe, beklagt, daß ich alles schlechtgemacht habe. Dann wird der Sozialminister aufstehen und — mit ein wenig Selbstmitleid und ein wenig Selbstgefälligkeit — bejammern, daß man für seine Visionen zu wenig Verständnis hätte, dann der ÖVP nahestehende Institute oder eine von ihm als bürgerlich bezeichnete Zeitung zitieren, vielleicht sogar einen ÖVP-Abgeordneten, um zu zeigen, wie gut es doch ist, daß er diese Visionen hat. Nur mit den gegenwärtigen sozialpolitischen Problemen wird er angesichts der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wenig fertig.

Die Frau Abgeordnete Partik-Pablé wieder will vergessen machen, daß ihr Parteiobmann sich einmal zu Beginn seiner Umfallerkarriere als Anti-Dallinger profilieren wollte, und wird heute so wie bei ihren letzten Budgetreden alles gut und noch besser finden, was Dallinger will, Dallinger sagt, Dallinger tut, Anti-Dallinger hin oder Anti-Dallinger her.

Im übrigen, Frau Partik-Pablé, werden Sie sicher, einen notwendigen Wechsel bereits vorwegnehmend, sich im wesentlichen nicht mit der derzeitigen Regierung, sondern mit der ÖVP beschäftigen. Aber uns kann das durchaus recht sein. (*Zwischenruf des Bundesministers Dallinger.*)

Aber insgesamt ist es ein bedauerliches Ritual, Herr Minister, wenn Sie schon Zwischenrufe von der Regierungsbank machen, was auch zu diesen bedauerlichen Angewohnheiten gehört, ist es ein bedauerliches Ritual, das hier abgewickelt wird, weil es aktuelle soziale Probleme gibt, weil es mittelfristige und zweifellos auch langfristige Probleme gibt, über die wir sprechen sollten, und zwar, und damit knüpfe ich an das an, was ich vorhin gesagt habe, hier im Parlament sprechen

sollten, im Parlament, das das Budget, die finanziellen Mittel für die Sozialpolitik zu beschließen hat, im Parlament, das die Gesetze für die weitere soziale Entwicklung zu beschließen hat, in diesem Parlament sollte rechtzeitig miteinander geredet werden, hier sollte rechtzeitig und nicht im Husch-Pfusch-Verfahren oder im Friß-Vogel-oder-Stirb!-Verfahren versucht werden, gemeinsam Klarheit darüber zu schaffen, wie es in der Sozialpolitik weitergehen soll. (*Zwischenruf des Abg. Fister.*)

Brauchen Sie Beispiele dafür, was Sie im Husch-Pfusch-Verfahren oder im Friß-Vogel-oder-Stirb!-Verfahren gemacht haben? Ich kann sie Ihnen nennen.

Es wird noch in Erinnerung sein: die von niemandem gewollte und schon gar nicht von irgend jemandem geliebte Witwerpension, die im letzten Augenblick ins Haus kam — im letzten Augenblick, vor Ablauf der vom Verfassungsgerichtshof gestellten Frist —, die der Minister selbst, ich glaube, durchaus zu Recht, in einem Zeitungsinterview mit der „AZ“, ich nehme an, daß die ihn richtig wiedergibt, vor wenigen Tagen in Frage gestellt hat. Im Parlament war keine Gelegenheit, ausreichend, rechtzeitig, sinnvoll darüber zu reden, ob es nicht Alternativen, ob es nicht bessere Lösungen gibt.

Und was haben Sie letzten Donnerstag bei der 41. ASVG-Novelle gemacht, die am 26. November den Abgeordneten in die Hand gegeben wurde, die dann ruck, zuck beschlossen werden mußte und die, so fürchte ich, schon wieder novelliert werden muß, bevor sie noch im Bundesgesetzblatt veröffentlicht ist, bevor sie noch in Kraft treten kann, da einige Dinge drinnen sind, die überhaupt nicht vollziehbar sein werden: etwa die massiven Beitragserhöhungen — wobei man durchaus darüber reden kann, ob die niedrigen Beiträge für ältere Studierende oder für solche mit einem abgeschlossenem Hochschulstudium gerechtfertigt sind —, die Sie ohne Übergangsbestimmung beschlossen haben.

Die Leute sind eine Versicherung eingegangen im Vertrauen darauf, daß der Beitrag pro Monat 105 S beträgt. Schlagartig sind 1 200 S monatlich zu bezahlen, ohne jede Übergangsbestimmung, und das wird wahrscheinlich noch rückwirkend im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Das nenne ich Husch-Pfusch-Verfahren, das meine ich, wenn ich sage, so sollte man nicht Sozialpolitik betreiben, sondern man sollte rechtzeitig miteinander reden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

10864

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Schwimmer

Ich glaube, gerade auch in der Sozialpolitik und nicht nur in der Wirtschaftspolitik ist die Zwangsjacke der kleinen Koalition zu eng für die langfristig notwendigen großen Lösungen. Und peinlich daran ist nicht, daß die ÖVP das aufzeigt, sondern peinlich ist, daß zum Beispiel die Pensionisten und die Ärmsten unter ihnen mit geringeren Pensionserhöhungen und mit vorenthaltenen Heizkostenzuschüssen den Preis für die zu eng gewordene Zwangsjacke bezahlen müssen.

Bleiben wir bei diesen aktuellen Problemen. Weil zu wenig Geld für die Pensionen da war — warum, muß noch gefragt werden —, ist die 40. ASVG-Novelle, das Pensionsbelastungspaket, vor einem Jahr beschlossen worden. Wo war zu wenig Geld für die Pensionen da? In den Pensionskassen? Der Bundesanteil am Pensionsaufwand war und ist immer noch niedriger als jener Anteil, den die von Ihnen vielgeschmähte ÖVP-Regierung zwischen 1966 und 1970 jährlich selbstverständlich als Solidaritätsanteil für die ältere Generation geleistet hat.

Ein Jahr nach dem Pensionsbelastungspaket der 40. ASVG-Novelle lese ich im zitierten Dallinger-Interview in der „AZ“ vom 11. Dezember — wörtlich Dallinger —: „Wir haben im Gesetz eine Bestimmung, die besagt, daß die Pensionen aus den Beiträgen zu finanzieren sind und daß darüber hinaus der Bund eine Ausfallhaftung übernimmt.“

Meine Damen und Herren von der linken Seite und Herr Minister! Diese Bestimmung hatten wir auch vor der 40. ASVG-Novelle, hatten wir auch vor dem Pensionsbelastungspaket im Gesetz. Trotzdem war die kleine Koalition bei diesem Pensionsbelastungspaket im Beitragserhöhen und im Leistungsverschlechtern groß. 7 Milliarden Schilling hat nach Auskunft des Sozialministers dieses Pensionsbelastungspaket im Jahre 1985 an sogenannten Einsparungen gebracht, das sind Beitragserhöhungen für die aktiven Versicherten und das sind Leistungsverschlechterungen für die Pensionisten, für jene, die heuer in Pension gegangen sind, aber auch für jene, die jetzt mit 1. Jänner in Pension gehen sowie für jene, die schon in Pension sind, die eine geringere Pensionserhöhung bekommen.

Sie müssen sich die Frage gefallen lassen: Wie stehen diese 7 Milliarden Schilling Pensionsbelastungen durch Beitragserhöhungen und durch schlechtere neue Pensionen in Relation zu anderen geplanten und ungeplanten Staatsausgaben? 7 Milliarden Schilling bei der Pensionsreform mehr an Beiträgen

den Leuten abgepreßt und weniger an Pensionen ausbezahlt — ein gleich hoher Betrag zur Sanierung der CA-Betriebe notwendig. Dazu mindestens 5,5 Milliarden Schilling, wenn es nicht 8 Milliarden Schilling werden, im gleichen Jahr Verlust der VOEST-Alpine. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Ich kann es den Pensionisten nicht übelnehmen, wenn sie diese Zahlen in Relation setzen, wenn sie fragen: Waren die Opfer notwendig?, und vor allem: Waren die Opfer sinnvoll, die Beitragszahler und Pensionisten zu erbringen gehabt haben? Hat die Regierung diese Opfer mit einer besseren Wirtschafts- und Finanzpolitik honoriert oder ist weitergewurstelt worden? Hat man weiter zugesehen, wie Staatsbetriebe defizitär und immer mehr zum Faß ohne Boden werden, und gemeint, die Pensionisten und die Beitragszahler werden schon wieder zahlen durch höhere Beiträge oder schlechtere Pensionen? Das ist die Frage, die sich für die Menschen in unserem Lande heute stellt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es scheint, daß bei Ihnen überhaupt kein Wille zu einer Änderung, zu einer Umkehr, zu einem Wechsel vorhanden ist. Die Schlagzeilen in den Zeitungen — zufällig versteht der Abgeordnete Hesoun als nächster Redner auch davon etwas — sprechen nicht nur im Bereich der Pensionsversicherung davon, daß ab 1990 kein Geld für die Pensionen da sein wird. So die Schlagzeilen, erst in den letzten Tagen zu lesen: Ab 1990 kein Geld für den Straßenbau. Oder: In den neunziger Jahren kein Geld für den Wohnbau vorhanden.

Das zeigt, wo die wirklichen Ursachen für all diese Krisen liegen. Die wirklichen Ursachen für all diese Krisen liegen darin, daß Sie seit 15 Jahren, seit Sie, die Sozialisten, die Alleinregierung übernommen haben, nicht wirtschaften können, das bereits verwirtschaftet haben, was erst in Zukunft erarbeitet werden muß. Ihre Schuldenpolitik hat dazu geführt, daß heute bereits die Beiträge für die Schuldenrückzahlungen höher sind als die Zuschüsse für die Pensionsversicherung.

Die Rückzahlung von Schulden muß Ihnen mehr Wert sein, weil Sie so viele Schulden gemacht haben, als die Solidarität mit der älteren Generation, und das wird ja noch ärger. Sie wissen das ohnedies ganz genau, weil Sie sich die Budgetzahlen angesehen haben. Das sind die wirklichen Ursachen für all diese Krisen.

Ich gebe schon zu, daß der Sozialminister, soweit es um die Pensionsversicherung oder

Dr. Schwimmer

um andere Zweige der Sozialversicherung geht, nicht die volle Schuld haben kann. Er kann nur einen Teil dieser Schuld haben, weil das eben ein Teil der Gesamtpolitik dieser Regierung ist: Nicht am richtigen Platze zu sparen, nicht Verschwendungen, wo immer es geht, zu vermeiden und dafür zu sorgen, daß das Geld für die notwendigen Ausgaben vorhanden ist.

520 Millionen Schilling mehr hätte die volle Pensionserhöhung gekostet am 1. Jänner, ohne Einrechnung der Arbeitslosenrate. Das ist ein Zehntel des VOEST-Verlustes aus einem Jahr.

270 Millionen Schilling hätte der Heizkostenzuschuß im nächsten Jahr für die Ärmsten der Pensionisten gekostet, 270 Millionen Schilling Heizkostenzuschuß, den Sie den Pensionisten vorenthalten werden. Das ist ein Zehntel jenes Betrages, den die Intertrading angeblich unbemerkt vom Bundeskanzler und vom Verstaatlichten-Minister bei Erdölspekulationen verloren hat. Zehnmal mehr als die Kosten des Heizkostenzuschusses für einkommensschwache Pensionisten, für die man kein Geld hat, verliert man bei Erdölspekulationen.

Jetzt werden die einkommensschwachen Pensionisten unbemerkt vom Sozialminister überlegen müssen, woher sie das Geld für die gestiegenen Heizkosten, die nach wie vor bestehende höhere Energiesteuer aus dem rot-blauen Mallorca-Paket und für die höheren Heizölpreise nehmen werden.

Ein früherer sozialistischer Finanzminister hat den Pensionisten das Holzklauben geraten. Wir haben geglaubt, die Zeit dieses Zynismus sei vorbei, sei überwunden, als es gelungen ist, einen Heizkostenzuschuß von 1 000 S pro Jahr zu erreichen. Dieser Heizkostenzuschuß sollte nach dem Willen der kleinen Koalition bereits im Jahre 1985 halbiert werden, dann ist dieser Betrag doch noch auf 800 S verbessert worden.

Sind wir jetzt wieder beim Holzklauben angelangt? Oder öffnen Sie vielleicht, Herr Sozialminister, die Keller Ihres Ministeriums zum Heizmaterial sammeln.

Zeitungsbücher zufolge — im Finanz- und Budgetausschuß sind Sie unseren diesbezüglichen Fragen ausgewichen — lagern dort Tonnen von Propagandabroschüren, die druckfrisch eingelagert worden sind, die niemand haben will, die zig-Millionen Schilling an Steuergeldern gekostet haben. Herr Mini-

ster! Ist das der Ersatz für das Holzklauben? (*Bundesminister Dallinger: Ist das Ihr Niveau?*)

Herr Minister! Auch wenn es Ihnen unangehängt ist (*Bundesminister Dallinger: Nein! Nein!*), auch wenn Sie mit der Frage nach dem Niveau... (*Bundesminister Dallinger: Sie haben die Anfragebeantwortung schon! Sie haben Sie schriftlich!*)

Ein früherer SPÖ-Bundeskanzler hat einmal gesagt: Da 1 000 S sparen, dort 1 000 S sparen, das leppert sich zusammen — praktiziert worden ist es leider nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wissen Sie, Herr Bundesminister, auch wenn man mit 550 000 S natürlich nicht sämtliche Heizkostenzuschüsse, die insgesamt 270 Millionen Schilling betragen, finanzieren kann, stößt es einem sauer auf, wenn dann von Ihnen als Sozialminister ein Propagandafilm für die Arbeitszeitverkürzung um 550 000 S auf Steuerkosten in Auftrag gegeben wird, der dann von der Gewerkschaft, deren Vorsitzender Sie sind, zu Propagandazwecken eingesetzt wird. Den Auftrag gegeben hat der Sozialminister, bezahlt hat den Film der Steuerzahler, 550 000 S, die man hätte einsparen können. Genauso könnte man bei Broschüren vorher überlegen, ob sie in dieser Auflage, in dieser Menge, in dieser Ausstattung oder überhaupt gefragt sind, bevor man den Steuerzahler mit diesen Kosten belastet.

Sie müssen sich das gefallen lassen, auch wenn Ihnen das Niveau dieser Frage vielleicht nicht gefällt.

Es sind gerade bei Ihnen, Herr Minister, sehr hohe Kosten für Broschüren, für Druckwerke aufgelaufen im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung, und keineswegs alles, was hier auf Kosten der Arbeitsmarktverwaltung und wieder auf Kosten des Beitragszahlers und des Steuerzahlers an Druckwerken aufgelegt worden ist, dient dazu, daß irgend jemand leichter einen Job findet.

Vor allem ziehen Sie auch keine Konsequenzen aus den Broschüren, die Sie in Auftrag geben. Da wird sehr viel für Forschungsaufträge und für Druckkosten ausgegeben.

Da gibt es eine schöne Broschüre über den Mindestlebensstandard in Österreich. Es gehört durchaus zu den Aufgaben des Sozialministers, das zu untersuchen. Ob man es so aufwendig veröffentlichen muß, ist eine andere Frage. Diese Untersuchung gehört zu den Aufgaben des Sozialministers, aber aus dieser Untersuchung müßten Konsequenzen gezogen werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

10866

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Schwimmer

Was steht da als Schlußfolgerung in dieser Broschüre? Die Benachteiligten, die sozial Benachteiligten, die sozial Schwachen sind die Kinderreichen in diesem Land, sind die Alleinverdiener mit mehreren Kindern, sind die Alleinerhalter mit mehreren Kindern.

Wo ziehen Sie Konsequenzen in Ihrer Politik aus diesen Erkenntnissen, für die man gar keine teuren Broschüren bräuchte. Aber Sie haben es in Auftrag gegeben, Sie haben das wissenschaftlich untermauern lassen.

Wo waren die Konsequenzen beim Familienbudget zu finden? Sie haben es mitzuverantworten als Mitglied der Regierung, das den Bundesvoranschlag beschlossen hat.

Wo sind die Konsequenzen in der Steuerpolitik, daß die Benachteiligten die sozial Schwachen, die Kinderreichen und speziell die Alleinverdiener und Alleinerhalter mit mehreren Kindern sind. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Die Frau Traxler sagt, die sind selber schuld, die Kinder!*)

Sie veröffentlichen Broschüren über Selbstverwaltungs- und Genossenschaftsmodelle, durchaus dafür. Wenn es auf Initiative des Sozialministeriums ist, wenn es unter Ihrer Anleitung, Ihrer Aufsicht und Ihrer Kontrolle ist, dann ist Arbeitnehmerbeteiligung, dann ist ein Genossenschaftsmodell plötzlich etwas sehr Gutes.

Wenn von der Volkspartei vorgeschlagen wird, Arbeitnehmer an Betrieben zu beteiligen, die heute dem Staat oder der öffentlichen Hand gehören, dann ist das des Teufels. Ja warum? Dann schenken Sie sich Ihre Broschüren, wenn Sie mit zweierlei Maß messen, Herr Bundesminister! Sparen Sie das Geld dafür ein! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie brauchen gar nichts Neues zu suchen. Es gibt sogar ein Gesetz, das gemeinsam von diesem Hohen Haus beschlossen ist. Es ist schon etwas länger her, 39 Jahre, aber am gleichen Tage wie das von Ihnen noch immer hochgehaltene Verstaatlichungsgesetz ist das Werksgenossenschaftsgesetz beschlossen worden zur Beteiligung der Arbeitnehmer an den verstaatlichten Unternehmungen, wie man zum Beispiel dort auch Eigenkapital durch Arbeitnehmerbeteiligung stärken könnte.

Greifen Sie das auf, Herr Sozialminister! Da brauchen Sie keine teuren Broschüren in Auftrag zu geben, da brauchen Sie nur ein geltendes Gesetz aufzugreifen und zur

Anwendung zu bringen. Ich kann Ihnen versichern, wir würden bei langfristigen Überlegungen, solche Dinge zu verwirklichen, mit Ihnen gehen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie brauchen da nicht zu bejammern, daß man für Ihre Visionen nichts über hat.

Aber nichts über haben wir wirklich für eine Witwerpension, die keiner will, für eine Pensionsreform, die keine ist, sondern ein Pensionsbelastungspaket, für eine 41. ASVG-Novelle, die keiner wirklich überlegt hat und die meiner Ansicht nach noch novelliert werden muß, bevor sie rückwirkend in Kraft treten kann.

Herr Bundesminister! Sie werden sich auch bei anderen Überlegungen gefallen lassen müssen, daß man Ihre langfristigen Überlegungen oder Ihre Diskussionsvorschläge an der Praxis mißt. Auch wenn Ihnen das nicht paßt — ich habe Ihre Äußerung schon gelesen —, so werden Sie halt im Augenblick damit rechnen müssen, daß man Ihre sogenannten 29 Punkte am VOEST-Debakel mißt und überlegt: Wie hätte das denn ausgesehen, wenn Dallinger seine 29 Punkte bereits durchgesetzt hätte?

Mehr unüberschaubare Organe — hätten die zur Vermeidung des Debakels beigetragen? Zentralbetriebsrat ist noch nicht genug, ein Konzernbetriebsrat muß her. Wäre mit einem Konzernbetriebsrat dort irgendwie geholfen? Die Aufwertung des Ruhaltninger — hätte sie irgend etwas geholfen beim VOEST-Debakel? Jetzt haben Sie ja sogar schon vorgenommen: Im Aufsichtsrat der VOEST-ALPINE sitzen durch Sondergesetz, natürlich nur Sozialisten — Minderheitenrechte werden klein geschrieben, wo die Dallingers und Ruhaltingers anschaffen —, bereits Betriebsratsvertreter aus dem Konzern, zum Beispiel der VEW. Ist es dadurch besser gegangen? Wie ist die Reaktion? Wollen die VEW-Betriebsräte jetzt endlich den Konzernbetriebsrat schaffen, den Dallinger in 29 Punkten vorgesehen hat? Nein! Die VEW-Betriebsräte wollen, daß die VEW hinausgeht aus dem Konzern, daß die Dinge wieder überschaubar werden, daß man dort mitreden kann, mitbestimmen kann, wo es sinnvoll ist, wo es überschaubar ist, und nicht wo praxisferne zentrale Hierarchien geschaffen werden, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*) So schaut die Praxis aus!

Mehr Informationen und mehr Unterlagen, heißt es in den 29 Punkten des Dallinger. Welche Informationen sind da gemeint? Die, die der Bundeskanzler nicht bekommen hat, der

Dr. Schwimmer

Minister Lacina nicht bekommen hat, die der ÖIAG-Generaldirektor Grünwald nicht bekommen hat, ja die vielleicht sogar der Vorstand der VOEST-ALPINE selbst nicht bekommen hat?

Es bleibt dann eigentlich von Ihren Punkten nur mehr übrig, daß der Zentralbetriebsratsobmann dann Zentralbetriebsratsvorsitzender heißt. Das hätte am VOEST-Debakel auch nichts geändert. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Und vier Jahre...!*) — Ja, und vier Jahre im Amt sein sollte.

Vielleicht, Herr Minister Dallinger, überlegen Sie angesichts dieser Dinge, ob man sich vielleicht ein bißchen weniger lustig macht über Vorschläge zur Stärkung der Rechte des einzelnen, zur Stärkung der Rechte von Minderheiten, zur Stärkung der verbandsinternen Demokratie bei Arbeitnehmervertretungen.

Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang durchaus kein Zufall und ein Alarmsignal, daß die Zentralbetriebsratswahl des ÖGB vom Verwaltungsgerichtshof wegen Verletzung von wesentlichen Wahlvorschriften aufgehoben werden mußte. Ich glaube, Sie sollten daran denken, was die Arbeitnehmer wirklich an mehr Mitbestimmung, an mehr Einflußmöglichkeiten haben wollen. Das liegt sicher, nach einem Jahrzehntelangen Ausbau der Stärkung der Rechte der Organe, der Vertretungen, der Verbände in einer Stärkung der Rechte des einzelnen Arbeitnehmers, ohne dabei sinnvolle Rechte von Arbeitnehmervertretungen zu beschneiden. Aber der Nachholbedarf ist sicher bei den Rechten des einzelnen Arbeitnehmers gegeben, und dort sollte man gemeinsam langfristige Überlegungen anstellen. Auch da kann man Visionen entwickeln, Herr Sozialminister. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir sind durchaus bereit, im Parlament gemeinsame Überlegungen anzustellen, wie die Pensionsentwicklung weiter vor sich geht, wie es mit dem Pensionsalter sein wird, weil Menschen, die heute hohe Beiträge bezahlen, durchaus ein Recht darauf haben, auch wenn sie 40 Jahre und jünger sind, zu wissen oder zu ahnen, wie das mit ihrer Lebensplanung aussehen wird, wann sie in Pension gehen können werden.

Wenn Sie im Parlament mit uns darüber reden, wenn Sie rechtzeitig hier Vorschläge machen, dann wird Sie niemand wegen Visionen oder langfristiger Überlegungen verteufern. Wenn im Parlament aber die Politik des „letzten Augenblicks“ betrieben wird, und dann wollen Sie, daß außerhalb des Parlaments Überlegungen für Jahrzehnte ange-

stellt werden, dann muß Ihnen selbst eingehen, daß das nicht zusammenpaßt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn Sie — und ich hoffe, daß Sie das wollen — das gemeinsame Überlegen zur Lösung der Probleme unserer gemeinsamen Zukunft anstreben, dann wird sich in Ihrem Stil, in Ihrem parlamentarischen Stil, Herr Minister, einiges ändern müssen. Ich spreche Ihnen guten Willen gar nicht ab, und ich spreche Ihnen gar nicht ab, daß Sie langfristige Überlegungen anstellen. Es war durchaus auf einzelnen Gebieten bereits möglich, auch mit Ihnen zu vernünftigen, sinnvollen, gemeinsamen Ergebnissen zu kommen. Ich stehe nicht an, die Einigung im Falle von zusätzlichen Maßnahmen zur Jugendarbeitslosigkeit, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, dabei zu nennen. Da haben allerdings wir die rechtzeitige parlamentarische Befassung mit diesem Thema durch einen Antrag erzwungen. Das ist nicht im letzten Augenblick gekommen.

Gehen Sie ab von der Politik des letzten Augenblicks im Parlament! Gehen Sie ab davon, daß Zusammenarbeit halt ausschließlich nach Ihrem Kopf und mit Ihren Themen gespielt werden kann. Zusammenarbeit heißt, die Ideen, die Beiträge von allen einzubringen, und das heißt, die Möglichkeit dazu zu haben. Probleme haben wir genug, die durchaus gemeinsame Probleme sind. Es sollte unser gemeinsames Anliegen sein, ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit, speziell der Jugendarbeitslosigkeit, zu verhindern, die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen. Es sollte ein gemeinsames Anliegen sein, speziell die Pensionen auch für die Zukunft zu sichern. Wir sind bereit, auch über gemeinsame Lösungen zu verhandeln. Nur, Herr Minister, und das bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, das muß dort geschehen, wo nach unserer Verfassung die Entscheidungen zu fallen haben, nämlich im Parlament. (*Beifall bei der ÖVP.*) 13.21

Präsident Mag. Minkowitsch: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Hesoun.

13.21

Abgeordneter **Hesoun** (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Herr Dr. Stummvoll hat vergangene Woche gemeint, man sollte über den Weg in der Sozialpolitik eine ruhige, seriöse, sorgfältige und intensive Beratung durchführen. Er hat wenige Minuten später den Herrn Bundesminister als Belastungsminister bezeichnet und seine Vorgangsweise als manchmal bedenk-

10868

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Hesoun

lich in demokratischer Hinsicht apostrophiert.

Und sehen Sie, geschätzte Damen und Herren, genau das ist es, was uns immer wieder in die Situation bringt, daß wir die beste Absicht nicht umsetzen und praktizieren können, weil wir nicht wissen, wie sich Ihre Fraktion in den nächsten Minuten, am nächsten Tag oder vielleicht in wenigen Augenblicken entscheiden wird.

Wenn hier von aktuellen Problemen gesprochen wird, die zu bewältigen sind, und wenn an der Öffentlichkeitsarbeit des Herrn Bundesministers Dallinger Kritik geübt wird, dann bitte nur ein kleiner Hinweis, Kollege Schwimmer: In Niederösterreich geht seit Monaten eine Werbekampagne mit Plakaten in überdimensionalem Ausmaß über das Land, mit einem geschätzten Kostenaufwand von 30 bis 50 Millionen Schilling, mit billigen und sicherlich nicht sehr markanten Aussprüchen wie „Gulasch ohne Saft“ und dergleichen mehr. (Abg. Brandstätter: Das stört Sie nur, weil Sie gegen den Fortschritt in Niederösterreich sind! Bekennen Sie sich zum Fortschritt, dann werden Sie das nicht mehr sagen!)

Und noch ein Hinweis, Kollege Brandstätter. Wenn Sie vielleicht die eigene ÖVP-Propaganda nicht kennen, möchte ich Sie nur darauf hinweisen: Für eine Broschüre allein wurden 7,5 Millionen Schilling bereitgestellt.

Was sind 500 000 S gegen 7,5 Millionen Schilling im Werbebudget eines Landes, geschätzte Damen und Herren! Man sollte hier gleiches mit gleichem bewerten und vielleicht doch etwas vorsichtig sein, wenn man im Glashaus sitzt und versucht, mit Steinen zu werfen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Brandstätter: Sie sollten vorsichtig sein und an Ihre Bauarbeiter denken!)

Ein weiterer kleiner Hinweis für Sie, Kollege Brandstätter, und für die niederösterreichischen Abgeordneten hier im Haus: Was hätte die Österreichische Volkspartei dazu gesagt, wenn anlässlich der Diskussion um das Konferenzzentrum von wenigen Monaten hier im Haus der Unterrichtsminister den Auftrag gegeben hätte, in den Schulen soll über das Konferenzzentrum ein Aufsatzwettbewerb vor sich gehen?

Und genau das passiert zurzeit in Niederösterreich. Die Schüler werden angewiesen, Aufsätze zu schreiben. (Abg. Brandstätter: Die Jugend soll die Zukunft mitgestalten!)

Das sind Themen, die für die Zukunft verwendet werden!) Die Mitwirkung der Eltern ist sicherlich nicht nur verlangt, sondern in einigen Schulen fast Grundbedingung. Das ist eine Vorgangsweise, die sich wieder dem entfremdet, was Sie hier an uns kritisieren.

Daher, geschätzte Damen und Herren, ist vieles von dem, was hier gesprochen wird, unglaublich. Ich bedaure es und möchte mich hier mit diesem Problem gar nicht mehr weiter auseinandersetzen. (Abg. Brandstätter: Es ist bedauerlich, daß Sie kein Verständnis für die Zukunft haben!)

Ich möchte nur auf eines verweisen, Kollege Brandstätter: Lesen Sie die eigenen Plakate! Diese Texte sind ja leicht zu merken. Vielleicht passen Sie Ihren Stil diesen Plakaten an.

Ich möchte aber, geschätzte Damen und Herren, meinen heutigen Betrachtungen anlässlich des Bundesvoranschlages einige allgemeine Bemerkungen vorausschicken. (Zwischenrufe.)

Herr Brandstätter! Wenn Sie sich wieder über das Gulasch ohne Saft beruhigen könnten! (Abg. Brandstätter: Ich habe mich gerade mit Ihrem Parteisekretär unterhalten!) Dann essen Sie vielleicht die Plakate anstatt des Gulasch, und Sie werden sicherlich damit zufrieden sein. (Zwischenruf des Abg. Dr. Lichal.)

Kollege Lichal! Nicht so aufgeregt sein! Wenn man die Wahrheit sagt, kann man das doch vertragen! Das ist doch nicht schwierig, oder? (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Wieso? Mich regt das gar nicht auf!)

Warum? Wir sehen es ja täglich! Wir sehen täglich, was hier praktiziert wird! Nur haben wir in Niederösterreich schon so ein dickes Fell, daß es uns nicht mehr so berührt wie Sie vielleicht.

Wir werden unseren Weg in der Frage der niederösterreichischen Hauptstadt vielleicht doch noch einmal überdenken müssen (Abg. Dr. Lichal: Gut!) und vielleicht doch noch dazu kommen, daß wir uns verstündigen können. (Abg. Dr. Lichal: Einverstanden!)

Eines möchte ich hier sagen, Kollege Lichal: Diese Praxis, die vom Kollegen Schwimmer hier so negativ skizziert wurde, daß zu spät oder daß vielleicht zu spät Gesetzesvorlagen oder Initiativen vorgelegt werden, wird in Niederösterreich ganz anders

Hesoun

behandelt. In Niederösterreich wird die zweitstärkste Fraktion, die nur wenige Prozente Abstand hat von der Österreichischen Volkspartei und auch mitbestimmt in diesem Land, nicht einmal gefragt, in welcher Form, wie, wann und wo eine solche Vorgangsweise praktiziert wird. (*Abg. Dr. Ettmayer: Die SPÖ ist ja in der Regierung!*)

Aber, geschätzte Damen und Herren, wie auch immer: Wir stellen uns hin, seit wir die 40-Jahr-Feiern in Jahr 1985 durchführen, und loben die Vergangenheit und loben die Nachkriegszeit, das, was wir im Sozialbereich in diesem Land alles an sozialen Errungenschaften — unbestritten — geleistet haben.

Und ich möchte hier eine Behauptung aufstellen, die ich auch zu belegen versuchen werde. Wesentliche Bausteine dieses Sozialbereiches sind — und das behaupte ich hier — von der sozialistischen Bundesregierung markiert worden. Denn gerade im Bereich der Pensionsgesetzgebung, Kollege Schwimmer, gerade im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und weiterer wichtiger Gesetze haben wir Maßstäbe gesetzt, die, so glaube ich, nicht nur in Europa, sondern weltweit Geltung haben.

Meine Behauptung gipfelt in der Feststellung, daß es erst unter einer sozialistischen Regierung eine Methode der Pensionsanpassung überhaupt gegeben hat und daß eine Koppelung der Pension zu den Lohn- und Gehaltsentwicklungen garantiert werden konnte. (*Abg. Dr. Schwimmer: Wie bitte?*) Unbestritten! Beweisen Sie mir das Gegenteil!

Eine weitere Behauptung: Erst unter der sozialistischen Regierung ist eine Witwenpension von 60 Prozent verwirklicht worden, geschätzte Damen und Herren. Unbemerkt? Nein! Zum Wohle der Frauen, zum Wohle der Menschen.

Erst unter einer sozialistischen Regierung, Kollege Schwimmer, wurden die Ausgleichszulagen insgesamt zwölftmal außerordentlich erhöht und damit der Bevölkerung und den betroffenen Bevölkerungsgruppen eine echte Altersversorgung gebracht. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Auch für die Selbständigen und auch für die Bauern.

Mit einigen kleinen, aber sicherlich sehr eindrucksvollen Vergleichsziffern möchte ich für diese Behauptungen den Beweis erbringen.

Zum Beispiel die Verbesserung auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung. Das ist

eine Dimension, die es weltweit überhaupt nicht gibt und wo keine Aussicht besteht, daß sie von Menschen in anderen Ländern in Anspruch genommen werden kann.

Das höchste Arbeitslosengeld im Jahr 1969, bei einem angenommenen Verbraucherpreisindex von 100, betrug 1 404 S. 1984 sind es 7 545 S. 537 Prozent mehr, dem gegenübergestellt ein Verbraucherpreisindex von 242. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld: 1969 1 450 S, 1985 sind es 7 095 S, etwa 489 Prozent mehr.

Karenzurlaubsgeld: 1969 durchschnittlich 741 S. Heute, Ende 1985, stehen wir bei 5 110 S, 689 Prozent mehr.

Geschätzte Damen und Herren! Einen überzeugenderen Beweis als diese wenigen Ziffern braucht man, glaube ich, hier nicht anzuführen, um zu beweisen, was sozialistische und soziale Politik für die Österreicher bedeutet. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Noch eine Aussage: Mit dem Ausbau des Sozialstaates hat sich auch das Bewußtsein der Österreicher in diesem Bereich wesentlich geändert. Ich warne hier vor konservativen Denkern, die der Meinung sind, daß in der Zunahme der staatlichen Aktivitäten nur eine unzumutbare Bevormundung vor sich geht, die, vom Staatsbürger aus gesehen, nur zu einer Verschlechterung beiträgt.

Ich warne von jenen Bankern, die der Meinung sind — ich sage das von dieser Stelle aus sehr offen —, die sich dieser Problematik etwa mit der Aussage genähert haben, daß ein Mehr an Sicherheit, ein Mehr an Staat mit einem Weniger an Freiheit verbunden ist. Gerade das Bewußtsein, geschätzte Damen und Herren, daß für die Notsituation Vorsorge getroffen werden konnte, gerade die Sicherheit, daß weder Arbeitslosigkeit noch Krankheit oder Alter zu einer Verarmung in der Bevölkerung in Österreich geführt haben, hat zu einem neuen Begriff der Freiheit geführt. Unbestritten auch von der ÖVP-Fraktion muß das doch festgestellt sein.

Jenes Grundmaß an Sicherheit, geschätzte Damen und Herren, welches vom Staat, also von unserer Gemeinschaft, von der Gemeinschaft aller, dem Staatsbürger garantiert wird, hat erst dazu geführt, daß sich die Menschen im Bewußtsein dieser Sicherheit neuen Aufgaben zuwenden konnten.

Es ist auch weiterhin unbestritten, geschätzte Damen und Herren, und ich möchte das heute hier feststellen, daß die letz-

10870

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Hesoun

ten Jahre der österreichischen Sozialpolitik im wesentlichen dazu geführt haben, daß die Phase der Flächendeckung in diesem Bereich abgeschlossen ist.

Richtig ist, daß wir jedoch keinesfalls dazu übergehen könnten, diesen Bereich etwa zum Stillstand zu bringen. Nein, wir sind dazu bereit, hier in viele Bereiche, in Einzelbereiche einzugehen, um Vorsorge zu treffen, daß auch den Menschen in den Nischen der Armut, die es noch immer gibt, helfend beigestanden wird.

Es ist für mich — und ich sage das ganz freimütig so, geschätzte Damen und Herren — oft sehr besorgniserregend, wenn sich jene Stimmen wieder erheben, die wieder lauter dem alten Gedanken zu einer Renaissance verhelfen wollen, wenn ich so sagen darf: Der freie und mündige Bürger sorgt selbst vor. — Wer ist denn dieser freie und mündige Bürger?

Oder: Mehr privat und weniger Staat. — Wenn man diese Schlagworte immer wieder hört, wenn man diese Schlagworte sozusagen manifestiert und wenn man zum Ausdruck bringt, mehr Mitbestimmung — wie Sie, Kollege Schwimmer, hier gemeint haben — trägt Unruhe und Konflikte in die Betriebe, möchte ich fragen: Warum trägt diese „mehr Mitbestimmung“ Unruhe in die Betriebe? Wir sind ganz der gegenteiligen Auffassung. Wir sind der Meinung, aufgrund der Verantwortung, die die Betriebsräte in den Betrieben in den letzten 40 Jahren doch dokumentiert haben, sagen zu können, daß diese Menschen die Verantwortung in den Betrieben, aber auch in der Gesellschaft, glaube ich, immer wieder getragen haben.

Wenn hier von mehr Markt und weniger Regulierung gesprochen wird, dann frage ich mich, warum die Bauern, warum die landwirtschaftliche Bevölkerung nicht in dieses gleiche Horn bläst und immer wieder sozusagen in ihrer Geisteshaltung auf die notwendige Solidarität aller anderen Bevölkerungsschichten hinweist.

Nein, geschätzte Damen und Herren, dies ist nicht unsere Geisteshaltung, und ich sage das sehr offen. Wir haben der Freiheit das Wort geredet und nicht Freiheit durch Unsicherheit gleichgesetzt in den vergangenen 15 Jahren, und wir werden daher diesen Weg auch in Zukunft gehen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Geschätzte Damen und Herren! Gegenwärtig steht die Sozialpolitik unbestritten vor

einer neuen Aufgabenstellung. Der Herr Bundesminister hat im Budgetausschuß bei der Behandlung des Kapitels Soziales bereits dreimal darauf verwiesen. Er hat vergangene Woche bei der 41. Novelle darauf Bezug genommen. Unser Grundproblem und auch Ihr Grundproblem lautet doch, wie die soziale Sicherheit auch unter weltweit schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen aufrechterhalten, ausgebaut und gestaltet werden kann.

Ich habe bereits erwähnt, geschätzte Damen und Herren, daß die Phase der Flächendeckung sozusagen abgeschlossen ist und wir bei der Budgetberatung sicherlich dazu übergehen müssen, nicht nur die Erfolge des Ministers in der Vergangenheit sichtbar zu machen, sondern die Erfolge mit Hilfe aller, die es mit der Sozialpolitik ehrlich meinen, auch in Zukunft sicherzustellen.

Gerade in diesem Punkt befindet sich die Sozialpolitik — so ist unsere Meinung — vom politischen Standpunkt aus gesehen in folgender Situation, was das quantitative Lösungsmodell betrifft: Wir betrachten die quantitative Ausweitung für abgeschlossen. Ich sage das sehr offen. Uns geht es darum, in welcher Form überhaupt eine Umschichtung im Sozialbereich möglich sein wird, welche Mittel uns zur Verfügung stehen, wie diese Mittel verwendet werden sollen und welche Bestimmungen des Sozialgesetzes, die teilweise schon 30 Jahre oder länger in Kraft sind, einer Modifikation unterworfen werden sollen.

Und wir sind selbstverständlich, Kollege Schwimmer, geschätzte Damen und Herren von der Opposition, bereit, über verschiedene Wege, über verschiedene Modelle zu diskutieren, und ich bedaure es — ich sage das sehr offen —, daß hier nicht in vielen Bereichen die Konsensbereitschaft anzutreffen ist. Ich bedaure das aus dem einfachen Grund, weil hier sicherlich in vielen Bereichen Finanzierungsmodalitäten eingefahren sind, die wir aufgrund veränderter Strukturen anderen Bereichen zuordnen müssen.

Als praktisches Beispiel möchte ich hier anführen — nachdem Sie, Kollege Schwimmer, davon gesprochen haben, und ich teile hier die Ansicht des Herrn Bundesministers —, daß wir in Österreich über ein gut funktionierendes Altersversorgungssystem verfügen und sicherlich imstande sein werden, dieses System auch aufrechtzuerhalten.

Aber nur ein Hinweis zur Pensionsreform, weil Sie davon gesprochen haben, sei mir

Hesoun

gestattet. Im Jahre 1986 wird die Pensionsreform den Bundeshaushalt mit einem Betrag von etwa 8,3 Milliarden Schilling entlasten, ohne — und das möchte ich hier sehr bewußt hinzufügen — daß nur ein Staatsbürger eine unzumutbare Mehrbelastung tragen mußte. Darauf komme ich zurück, weil der Herr Dr. Stummvoll vergangene Woche hier vom Belastungsbudget gesprochen hat.

Und ich möchte hier ebenfalls auf Ihre Aussagen hin eine Antwort geben: Trotzdem wird der Bund auch heuer wieder um 4,7 Milliarden Schilling mehr als im vergangenen Jahr zuschießen müssen, um den Pensionsanspruch abdecken zu können, das sind etwa 11,5 Prozent bei einer Gesamtsumme von 46 Milliarden Schilling. Wenn man die Ausgleichszulage wegläßt — aber ich brauche das ja einem Sozialexperten wie dem Kollegen Schwimmer nicht zu sagen —, sind es 14 Prozent.

Eine weitere mögliche Reform — und das hat ja der Dr. Kohlmaier gemeinsam mit dem Herrn Bundesminister ausgesprochen — betrifft überhaupt die Umschichtungsmöglichkeiten in der Pensionsreform. Wir haben ein weiteres Mittel zur Diskussion gestellt, nämlich Mittel aus jenen Bereichen, die über große Reserven verfügen, in jene Bereiche zu transferieren, die eine ausgeprägte negative Gebarung haben.

Kritisiert von Ihrer Seite werden — hier insbesondere von Dr. Stummvoll; selbstverständlich begreifen wir, warum — die Überschüsse in der Höhe von 2,8 Milliarden Schilling, die der Insolvenz-Fonds ausweist, daß man hier 1 Milliarde Schilling der Pensionsversicherung des Gewerbes zufließen läßt und damit auch den im Gewerbebereich Versicherten eine Pension garantiert.

Ich kann die Aufregung — ich sage das ganz offen — nicht so recht verstehen, denn auf der einen Seite programmieren Sie immer wieder eine sparsame Verwaltung der öffentlichen Mittel und der öffentlichen Haushalte und auf der anderen Seite wollen Sie, daß wir Kredite- oder Schuldenpolitik betreiben, um diesen Bereich abdecken zu können.

Ich glaube daher, geschätzte Damen und Herren, eine Umschichtung im weiteren wäre die Solidaritätsleistung einer solidarischen Gemeinschaft, etwa wenn wir — nicht so, wie Frau Tichy-Schreder vergangene Woche meinte, denn sie hat den Herrn Minister aufgefordert, eine Umschichtung über einen Kre-

dit vorzunehmen — jene Mittel in Anspruch nehmen, die bereits eingezahlt wurden.

Weiters möchte ich nur noch ganz kurz einen Problemkreis anschneiden. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß es auch Bereiche in der Sozialpolitik gibt, in denen ein Konsens in der Vergangenheit möglich war. Der Herr Kollege Schwimmer hat davon gesprochen. Wir haben bei dem Maßnahmenkatalog über die Jugendbeschäftigung im breiten Konsens, wenn ich so sagen darf, Einvernehmen erzielt.

Aber auch hier sei hinzugefügt, geschätzte Damen und Herren: Ich bekenne mich zu einer einstimmigen Beschußfassung im Ausschuß und zum Erarbeiten dieser gemeinsamen Beschlüsse. Aber ich würde doch auch um Verständnis bitten für die Beamten, die — ich möchte fast sagen — in mühevoller Kleinarbeit bemüht sind, uns rechtzeitig die Ministerialratsvorlagen und die Regierungsvorlagen zu erarbeiten, um uns dann in die Möglichkeit zu versetzen, auch politische Entscheidungen damit zu verbinden.

Wenn es hier in vielen Bereichen vielleicht zu einem Engpaß kommt, dann möchte ich doch darauf verweisen, daß uns diese Menschen ohne Übertreibung oft — und das sei doch unbestritten — Tag und Nacht alles das zur Verfügung stellen, was wir an Unterlagen brauchen.

Ich darf hier hinzufügen, Kollege Schwimmer, nachdem du vergangene Woche nicht anwesend warst: Wir haben angeboten, daß im Sozialausschuß die Beamten des Sozialministeriums der ÖVP-Fraktion eine Unterstützung geben, um den fraktionellen Ablauf etwas leichter zu gestalten.

Ein weiterer Bereich, geschätzte Damen und Herren, ist der der Jugendbeschäftigung. Die Jugendarbeitslosigkeit — und hier nur einige wenige Kennzahlen — beträgt in Großbritannien 18,2 Prozent, in der Bundesrepublik 10,4 Prozent und in Italien sogar 28 Prozent.

Wenn man diesen Zahlen die Jugendarbeitslosenrate, die zurzeit in Österreich vorhanden ist, gegenüberstellt — das ist sicherlich keine Zahl, auf die wir ausgeprägt stolz sind; wir weisen 6 Prozent auf —, so ist doch eine völlig andere Prozentziffer als in anderen westlichen Staaten anzutreffen.

Geschätzte Damen und Herren! Dazu sei festgestellt, ohne Übertreibung sei das hier

10872

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Hesoun

gesagt: Durch die arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramme, die von seiten des Herrn Bundesministers für Soziales in die Wege geleitet und für die insgesamt 1,14 Milliarden Schilling aufgewendet wurden, beträgt die Arbeitslosenrate heute bei Jugendlichen nicht 7,9 Prozent, sondern nur 4,8 Prozent.

Durch die Arbeitsmarktverwaltung konnte also die Arbeitslosenrate der Jugendlichen um 3 Prozent gesenkt werden, ich glaube, das ist kein bescheidener, sondern ein großer Erfolg des Herrn Bundesministers für Soziales. Ich darf mich hier im Namen der Jugendlichen dafür recht herzlich bedanken. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Geschätzte Damen und Herren! Arbeitsmarktpolitische Jugendprogramme sind so leicht vorgestellt, aber so schwer zu verwirklichen. Aber im Rahmen des Sozialministeriums sind dafür 2,4 Milliarden Schilling vorgesehen, die von Kollegen Schwimmer hier kritisiert wurden. Er meinte, daß hier in vielen Bereichen eine aufwendige Öffentlichkeitsarbeit damit verbunden sei. Daher darf ich hier doch eine Ziffer, die sehr eindrucks- voll ist, bekanntgeben: 64 700 junge Menschen wurden direkt in das Erwerbsleben eingegliedert und durch Kursmaßnahmen gefördert. Das ist eine Zahl, auf die wir — so darf ich sagen — stolz sein dürfen, da sie viele Einzelschicksale betroffen und im wesentlichen dazu beigetragen hat, daß die Jugendbeschäftigung in Österreich einen anderen Verlauf nimmt als in weit reicheren Ländern.

Häufig werden die weltweite Wirtschaftskrise und die Beschäftigungskrise zum Anlaß genommen, daraus eine angebliche Krise des Sozialstaates abzuleiten.

Wir sind hier völlig anderer Meinung, geschätzte Damen und Herren! Wir gehören zu jenen solidarisch eingestellten Funktionären, die hier immer wieder ihren Aufgabenbereich etwa folgendermaßen skizzieren: Die zukünftige Finanzierung des Systems, nicht nur die von heute, wie oft hier augenscheinlich dargestellt wird, sondern auch für morgen muß angestrebt werden.

Es wäre völlig falsch, das ist unsere Meinung, wenn sich der Herr Sozialminister nur mit den Pensionen für heute und für nächstes Jahr auseinandersetzen würde, wenn er sich nicht auch für das Jahr 1990 und vielleicht auch noch für danach eine langfristige finanzielle Absicherung zurechtlegen würde. Denn die Menschen, die heute 30 oder 35 Jahre alt sind, wollen wissen, ob sie im Jahr 2000 oder

im Jahr 2005 einen Pensionsanspruch auch in materiellem Wert abgesichert haben.

Ich bin daher der Meinung, daß der Sozialminister zu Recht, das ist richtig und völlig korrekt, Überlegungen anstellt, um sich hier rechtzeitig Mißverständnissen oder bewußt falschen Rechnungen entgegenzustellen.

Leider ist eine Diskussion, die wir immer wieder angestrebt haben, die aber von Ihrer Seite nicht aufgegriffen wird, geschätzte Damen und Herren von der Opposition, in den letzten Wochen vielleicht nicht mehr so aktuell. Ich möchte ihr noch einmal hier zum aktuellen Wert verhelfen.

Wir haben der Diskussion um den Pensionsverlauf auch die Wertschöpfungsabgabe — ich möchte es einmal so formulieren: Jene Möglichkeit, die hier oft zu Mißverständnissen geführt hat —, und diese möchte ich noch einmal ansprechen, bewußt ansprechen, weil ich der Meinung bin, und Sie werden das nicht bestreiten, daß realistischerweise, Kollege Stummvoll, einiges dafür spricht, daß sich auch der Leistungsbereich und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in den nächsten Jahren etwas anders verhalten werden als der Grad der Beschäftigten. Die Auswirkungen dieses technologischen Prozesses, Kollege Stummvoll, auf die Entwicklung der Gesellschaft sind doch unbestritten. Ich bin daher der Meinung, daß wir die Entwicklung im soziologischen Bereich wie auch die Entwicklung im Sozialversicherungsbereich einerseits und die Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber, die fundamentalen Fragen der Beitragsaufkommen, der Beitragsleistung andererseits, gegenüberzustellen haben.

Wenn sich auf der einen Seite die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer an der Lohn- beziehungsweise Gehaltssumme orientiert, so orientiert sich auf der anderen Seite die Leistungsfähigkeit der Unternehmer an der Wertschöpfung. Das ist doch sicherlich unbestritten.

Die Industrie verzeichnet in jenem Bereich, in dem die technologische Revolution — wenn ich das so sagen und formulieren darf — ihre ersten Auswirkungen in der Beschäftigungssituation zeigt, eine steigende Wertschöpfung. Das ist doch unbestritten.

Ich kenne Betriebe, in denen der Umsatz pro Jahr und pro Beschäftigten etwa 5,2 Millionen Schilling beträgt. In einem solchen Betrieb ist für den Einzelbeschäftigten die soziale Komponente und damit die finanzielle

Hesoun

Auswirkung die gleiche wie für einen Beschäftigten in einem Betrieb mit etwa 700 000 S Umsatz pro Beschäftigten.

Ich glaube, man sollte in dieser Diskussion keine rückläufige, sondern eher eine positive Entwicklung anstreben.

Denn, geschätzte Damen und Herren, Arbeitslosenziffern, wie zum Beispiel 10 Prozent in der Bundesrepublik, 11 Prozent in Italien, 21 Prozent in Belgien, 17 Prozent in Großbritannien, das sind doch, glaube ich, Signale, die man nicht übersehen sollte und nicht übersehen darf. Und die Wertschöpfungsabgabe ist nicht so zu sehen, wie sie hier oft von Ihnen skizziert wird. Wir sind der Meinung, daß Wertschöpfungsabgabe und Arbeitszeitverkürzung auf der einen Seite ein wesentlicher Bestandteil dessen sind, was uns in Zukunft sozusagen die Arbeitsplätze sichert, und ein wesentlicher Bestandteil dafür (*Beifall bei der SPÖ*), daß wir auch imstande sein werden, unserer Jugend und unseren jungen Menschen Arbeitsplätze anzubieten.

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte meinen Debattenbeitrag in der mir vorgegebenen Zeit beenden, möchte aber noch namens meiner Fraktion den Beamten, die wir als unsere Mitarbeiter bezeichnen, weil sie immer wieder bereit waren, uns hier mit den notwendigen Unterlagen zur Seite zu stehen, ein aufrichtiges Dankeschön hier zum Ausdruck bringen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Ich möchte aber auch, ohne daß ich hier überschwenglich werde, dem Herrn Bundesminister für seine vielen, vielen Bemühungen ein aufrichtiges Dankeschön sagen. Man wird leicht kritisiert, fast nie gelobt. Aber wenn man dann zurückblickt und Erfolge zu verzeichnen hat, die einem dann bewußt machen, daß wir vieles von dem erreicht haben, was sich andere Länder nur zu wünschen wagen, dann darf ich sagen, haben wir durchwegs gute Sozialpolitik geleistet. (*Beifall bei der SPÖ*) 13.48

Präsident Mag. Minkowitsch: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer zu Wort gemeldet. Ich mache auf die 5-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort.

13.48

Abgeordneter Dr. Schwimmer (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In zwei Punkten hat der Herr Abgeordnete Hesoun den Bereich der Polemik verlassen

und hat schlicht und einfach die Unwahrheit gesagt. Ich muß daher tatsächlich berichtigen.

Er hat erstens erklärt: Erst unter einer sozialistischen Regierung ist eine 60prozentige Witwenpension eingeführt worden. Ich berichtige, daß die erste Etappe mit 55 Prozent bereits auf eine Regierungsvorlage der ÖVP-Regierung zurückgeht (*Abg. Gabrielle Traxler: 60 Prozent hat er gesagt!*) und daß die 60 Prozent auf Grund einer gemeinsamen Aktion von ÖVP und FPÖ beschlossen wurden. Die SPÖ ist im letzten Augenblick aufgesprungen; die Regierung hat damit überhaupt nichts zu tun gehabt, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Aber das stärkste Stück des Abgeordneten Hesoun war die Behauptung: Erst unter einer sozialistischen Regierung hätte es eine Pensionsanpassung gegeben. (*Abg. Dr. Schranz: Eine verbesserte!*)

Herr Abgeordneter Schranz! Das Pensionsanpassungsgesetz wurde 1965 beschlossen, in den Jahren 1966, 1967, 1968, 1969 und auch am 1. 1. 1970, das war noch die ÖVP-Regierung, wurde die Pensionsanpassung auf Heller und Pfennig eingehalten und ergab ... (*Abg. Dr. Schranz: Die Verbesserung abgelehnt!*) Wenn Sie Verbesserung sagen, Herr Abgeordneter Schranz: Diese Pensionsanpassung ergab im Jahresschnitt 7 Prozent, bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 3 Prozent waren das pro Jahr real 4 Prozent Pensionserhöhung für die Pensionisten. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz*) Erst unter einer sozialistischen Regierung, Herr Abgeordneter Schranz, gab es in sechs Jahren fünfmal eine Pensionserhöhung unter der Inflationsrate. Erst unter einer sozialistischen Regierung wurde mit der Einrechnung der Arbeitslosenrate die Pensionsanpassung künstlich verschlechtert. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Schranz: Und die Dynamik hat die ÖVP abgelehnt!*) 13.50

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé. Ich erteile es ihr.

13.50

Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Viele Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei haben schon falsche Prognosen gestellt und sie nachher nicht berichtigt. Der Herr Abgeordnete Schwimmer hat heute die Prognose erstellt, ich würde mich mit der Österreichischen Volkspartei

10874

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Helene Partik-Pablé

beschäftigen. Herr Abgeordneter Schwimmer, Sie haben, so wie andere ÖVP-Abgeordnete vor Ihnen, ebenfalls eine falsche Prognose erstellt. Ich werde mich nämlich nicht mit der Österreichischen Volkspartei beschäftigen.

Ich kann mich erinnern, Herr Dr. Schwimmer: Als Sie zu reden begonnen haben, waren acht ÖVP-Abgeordnete hier im Saal anwesend. Diese Zahl hat sich dann auf 16 erhöht, und selbst für 16 ÖVP-Abgeordnete erscheint mir dies nicht der Mühe wert. (*Zwischenruf des Abg. Graf*) Ich werde mich jedenfalls, da nur 16 ÖVP-Abgeordnete hier sind, nicht mit der Österreichischen Volkspartei auseinandersetzen. Noch dazu muß ich bei realistischer Einschätzung annehmen, daß bei mir wahrscheinlich noch weniger anwesend sein werden als bei Ihnen, und bei Ihnen waren es eben nur acht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann die Ausgaben des Staates, für welche der Steuerzahler zum Zwecke des Sozialbudgets die Mittel beiträgt, grundsätzlich aus zwei Sichten betrachten, und zwar erstens einmal vom humanitären Standpunkt aus. Österreich bietet sich als das Land an, in dem ein ständig steigender Geldbetrag für soziale Belange ausgegeben wird zur Abdeckung von Nöten, Notlagen und Leidmomenten einzelner Bürger. Von diesem Standpunkt aus werden alle hier im Saal mit mir darin übereinstimmen, daß steigende Sozialausgaben positiv sind, ja man könnte sich sogar noch ein Ansteigen der Sozialausgaben wünschen.

Man kann aber diese Ausgaben auch von einem zweiten Gesichtspunkt aus betrachten, nämlich jeder Schilling des Sozialbudgets wird aufgewendet zur Linderung von Leid, von Not in irgendeiner Form, wobei ich ausdrücklich die Alterssicherung in diesem Zusammenhang ausklammern möchte. Jeder Schilling ist sozusagen ein Beweis für einen Teil des Leides in unserem Land.

Und wenn ich mir nun vorstelle, daß die Höhe der Sozialaufwendungen sozusagen ein Gradmesser für Krankheit, von Alterssicherung und ähnlichem mehr ist, dann muß ich ernsthaft die Frage stellen, ob das Ansteigen der Sozialaufwendungen etwa ein gleichzeitiges Ansteigen von sozialen Notfällen in diesem Land widerspiegelt. Wäre dies der Fall, dann wäre das Ansteigen der Sozialausgaben in dem schon eingetretenen und noch viel mehr in dem in Zukunft zu erwartenden Ausmaß geradezu erschreckend. Von diesem Standpunkt aus ist nämlich das Ansteigen der

Ausgaben für das Kapitel Soziales äußerst unerfreulich.

Ein Teil des Sozialbudgets zeigt deutlich das gestiegene Leid in Österreich, nämlich das sind jene Leistungen, die an die Beschäftigungslosen bezahlt werden müssen. Seit Beginn der achtziger Jahre zeigt sich ein sich ständig vergrößernder Trend zu erhöhten Ausgaben, die für die beschäftigungslosen Menschen gemacht werden müssen. Ich möchte Ihnen an Hand des Indexwertes für die Arbeitslosenunterstützung diese Entwicklung deutlich machen: Im Jahr 1972 betrug der Indexwert für das Arbeitslosengeld 100, 1975 stand der Index noch bei rund 170, und im Jahr 1980 betrug er schon 300, 1982 bereits 680.

Zusätzlich zu diesen Ausgaben an Arbeitslosenunterstützung belasten das Budget noch die Ausgaben für die Notstandshilfe. Auch hier steigen die Ausgaben und stiegen die Ausgaben schon in der Vergangenheit sehr stark an, denn der Kreis jener Personen, die Notstandshilfe beanspruchen, wird deutlich größer. Waren es im Jahr 1980 zirka 6 500 Menschen, die Notstandshilfe bezogen, so waren es 1982 bereits 11 800 und 1984 27 000 Menschen, die Notstandsunterstützung bezogen. Der Anteil der Notstandshilfe an den Gesamtausgaben der Arbeitsmarktverwaltung stieg von 4 Prozent im Jahr 1974 auf acht Prozent im Jahr 1982 an.

Ganz deutlich sieht man, welche Kosten durch Arbeitslosigkeit entstehen, wenn man sich folgende Modellrechnung anschaut, die erstellt worden ist und die aufzeigt, welchen finanziellen Entgang der Staat zu verbuchen hat, wenn ein einzelner Arbeitnehmer arbeitslos geworden ist: Es wird Bezug genommen auf einen Industriearbeiter mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen, der verheiratet ist und zwei Kinder hat und der in Österreich lebt. Angenommen wurde eine dreimonatige Arbeitslosigkeit, hochgerechnet wurde auf ein Jahr. Und da ergibt sich, daß der Beschäftigungsausfall dieses Industriearbeiters mit einem durchschnittlichen Einkommen der öffentlichen Hand einen Entfall an Sozialbeträgen von 61 000 S verursacht, einen Entfall an Lohnsteuer von 35 000 S und zusätzlich noch eine Ausgabenbelastung an Arbeitslosenunterstützung von 84 000 S mit sich bringt. Das heißt also: Die Arbeitslosigkeit eines Industriearbeiters mit einem durchschnittlichen Einkommen kostet 180 000 S. Damit wird die öffentliche Hand belastet. Das ist eine gewaltige Summe, überhaupt wenn man sich vorstellt, daß das 130 000 oder 150 000 Menschen betrifft.

Dr. Helene Partik-Pablé

Erfreulicherweise ist ja in Österreich die Arbeitslosigkeit auf einem Stand, der international gesehen sehr niedrig ist. Wir liegen unter jenen Ländern, die in der Skala die geringste Arbeitslosenquote aufweisen. Trotzdem mußten im Jahr 1984 13 Milliarden Schilling an Arbeitslosenunterstützung ausgegeben werden. Vergleicht man die Zahl mit den Beträgen, die 1980 ausgegeben wurden — das waren nämlich 5 Milliarden Schilling einschließlich Karenzurlaubsgeld —, dann sieht man die wachsende Belastung des Staatshaushaltes.

Die erfreulich geringe Arbeitslosigkeit in Österreich ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: auf die tüchtigen, fleißigen Unternehmer in Österreich, auf viele tüchtige Arbeitnehmer in Österreich, aber auch auf die gute Wirtschaftspolitik der österreichischen Bundesregierung. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Es ist gelungen, trotz der weltweiten, trotz der internationalen wirtschaftlichen Krise ein befriedigendes Wirtschaftswachstum zu erreichen, und erfreulicherweise sind ja auch für das Jahr 1986 von den Experten ein positives Wirtschaftswachstum und überhaupt eine positive wirtschaftliche Lage vorhergesagt worden.

Auch hier, um die Prognose des Herrn Dr. Schwimmer doch ein bißchen zu rechtfertigen, nur ein Satz: Es stimmt daher nicht, daß sich, wie der Herr Abgeordnete Mock einmal gesagt hat, Österreich einer Notstandssituation nähert, sondern ganz im Gegenteil, wir sind immer noch in einer sehr glücklichen Lage mit unserer guten Wirtschaftsentwicklung. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Wie schon von verschiedenen Vorrednern und auch von mir in anderen Reden darauf hingewiesen worden ist, haben wir natürlich nicht mehr eine so gute wirtschaftliche Lage wie früher, und es ist auch nicht mehr so, daß ein steigendes Wirtschaftswachstum auch eine höhere Beschäftigungszahl mit sich bringt. Wir haben an und für sich ein sehr großes Beschäftigungsvolumen, aber nicht mehr in dem Maße ansteigend wie das Wirtschaftswachstum. Trotzdem brauchen wir ein steigendes Wirtschaftswachstum, denn das ist einmal klar: Ohne Wirtschaftswachstum geht überhaupt nichts!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Faktor, durch den die Arbeitslosigkeit relativ gering gehalten werden konnte, ist natürlich, daß die Regierung sehr viel Geld investiert hat für Beschäftigungsprogramme,

insbesondere um die Jugendarbeitslosigkeit möglichst hintanzuhalten. Diese Maßnahmen werden fortgesetzt und belasten natürlich auch das Budget.

Aber trotz guter Wirtschaftspolitik, trotz Unterstützung mittels Beschäftigungsprogrammen, trotz Wirtschaftswachstum besteht eine relativ hohe Sockelarbeitslosigkeit, und es wird prognostiziert, daß diese Sockelarbeitslosigkeit auch weiterhin bestehen wird, ja sich sogar geringfügig erhöhen wird. Die Ursachen kennen wir alle. Da ist einmal die moderne Technologie, die systematisch Arbeitsplätze vernichtet. Allein im vorigen Jahr — zur Erinnerung — wurden 3 000 Arbeitsplätze, Lehrlingsarbeitsplätze wegklassifiziert. Darüber hinaus sieht sich die Wirtschaft auch damit konfrontiert, daß der Absatz nicht mehr in dem Maße steigerbar ist wie in den vergangenen Jahren, weil ein sehr hoher Sättigungsgrad erreicht worden ist. Alle diese Faktoren spielen zusammen und stellen uns vor die Tatsache, daß wir mit einer größeren Sockelarbeitslosigkeit zu rechnen haben, die unser Budget belasten wird.

Wir haben es aber auch mit einem sehr bemerkenswerten Phänomen zu tun, meine sehr geehrten Damen und Herren, nämlich einerseits mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit, die leicht steigend ist, auf der anderen Seite haben wir aber Unternehmer, die ihren Arbeitskräftebedarf nicht decken können, weil sich keine Arbeitnehmer anbieten. Es sind nicht immer nur die hochqualifizierten Arbeitskräfte, die fehlen, sondern es fehlen der Wirtschaft alle Gruppen von Arbeitnehmern. Interessanterweise können in Ballungszentren nicht einmal Arbeitskräfte für die traditionell weiblichen Berufe gefunden werden, obwohl hier bekannterweise die registrierte Arbeitslosigkeit sehr hoch ist. Zum Beispiel sucht eine mir bekannte Schneiderin seit Mai dieses Jahres eine Schneidergehilfin und kann keine finden. Ich war vor einigen Tagen in einer Putzerei, da ist mir gesagt worden, es werden zwei Kräfte gebraucht und nicht gefunden. Und wenn man dann den Geschäftsleuten sagt: Gehen sie doch zur Arbeitsmarktverwaltung, denn dort gibt es ja Arbeitskräfte, dann hört man eigentlich immer nur die gleiche resignierende Antwort: Da kommt nichts Gescheites, die Leute wollen nicht arbeiten. — Das kann natürlich auch ein unbewiesenes Vorurteil sein, das kann aber der Wahrheit in einem gewissen Grade auch nahekommen.

Ich habe neuerlich zu diesem Thema: Wollen die Arbeitslosen eigentlich wirklich arbei-

10876

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Helene Partik-Pabé

ten?, einen sehr interessanten Artikel in der Zeitschrift „Arbeitsmarkt“, die vom Sozialministerium herausgegeben wird, gelesen. Da stand, daß sich neuerdings das sogenannte „gesunde Volksempfinden“ im negativen Sinne bemerkbar gemacht hat, indem neben den ausländischen Arbeitnehmern noch eine Personengruppe gefunden wurde, an der es sich abreagieren kann, nämlich die Arbeitslosen. Es wird zwar in diesem Artikel auch zugegeben, daß es eine Gruppe von Beschäftigungslosen gibt, die ihrer Situation eine positive Seite, nämlich das Nichtstun abgewinnt, daß diese Gruppe zahlenmäßig immer größer wird und daß der Mangel an Arbeitsplätzen diese Entwicklung begünstigt hat.

Es werden allerdings dann in diesem Artikel auch sehr schnell die Idealtypen für eine solche Strategie, Leben ohne Arbeit auf Kosten der Allgemeinheit, gefunden, nämlich vornehmlich die Mercedes fahrende Hoteliersgattin, die in der toten Saison die Arbeitslosenunterstützung und später dann die Notstandshilfe bezieht. Da spielen sicher auch Vorurteile mit, wenn man nur die Hoteliersgattin heranzieht. Denn die strapazierte Hoteliersgattin von der „Goldenen Sonne“, die sich beim Arbeitsamt neben ihrem Küchenmädchen anstellt, um die Arbeitslosenunterstützung zu kriegen, die gibt es sicher, das ist sicher nicht aus der Luft gegriffen, aber sie ist nicht die einzige, die unser Sozialsystem in Anspruch nimmt, obwohl sie es eigentlich gar nicht notwendig hätte.

Jeder, der ein bißchen herum hört, weiß, daß es nicht nur die Wirtin von der „Goldenen Sonne“ ist, sondern daß eine nicht zu unterschätzende Gruppe von Menschen es zur ständigen Einrichtung gemacht hat, eine Basisunterstützung von der öffentlichen Hand nicht nur zu fordern, sondern auch in Form zum Beispiel der Notstandsunterstützung zu erhalten, sonst aber in die Schwarzarbeit ausgestiegen ist. Beide Einkommen gewährleisten den bisherigen Lebensstandard bei einer annehmlicheren Lebensgestaltung und einer angenehmeren Zeiteinteilung als bei einer geregelten Arbeit.

Auf diese Weise werden nicht nur unsere Sozialausgaben immer höher, sondern den Unternehmern fehlen auch die nötigen Arbeitskräfte, dem Staat entgehen Steuern und Abgaben in der Höhe von zig Millionen.

Ich habe gelesen, daß dieses Phänomen ja nicht nur für Österreich symptomatisch ist, sondern es ist auch in den USA glaubhaft untersucht worden, daß die Schattenwirt-

schaft in Zeiten der Stagnation und der Rezession weit schneller wächst als die offizielle Wachstumsrate und daß ein Teil der Arbeitslosen wirklich nur noch statistisch besteht, tatsächlich aber nicht, weil sich sehr viele in die Schattenwirtschaft flüchten.

Ich selbst habe Leute gehört — und nicht nur einen oder zwei —, die sich damit brüsten, es schon jahrelang geschafft zu haben, jedem Arbeitsplatzangebot der Arbeitsmarktverwaltung entronnen zu sein, sich von jeder angemeldeten Arbeit fernzuhalten und die Notstandsunterstützung zu beziehen. Dabei behaupte ich gar nicht — so wie der Artikel in der Zeitschrift „Arbeitsmarkt“ —, daß die Leute wie ein Kaiser leben. Das glaube ich gar nicht.

Sie werden selbstverständlich Einschränkungen machen, ohne Pfuschen wird er Einschränkungen machen müssen, aber die Tatsache allein, daß man ohne wirkliche Notlage von öffentlichen Geldern jahrelang leben kann, das ist zumindest für mich empörend. Es wäre auch falsch anzunehmen, daß diese Ausnützer unseres Sozialsystems nur ein paar Außenseiter wären, die nicht ins Gewicht fallen, auf die es nicht ankommt. (Abg. Steinbauer: Das ist ja enorm, was Sie da sagen! Wissen Sie das auch, Herr Minister?) Herr Abgeordneter, wenn Sie öfter im Sozialausschuß wären, dann würden Sie wissen, daß ich dieses Thema öfters anschneide. (Abg. Steinbauer: Und was sagt der Minister dazu?) Der Herr Minister gibt immer eine Antwort, die Sie in den Protokollen nachlesen können. Ich erkläre ihm auch immer wieder, daß ich mit seiner Ansicht nicht einverstanden bin. Ich bin ja hier, um meine Ansicht und die Ansicht meiner Fraktion darzutun.

Ich möchte jetzt noch einmal auf diesen Personenkreis zu sprechen kommen, von dem immer wieder behauptet wird, er fällt nicht ins Gewicht, weil er zahlenmäßig ohnehin sehr gering ist. Gerade in dem erwähnten Artikel aus „Der Arbeitsmarkt“ wird sehr schön beschrieben, wie sich dieser Personenkreis zusammensetzt. Da ist die Rede vom früheren Akkord-Spitzenverdiener, der jetzt nicht mehr so ein hohes Einkommen hätte und es daher vorzieht, nicht arbeiten zu gehen, um daneben zu pfuschen, dann ist da der Handwerker, der seinen Nebenjob unfreiwillig aufgibt, um im Arbeitsgewand seine Kontrollmeldung zu absolvieren. Wenn man nun diesen Personenkreis noch aus eigener Erfahrung ergänzt, dann wird man zum Beispiel wissen, daß sehr viele Bauarbeiter am Anfang der Wintersaison sogar sehr froh sind,

Dr. Helene Partik-Pablé

wenn sie gekündigt werden, damit sie dann ihr Häuserl bauen können, während sie daneben die Arbeitslosenunterstützung beziehen. (*Abg. Steinbauer: Hast du das gehört, Hesoun!*) — Jeder von uns kennt solche Beispiele.

Bei aller sozialen Einstellung, diesen Tatsachen darf man sich nicht verschließen. Man muß auch etwas gegen eine solche Mentalität tun. Denn diese Gruppe der sozialen Trittbrettfahrer hat nämlich in mehrfacher Hinsicht eine große Bedeutung: Erstens, weil sie Geld kostet, und zweitens, weil jene Menschen, die eine hohe Arbeitsmoral haben, die jeden Posten annehmen würden, der ihnen nur angeboten wird, die trotz Fähigkeiten keine Chance haben, einen Arbeitsplatz zu bekommen — ich denke hier an Leute in Problemregionen, für die ja diese Sozialleistungen geschaffen worden sind —, weil diese Leute mit den arbeitsscheuen Menschen in einen Topf geworfen werden. Die verdienen es wirklich nicht, daß sie diskreditiert werden, denn sie würden ja jede Arbeit annehmen. Ich glaube, schon aus diesem Grund muß man etwas dagegen tun, daß sich solche sozialen Trittbrettfahrer ausbreiten.

Man muß auch deshalb etwas dagegen tun, weil für wichtige andere Projekte die finanziellen Mittel fehlen oder nicht im ausreichenden Maße vorhanden sind. Ich sehe nicht ein, warum man sich eigentlich scheut, über diese negative Zeiterscheinung zu sprechen und dagegen etwas zu tun.

Auch von einem anderen Gesichtspunkt aus möchte ich dieses Thema noch beleuchten. Wir rechnen nunmehr in die Pensionsanpassung auch die Arbeitslosenquote mit ein, das heißt, die Bezieher von Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe schmälern die Pensionsanpassung. Da wird sehr deutlich, daß die Frage, ob jemand wirklich alles tut, damit er wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert wird, für eine sehr große Gruppe von Staatsbürgern sehr relevant ist.

Ich halte es für wichtig, daß Maßnahmen getroffen werden, um sozialen Mißbrauch zu vermeiden. Dabei könnte ich mir vorstellen, daß man als eine der Notwendigkeiten doch eine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen bei der Notstandsunterstützung einführen könnte. Ich habe das schon im Budgetausschuß angeregt und mir ist nicht klar — der Herr Sozialminister wird es wahrscheinlich in einigen Minuten wiederholen —, warum der Herr Sozialminister davor zurückgeschreckt. Denn diejenigen, die wirklich arbei-

ten wollen, trifft es ja nicht, sie sind bereit, jede Art von Posten anzunehmen. Es trifft die, die es angehen soll, nämlich diejenigen, die nicht bereit sind, Konzessionen zu machen, die auf Kosten der öffentlichen Hand leben wollen, die versuchen, sich ohne dringende Not über Wasser zu halten, ohne einer Arbeit nachzugehen. Ich finde, wir sind es allen Österreichern, die ordnungsgemäß ihre Leistungen erbringen, schuldig, daß die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln auch wirklich streng kontrolliert und sparsamst gehandhabt wird. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ*)

Ich finde, es ist aber auch notwendig zu verhindern, daß sich in Österreich ein bestimmtes Bewußtsein breitmacht: Man ist dumm, wenn man arbeiten geht und seine Steuern bezahlt, und nur dann gescheit, wenn man den Sozialstaat sehr clever ausquetscht! Wenn diese Einstellung nämlich Allgemeingut wird und sich noch weiter ausbreitet, dann wird eines Tages das passieren, was vielfach schon befürchtet wird, daß sich nämlich der Sozialstaat selbst ruiniert, weil er so viele Möglichkeiten geboten hat, daß für viele das Geld zwar nicht gerade auf der Straße gelegen, aber doch sehr leicht erreichbar geworden ist.

Mit Recht wird in letzter Zeit häufig diskutiert, wo die Grenzen des Sozialstaates sind, ob wir nicht die Grenzen der Finanzierbarkeit schon erreicht haben und ob nicht das Anspruchsdenken, das, ohne auf Kosten Rücksicht zu nehmen, auf Leistung und auf Gegenleistung, hemmungslos fordert, sich schon zu stark ausgebreitet hat in Österreich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielfach besteht ja ein solches Denken, welches rücksichtslos auf die eigenen Vorteile bedacht ist und jede Solidarität vermissen läßt. Es hat den Anschein, als wäre es eine Folge von Sozialleistungen, ein solches Anspruchsdenken und in weiterer Folge eine Anspruchsbegehrlichkeit zu wecken.

Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Hayek ging sogar so weit, zu behaupten, der Wohlfahrtsstaat mache süchtig. Wir Freiheitlichen wollen den Wohlfahrtsstaat, aber wir wollen ihn als Medizin, nicht als krankmachende Droge. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ*)

Wir sollten uns auch wirklich den Kopf darüber zerbrechen und schleunigst jene Maßnahmen überlegen, wie wir das Unrechtsbewußtsein, die Verantwortungslosigkeit der Sozialparasiten wecken können. Ich möchte Sie, sehr geehrter Herr Sozialminister, wie

10878

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Helene Partik-Pabé

schon öfters ersuchen, sich Maßnahmen zu überlegen, um solcher Art die Solidarität zu stärken und auch das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung zu stärken. Wenn man für solche Maßnahmen auch nur einen geringfügigen Teil jener Ausgaben machen würde, die man für die Werbung, für die Arbeitsmarktverwaltung ausgibt, dann könnte man sicher etwas erreichen.

Abschließend möchte ich betonen, daß Sozialleistungen an Bedürftige, an wirkliche Notleidende von uns selbstverständlich bejaht werden. Wir meinen, daß sie sogar noch ausgeweitet werden müssen, dort, wo es um wirklich Bedürftige geht, aber wir sind dagegen, daß sich eine Anspruchsmoralität breitmacht, die den Staat als ein „Tischlein deck dich“ betrachtet, das auf Knopfdruck die geforderte Leistung ohne Gegenleistung liefert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu vielen anderen Themen der Sozialpolitik habe ich bei der vor 14 Tagen abgeführten Diskussion zum Sozialbericht Stellung genommen, wobei von mir auch freiheitliche Standpunkte dargelegt wurden.

Ich möchte daher meine Ausführungen heute schließen, indem ich dem Herrn Sozialminister auch noch danke für seine Bemühungen, das soziale Leid in Österreich zu mindern, und indem ich namens meiner Fraktion erkläre, daß wir dem Kapitel Soziales zustimmen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)^{14.15}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesminister Dallinger. Ich erteile es ihm.

^{14.15}

Bundesminister für soziale Verwaltung **Dallinger:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt innerhalb ganz kurzer Zeit so wie heute dreimal die Möglichkeit gehabt, über Grundsatzfragen der Sozialpolitik zu diskutieren.

Ich habe zwischenzeitlich in verschiedenen öffentlichen Diskussionen auch mit Abgeordneten der Opposition über Fragen der sozialen Sicherheit diskutiert. Ich habe in einer Vielzahl von Interviews in aller Öffentlichkeit zu Fragen der sozialen Sicherheit Stellung genommen.

Derzeit tagt eine große Kommission aus Sozialpartnern, Wissenschaftlern und Leuten der Wirtschaftsforschungsinstitute, die mit einem Zeithorizont von etwa zwei Jahren

über Probleme der sozialen Sicherheit und deren Finanzierung im speziellen — nicht öffentlich, sondern in wissenschaftlicher Art und Weise — diskutiert. Ich glaube, daß es überhaupt kein Problem gibt, das so öffentlichkeits- und betroffenennah diskutiert wird, wie eben die soziale Sicherheit.

Ich möchte daher der Vorwurf des Herrn Abgeordneten Dr. Schwimmer mit aller Entschiedenheit zurückweisen, daß ich etwas bejammere, daß ich in Selbstmitleid verfalle oder gar in Selbstgefälligkeit, denn das können Sie mir nicht nehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ich sogar sehr gegen den Willen mancher die Probleme thematisiere, sie der Öffentlichkeit vor Augen führe und klar darlege, welche Zukunftserwartungen wir auf den verschiedensten Gebieten haben und daß wir manches ändern müssen, wenn wir die Probleme bewältigen wollen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, können Sie mir nicht nehmen, das ist weder Bejammern noch Selbstmitleid. Im Gegenteil, ich möchte die Öffentlichkeit nahezu provozieren, daß sie sich mit diesen Fragen auseinandersetzt, daß sie sich Gedanken darüber macht und überlegt. (*Zwischenruf des Abg. Brandstätter.*)

Herr Abgeordneter Brandstätter! Sie werden noch früh genug auf diese Dinge zurückkommen, wie wir die Zukunft in der Arbeitswelt bewältigen, wie die Fragen der neuen Technologie einzuordnen und zu kategorisieren sind, was wir auf diesem und jenem Gebiet unternehmen müssen, welche neuen Berufe wir brauchen, welche Fragen zu erörtern sind, wenn wir uns mit den Studierenden und mit den mittleren Lehranstalten befassen, und anderes mehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren und insbesondere Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer! Ich bejammere nichts und ich verfalle in kein Selbstmitleid, weil ich glaube, daß wir Sozialisten auch imstande sind, Modelle und Strategien anzubieten, um mit den Schwierigkeiten fertig zu werden. Das ist nämlich der Gegensatz zu Ihnen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Sie setzen all das herab, was wir tun. Sie beziehen sich auf eine Zeit, die nur mehr aus der Erinnerung zu zitieren ist, nämlich auf die Zeit von 1966 bis 1970, und meinen, damals den Stein der Weisen gefunden zu haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind in dem Fall nicht so selbstgefällig zu meinen, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Im Gegenteil. Wir wissen zum Bei-

Bundesminister für soziale Verwaltung Dallinger

spiel, daß wir seit damals — von 1969 bis heute — 370 000 Leistungsempfänger auf dem Pensionssektor mehr haben, 370 000 Pensionsempfänger mehr. Das führt zu einer Vielfalt neuer Probleme. Wir wissen, daß das nicht auf die Gegenwart beschränkt bleibt. In Zukunft wird in noch größerem Umfang zu sehen sein, daß die Schere immer mehr aus einanderklafft. Die Zahl derer, die Beiträge und Steuern leisten, wird geringer, die Zahl der Leistungsempfänger steigt exorbitant. Daher muß man Überlegungen verschiedenster Art anstellen.

Aber nicht nur bei uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern zum Beispiel auch in unserem Nachbarland, der Bundesrepublik Deutschland, wo man jetzt in noch größerem Ausmaß, von der Gesamtzahl der Betroffenen her gesehen, mit den gleichen Fragen konfrontiert ist, überlegt und sucht man Wege, wie man aus diesen Schwierigkeiten herauskommt. In der Bundesrepublik Deutschland — um das gleich wieder festzustellen, Herr Abgeordneter Schwimmer — ist am 1. Juli 1985 eine theoretische Pensionsanpassung im Ausmaß von 3 Prozent brutto durchgeführt worden.

Gleichzeitig hat man den Krankenversicherungsbeitrag der Pensionisten um 1,5 Prozentpunkte erhöht, sodaß sich tatsächlich im Vergleich zu der in Aussicht genommenen 3prozentigen Erhöhung der Pensionen eine Pensionserhöhung von 1,41 Prozent brutto ergeben hat, von der dann auch die entsprechende Steuerleistung zu erbringen ist.

Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer! Damit monieren Sie gegen die Bestimmungen der 40. Novelle, daß die Zahl der Arbeitslosen die Pensionsanpassung hemmt. Was macht man denn in der Bundesrepublik? Da geht man einen anderen Weg. Da hat man ab 1. Juli dieses Jahres den Krankenversicherungsbeitrag der Pensionisten um 1,5 Prozentpunkte erhöht, nächstes Jahr erhöht man ihn ab 1. Juli um weitere 0,7 Prozentpunkte und ab 1. Jänner 1987 um weitere 0,7 Prozentpunkte, da hat man ab 1. Juli dieses Jahres den Pensionsbeitrag um 0,5 Prozent erhöht und so Lösungen gesucht. (Abg. Dr. Schwimmer: Wie hoch ist er dann?)

Das ist völlig unerheblich, meine sehr geehrten Damen und Herren. Von der Ausgangsposition her gesehen ist es so, daß man versucht, mit diesen Methoden eine Verringerung der Staatsausgaben zu erreichen und insgesamt eine Pensionsfinanzierung zu realisieren.

Nun zu der von niemand gewollten Witwerpension. Ich wiederhole einmal mehr: Ich wollte die Witwerpension nicht. Sie war eine Auflage des Verfassungsgerichtshofes, weil die damaligen Bestimmungen gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößen haben. Und wir haben um eine Lösung gerungen. (Abg. Dr. Schwimmer: Aber nicht im Parlament!)

Genauso hat man in der Bundesrepublik Deutschland um eine Lösung gerungen; man hat dort um einige Jahre länger um eine Lösung gerungen. Sie wissen so wie ich, was dabei herausgekommen ist, nämlich die spiegelgleiche Witwerpension. Das hat man — obwohl Sie das bei der Beschußfassung im österreichischen Parlament verdammt haben — in der Bundesrepublik Deutschland erst in diesen Monaten neu eingeführt: Ruhensbestimmungen beim Zusammentreffen zweier Pensionen.

Wir haben nicht den Stein der Weisen gefunden. Wir haben das nie behauptet. Nur diese Darstellung, wir wären unfähig, die Probleme zu lösen, aber Sie und alle anderen, die gleich denken, wären wohl imstande, diese Problemlösung herbeizuführen, werden durch die Beispiele in der Bundesrepublik Deutschland auf ihren wahren Kern reduziert. Alle — und das geht gar nicht anders — kochen mit Wasser und versuchen, durch Erhöhung der Beiträge oder Verminderung von Leistungen das zu tun.

Daß wir das nur im minimalen Maße tun, daß wir durch die Pensionsreform in der 40. Novelle eine Stabilisierung für einen gewissen Zeitraum erreicht haben, das haben ja nicht einmal Sie heute bestritten; anlässlich der Reform haben Sie das getan. Im heurigen Jahr haben wir uns etwa 7 bis 7½ Milliarden an Ausgaben des Bundes erspart, nächstes Jahr werden wir eine Ersparnis von 8,7 Milliarden Schilling haben. Ich muß dazurechnen, daß wir bei den Pensionsausgaben eine Steigerung um 5 Milliarden haben werden. Daher hätten wir im nächsten Jahr gegenüber heuer einen Mehraufwand von 13 Milliarden, um die Pensionslast zu finanzieren. Das ist unter den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen einfach nicht möglich. Dazu bekenne ich mich! Und daher war die Pensionsreform richtig dosiert, daher war und ist sie sozial dimensioniert und symmetriert.

Natürlich kommen andere Schwierigkeiten neu hinzu, sicher, die Ereignisse um die VOEST und anderswo. Aber wollen Sie, daß wir das alles kumulativ lösen? Dann wären

10880

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Bundesminister für soziale Verwaltung Dallinger

wir tatsächlich so weit, daß wir nicht imstande sind, all das zu finanzieren.

Es gibt in der Wirtschaft Rückschläge, zum Teil verhinderbare und zum Teil andere, die elementar eintreten und einfach gegeben sind, nicht nur bei uns, sondern auch anderswo.

Wir machen Fehler! — Sicher, niemand bestreitet das. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, um das Niveau der Diskussion zu charakterisieren: Den Vorwurf, den gestern Ihr Bundesparteiobmann erhoben hat, der erklärt hat, die Sozialisten hätten Österreich durch ihre Politik in den letzten 15 Jahren verludert, muß man mit aller Entschiedenheit und Empörung zurückweisen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Solche Wirtschaftsdaten, wie wir in Österreich, hätten viele Länder gerne, und zwar trotz der zugegebenen Schwierigkeiten, trotz der zugegebenen Fehler. Von einem nationalen Konsens zu reden und gleichzeitig zu behaupten, die Sozialisten bedienten sich kommunistischer Praktiken, wie das in den Nachbarländern um uns der Fall ist, ist das Ihr Niveau der Diskussion, meine sehr geehrten Damen und Herren? (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Unerhört!-Rufe bei der SPÖ.*)

Oder ist das ein Niveau, Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer, daß Sie mir unter dem falschen Hinweis auf Dr. Salcher bezüglich des Holzklaubens unterstellen, daß die Broschüren, die im Keller des Sozialministeriums gelagert sind, dazu dienen könnten, den Pensionisten bei ihren Heizproblemen zu helfen? Ist das das Niveau einer Diskussion, die wirklich Ihrer und unserer würdig ist, meine sehr geehrten Damen und Herren? Ist das ein Niveau?

Ich weiß um die Schwierigkeiten der Pensionisten und insbesondere der Empfänger von Ausgleichszulagen. Ich bin jede Woche draußen in allen Bundesländern, und die Kollegen, die hier anwesend sind, wissen das. Mich trifft das, daß wir jetzt nicht so können, wie wir wollen. Jeder von uns würde gerne — und ich am allerliebsten — Leistungen erbringen, die weit über die derzeitigen hinausgehen, um den sozial Betroffenen noch mehr zu helfen. Aber das so darzustellen, als ob wir wirklich nicht wollten, als ob wir Überlegungen dieser Art anstellen würden, auf diese primitive Art und Weise eine Diskussion zu führen, das möchte ich zurückweisen.

Im übrigen habe ich Ihren Kollegen, die diese Frage gestellt haben, eine sehr konkrete Antwort gegeben bezüglich jeder einzelnen Broschüre, die noch lagernd ist, ich habe beantwortet, welchen Inhalt sie hat, welche Aufgabe sich diese gestellt hat.

Wir haben eben eine Vielzahl von Betroffenen, wir haben eben aufzuklären, und ich beklage, daß wir dazu zu wenig imstande sind. Auch ist vielleicht die eine oder andere Broschüre fehl am Platz, vielleicht ist da und dort das Wollen, was notwendig und zweckmäßig ist, mit uns durchgegangen; ich gebe das zu. Wir sind nicht frei und ich bin am allerwenigsten frei von Fehlern. Aber selbstgefällig? — Wer ist das, Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer? Wir bemühen uns. Und wir werden bezüglich der Berufsaufklärung noch viel mehr tun müssen, weil ich glaube, daß wir eine Zukunft vor uns haben, die viele Änderungen bringen wird.

Die Berufsskala der etwa 240 Berufe, die wir jetzt haben — nach der 90 Prozent der Mädchen sechs Berufe wählen —, wird einer Änderung zu unterwerfen sein. Wir werden da gemeinsam mit den Kammern und mit den Vertretern des Gewerbes überlegen müssen, was wir auf diesem Gebiet zu tun haben werden.

Sie sehen also, bei uns finden Sie durchaus offene Türen für ein Gespräch, ob das jetzt auf parlamentarischer Ebene stattfindet oder im Ministerium oder in den diversen Kreisen von Spezialgesellschaften, zum Teil interfraktioneller Art oder auch irgendwelcher Zugehörigkeit. Ich bin bereit zu einer Diskussion über all diese Fragen.

Alle Fakten, die Sie brauchen, und alle Unterlagen, die Sie benötigen, können Sie von mir in objektiver Weise haben, denn ich weiß, es ist schwer genug, die Probleme zu lösen, auch gemeinsam, weil niemand imstande ist, von vornherein neue Schwierigkeiten auszuschalten.

Nun zur Frau Abgeordneten Dr. Partik-Pablé. Sie sieht das von ihrem Standpunkt, ich sehe das von einem anderen Standpunkt. Ich betrachte das als durchaus legitim.

Wir haben ein Sozialsystem, das im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung ein Versicherungssystem statuiert hat. Genauso wie bei der Pensionsversicherung ein versicherungsmäßiger Anspruch nach versicherungsmathematischen, versicherungsmäßigen Grundsätzen besteht, genauso ist das in der Arbeitslo-

Bundesminister für soziale Verwaltung Dallinger

senversicherung. Ich leugne nicht, daß es Mißbräuche gibt, daß es eine Zahl von Schmarotzern gibt, die man aber relativieren kann im Hinblick auf die Gesamtzahl der Arbeitslosen. Ich schätze die Zahl jener, die ungerechtfertigte Leistungen in Anspruch nehmen, auf 5 Prozent aller Leistungsempfänger. Das ist nicht wenig, aber doch eine Relativierung. 95 Prozent der Arbeitslosen beziehen die Leistungen auf Grund eines versicherungsmäßigen Anspruches und haben einen Rechtsanspruch darauf, diese Leistung zu erhalten.

Die Veränderung der Zumutbarkeitsgrenze — ich erkläre das in aller Form — ist das allerletzte Mittel, das ich ergreifen werde, um solche Mißbräuche zu verhindern. Man hat europaweit diese Frage diskutiert. In der Bundesrepublik hat es jahrelang eine Diskussion darüber gegeben; dann hat man einen ersten Ansatz unternommen und hat ihn kurze Zeit darauf wieder revidiert.

Es ist natürlich das legitime Recht eines arbeitslos Gewordenen, daß er versucht, einen sozialen Abstieg zu verhindern, daß er sogar in einer längeren Phase der Arbeitslosigkeit bemüht und bestrebt ist, einen seiner Ausbildung oder seiner letzten Tätigkeit entsprechenden Posten zu bekommen. Das ist sehr schwer. Je qualifizierter er in einer bestimmten Position, innerhalb einer bestimmten Hierarchie beschäftigt war, umso schwieriger wird es. Das ist das Problem.

Die Veränderung von solchen Grenzen bringt Probleme. Es wurden derartige Versuche in anderen Ländern unternommen, wie zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland etwa beim Anspruch auf Notstandshilfe. Nach dem sogenannten Berliner Modell muß eine zugewiesene Arbeit zwingend angenommen werden.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe Ihnen schon in aller Offenheit gesagt: Dieses Modell lehne ich ab, weil es nicht dem österreichischen System, auch nicht jenem der Arbeitslosenversicherung, entspricht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Das bedeutet aber nicht, daß wir nicht ununterbrochen bemüht und bestrebt sind, die Arbeitslosen mehr im Hinblick auf ihre Arbeitswilligkeit zu durchleuchten und auch Mißbräuche zu verhindern.

Aber auch da erfolgt dieser Mißbrauch meistens in Kooperation. Es ist nicht allein nur der Arbeitslose, sondern es muß sich in der

Regel noch ein Zweiter finden, der bereit ist, mit diesem Arbeitslosen zu kooperieren, und der auch einen Vorteil daraus zieht, wenn er einen arbeitslos Gewordenen nicht anmeldet, wenn er ihn nicht der Sozialversicherung unterwirft, wenn er nicht irgendwelche Beiträge zu zahlen hat.

Da lade ich alle Mitglieder des Hohen Hauses ein, ohne daß ich mich an eine Seite im besonderen wende, mitzuwirken, daß solche Mißbräuche, die in Kooperation des einen mit einem Zweiten erfolgen, verhindert werden.

Ich habe auch erklärt, daß ich durchaus dafür bin, daß die Unternehmer angewiesen werden, eine ablehnende Haltung einzunehmen, wenn jemand ohne überhaupt in ein Gespräch über eine Postenvermittlung einzutreten, erklärt, daß er nur den Stempel braucht, um dann wieder auf das Arbeitsamt gehen zu können.

Hier muß man unterscheiden zwischen den grundsätzlichen Veränderungen, die unter Umständen das System in seinen Grundfesten erschüttern, und den anderen Möglichkeiten, Mißbrauch zu verhindern, die man verstärkt suchen sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Frage der Mitbestimmung. Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer! Sie haben gemeint, man solle sich überlegen, ob man sich lustig macht über die Bestrebungen, die Rechte des einzelnen und der Minderheiten zu stärken. Ich kenne jedenfalls in meinem Kreis niemanden, der sich über dieses Vorhaben lustig macht. Im Gegenteil, ich bekenne mich dazu, daß die Rechte des einzelnen gestärkt, die Rechte der Minderheiten vermehrt werden, weil sie eben als Minderheit eines besonderen Schutzes bedürfen.

Das ist ein elementares Erkenntnis unserer Demokratie. Wir müssen das tun. Aber das eine ist nicht der Feind des anderen. Das eine kann nicht bedeuten, daß man auf die Erweiterung der kollektiven Rechte, also der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte verzichten kann oder verzichten soll.

Ich habe das heute in einem Presseinterview gesagt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die VOEST-Ereignisse sind in keiner Weise geeignet, unsere Bestrebungen nach Verstärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte etwa bei der Einführung neuer Technologien, etwa bei der Einführung neuer Personalinformationssysteme, etwa bei der Schaffung eines Konzernbetriebsrates, etwa

10882

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Bundesminister für soziale Verwaltung Dallinger

bei der Verstärkung von Kündigungsbestimmungen oder Rechten für kleinere Betriebe zu eliminieren oder gar zu konterkarieren.

Im Gegenteil, wer die VOEST-Ereignisse untersucht, wird daraufkommen, daß in keiner Weise der Betriebsrat an den Verfehlungen schuld war, die hier inkriminiert sind. Das eine als Mittel für etwas anderes zu gebrauchen, das lehnen wir ab.

Deshalb werden wir nicht von den 29 Punkten als Forderung ablassen, wobei mir klar ist, daß das Ergebnis nur ein Kompromiß sein kann. Daher wird sicher, wenn Sie das Beispiel haben wollen, Wasser in den Wein gegossen. Aber die Grundsätzlichkeit dieser Forderungen wird durch die VOEST-Ereignisse in keiner Weise konterkariert. Wir brauchen diese Vermehrung der Mitbestimmungsrechte und wir werden und müssen sie auch durchsetzen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Schluß gestatten Sie mir folgenden Hinweis: Die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich ist, im internationalen Vergleich gesehen, geringer. Aber ich leugne es nicht, sie ist steigend. Allen unseren Bemühungen zum Trotz nimmt die Arbeitslosigkeit der jungen Menschen im Alter von 19 bis 25 Jahren zu. Ich habe immer wieder erklärt, ich bin bereit, mit jedem zu diskutieren, mich mit jedem zu verbünden, der bereit ist, einen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu leisten.

Ich glaube, es bedarf mehr als nur der Neufestsetzung von weiteren Förderungsmaßnahmen. Es bedarf mehr als nur des Diskutierens darüber. Wir müssen hier wirklich gemeinsam alles tun, um die Einstellung von jungen Menschen zu erreichen. Es wäre für uns eine gesellschaftspolitische Katastrophe, gelänge es uns nicht, dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Ich weiß schon, heute kann das nur ein Randproblem sein, aber es ist eines der bedeutendsten Probleme unserer Zeit. Wir wissen, daß wir einen Berg voll Arbeit auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit vor uns haben. Eine ganz wichtige Arbeit, die wir gemeinsam zu bewältigen haben — ich betone: gemeinsam zu bewältigen haben —, sind die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Unterbringung junger Menschen, die sogar eine Berufsausbildung hinter sich haben, auf einem ihrer Ausbildung adäquaten Arbeitsplatz. Hier hilft uns, auf Sicht gesehen,

vielleicht doch die demographische, die bevölkerungsmäßige Entwicklung.

Aber wir können nicht auf die nächsten zwei, drei Jahre warten. Wir müssen heute und jetzt alles tun, um die jungen Menschen auf Arbeitsplätzen unterzubringen. Daher ist mein besonderer Wunsch an das Plenum des Hauses, alles zu tun und es womöglich gemeinsam zu tun, die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich zu verhindern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Feurstein. Ich erteile es ihm.

14.38

Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Argumentation des Bundesministers für soziale Verwaltung war wie immer durch eine Doppelstrategie gekennzeichnet: auf der einen Seite Zuckerbrot, auf der anderen Seite Peitsche.

Herr Minister! Was wir Ihnen zum Vorwurf machen, ist etwas Zweifaches.

Erstens: Sie machen Versprechungen und erzeugen Hoffnungen. Diese Versprechungen und Hoffnungen werden dann nicht realisiert.

Ich nenne Ihnen dazu drei Beispiele. Sie haben doch in vielen Reden, von denen Sie jetzt gerade gesprochen haben, immer wieder darauf hingewiesen, Sie werden für die Behinderten zwei Probleme lösen, zum Beispiel in der Unfallversicherung das Problem der Kausalität und die Schwierigkeiten bei der Bemessung der Waisenpension. Sie haben beide Anliegen bis heute nicht zufriedenstellend gelöst.

Sie haben den Pensionisten immer wieder versprochen: Wir werden für die Pensionen sorgen. Sie haben heute wieder nicht gesagt, wie das Problem der Pensionen im Jahre 1988, im Jahre 1989 und im Jahre 1990 gelöst wird. Das Problem der Pensionen ist für das Jahr 1990 nicht gelöst, Herr Minister! Wir bedauern dies.

Zweitens: Sie verunsichern: Sie haben jetzt wieder verunsichert, indem Sie auf Ihrem 29-Punkte-Programm beharrt haben. Sie haben zwar gesagt, Sie werden Kompromisse suchen, Sie haben aber in keinem Punkt angedeutet, wo Sie kompromißbereit sind, sondern Sie haben Ihr 29-Punkte-Programm als etwas Festes und Unverrückbares in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt.

Dr. Feuerstein

Sie reden immer von der Arbeitszeitverkürzung. Wissen Sie, wie viele Unternehmer Sie dadurch verunsichern, wie viele Sie daran hindern, arbeitsplatzfördernde Maßnahmen zu setzen? Und die Arbeitnehmer verunsichern Sie durch Ihre ständige Überstunden-diskussion!

Meine Damen und Herren! Wenn man das gehört hat, was heute diskutiert worden ist, ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz:*) Man soll darüber reden, soll aber nicht verunsichern, man soll nicht unberechtigte Versprechungen machen, sondern man soll Fakten auf den Tisch legen und sagen, das sind unsere konkreten Vorstellungen, die wir verwirklichen wollen. Aber nicht mit unbestimmten und unklaren Vorstellungen ... (*Abg. Dr. Schranz: 35-Stunden-Woche! — Ist das unklar? Ist das unbestimmt?*) Das ist eben die Verunsicherungstaktik! (*Abg. Dr. Schranz: Bei der 40-Stunden-Woche — wie war es da?*)

Herr Abgeordneter Schranz! Wenn für Sie die Einführung der 35-Stunden-Woche tatsächlich ein erstrebenswertes Ziel ist, und zwar bei den Problemen, die es in der Wirtschaft gibt, dann bestätigen Sie erneut, wie wenig Verständnis Sie für die echten Arbeitsmarktprobleme in Österreich haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Für uns ist die Jugendarbeitslosigkeit wirklich das entscheidende Anliegen, das es zu lösen gilt, Herr Minister! Wir haben im Jahre 1984 das Mock-Programm zur Sicherung der Jugendbeschäftigung vorgelegt. Im Jahre 1984 ist dieses Programm behandelt worden, es ist von Ihnen, der SPÖ und FPÖ, abgelehnt worden.

Im September 1985 ist es das erste Mal gelungen, einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Ich frage Sie: Warum gelang das nicht bereits im Jahre 1984? Wäre es nicht möglich gewesen, bereits damals die entscheidenden Ansätze für eine Verbesserung der Situation der Jugendbeschäftigung zu setzen?

Wir bedauern, daß dieser Durchbruch nicht im Jahre 1984 gelungen ist. Wäre uns das möglich gewesen, so, meine ich, wären wir heute in der Frage der Jugendbeschäftigung wesentlich weiter, und es würde vermutlich in vielen Bereichen Jugendliche geben, die nicht mehr arbeitslos wären.

Ich kann aus der Sicht meines Bundeslandes feststellen, daß es bei uns zumindest teil-

weise möglich gewesen ist, auf Grund dieses Mock-Planes zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit einen Beitrag zu leisten und die Situation für die Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Meine Damen und Herren! Wir unterscheiden uns grundsätzlich von der Position der SPÖ, es ist einfach falsch, wenn man meint, die Wirtschaftspolitik und die Sozialpolitik allein könnten die soziale Sicherheit in unserem Staate gewährleisten.

Die soziale Sicherheit kann nur gewährleistet werden, wenn eine funktionierende, leistungsfähige private und verstaatlichte Wirtschaft die notwendigen Leistungen erbringt, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Lage sind, Beiträge in die Sozialversicherung zu leisten, damit dann Krankenversicherungsleistungen und Pensionsleistungen erbracht werden können.

Meine Damen und Herren! Das Bundesland Vorarlberg ist geradezu ein typisches Beispiel dafür, welche Wirkungen erzielt werden können, wenn staatlicher Interventionismus in geringem Ausmaß an den Tag gelegt wird. Es gibt sicherlich kein anderes Bundesland in Österreich, in dem es so wenig Interventionen von staatlicher Seite und zugegebenermaßen auch so wenig Wirtschaftsförderungsmittel des Bundes und des Landes gibt.

Aber in diesem Bundesland war es trotz der Schwierigkeiten, mit denen wir heute konfrontiert sind, und zwar vor allem aus der restriktiven Steuerpolitik resultierend, möglich, die saisonbereinigte Arbeitslosenrate zu senken. Es war auch in den letzten Monaten möglich, die Beschäftigungssituation für junge Menschen zu verbessern. Und dies, obwohl in diesem Bundesland von allen Steuerpflichtigen eine Steuerleistung erbracht wird, die um 10 Prozent über jener des Bundesdurchschnitts liegt.

Meine Damen und Herren! Das ist doch ein typischer Beweis dafür, daß Ihre Stoßrichtung in der Politik grundsätzlich falsch ist.

Lassen Sie mich noch einmal kurz sagen, welche die wesentlichen Punkte sind, von denen wir eine Änderung erwarten. Herr Minister! Wenn Sie wirklich glauben — und Sie haben das in Ihrer Wortmeldung so durchklingen lassen —, daß die Sozialversicherung in den nächsten Jahren vor finanziellen Problemen steht, dann ist es unverständlich, daß jetzt so im nachhinein, nachdem das Budget bereits vorgelegt worden ist, eine Kürzung

10884

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Feurstein

des Bundesbeitrages um 2 Milliarden Schilling erfolgt ist. Der Bund leistet in die Krankenversicherung der Beamten, in die Unfallversicherung der Beamten und an verschiedene andere Sozialversicherungsträger um 2 Milliarden Schilling weniger, auch wenn es keine gesetzliche Änderung und Novellierung gegeben hat. (*Abg. Dr. Schranz: Wieviel mehr als im vorigen Jahr?*) Ich weiß, daß eine Erhöhung erfolgte! Das haben wir noch nie bestritten, Herr Dr. Schranz.

Der Bundesbeitrag wurde heute bereits vom Abgeordneten Hesoun erwähnt. Ich muß diesen Betrag, glaube ich, nicht wiederholen. Er ist bereits einmal genannt worden.

Zweiter Punkt, Herr Minister. Ihr Ressort ist eines der wenigen, in dem neue Dienstposten geschaffen werden. Der Dienstpostenplan Ihres Ministeriums wird um 1,4 Prozent erhöht. Das ist durch nichts gerechtfertigt. Der Personalaufwand im Sozialbereich steigt von 728 auf 773 Millionen Schilling, also um 6 Prozent. Auf der anderen Seite gibt es eine massive Zunahme des Aufwandes für den EDV-Bereich.

Hier werden Gelder falsch eingesetzt. Wir glauben, daß man im Bereich des Sozialministeriums nicht mehr Personal braucht, sondern wir brauchen einen vernünftigen Einsatz der Leistungen, die vom Sozialministerium erbracht werden. Nicht von ungefähr können aus diesem Grund zum Beispiel die Arbeitsmarktförderungsmittel, die echten AMFG-Mittel, nicht erhöht werden.

Herr Minister! Sie reden von einer Einschränkung der Überstunden. Wir haben den Herrn Finanzminister anlässlich der Behandlung des Stellenplanes befragt. Im Jahre 1984 wurden im Bund von den Dienstnehmern 34 Millionen Überstunden geleistet. Das wären 16 000 bis 18 000 Dienstposten. Allein diese Zahl von Überstunden, die geleistet worden ist und die sicherlich auch im Jahre 1985 zu einem Großteil wiederum geleistet wird, beweist, daß man nicht so ohne weiteres Arbeit verteilen kann, wie Sie das völlig zu Unrecht immer wieder in den Raum stellen. Auch daran sieht man, wie unrealistisch eigentlich Ihre Vorstellungen sind, was die Arbeitszeitverkürzung betrifft. Denn es ist Ihnen nicht einmal möglich, in Ihrem Bereich, im Bereich des Bundes einen echten Nachweis zu erbringen, daß Überstunden einfach so ohne weiteres beseitigt werden können.

Wir stehen grundsätzlich zu den Überstun-

den, glauben allerdings, daß man dort, wo man die Arbeitsplatzsituation verbessern könnte, dieses Problem sehr wohl überdenken soll. Aber man sollte nicht generell sagen, die Überstunden sollen beseitigt werden.

Fünfter Bereich, Herr Minister, ein für mich besonders wichtiger Bereich. Es war für mich schon überraschend, als Abgeordneter Hintermayer vor wenigen Tagen hier eine Rede der Frau Dr. Partik-Pablé verlesen hat, in der nur die private Wirtschaft kritisiert und negativ dargestellt worden ist. Es wurde gesagt, sie sei behindertenfeindlich eingestellt.

Meine Damen und Herren! Wer handelt tatsächlich behindertenfeindlich, wenn es darum geht, Behinderten Arbeitsplätze anzubieten? In der privaten Wirtschaft muß auf Grund des Invalideneinstellungsgesetzes auf 25 Arbeitsplätze ein Behindter kommen. Der Bund ist hier als Dienstgeber begünstigt. Er muß pro 40 Arbeitsplätze nur einen Behinderten beschäftigen. Tatsächlich kommt aber beim Bund nur auf 80 Arbeitsplätze ein Behindter.

Meine Damen und Herren! Ein Behindter auf 80 andere Arbeitsplätze! Das ist ein Mißverhältnis zwischen Behinderten und Nichtbehinderten im Bereich des Bundes, das wir einfach nicht zur Kenntnis nehmen können. Wir glauben, daß anlässlich der Novellierung des Invalideneinstellungsgesetzes ein ganz entscheidender Schwerpunkt gesetzt werden muß.

Der Bund muß behindertenfreundlicher werden, was die Beschäftigung von Menschen betrifft, die eben auf Grund ihrer Behinderung keine volle Leistung erbringen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren, ein letzter Punkt. Ich verwende bewußt nicht das Wort „arm“, aber für die wenig Verdienenden haben Sie kein Verständnis. Anlässlich der Fragestunde des Nationalrates habe ich am 13. Juni 1985, also vor den Sommerferien, den Bundeskanzler befragt und ihn gebeten, mit dem Sozialminister Gespräche darüber zu führen, was man für die wenig Verdienenden, für die Menschen, die 6 000, 7 000, 8 000, 9 000 S brutto verdienen, tun könne.

Er hat mir damals versprochen, Gespräche mit dem Sozialminister zu führen. Ich habe daraufhin in einer parlamentarischen Anfrage dieses Themas neu aufgeworfen. Am 26. August, also zwei Monate später, schreibt

Dr. Feurstein

der Bundeskanzler, er konnte bisher keine Gespräche mit dem Herrn Sozialminister über dieses Thema führen, es war keine Zeit für Gespräche.

Meine Damen und Herren! Wenn der Bundeskanzler und der Sozialminister keine Zeit haben miteinander zu reden, was man für Menschen tun kann, die 6 000, 7 000 oder 8 000 S Einkommen haben, die unter Umständen für Kinder, für eine Familie zu sorgen haben, dann ist das ein Beweis, daß man grundsätzlich gar nicht bereit ist, dieses Thema echt aufzugreifen und echt einer Lösung zuzuführen.

Wir haben die Auswirkungen dieses Verhaltens erlebt. Als das Abgabenänderungsgesetz 1985 im Finanzausschuß und hier im Nationalrat behandelt worden ist, waren Sie nicht bereit, unsere Anträge, die lediglich eine Verbesserung und Erleichterung der Situation für jene Personen gebracht hätten, die als Alleinverdiener bis zu 9 000 S und mit dem Alleinverdienerabsetzbetrag — also Personen, die für andere, für Kinder oder für einen Ehegatten zu sorgen haben — bis zu 10 000 S verdienen, anzunehmen.

Sie waren nicht bereit, mit uns über dieses Thema zu diskutieren und das Thema einer Lösung zuzuführen. Sie haben unsere Anträge abgelehnt. Sie haben den Heizkostenzuschuß abgelehnt, Sie haben die Verbesserung der Pensionsdynamik abgelehnt, und Sie haben alle anderen, auch kleine, Verbesserungsvorschläge, die von uns eingebracht worden sind, für diese Menschen, die wenig verdienen, einfach in den Papierkorb gekehrt. Das sage ich einmal ganz deutlich.

Meine Damen und Herren! Eine Behindertenpolitik, eine Sozialpolitik und eine Arbeitsmarktpolitik, die auf diese Personen nicht primär Rücksicht nimmt, sondern diese Themen immer wieder beiseiteschiebt und keiner Lösung zuführt, eine solche Sozialpolitik, Behindertenpolitik und Arbeitsmarktpolitik können wir nicht zur Kenntnis nehmen. Wir lehnen sie daher ab. (*Beifall bei der ÖVP.*)^{14.52}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tonn. Ich erteile es ihm.

^{14.52}

Abgeordneter Tonn (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Schutz unserer Umwelt hat heute einen gesellschaftspolitischen Stellenwert

erreicht, der vor einiger Zeit in diesem Ausmaß kaum abgeschätzt werden konnte. Sozusagen als Begleitakkord ist festzustellen, daß sich die sehr oft konträren Standpunkte von Ökologie und Ökonomie kaum auf ein gemeinsames Ganzes ausrichten lassen.

Die Prägung dieser Eckstandpunkte verhindert eigentlich auch in Österreich das Agieren im sachlichen Bereich. Wichtigstes Anliegen in der grundsätzlichen Umweltpolitik muß es daher sein, wirtschaftliche Vernunft und berechtigte Umweltschutanliegen auf eine Kooperationsebene zu bringen. Das ist meiner Meinung nach das einzige Zielführende. Vor allem wird das von den Staatsbürgern dieses Landes erwartet.

Wenn man aber die Budgetdebatte hört und die Meinungen verschiedener Oppositionspolitiker zu dieser Problematik der Umwelt kennt, dann kann man dazu nur sagen, daß die Opposition kaum etwas zu einem gemeinsamen Nenner beiträgt.

Der Hauptredner der ÖVP, dessen Wortmeldung man rein vom Sachlichen her vergessen könnte (*Abg. Dr. Ettmayer: Sie haben ein schlechtes Gedächtnis!*), hat einiges gesagt, das aufgeklärt gehört. Ich habe geglaubt, als sich Abgeordneter Heinzinger gemeldet hat, na ja, jetzt wird er heruntergehen und einige Alternativen für die Umweltpolitik anbieten. Das hat er nicht getan. Was er hier betrieben hat, wurde in einem treffenden Zwischenruf charakterisiert, er hat nämlich geistige Umweltverschmutzung betrieben. (*Abg. Brandstätter: Das sind keine Argumente, das ist nur Polemik!*)

Er hat an der Hinterlassenschaft des Gesundheitsministers Kritik geübt, hat sich hergestellt und gemeint, er nehme heute eine Testamentseröffnung vor, ohne zu wissen, daß bei Testamentseröffnungen neben den Notaren meistens die Erben dabei sind. (*Abg. Graf: Wir werden dabei sein bei der Testamentseröffnung!*) Ich glaube kaum, daß der Abgeordnete Heinzinger das, was der Herr Bundesminister Steyrer in vielen Jahren geschaffen hat, in irgendeiner Form erben wird.

Wenn er gemeint hat, Bundesminister Dr. Steyrer hätte zu wenig geleistet, dann lassen Sie mich einen Vergleich anbringen. Ich wage es nicht nur zu behaupten, ich weiß es, das läßt sich ja beweisen... (*Abg. Graf: Das ist eine feine Formulierung: Ich wage es nicht zu behaupten, ich weiß es!*) Das ist sehr nett, daß Sie mir helfen, Herr Abgeordneter Graf, aber

10886

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Tonn

ich finde selbst weiter. (*Abg. Graf: Nein, mir gefällt nur die Formulierung!*)

Ich möchte sagen, daß Bundesminister Dr. Steyrer viele hundertmal mehr geleistet hat als der Abgeordnete Heinzinger, der sich herstellt und kritisiert. (*Abg. Graf: Das ist ja keine Partei! Der Heinzinger war ja nie Minister!*) Er ist das negativste Beispiel und hat das als Mitglied des Beirates des Umweltfonds bewiesen. Er wurde von der ÖVP dorthin nominiert, jener Mann, der hier sehr gerne über die Umwelt und von der Umwelt redet, und er hat es vorgezogen, an den Sitzungen nicht teilzunehmen und immer durch Abwesenheit zu glänzen, sodaß sich sogar die ÖVP bemüht hat, den Abgeordneten Heinzinger auszutauschen. Denn nur von der Theorie kann man anscheinend auch in der ÖVP nicht leben.

Wenn der Abgeordnete Heinzinger dem scheidenden Bundesminister vorgeworfen hat, er hat nur versprochen und nichts realisiert, dann hat er den Föderalismus vergessen, der leider oft eine Diskrepanz in Österreich bildet und sehr oft der Hemmschuh für die Lösung von Umweltfragen ist. Das wird aber bei der ÖVP sehr gerne vergessen.

Ich möchte noch etwas sagen, obwohl es mein Freund Hochmair schon erwähnt hat. Da bescheinigt man dem Minister, daß er kon sensbereit war — immerhin wurden alle Gesetze, außer dem über das Umwelt-Bundesamt einstimmig beschlossen —, aber man scheut sich auf anderer Ebene nicht zu sagen, daß diese Regierung 15 Jahre lang dieses Land verludert hat.

Einen Tag später gehen die vier Obmann-Stellvertreter der ÖVP her und meinen in einer Presseaussendung, man müßte einen Weg für einen gemeinsamen Neubeginn freimachen. Ich frage mich: Was verstehen Sie unter „Neubeginn“, und was verstehen Sie unter „gemeinsam“? Wenn Sie damit meinen, gemeinsam mit Mock und Konsorten, dann muß ich sagen: Nein, danke dafür! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Man könnte diese Aussagen weiter fortsetzen. Es war für uns eigentlich ganz klar, wenn Bundesminister Steyrer als Zielscheibe herhalten muß, daß Sie das der Parteitaktik unterordnen und Ihre Zielsetzung ohne Zweifel der 4. Mai 1986 ist.

Da wird in der Budgetdebatte im Ausschuß von Unfähigkeit gesprochen, man unterstellt dem Minister, daß er von der Bildfläche ver-

schwunden wäre und redet von einer Untertauchstrategie. — Politische Schlagworte, die von der Opposition nur benutzt werden, um parteipolitische Ziele zu erreichen. Wie wir wissen, ist das seit 1970 immer wieder der Fall gewesen, wie wir wissen, war es in den letzten 15 Jahren auch immer wieder erfolglos.

Da wird ein Minister mit Untergriffen angegriffen, der es wahrlich nicht verdient hat. Das muß man ganz deutlich sagen. Denn niemand vorher, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat die Umweltpolitik in diesem Land — und auch international — so konkretisiert, wie Bundesminister Dr. Steyrer. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Und in einigen Jahrzehnten wird das geschichtliche Tatsache sein. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.*)

Die Versuche der Oppositionsvertreter, hier auf der medialen Gratisbühne des Hohen Hauses diese erfolgreiche Politik aus kleinkarierten Politüberlegungen heraus ins Negative umzukehren, werden kaum gelingen. Tatsachen, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen sich nun einmal auch nicht vom redegewandtesten ÖVP-Redner ins Gegenteil verwandeln.

Die Opposition beweist eigentlich damit immer wieder, daß sie keine demokratisch übliche Oppositionspolitik betreiben will. Ihr geht es nicht um das Wohl des Landes, sondern einzlig und allein um das Erreichen parteipolitischer Zielsetzungen.

Und wenn Sie uns, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der rechten Seite, immer wieder den Vorwurf machen, daß die Partei für uns das Primäre wäre, dann muß man an Ihre Adresse gewendet sagen: Ihnen geht es nicht um Österreich und die bestehenden Probleme, sondern primär um Einfluß, Macht und Miesmacherei.

So werden Sie immer unglaublich dicker, und es ist für einen jungen Staatsbürger kaum begreifbar, daß Ihre Partei einmal die stärkste Kraft in diesem Lande war.

Für uns ist jedenfalls Umweltpolitik etwas sehr Bedeutungsvolles, ein wichtiger Bereich in der Gesellschaftspolitik schlechthin. Das wurde in den letzten 15 Jahren bewiesen, und das wird sich auch 1986 fortsetzen. Was in den letzten Jahren getan wurde, was in Zukunft entwickelt werden soll, ist eben realistische Umweltpolitik. Dazu möchte ich konkret einiges sagen.

Tonn

Die Belastung der Luft durch Schadstoffe und die daraus resultierenden Schäden, besonders das Waldsterben, haben weltweit Maßnahmen erfordert.

Österreich hat dazu in beachtlichem Ausmaße beigetragen. Ich erinnere an das bleifreie Benzin, an die neuesten Erkenntnisse über das Waldsterben, wo das Blei im Benzin eine entscheidende Rolle spielt.

Vorerst wurde diese Einführung gering-schätziger belächelt. Auf die EWG-Haltung möchte ich in Anbetracht der zur Verfügung stehenden Redezeit gar nicht eingehen. Obwohl in der Anfangsphase belächelt, wird sie heute in vielen Staaten nachgeahmt. Das gleiche gilt für das Katalysatorauto.

Die Heizölentschwefelung, die Herabsetzung des Schwefelgehaltes im Dieseltreibstoff und andere Maßnahmen haben bewirkt, daß die SO₂-Emissionen entscheidend gesenkt werden konnten.

Und wenn der Abgeordnete Heinzinger heute gemeint hat, von 440 000 Tonnen pro Jahr auf 290 000 Tonnen, das stimmt nicht, dann wollen wir hier nicht um einzelne Prozente feilschen. Fest steht, daß eine entscheidende Senkung und ein entscheidender Beitrag für den Umweltschutz geleistet wurde, eine beachtliche Leistung, die aber die Opposition dieses Hauses absolut nicht zur Kenntnis nehmen will. Bestätigt werden diese Zahlen durch Institutionen, deren Feststellungen auch die Opposition nicht vom Tisch wischen kann.

Ein besonders wirksames und international anerkanntes Instrumentarium im Bereich des Umweltschutzes ist ohne Zweifel der heute bereits überall anerkannte Umweltfonds. Auch er wurde von der Opposition in Zweifel gezogen. Besonders der Abgeordnete Heinzinger ist dagegen zu Felde gezogen. Nun, mich wundert das nicht, nachdem ich weiß, daß er es vorgezogen hat, zu den Sitzungen nicht zu erscheinen, daß er darüber nicht Bescheid weiß.

Wir wissen heute, daß allein durch den Fonds im Jahre 1985 rund 3 Milliarden an Investitionen im Umweltbereich ausgelöst wurden, und es ergibt sich die Frage, ob das die Opposition nicht weiß. Man muß zu diesen 3 Milliarden sagen, daß daran besonders beachtenswert ist, daß es in diesem Paket eine 80prozentige Inlandswertschöpfung gibt.

Ich verweise auf das Dampfkessel-Emis-

sionsgesetz, dem entscheidende Bedeutung zukommt, ebenso wie dem Umweltbundesamt als nationale Koordinationsstelle.

Und wenn die ÖVP meint, das wäre zuviel Bürokratie, dann mögen sich die Oppositorientiker in anderen westlichen Staaten umschauen. In den meisten von ihnen ist eine zentrale Koordination etwas Selbstverständliches.

Und wenn es etwas kostet, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß man Ihnen sagen: Umweltschutz zum Nulltarif, das kann es nicht geben.

Man könnte noch viel dazu sagen, aber die freiwillig beschränkte Redezeit läßt das nicht zu.

Für uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist Umweltpolitik keine Frage der Parteitaktik, sondern letztendlich Gesundheitspolitik im weitesten Sinne und hat damit vor allem den Menschen zu dienen — etwas, was im oppositionellen Instrumentarium unbekannt sein dürfte. Ich muß Ihnen ganz offen sagen: Ich bedaure das. Wir sollten uns nämlich klar darüber sein, daß eine gesamtökologische Orientierung notwendig ist. Dazu braucht man eine breite Zustimmung. Wenn sich die ÖVP jedoch ins Trutzwinkel stellt, ist das kaum ein geeigneter Beitrag dafür.

Und wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, diesem Kapitel, das wir heute beraten und diskutieren, nicht Ihre Zustimmung geben, dann zeigt das einmal mehr, daß Sie an einer der Zukunft angepaßten Umweltpolitik überhaupt kein Interesse haben.

Wenn Sie solche Standpunkte mit dem Slogan „Wir brauchen eine andere Politik“ meinen, dann kann ich nur sagen: Eine traurige Umwelt in der rechten Hälfte dieses Hauses. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 15.07

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Stummvoll.

15.07

Abgeordneter Dr. Stummvoll (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Ich möchte zu meinem Vorredner nur eine kurze Bemerkung machen.

Meine Damen und Herren! Es ist die legitime Aufgabe der Opposition, der Regierung auf die Finger zu schauen. Und wenn der Herr Abgeordnete Tonn hier gemeint hat, der

10888

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Stummvoll

Österreichischen Volkspartei geht es nicht um Österreich, so muß ich das als bedauerliche Entgleisung meines Vorredners mit aller Vehemenz zurückweisen! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Tonn: Sie müssen das Gegen teil beweisen! Das können Sie nicht!*)

Herr Abgeordneter Tonn! Denken Sie einmal ein bißchen nach, ob nicht vielleicht die Kurzbezeichnungen unserer Parteien auch schon ein bißchen etwas signalisieren. (*Abg. Tonn: Diese Zeit ist lang vorbei.*) Bei der ÖVP kommt zuerst Österreich, dann das Volk und dann die Partei. Schauen Sie einmal nach, wie es bei Ihnen aussieht! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Tonn: Das ist eine politische Schmierenkomödie, die Sie hier aufführen! Sie sind heute sehr hilflos!*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber nicht nur auf meinen Vorredner eingehen, sondern wir haben ja heute die etwas eigenartige Situation, daß wir hier das Arbeitsprogramm 1986 des Gesundheitsministeriums diskutieren und daß an diesem Tag der Gesundheitsminister das Handtuch wirft. (*Abg. Tonn: Zuerst haben Sie ihn aufgefordert zurückzutreten, und jetzt sagen Sie, er wirft das Handtuch!*) Ich glaube, nichts könnte die Situation der Gesundheitspolitik in Österreich besser charakterisieren als diese Tatsache, daß wir heute über das Jahr 1986 diskutieren, und der neue Minister sitzt dann morgen hier, Herr Abgeordneter Tonn! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Tonn: Beachten Sie die erste Hälfte Ihres Namens: Bleiben Sie stumm! Das ist besser!*)

Ja, ist schon recht. Und Sie denken an die SPÖ: Sozialismus, Partei und dann Österreich. Das ist die Kurzbezeichnung Ihrer Partei! Ich habe sie nicht ausgesucht. Diesen Namen haben Sie sich gewählt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zweifellos ist diese heutige Budgetdebatte überschattet durch die Erklärung bezüglich der Amtsniederlegung des Herrn Bundesministers. Es ist daher heute der Anlaß, Bilanz zu ziehen über fast fünf Jahre Gesundheitspolitik unter Minister Steyrer.

Herr Minister! Sie sind Gesundheitsminister geworden zu einem Zeitpunkt, zu dem die Umweltprobleme immer mehr an Bedeutung gewonnen haben. Sie haben daher Ihre Arbeitskapazität auch fast ausschließlich diesem Umweltbereich gewidmet. Sie haben sich auch selbst immer wieder gerne als „Umweltminister“ bezeichnet.

Herr Minister! Die Konsequenz daraus war, daß eigentlich die Gesundheitspolitik in Ihrer Amtszeit zu kurz gekommen ist. Ich sage das nicht erst heute, sondern ich habe das seit vielen Monaten — auch hier von diesem Rednerpult aus — immer wieder gesagt, Herr Minister. Bei der Budgetrede 1983 habe ich versucht, eine Art Kurzbeschreibung der bisherigen Gesundheitsminister zu geben, und habe gemeint: Die Frau Dr. Leodolter war, wenn auch unglücklich agierend, Gesundheitsminister. Herr Minister Salcher war eigentlich nur ein kurzes Intermezzo im Gesundheitsministerium. Und Herr Minister Steyrer hat sich primär im Bereich der Umweltpolitik bewegt. Dementsprechend sieht es tatsächlich, wenn man es sich einmal ganz nüchtern und seriös anschaut, im Bereich der Gesundheitspolitik heute aus.

Meine Damen und Herren! Ich kann mich noch erinnern, als Sie, Herr Minister, als Arzt dieses Regierungsamt angetreten haben. Damals waren die Erwartungen sehr groß, man hat erwartet, daß mehr Engagement, neue Ideen, entsprechendes Durchsetzungsvermögen die Gesundheitspolitik bestimmen werden.

Leider haben sich diese Erwartungen nicht erfüllt. Ich konzediere Ihnen respektvoll, daß Sie immer ein sehr angenehmer, fairer, seriöser, menschlich sympathischer Gesprächspartner waren, Herr Minister. Das konzediere ich Ihnen und sage das voll Respekt.

Aber wenn wir schauen, wie die konkreten Arbeitsergebnisse im Bereich der Gesundheitspolitik ausschauen, so sehen wir, daß heute eigentlich per Saldo die Schwachstellen am Gesundheitssektor größer sind, als sie es vor fünf Jahren noch waren. Ein Minister ist ein Regierungsmitglied, und regieren heißt etwas voranbringen, etwas gestalten, etwas verbessern. Da genügt es nicht, Herr Minister, einfach verbale Erklärungen abzugeben: Ich bin für die Vorsorgemedizin!, ich bin für die Lehrpraxis!, ich bin für das Medizinalpraktikum!, und die konkreten Taten fehlen dann. So sieht es halt leider aus: Ihre Politik war in weiten Bereichen der Gesundheitspolitik eigentlich nur eine Verbalpolitik, eine Politik, sich zu Zielen zu bekennen, aber dann die konkreten Maßnahmen auszulassen.

Ich glaube, wir brauchen gerade auf dem Gesundheitssektor mehr konkrete Taten, mehr Gestaltung, mehr Verbesserungen und mehr Qualitätssicherung für den Patienten. Denn für die Menschen in Österreich ist ein bedarfsgerechtes, leistungsfähiges und qualitativ hochwertiges Gesundheitswesen einfach

Dr. Stummvoll

ein Grundanspruch als Beitragszahler, als Steuerzahler und als Staatsbürger in Österreich. (Abg. Elmeker: Aber Dr. Mock wollte das Ministerium abschaffen!)

Herr Kollege! Wir müssen heute feststellen, daß wir eigentlich im Bereich der Gesundheitspolitik ein Vakuum haben, daß wichtige Gesetzentwürfe liegengeblieben sind, daß eigentlich niemand in diesem Land die Gesamtverantwortung für die Gesundheitspolitik wahrnimmt. Auch das ist, bitte, Ergebnis einer Bilanz von fast fünf Jahren Gesundheitspolitik des Ministers Steyrer.

Unter den liegengebliebenen Dingen darf ich nur das letzte, aktuelle Beispiel zitieren: Am 24. September, also vor drei Monaten, wurde von den drei Ministern Dallinger, Steyrer und Fischer ein ganzes Reformpaket zur Thematik Ärzteausbildung, Medizinstudium, Gesundheitswesen vorgelegt. Keine einzige dieser Maßnahmen ist heute, drei Monate später, verwirklicht.

Herr Minister! Sie hätten — ich sage das jetzt im Konjunktiv: Sie hätten — eine große Entschuldigung gehabt, nämlich jene, daß Ihr Ressort wenig Kompetenzen hat. Das haben Sie selbst immer wieder beklagt und darauf haben Sie wiederholt auch hier im Haus hingewiesen, indem Sie sagten: Ich tät ja gern, aber ich habe nicht die Kompetenzen dazu. Wenn wir diese Entschuldigung aber dennoch nicht gelten lassen können, Herr Minister, dann deshalb, weil Sie selbst bei jenen Dingen, wo Sie die Kompetenz gehabt hätten, diese nicht entsprechend wahrgenommen haben.

Ich werde gleich einige Beispiele dafür anführen. Sie haben eine Reihe, ich möchte fast sagen, von persönlichen Verhaltensweisen entwickelt, die ich vielleicht sonst gar nicht anführen würde. Aber: Herr Minister, Sie scheiden zwar aus der Regierung aus, aber Sie scheiden nicht aus der politischen Landschaft der nächsten Monate aus. Angeichts dessen ist es vielleicht doch interessant, diese persönlichen Verhaltensweisen ganz kurz an Hand von Beispielen zu charakterisieren.

Ich würde die erste Verhaltensweise als Strategie der Tauchstation bezeichnen. Das heißt, wenn brisante Probleme auftauchen, taucht der Minister unter. Beispiele: AKH, Hainburg, Weinskandal.

Zweite Verhaltensweise: die Abschiebestrategie. Schwierige brisante Probleme werden

an andere Ministerien einfach abgeschoben. Beispiel: Zahnärzteausbildung. Jetzt ist Minister Fischer federführend. Oder: das Tierversuchsgesetz, zu dem Sie noch im Jänner einen Novellenentwurf angekündigt haben; jetzt liegt die Materie beim Herrn Wissenschaftsminister. — Lauter konkrete Beispiele, meine Damen und Herren, die nicht erfunden sind, die sich sehr konkret dokumentieren lassen.

Dritte Verhaltensweise: Strategie der Ankündigungspolitik. Ich habe vorhin schon kurz erwähnt: Immer wieder das Bekenntnis zu gemeinsamen Zielsetzungen, zu gemeinsamen Maßnahmen, aber dann ist halt die konkrete Politik nicht erfolgt. Beispiele: Lehrpraxis und Medizinalpraktikum.

Die vierte Verhaltensweise ist an sich eine typisch wienerische, würde ich sagen. Sie hat einen gewissen Charme, wenn sie nicht von einem Minister kommt, nämlich die Strategie: Nicht einmal ignorieren. Was meine ich damit?

Herr Minister! Ich habe Ihnen heuer im Sommer zweimal geschrieben: Einmal zu konkreten Vorschlägen zur Finanzierung der Lehrpraxis, ein andermal zur ganzen Thematik Weinskandal, zu Ihrer Antiraucherkampagne und so weiter. Ich habe — trotz Urgenzen — bis heute keine Antwort erhalten.

Die private Krankenversicherung hat Ihnen mehrmals Vorschläge zur Spitalsreform übermittelt, und zwar schon im Mai 1984. Das wurde wiederholt urgiert — bis heute liegt keine Antwort vor. Diese Strategie „nicht einmal ignorieren“ ist, glaube ich, doch eine Verhaltensweise, Herr Minister, die eigentlich nicht in die Richtung zielt, wie wir uns eine effiziente Regierungspolitik vorstellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte zum Abschluß, meine Damen und Herren, nur ganz kurz sechs Sachpunkte anführen dazu, wo ich heute eigentlich die schwersten Mängel und die schwersten Versäumnisse der Gesundheitspolitik der letzten Jahre sehe.

Erstes Beispiel: das Fehlen einer gesundheitspolitischen Gesamtkonzeption in Österreich.

Es war zwar bereits vor zehn Jahren in der Regierungserklärung — 1975 — die Ankündigung enthalten, daß die medizinische Versorgung der Bevölkerung in einem integrierten System zusammengefaßt werden soll, aber ein solches System gibt es bis heute

10890

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Stummvoll

nicht. Wir haben bis heute keine gesamtösterreichische Gesundheitspolitik. Wir haben eine Gesundheitspolitik der Krankenkassen, der Länder, der Gemeinden, aber wir haben keine gesamtösterreichische gesundheitspolitische Strategie, und — ich sage es noch einmal — niemand nimmt eigentlich in diesem Land die Gesamtverantwortung für die Entwicklung des Gesundheitssektors wahr.

Ich darf erinnern, Herr Minister: Wir haben gemeinsam heuer im Frühjahr auf Schloß Grafenegg eine gesundheitspolitische Diskussion geführt. Da habe ich neuerlich den ÖVP-Vorschlag vorgebracht, ein Gesundheitsforum als Gesprächsplattform einzusetzen. Sie haben sich wieder verbal dazu bekannt. Bis heute ist es nicht zur Einrichtung einer solchen Diskussions- und Gestaltungsplattform gekommen.

Zweites Beispiel: die schlechende finanzielle Aushöhlung der Mittel für die Gesundheitsvorsorge.

Allein in den letzten fünf Jahren wurden 4 Milliarden Schilling der Krankenversicherung entzogen und zur Pensionsversicherung transferiert. Heute fehlen diese Mittel im Bereich der Krankenversicherung. Heuer werden erstmals die Krankenkassen wieder ein Defizit aufweisen. Wir laufen immer mehr Gefahr, daß gewisse Bevölkerungsgruppen in bestimmten Regionen vom medizinischen Fortschritt abgekoppelt werden. Ja da müßten doch die Alarmglocken läuten bei einem Gesundheitspolitiker! Geschehen ist aber nichts, meine Damen und Herren.

Drittes Beispiel: der Qualitätsverlust in der Medizinerausbildung.

Wir haben die groteske Situation, meine Damen und Herren, daß der medizinische Standard noch nie so hoch war wie heute, und dennoch müssen wird feststellen, daß die Qualität der Medizinerausbildung Jahr für Jahr zurückgeht.

Viertes Beispiel: die unhaltbaren Diskrepanzen der ärztlichen Versorgung.

Es gibt heute immer noch Regionen und Fachsparten, für die dringend Ärzte gesucht werden, in denen es einen Ärztemangel gibt. Auf der anderen Seite warten 2 000 Jungmediziner zwei bis drei Jahre auf einen Ausbildungsort.

Fünftes Beispiel: die immer wieder hinausgeschobene Spitalsreform.

Ich weiß schon, wir haben erst vorige Woche hier einen kleinen Schritt in diese Richtung beschlossen. Aber es fehlen vor allem die flankierenden Maßnahmen, denn man kann ja nur dann die Spitäler reformieren, wenn es außerhalb des Spitals eine entsprechende Infrastruktur gibt, wenn die Hauskrankenpflege ausgebaut ist, wenn die entsprechenden Pflegeheime vorhanden sind, wenn die extramuralen Dienste ausgebaut sind, wenn die niedergelassenen Ärzte eine stärkere Position haben. All das ist in den letzten Jahren nicht geschehen.

Sechstes und letztes Beispiel: die Stagnation, die wir seit vielen Jahren im Bereich der Gesundheitsvorsorge haben.

Es hat erst vor kurzem der Vorsorgereferent der Österreichischen Ärztekammer, Herr Präsident Brettenthaler aus Salzburg, darauf hingewiesen, daß wir einen dramatischen Rückgang bei der Inanspruchnahme der Gesundenuntersuchungen haben, daß die Ärzteschaft alarmiert ist, weil im Vorjahr ein Rückgang um 80 Prozent festzustellen war. Denken wir zurück: 1974 wurden die Gesundenuntersuchungen eingeführt, damals mit sehr viel Vorschußlorbeeren als das Beispiel sozialistischer Gesundheitspolitik bezeichnet — heute eine Pleite, ein Flop.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Sozialminister, der ja heute auch lange auf der Regierungsbank gesessen ist, gehört zu jenen, die der Philosophie zuneigen: Unserer Gesellschaft geht die Arbeit aus. Darum spricht er immer von Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsumverteilung, Frühpensionierung und so weiter. Ich glaube, für die Gesundheitspolitik kann ich sagen: Hier geht uns die Arbeit nicht aus. Der Herr Minister hat sehr viel Arbeit für seinen Nachfolger hinterlassen! (Beifall bei der ÖVP.) 15.21

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld.

15.21

Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Dr. **Ferrari-Brunnenfeld**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich vor allem mit jenen beiden Bereichen beschäftigen, die mein Ministerium und meinen Minister betreffen, kristallisiert in den Aussagen der Abgeordneten Heinzinger und Dr. Stummvoll.

Es wurde heute die Art und Weise, wie Heinzinger in bezug auf die bisherige Vor-

Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ferrari-Brunnenfeld

gangsweise Minister Steyrers vorgegangen ist, schon ausreichend „gewürdigt“, unter Anführungszeichen. Ich würde meinen, daß das ein sehr schlechter Stil und auch unfair insofern ist, als gerade Minister Steyrer in den letzten Jahren, soweit ich es jedenfalls beurteilen kann, in einer Art und Weise versucht hat, Konsenspolitik zu machen, die meines Erachtens oft schon über das hinausgegangen ist, was in bezug auf den Durchsetzungswillen eines Ministers anzunehmen wäre. Das kommt jetzt als Dank dafür, daß man versucht hat, verschiedene Dinge dort und da vielleicht etwas länger zu diskutieren, als es vielleicht wünschenswert gewesen wäre.

Jetzt macht man plötzlich den Vorwurf: Minister Steyrer ist — so wie es wortwörtlich gesagt worden ist — geflüchtet und läßt ein großes Paket von unversorgten Dingen zurück, ein großes Paket von Fragen, die nicht gelöst worden sind.

Meine Damen und Herren! Innerhalb einer Legislaturperiode wird ein Minister mit der hohen Auszeichnung bedacht, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren. Es ist selbstverständlich, daß die Aufgabe noch nicht völlig vollendet ist. Und jetzt scheint es mir, als würde man plötzlich sagen: Minister Steyrer nimmt die Kandidatur zum Anlaß, um vorzeitig abzutreten und um das nicht vollenommen zu können, was er initiiert hat.

Herr Heinzinger hat von der Ankündigungspolitik gesprochen und daß es immer dünner geworden ist in bezug auf die Vollsiedlung dieser angekündigten Zielsetzungen. Ich möchte meinen, daß es ein unerhörtes Arbeitspensum ist, erst alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß man das, was angekündigt worden ist, durchsetzen kann.

Musterbeispiel: Sonderabfallkonzept. Dieses Haus hat Minister Steyrer beauftragt, innerhalb von zwei Jahren dieses Konzept zu erstellen, es wurde zeitgerecht fertig. Das Konzept wurde den Ländern zur Stellungnahme übermittelt, dieses Konzept wurde mit Fragen der Kooperation angereichert, die ursprünglich gar nicht in der Aufgabenstellung drin waren. Minister Steyrer und die Bundesregierung haben den Ländern angeboten, gemeinsam an der Organisation und Finanzierung dieses Problemkreises mitzutun, und es werden jetzt noch unzählige und schwerwiegender Gespräche folgen, wie wir mit den Ländern gemeinsam dieses Problem lösen werden.

Ich habe überhaupt das Gefühl, meine Damen und Herren der Opposition, daß ich überall dort, wo ich in den Bundesländern bezüglich dieser Fragen vorstellig werde, Verständnis finde und daß das Wesen der Kooperation dort nach wie vor großgeschrieben wird. Nur bis zu Ihnen spricht sich anscheinend nicht durch, daß wir Dinge, die Sie fordern, dort und da auf Bundesländerebene auch mit den Vertretern Ihrer Partei schon zu lösen begonnen haben beziehungsweise sie teilweise in Lösung begriffen sind.

Meine Damen und Herren! Sie sagen, Minister Steyrer hätte der Pionierrolle — die Sie ihm jetzt quasi auf die Fahne heften, er sollte sie vorantragen — nicht vollends entsprochen. Meine Damen und Herren auch von der ÖVP, die Sie ja ebenfalls in weiten Bereichen im Umweltschutz tätig sind! Sie, die einen großen Teil der Industrie, vor allem der Privatindustrie vertreten, müßten eigentlich den dort tätigen Menschen das beste Zeugnis für ihren Pioniergeist geben. Sie nehmen ihnen alle Argumente weg, in einem Bereich vorbildlich tätig zu sein, der anderswo meines Erachtens nach nicht diese Priorität wie in Österreich hat. Überlegen Sie sich einmal, inwieweit Sie motivierend in jenen Bereichen wirken können, in denen Sie es eigentlich sein sollten und es nicht tun. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Ich muß wieder auf das Katalysatorthema eingehen, denn gerade in diesem Bereich ist uns aus den Kreisen der Privatwirtschaft nicht die geringste Hilfe zugekommen. Jeder Mann weiß oder sollte es wissen, daß wir nicht den Katalysator, sondern daß wir Abgaswerte vorgeschrieben haben, und nicht zuletzt Bundesminister Steyrer war es, der hier an vorderster Front mitmarschiert ist, die derzeit offenbar eben nur mit der technischen Einrichtung des Katalysators geregelt werden können.

Hat man aber nun mit den entsprechenden Sektionen der Handelskammer oder mit den Vertretern der Autohändler gesprochen — ich habe mich der Mühe unterzogen, bin dort und da aufgetaucht und habe mich so quasi erkundigt, wie es mit einem Katalysatorwagen aussieht —, hat man Erfahrungen gemacht, die jeder Beschreibung spotten.

Meine Damen und Herren von der Wirtschaft! Wo sind Sie da gewesen? Wo haben Sie die entsprechende Aufklärung betrieben — nicht im Interesse der Bundesregierung, sondern in Ihrem höchst eigenen Interesse? In Ihrem höchst eigenen Interesse haben Sie

10892

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ferrari-Brunnenfeld

nichts getan, im Gegenteil! Sie wollten alles unternehmen, um uns von dieser Vorreiterrolle herunterzuholen, weil Sie gemeint haben: Dieses kleine Österreich wird nicht imstande sein, den großen Industrienationen das aufzuzwingen, was wir glauben, daß gut ist, nämlich eine vorzügliche Lösung. Und da haben Sie offenbar in der Erwartung, daß das ohnehin nicht gehen wird, geglaubt, noch ein Schäufel nachlegen zu müssen.

Aber Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß Ihnen das in keiner Weise gelungen ist. Überall in Europa beneidet man uns um diese Lösung, und man beneidet uns darum, daß wir den Mut gehabt haben, hier eben eine Vorreiterrolle zu machen, eine Vorreiterrolle, die nicht uns gut ansteht, sondern ausschließlich der Umwelt und den Bürgern, die in dieser Umwelt leben. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ*. — Zwischenruf des Abg. Dr. Schüssel.)

Ein weiteres typisches Beispiel, Herr Schüssel, gerade Sie sind dabei aufgerufen: Die Tragödie oder das Kasperltheater, wie Sie es wollen, rund um das Waschmittelgesetz. Wir sind in intensivsten Verhandlungen, weil wir im Gleichklang mit der Schweiz und mit Deutschland eine 50prozentige Reduzierung der Phosphate durchführen wollten. Was ist von Seiten der Wirtschaft passiert? Händeringendes Ersuchen: Bitte, doch um Gottes willen nur um 25 Prozent.

Herrn Heinzinger, mit dem ich knapp nach diesem Gespräch in Graz eine Rundfunkdiskussion bestritten habe, war es nicht zu dumm, mich dort anzuklagen, stellvertretend für den Minister, warum wir nicht eine 50prozentige Reduzierung analog den anderen umweltbewußten Ländern machen, wohl wissend, daß seine Partei 25 Prozent fordert. (*Ruf bei der SPÖ: Ein Scheinheiliger!*)

Wir haben dann die 50prozentige Reduktion durchgeführt, und wir haben gegen meinen Geschmack Ihnen eine Zwei-Schritt-Lösung zugesagt, meines Erachtens nach völlig zu Unrecht, weil der Lohn dieses konsensualen Angebotes in keiner Weise permanent und manifest geworden ist.

Was das Umweltbundesamt anlangt, meine Damen und Herren: Sie sagen ständig, daß der Minister beklage, er habe zu wenig Kompetenzen. Wir haben innerhalb der Bundesregierung durch die Schaffung des Umweltfonds, durch die Schaffung des Umweltbundesamtes dem Minister jene Instrumente in die Hand gegeben, mit denen er nicht quasi

im Spinnennetz sitzend warten muß, ob man Aktivitäten an ihn heranträgt, sondern er kann mit diesen Instrumenten hinausgehen und kann — und das glaube ich schon, meine Damen und Herren der Opposition, daß Ihnen das vielleicht nicht paßt — unabhängig von Administrationen auf Bundesländerebene direkt mit der Wirtschaft und direkt mit dem Bürger Kontakt aufnehmen.

Wir haben in den vergangenen Monaten einige solcher Aktionen bereits durchgeführt, die sehr wohl von den Bürgern, die dort leben, akzeptiert wurden. Eine Vorgangsweise, wo die Kompetenzträger der verschiedenen Kompetenzebenen, wo Beamte, wo Wissenschaftler, wo Politiker und wo Vertreter der Betriebe gemeinsam jene Regelungen erzielen wollen, die teilweise so weit vorne sind, als es gesetzliche Vorschriften dort und da noch nicht gibt, weil eben die Wissenschaftler etwas länger brauchen, um sich auf Grenzwerte zu einigen, wir aber gemeinsam mit der Wirtschaft jenen Konsens gefunden haben, daß wir gesagt haben, nach dem Stand der Technik wird investiert, nach dem Stand der Technik, einer Technik, der die Opposition in großen Bereichen noch nicht folgen kann.

Jetzt sagt die Opposition, weil wir mit allem Vorbedacht das Umweltbundesamt installieren, die Schritte genauso setzen, wie sie gefordert werden und nicht mit einem Schlag 250 Beamte anstellen, nicht mit einem Schlag neue Häuser bauen und dergleichen, sondern nur jene Bereiche installieren, die wir brauchen, das ist uneffizient, langsam, hinter der Entwicklung herhinkend.

Wir werden uns aber nicht beirren lassen, meine Damen und Herren. Wir haben schon jetzt mit dem dort und da erst im Entstehen begriffenen Umweltbundesamt wertvolle Arbeiten geleistet. Ich werde jetzt nicht im Sinne der Ankündigungspolitik Ihnen erzählen, was wir uns bereits vorgenommen haben zu tun oder wo wir schon mittendrin sind, sondern wir werden Ihnen die Ergebnisse dieser Arbeiten zeigen. Es werden teilweise Ergebnisse sein, die europaweit Aufsehen erregen werden, und zwar nicht deshalb, weil sie so großartig sind, sondern einfach deshalb, weil zum ersten Mal Industrienationen das in dieser Art und Weise machen werden. Ich bin nur gespannt, ob Sie dann das Wort „ineffizient“ zurücknehmen werden, welche Haare Sie dann — ein Haar ist Ihnen sicher zu wenig — in der Suppe finden werden, um sagen zu können, die Tätigkeit des Ministeriums oder des neuen Ministers ist ein besserer Leerlauf.

Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ferrari-Brunnenfeld

Sie behaupten, daß Bundesminister Steyrer bzw. unser Haus zu wenig gekämpft hätte. Wäre es Ihnen vielleicht lieber gewesen, wenn wir all das, was wir erreicht haben, mit großem Krach erreicht hätten? Wäre es Ihnen vielleicht lieber gewesen, hätten wir Sie nicht in einen Konsens eingebunden? Bitte, was verstehen Sie denn unter „Kampf“? Verstehen Sie unter „Kampf“ vielleicht, daß wir mit Ihnen im Konsens sind und draußen mit irgend jemandem herumstreiten?

Ich würde schon ersuchen, zukünftig bei Ihrer Argumentation etwas mehr Rationalität anzuwenden und nicht so offensichtlich den Versuch zu starten, die Tätigkeit dieses Ministeriums, das Sie von allem Anfang an nicht mochten, herabzuwürdigen.

Sie wollen natürlich diese Argumentationslinie durchhalten, das verstehe ich.

Irgendwann müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen, daß Behauptungen, daß ein nichtkämpferischer Umweltminister es verabsäumt hat, Nationalparks zu errichten, unrichtig sind. Jeder Gemeinderat in den Bundesländern draußen weiß, daß jeder Minister Hilfestellung leisten kann, vornehmlich ideeller, aber auch finanzieller Art, daß er aber die Landesregierungen nicht zu zwingen vermag, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen. Nennen Sie mir ein Instrument, wie ein kämpferischer Umweltschutzminister den Landeshauptmann Wallnöfer, mit welchen militärischen Mitteln auch immer, zwingen kann, einen Nationalpark einzurichten.

Stellen wir vermehrt den Bundesländern wie Salzburg, Kärnten usw. mehr Mittel zur Verfügung, ist das eine Benachteiligung des Bundeslandes Tirol.

Die Gespräche laufen jedenfalls in diesem Zusammenhang, und wir werden nicht aufhören, jene Kräfte in den Bundesländern zu unterstützen, von denen wir glauben, daß sie genau jene vorbildliche und moderne Haltung zum Umweltschutz haben, die wir alle miteinander gerne haben möchten.

Abgeordneter Stummvoll hat sich natürlich — wie kann es anders sein — mit der Gesundheitspolitik auseinandergesetzt und ein Mischmasch von Möglichkeiten aufgezeigt, die das Bundesministerium, die Krankenkassen haben, die der Hauptverband hat, die die Länder haben und vor allem jene haben, die im Besitz der Krankenanstalten sind. Dar-

über wird immer wieder hinweggefegt. Man spricht von einer finanziellen Aushöhlung und stellt dem gegenüber, daß das Gesundheitsministerium durch den KRAZAF, der ausschließlich den Spitalserhaltern dient und nicht dem Ministerium, Arbeit und Möglichkeiten den Bundesländern zur Verfügung stellt. Wenn es dauernd so dargestellt wird, als ob wir an einer finanziellen Aushöhlung beteiligt wären, dann ist das meines Erachtens nach Demagogie und dient sicherlich nicht zur Aufklärung der Bürger. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Ähnlich verhält es sich auch mit den von Ihnen angeschnittenen Fragen in bezug auf den Qualitätsverlust der Ausbildung in unseren Hohen Schulen. Es ist nun einmal ein Faktum, das ich persönlich bedaure — ich bin gerne bereit, mit Ihnen eine Kooperationseinheit zu gründen —, daß diese Fragen, Ausbildung der Mediziner, alle diese Dinge, zum Wissenschaftsministerium gehören. Ich bin gerne bereit, das zu einer Sache des Gesundheitsministeriums zu machen und offen und ehrlich mit Ihnen zu reden. Ich persönlich empfinde es als einen Nachteil, daß diese wesentlichen Fragen der Gesamtgesundheitspolitik nicht Aufgabenstellung des Gesundheitsministeriums sind, weiß aber wohl, daß dann vor allem im Bautenministerium, Landwirtschaftsministerium, Handelsministerium ähnliche Tendenzen auftreten könnten. Aber dennoch könnte man darüber reden, inwiefern das Gesundheitsministerium hier mehr Einfluß haben könnte, mehr als es jetzt jedenfalls hat.

Denn es ist die Frage, Kollege Stummvoll — und das möchte ich besonders an Sie richten —, warum wird in einer Zeit, in der es uns gelungen ist, den Zugang zum Studium, zu jedweglichem Studium, allen Bürgern, allen jungen Bürgern unserer Republik zu ermöglichen, die Frage des Medizinstudiums besonders behandelt und besonders angesehen?

Ich kann nicht einsehen, warum ein junger Mensch, der das Medizinstudium beginnt, der inskribiert, praktisch schon einen Persilschein haben soll, daß er, wenn er fertig ist, auch einen Posten bekommt. Bitte, das gibt es nirgendwo. Die Frage, warum er dann, wenn er fertig ist, keine Position bekommt, kann man auch hier nur damit beantworten: Auch hier gibt es das Spiel Angebot und Nachfrage, wie überall auch, und die Frage, ob das volkswirtschaftlich gesund ist, hat in diesem Zusammenhang bitte keinen Platz. (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Ein Turnusplatz gehört zur Ausbildung!*)

10894

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ferrari-Brunnenfeld

Jeder soll sich frei für sein Studium entscheiden können, es soll zum Wohle der Bürger eine entsprechende Versorgung und Ausbildung möglich sein, aber bitte, wenn man mit Gewalt Ausbildungs- beziehungsweise Ärztepositionen schafft, die de facto nicht da sind, so wird man diesem Problem nicht Herr. Alles andere, wie Numerus clausus oder der gleichen, oder daß man während des Studiums plötzlich Erschwernisse einbaut und dann vielleicht ein Student, der fünf, sechs, sieben Semester Medizin studiert hat, ausscheidet, das ist kein Erfolg der Politik, das halte ich prinzipiell für falsch.

Die Frage der weiteren Entwicklung der Kosten in unseren Spitätern wird sicherlich eine Frage der Gesamtgesundheitspolitik unseres Landes sein. Das ist aber keine Frage, die nur das Gesundheitsministerium alleine lösen kann, das ist eine Frage, zu der alle eingeladen sind, und, meine Damen und Herren, das wird von heute auf morgen nicht gelöst werden können, und zwar so lange nicht gelöst werden können, bevor wir uns nicht darin finden, daß alle Probleme, vom Arbeitsplatz angefangen bis zur Spitalerhaltung, bis zur Ausbildung, bis zur Versicherung hin, in einer Gesamtschau zusammengefaßt werden. So könnten Sie das Problem lösen, aber nicht durch einzelne Kostenerhebungen innerhalb der Häuser.

Wir haben einen Schritt nach vorne gemacht, weil wir uns nicht davor schrecken, daß private, gewinnorientierte Spitäler den öffentlichen Krankenhäusern Konkurrenz machen könnten. Wir machen das nicht auf die Art und Weise, daß wir sie ausschließen, sondern auf die Art und Weise, daß wir erklären, daß öffentliche Spitäler von vornherein Spitzenleistungen in der medizinischen persönlichen Versorgung, gepaart mit einem entsprechenden Apparat, erbringen sollten.

Ohne mich in weitere Einzelheiten zu verlieren, möchte ich eine Bilanz ziehen, um der Bilanz, die von Heinzinger gezogen und teilweise von Ihnen schön akkordiert worden ist, etwas gegenüberzustellen.

Persönlich glaube ich, daß Minister Steyrer eine unendliche Geduld bewiesen hat, immer von dem Wunsch geplagt, möchte ich fast sagen, auch jene Kräfte, die in der Opposition schlummern, miteinzubinden, weil er eben gemeint hat, daß Gesundheitspolitik etwas ist, das alle Parlamentarier und alle Politiker bewegt. Daß er jetzt ein derart negatives Zeugnis bekommen sollte, halte ich für zutiefst ungerecht.

Ich möchte nur einige gesetzliche Initiativen aufzählen.

Im Gesundheitsbereich: Fleischuntersuchungsgesetz, Ärztegesetz, zwei Krankenanstaltengesetz-Novellen, Suchtgiftgesetz-Novelle, Arzneimittelgesetz, Apothekengesetz.

Oder im Umweltbereich: Chemikaliengesetz, Sonderabfallkonzept, Umweltfondsge setz, Umweltbundesamtsgesetz, Waschmittelgesetz, um nur die wichtigsten Brocken herauszunehmen.

Ja, meine Damen und Herren, ein gigantisches Arbeitspensum, und da gehen Sie her und wollen der österreichischen Bevölkerung vorspielen, daß ein Ministerium, in dem es einen Minister, hochqualifizierte Beamte, einen Staatssekretär, verschiedene andere Einrichtungen gibt, daß ein solches Ministerium offenbar nicht imstande ist, die Probleme zu lösen, die es zu lösen gilt. (Abg. Bergmann: Jawohl, das tun wir!)

Ich weiß, es nimmt Ihnen auch niemand das Recht weg, den zurückbleiben werden ja Sie, nicht wir. Zurückbleiben werden jene, die heute Fragen stellen, die wir morgen schon beantworten. Sie werden dann immer noch dieselben Fragen stellen. Sie wissen teilweise heute nicht, wo wir in der Umweltschutzpolitik sind. Typisch ist der Abgeordnete Heinzinger, der von Ihnen in den Umweltfonds delegiert worden ist und nach einer einmaligen Sitzung, die für ihn 20 Minuten dauerte, nicht mehr erschienen ist, weil er gesehen hat, daß dort hart gearbeitet wird. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Ich persönlich, meine Damen und Herren, bedaure sehr, daß Minister Steyrer aus dem Amt scheidet. Ich verliere damit nicht nur einen Minister, der getragen von Idealismus seine Politik gemacht hat, ich verliere auch einen Freund, mit dem ich unmittelbar gut zusammenarbeiten konnte.

Ich weiß, daß es in der Politik sehr schwer ist, persönliche Freundschaften zu schließen und zu halten. Dennoch, meine Damen und Herren, Sie von der ÖVP-Seite werden es noch merken, daß auch Sie einen verständnisvollen Mann verloren haben, der immer versucht hat, Ihren Intentionen soweit als möglich gerecht zu werden.

Es wäre Ihrerseits sehr statthaft gewesen, auch wenn der Herr Schüssel jetzt schon

Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ferrari-Brunnenfeld

anfängt zu weinen (*Abg. Dr. Schüssel: Ich schneuze mich nur!*), ihm eine entsprechende Aufforderung auf seinen Weg zum Bundespräsidenten mitzugeben. Einem solchen vielleicht zukünftigen Bundespräsidenten, der diesen Idealismus in seiner Politik gezeigt hat, sollten wir jedenfalls unsere Anerkennung mit auf den Weg geben. — Danke. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) ^{15.43}

Präsident Dr. Stix: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Tirnthal.

^{15.43}

Abgeordneter Tirnthal (SPÖ): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Welch hohen Stellenwert diese Bundesregierung der Sozialpolitik beimitzt, kann man schon an der Höhe der Ausgaben ersehen.

Die Ausgaben des Bundes im Jahre 1986 betragen für die soziale Wohlfahrt im weiteren Sinn die gewaltige Summe von 125 Milliarden Schilling. Davon entfallen auf die Sozialversicherung 47, auf die Arbeitsmarktverwaltung 22,2, auf Familienbeihilfen 28,2 und auf die Kriegsopfer- und Heeresversorgung 6,5 Milliarden Schilling.

Damit, meine Damen und Herren, sind unsere in der ganzen Welt vorbildlichen Sozialleistungen auch im kommenden Jahr gesichert. Voraussetzung, und da bin ich mit Herrn Kollegen Feurstein einer Meinung, Voraussetzung für eine gute Sozialpolitik ist auch eine gute Wirtschaftspolitik. Und diese Voraussetzung ist in Österreich in hohem Maße vorhanden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Obwohl die Opposition schon jahrelang unsere Wirtschaft immer wieder krankjammert, kann sie nicht verhindern, daß die österreichische Wirtschaft zu Jahresende 1985 um real 3 Prozent gewachsen sein wird. Es steht praktisch schon fest, daß unsere Wirtschaft auch 1986 um mindestens 2,5 Prozent weiterwachsen wird.

Betrachtet man Österreichs Wirtschaftswachstum im Vergleich zu OECD-Europa, dann liegen wir mit einer Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktes mit plus 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr an drittbester Stelle. Gegenüber dem Durchschnitt der Staaten OECD-Europas mit einem Wachstum von plus 2,3 Prozent hat unser kleines Land einen Vorsprung von 0,7 Prozent erarbeitet.

Meine Damen und Herren! Eine gute Wirtschaftspolitik wird aber auch an der Zahl der Arbeitslosen gemessen, wie sieht es hier aus?

Im Vergleich zu den Arbeitslosenraten OECD-Europas nimmt Österreich mit 4,8 Prozent hinter der Schweiz, Norwegen und Schweden wiederum den hervorragenden dritten Platz ein. An der Spitze im negativen Sinn liegen die Niederlande mit 15,3 Prozent, gefolgt von Belgien mit 13,8 und Großbritannien mit 12 Prozent.

Zweistellige Arbeitslosenraten haben auch noch Frankreich und Italien. Im Durchschnitt verzeichnet OECD-Europa eine Arbeitslosigkeit von derzeit 11,3 Prozent.

Ein weiteres signifikantes Zeichen für die Wirtschaft eines Staates sind auch die Inflationsraten. Auch hier liegt Österreich an hervorragender dritter Stelle, denn im Durchschnitt der Industriestaaten Europas liegt die Inflationsrate bei 6,9 Prozent, und Österreich wird in diesem Jahr eine Inflationsrate von nur 3,2 Prozent haben.

Meine Damen und Herren! In den drei wichtigen wirtschaftspolitischen Eckpunkten — Wirtschaftswachstum, Arbeitslosenraten und Preissteigerung — nimmt Österreich im Vergleich zu Europa durchgehend den drittbesten Rang ein. Gäbe es eine Europameisterschaft in Wirtschaftspolitik, dann hätte unser Land drei Bronzemedaillen gewonnen.

Eine großartige Leistung, meine Damen und Herren, unserer Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik unserer Bundesregierung, die hervorragende Rahmenbedingungen geschaffen hat.

Seit 1983 ist die Zahl der Beschäftigten um 26 000 gestiegen. Die Arbeitslosigkeit konnte zwar nicht abgebaut werden, doch reichte das Beschäftigungswachstum aus, um einen weiteren gravierenden Anstieg zu verhindern.

Die Besserung auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich in einer gewissen Entlastung des Sozialbudgets. Die höhere Zahl der Beschäftigten und die Steigerung der Löhne und Gehälter ließen die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung stärker wachsen als in den Vorjahren. Die geringere Krankenstandshäufigkeit dämpfte auch die Ausgabenentwicklung der Krankenversicherung.

Sehr klar und deutlich aber möchte ich darauf hinweisen, daß die steigende Beschäftigtenzahl vor allem den unermüdlichen Bemühungen unseres Sozialministers zu verdanken ist, der eine Reihe von Sonderaktionen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen ins Leben gerufen hat.

10896

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Tirnthal

Insgesamt wurden für die aktive Arbeitsmarktpolitik im Jahre 1984 1,9 Milliarden Schilling aufgewendet. 1985 und 1986 sind dafür je 2,8 Milliarden Schilling vorgesehen.

Neue beschäftigungspolitische Maßnahmen konzentrieren sich besonders auf junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren. Besonders hervorheben möchte ich dabei die „Aktion 8 000“ für Jugendliche und Langzeitarbeitslose, ein Beschäftigungsprogramm, mit dem bis Juli 1985 für rund 16 000 Personen Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Für das arbeitsmarktpolitische Jugendprogramm 1986 wird 1 Milliarde Schilling bereitgestellt werden.

Meine Damen und Herren! Einer Entschließung des Nationalrates folgend, wurde von der Arbeitsmarktverwaltung auch eine neue Förderungsaktion zur Langzeitförderung für die Einstellung und Ausbildung von Arbeitslosen zwischen 17 und 25 Jahren geschaffen. Die Förderung beträgt 50 Prozent der monatlichen Lehrlingsentschädigung, wenn die Ausbildung in einem Beruf erfolgt, 30 Prozent des monatlichen Bruttoentgeltes, wenn eine Einschulung beziehungsweise Ausbildung eines Arbeitnehmers erfolgt, der aus einem Gebiet stammt, in dem die Jugendarbeitslosigkeit mehr als 10 Prozent beträgt, und 25 Prozent des monatlichen Entgeltes bei der Einstellung von Arbeitslosen. Diese Förderung, meine Damen und Herren, kann maximal für drei Jahre gewährt werden.

Die Pensionsversicherung ist im Rahmen der Sozialversicherung die wichtigste Ausgabenposition. 1986 sind rund 46 Milliarden Schilling als Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung einschließlich Ausgleichszulagen vorgesehen. Von 1975 bis 1986 wurden die Renten und Pensionen um 88,8 Prozent erhöht. Das bedeutet eine Steigerung von 5,9 Prozent im Jahresdurchschnitt. Der Verbraucherindex ist im gleichen Zeitraum um 69,4 Prozent gestiegen, das bedeutet einen Jahresdurchschnitt von 4,9 Prozent. Die Kaufkraft konnte damit um 11,5 Prozent gesteigert werden. Im langjährigen Durchschnitt lag also der Anstieg der Renten und Pensionen um 1 Prozent über der Inflationsrate! Und das in einer wirtschaftlich sehr, sehr schwierigen Zeit, in der in anderen Ländern tiefe Eingriffe in das Sozialsystem erfolgt sind.

Bei den Beziehern von Ausgleichszulagen ist von 1975 bis 1986 eine Kaufkraftsteigerung von 16,2 Prozent eingetreten. Das bedeutet eine Steigerung von 1,4 Prozent pro Jahr.

Alle Aussagen der Opposition, daß unsere Rentner und Pensionisten im langjährigen Durchschnitt reale Einkommensverluste hinnehmen müßten, sind schlicht und einfach falsch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch die Pensionsreform wurde die Finanzierung der Pensionen bis Mitte der neunziger Jahre gesichert. Für die Finanzierung einer langfristigen Sicherung unserer Pensionen aber müssen neue Wege beschritten werden.

Dazu muß man meiner Meinung nach zwei wichtige Gegebenheiten berücksichtigen:

Auf Grund der gewaltigen Rationalisierungsbemühungen in allen Industriestaaten liegt die Wiedererreichung einer Vollbeschäftigung in weiter Ferne; die Lebenserwartung der Menschen steigt ständig, und mit dieser Steigerung werden auch die Pensionsbezugszeiten immer länger. 60jährige Männer, meine Damen und Herren, hatten 1984 eine fernerne Lebenserwartung von 17 Jahren und gleichaltrige Frauen sogar eine solche von 21 Jahren. Schon derzeit beträgt der Anteil der 60jährigen an der Gesamtbevölkerung 20 Prozent und bis zum Jahre 2050, so rechnen Fachleute, wird sich dieser Anteil verdoppelt haben.

Wie immer vorausschauend, hat unser Sozialminister bereits reagiert und einen Arbeitskreis eingesetzt, dem Vertreter des Gewerkschaftsbundes, der Kammern, der Ministerien und Vertreter der Wissenschaft angehören. Dieser Arbeitskreis wird sich mit diesen schwierigen Problemen beschäftigen und soll in etwa zweieinhalb Jahren zu Ergebnissen neuer Finanzierungsmöglichkeiten führen.

Wir alle hoffen, daß dieser mit hochqualifizierten Kräften besetzte Arbeitskreis zu Ergebnissen kommt, die eine dauerhafte Sicherung unseres international bewunderten sozialen Netzes bringen.

Meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich unserem Sozialminister und auch den Beamten seines Ressorts für ihren steten großartigen persönlichen und auch erfolgreichen Einsatz im sozialen Bereich aufrichtig und herzlich Dank sagen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{15.54}

Präsident Dr. Stix

Präsident Dr. Stix: Ich unterbreche nunmehr die Verhandlungen über die Beratungsgruppen XV und VII zum Bundesfinanzgesetz 1986.

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Schüssel, Graf, Dr. Puntigam, Ingrid Tichy-Schreder, Dr. Helga Rabl-Stadler und Genossen an den Bundeskanzler betreffend einen Neuen Anfang in der Budget- und Wirtschaftspolitik durch rasche Nationalratswahlen (1789/J)

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen zur Behandlung der dringlichen Anfrage. Ich bitte zunächst den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner, die Anfrage zu verlesen.

Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Schüssel, Graf, Dr. Puntigam, Ingrid Tichy-Schreder, Dr. Helga Rabl-Stadler und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend einen Neuen Anfang in der Budget- und Wirtschaftspolitik durch rasche Nationalratswahlen.

„Die verstaatlichten Unternehmungen stehen vor der Aufgabe, die Grundstofferzeugung weiter zu modernisieren und gleichzeitig in neue Finalproduktionen vorzustoßen. Dabei ist eine längerfristige, zukunftsorientierte Strategie für jeden einzelnen Unternehmensbereich zu entwickeln.“ Dies sagte Bundeskanzler Dr. Sinowatz in seiner Regierungserklärung vom 31. Mai 1983.

Die Wirklichkeit sah vor und nach dieser Regierungserklärung anders aus.

Die Wirtschaftspolitik der Regierungen Kreisky und Sinowatz hat dazu geführt, daß in relativ kurzer Zeit die größte und die zweitgrößte verstaatlichte Bank Österreichs sowie der größte und zweitgrößte Konzern der Republik enorme Steuergelder zugeschossen erhielten, um überleben zu können.

Die Verstaatliche Industrie erhielt in den vergangenen Jahren von den Steuerzahlern einen Zuschuß von mehr als 26 Milliarden Schilling.

Die Länderbank bekam 3 Milliarden Schilling.

Für den CA-Konzern mußten 7,2 Steuermilliarden bereitgestellt werden.

Zu diesen Beschlüssen hat die Österreichische Volkspartei jeweils umfassende Vorschläge eingebracht, die darauf abzielten, die Gewährung von Steuerzuschüssen von der Durchführung von längerfristigen Sanierungs- und Strukturkonzepten abhängig zu machen.

Die Vorschläge der ÖVP, deren Richtigkeit und Bedeutung sich spätestens beim VOEST-Debakel herausstellten, wurden aber durch Jahre hindurch abgelehnt.

Nun wird von der Verstaatlichten für das nächste Jahr neuerlich ein Finanzbedarf in Höhe von 15 bis 20 Milliarden Schilling ange meldet.

Damit werden die Zuschüsse an die Verstaatlichte aus Steuergeldern fast zwei Drittel der gesamten Lohnsteuereinnahmen des Staates im Jahre 1985 ausmachen.

Das VOEST-Debakel hat in den vergangenen Wochen das Ergebnis von 15 Jahren sozialistischer Wirtschaftspolitik im Bereich der Verstaatlichten für alle Bürger unseres Landes sichtbar gemacht.

So wie die Rahmenbedingungen für die Verstaatlichte durch die Wirtschaftspolitik der Regierung immer schlechter wurden, so gerät auch die übrige Wirtschaft in immer größere Schwierigkeiten.

Eigenkapitalbildung ist kaum mehr möglich,

die Förderung der Forschung unterentwickelt,

die öffentlichen Investitionen gehen zurück.

Eine längst fällige und von der Regierung versprochene Steuersenkung wurde abgesagt,

die Pensionen praktisch gekürzt.

Die Belastungswellen der Regierung haben den Unternehmungen Substanz und den Menschen die Lust an verstärkter Leistung genommen.

Erstmals hat das Defizit des Staates die 100-Milliarden-Schilling-Grenze überschritten und mußte noch während der laufenden Budgetberatungen im Nationalrat um 3 Milliarden Schilling nach oben, auf 106 Milliarden Schilling korrigiert werden.

Die versprochene Budgetsanierung blieb

10898

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Schriftführer

aus, die Ausgaben explodieren, weil kein ernsthafter Versuch unternommen wurde, die Verschwendungen von Steuergeldern zu stoppen.

Das Budget leistet kaum mehr einen Beitrag zum Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit.

Länger- oder mittelfristige Konzepte gibt es kaum mehr.

Über die finanziellen Auswirkungen der Milliardenzuschüsse für die verstaatlichte Wirtschaft auf die Budgets der nächsten Jahre ist wenig bekannt.

Bundeskanzler und Finanzminister versuchen zu verniedlichen und über die Runden zu kommen.

Der österreichische Steuerzahler steht der wirtschaftspolitischen Entwicklung in Österreich bestürzt und voll Unbehagen gegenüber.

Denn: alles, was die sozialistische Koalitionsregierung verbraucht, wird sie — über kurz oder lang — zu einem neuerlichen tiefen Griff in die Taschen der Bürger veranlassen.

Die Österreichische Volkspartei fordert daher im Interesse der Bürger einen Neuen Anfang durch rasche Nationalratswahlen.

Dazu gehört, daß die Österreicherinnen und Österreicher die Chance erhalten, die Zusammensetzung von Parlament und Regierung neu zu bestimmen.

Regierungsumbildungen genügen nicht, sie haben in der Vergangenheit zu keiner Änderung des verfehlten wirtschaftspolitischen Kurses geführt.

Um die Auswirkungen der Milliardenzuschüsse an die verstaatlichte Wirtschaft auf die künftige Entwicklung des Staatshaushaltes und auf die Zukunft der gesamten österreichischen Wirtschaft absehen zu können und damit die Notwendigkeit für einen Neuen Anfang deutlich zu machen, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler unter Bezugnahme auf seine Gesamtverantwortung folgende

Anfrage:

1. Wie hoch werden die Gesamtkosten aus der Finanzhilfe für die Länderbank (Kapital und Zinskosten) sein und welche Budgetbelas-

stungen ergeben sich in den kommenden Jahren im einzelnen daraus?

2. Wie hoch werden die Gesamtkosten aus der Finanzhilfe für die Creditanstalt-Bankverein (Kapital und Zinskosten) sein und welche Budgetbelastungen ergeben sich in den kommenden Jahren im einzelnen daraus?

3. Wie hoch werden die Gesamtkosten aus der bereits beschlossenen Finanzhilfe (insbesondere aus dem zuletzt beschlossenen Zuschuß in der Höhe von 16,6 Milliarden Schilling) für die Verstaatlichte Industrie (Kapital und Zinskosten) sein und welche Budgetbelastungen ergeben sich in den kommenden Jahren im einzelnen daraus?

4. Wie hoch werden die Gesamtkosten aus der zu erwartenden neuen Finanzhilfe für die Verstaatlichte Industrie (Kapital und Zinskosten) sein und welche Budgetbelastungen ergeben sich in den kommenden Jahren im einzelnen daraus?

5. Welcher Prozentsatz der aus den Finanzhilfen für Creditanstalt, Länderbank und Verstaatlichte Industrie entstandenen Gesamtbelastung des österreichischen Staatshaushaltes ist mit den vergangenen Budgets schon bezahlt worden?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner vor Eingang in die Tagesordnung Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Präsident Dr. Stix: Ich danke dem Herrn Schriftführer für die Verlesung.

Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Schüssel als erstem Fragesteller zur Begründung der Anfrage das Wort.

16.05

Abgeordneter Dr. Schüssel (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Morgen wird vermutlich die sozialistisch-freiheitliche Koalitionsmehrheit das Budget 1986 beschließen, als ob nichts geschehen wäre. Ist wirklich nichts geschehen?, frage ich Sie gerade im Hinblick auf das Budget. Diese Haltung, die Sie morgen vermutlich an den Tag legen werden, entspricht ganz und gar nicht dem, was die Bevölkerung in diesen Stunden von uns erwartet und erhofft. (Beifall bei der ÖVP.)

Wahrscheinlich hat kein Skandal der letzten Jahre, kein Ereignis, um es neutraler zu

Dr. Schüssel

sagen, die Bevölkerung in einem so großen Ausmaß aufgewühlt, ja erschüttert, wie das VOEST-Debakel. Es gibt jetzt viele Umfragen, aus denen ein durchgehender Trend herausgefiltert werden kann. 86 Prozent der Bevölkerung haben sich darüber aufgeregt. 79 Prozent glauben nicht, daß die Regierung geeignete Konzepte habe; und zwei Drittel erachten die bisher getroffenen Maßnahmen als für nicht ausreichend.

Meine Damen und Herren! Diese Anfrage ist vielleicht ein für die Regierung letzter Versuch, diese zu echten Konsequenzen zu bringen, die Stimmung, die draußen herrscht, hier darzustellen und auch die Öffentlichkeit zu informieren. Das gehört mit zu den Aufgaben einer Volksvertretung, wie wir sie verstehen.
(Beifall bei der ÖVP.)

Was ist geschehen? In Kürze: Am 19. November beziehungsweise am 26. November ist das VOEST-Debakel im vollen Ausmaß — hoffentlich wirklich im vollen Ausmaß — bekannt geworden. Sie haben daraufhin das Management zur Gänze abgelöst. Es ist ja schon mehrfach diskutiert worden, ob diese Vorgangsweise klug war, ob damit der Schaden begrenzt oder ob durch die dilettantischen Begleitumstände der Schaden nicht sogar noch größer wurde.

Heute interessieren uns aber vor allem die finanziellen Auswirkungen auf den Steuerzahler. Wie hat die Regierung die Ablöse des Managements begründet?

Erstens: Die Verantwortlichen hätten von der Entwicklung wissen müssen.

Zweitens: Die Manager hätten — entgegen teilweise gegebenen Richtlinien — hasardierte.

Drittens: Die Manager hätten damit Aufsichtsrat und Eigentümer getäuscht und dadurch Vertrauen verspielt.

Nach dem alten amerikanischen Wort, wenn es schon keine neuen Zahlen gibt, wollen wir wenigstens neue Gesichter sehen, wurden alle ausgewechselt. Zu politischen Konsequenzen kam es leider — müssen wir betonen — nicht.

Meine Damen und Herren! Nun zum Budget. Der Voranschlag 1986 ist die Einnahmen-Ausgabenrechnung für das kommende Jahr. Anhand dieser Zwischenbilanz müssen wir den Status der Firma Österreich diskutieren. Es stellt sich die Frage: Wie steht es nicht zuletzt auf Grund dieser Ereignisse um dieses

Land? Die Regierung ist — lassen Sie mich so argumentieren: vergleichbar mit dem Vorstand dieser Firma — auf Zeit bestellt. Das Parlament, also die Volksvertretung, ist mit dem Aufsichtsrat vergleichbar und auch als solcher zur Gänze dem Souverän Volk verantwortlich. Bei Wahlen müssen wir uns ja auch dieser Verantwortung stellen.

Wir weigern uns nun, die von Ihnen vorgelegte Einnahmen-Ausgaben-Rechnung für 1986 einfach zur Kenntnis zu nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Mehr noch, ich erhebe den Vorwurf an Sie, Herr Bundeskanzler, an den Finanzminister, ja an die ganze Bundesregierung, daß Sie nicht anders handeln als der von Ihnen blitzartig abgelöste Vorstand der VOEST-Alpine.

Sie hasardieren mit fremdem Geld, mit dem Geld der Steuerzahler, Sie täuschen die Eigentümer, das Volk, über die wahre Lage des Staates und bezüglich der Konsequenzen Ihrer Politik, Sie frisieren die Budgetbilanzen und informieren damit den Aufsichtsrat, das Parlament, falsch.

Beweise!, werden Sie sagen. Ich liefere sie Ihnen!

Beweis Nummer eins: Dieses Budget 1986 war bereits zum Zeitpunkt der Vorlage an dieses Hohe Haus falsch. Sie alle, die Sie im Ministerrat zugestimmt haben, wissen und wußten das.

Ich darf es ganz kurz begründen. Der Finanzminister hat 14 Milliarden Schilling fällige Schuldenrückzahlungen einfach auf die Jahre 1992, 1995 und 1996 verschoben. Der Personalaufwand wurde bewußt unterbudgetiert, nämlich um fast 3 Milliarden Schilling. Dem haben Sie ja auch durch Abänderungsanträge im Ausschuß Rechnung getragen. Für die Pensionsversicherung fehlen Beträge in der Größenordnung von beinahe 1 Milliarde Schilling. Für die Landwirtschaft sind mehr als 300 Millionen Schilling weniger vorgesehen, als Sie heuer schon für Preisausgleiche budgetieren mußten. — Wiederum falsch budgetiert! Heinz Fischer braucht für seine Zusagen an die Studenten, die er im Zuge des Streiks gemacht hat, laut eigener Aussage — und diese Aussage erfolgte, bevor das Parlament noch den Beschuß über das Budget gefaßt hat — ein eigenes Budgetüberschreitungsgesetz. Und die Bundesbahnen haben noch jedes Jahr ein höheres Defizit zustande gebracht, als budgetiert wurde. Im Jahr 1983 waren es 4 Milliarden mehr, im Jahr 1984 2,5 Milliarden mehr, heuer werden es 1,5 Mil-

10900

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Schüssel

liarden mehr sein. Sie können sich ausrechnen, wie es nächstes Jahr sein wird.

Das echte Defizit — und um das geht es! — wird also nicht 103,5 Milliarden, wie vorgelegt, auch nicht 106,5 Milliarden, wie es jetzt aussieht, sondern 125 Milliarden Schilling für das kommende Jahr ausmachen. 125 Milliarden! Und da ist die VOEST-Sanierung nicht einmal eingeschlossen.

Herr Bundeskanzler! Dazu haben wir von Ihnen bisher keinen Ton gehört. Sie werden das Budget 1986 offenkundig so beschließen, als ob nichts wäre, als ob es nicht zu Konsequenzen kommen müßte, als könnten Sie Ihren Kurs unbegrenzt weiterfahren. Hier geht nichts mehr; glauben Sie mir das! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie verletzen damit ganz elementar den Grundsatz laut Verfassung, an die Sie sich zu halten haben, der Budgetklarheit, der Budgetwahrheit und der Budgetrichtigkeit.

Herr Bundeskanzler! Erklären Sie der Bevölkerung und diesem Hohen Haus den Unterschied zwischen Ihrer Verschleierung des Budgets 1986 und der Aussage von Vorsitzsdirektor Apfalter im Dezember 1984, die VOEST-ALPINE würde 1986 bereits Gewinne schreiben! Da ist kein Unterschied. — Leider. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Beweis Nummer zwei: Sie hasardieren mit der Zukunft dieses Landes! Die notwendige neue Verstaatlichungshilfe — wir sind natürlich auf Schätzungen angewiesen — kostet den Steuerzahler wahrscheinlich mit Zinsen zwischen 33 und 35 Milliarden Schilling. Das ist — und ich bin mir dessen völlig bewußt, was ich hier sage — der gesamte wirtschaftspolitische Spielraum einer Legislaturperiode!

Wir haben bekanntlich im Jahr 1983 — Alois Mock ist dafür vielfach von Ihnen kritisiert worden — ein eigenes seriöses Budgetsanierungskonzept vorgelegt. Wir wissen ganz genau, daß das in etwa der politische Spielraum gewesen ist oder wäre, den eine Regierung hat oder hätte. Der ist weg. Was bei der VOEST-ALPINE passiert ist, war keine Panne, das war der Zusammenbruch des sozialistischen Systems der Wirtschaftspolitik. Er wirft uns und dieses Land um Jahre zurück.

Zukunftsorientiert in Ihrer Politik, meine Damen und Herren, ist einzig und allein die Schuldenplanung. Sie haben sogar das Rezept

erfunden, die Geldarmut dieses Staates durch die Verurteilung der noch gar nicht einmal Geborenen zur Schuldenrückzahlung zu bekämpfen. Wer es nicht glaubt, möge sich den letzten Rechnungshofbericht auf Seite 185 ansehen, wo steht, daß die Finanzschulden des Bundes mit Stichtag Ende 1984 ab dem Jahr 1995 bis zum Jahr 2031 einen Schuldendienst von 98 514 Millionen Schilling erfordern werden. Und da wird immer behauptet, in Österreich gebe es keine langfristig konzipierte Politik! Leider gibt es sie nur bei den Schulden. Wir bedauern das. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Anders ist es, wenn man etwa den Blick auf unseren großen Nachbarn richtet, auf die Bundesrepublik Deutschland. Ich kann Ihnen den Vergleich nicht ersparen: Österreich und Deutschland hatten noch 1981 die gleiche Ausgangsposition mit einer Neuverschuldung von ungefähr 2,5 Prozent, gerechnet am Bruttoinlandsprodukt. (*Abg. Dr. Stippel: Wieviel Arbeitslose?*) Heute haben die Deutschen für 1986 ihr Nettodefizit halbiert, und unser Nettodefizit ist um drei Viertel gestiegen. Die Deutschen haben dies aber zustande gebracht trotz einer Steuersenkung und wir trotz wachsender Steuerbelastung, meine Damen und Herren! Das heißt, statt gleichem Niveau — 1 : 1 — steht es heute 1 : 3,5. Die Folgen sind, daß unsere Schulden doppelt so rasch wachsen wie jene der Bundesrepublik. (*Abg. Roppert: Wir kennen das Rezept!*)

Meine Damen und Herren! Die Katastrophe, die wahre Katastrophe, die einigen von Ihnen sich offensichtlich noch verschließt, ist, daß diese zusätzliche Verschuldung in der Konjunktur entstand. In den Konjunkturjahren 1984, 1985 und 1986 sind die Finanzschulden dieser Regierung unter Sinowatz um 50 Prozent oder 200 Milliarden Schilling gewachsen. Im Vergleich mit den wichtigsten europäischen Industriestaaten liegt Österreich damit an zweiter Stelle hinter Finnland.

Meine Damen und Herren! Wie dramatisch diese Situation ist, darf ich an Hand einer ganz einfachen Rechnung erklären. Selbst wenn es Ihnen oder uns gelänge, ab 1987 das Nettodefizit, also die Neuverschuldung, auf 4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu begrenzen, würde das nichts daran ändern, daß ab 1990 der Schuldenstand 870 Milliarden Schilling wäre und damit die gesamte Neuverschuldung für die Zinszahlung aufgeht. Das heißt also: In Wirklichkeit gibt es dann im Budget überhaupt keinen wirtschaftspolitischen Spielraum! (*Abg. Dr. Blenk: Wenn der Bundeskanzler zuhören würde!*)

Dr. Schüssel

Herr Bundeskanzler! Wieviel Munition haben Sie aber dann, wenn etwa die Konjunktur schlechter werden sollte? Oder: Wie lange etwa können Sie Auswirkungen auf die Hartwährungspolitik ausschließen, wenn die gegenläufigen Defizitentwicklungen Österreichs und Deutschlands, wie die Nationalbank immer wieder zu Recht warnt, weiter anhalten? Und worin, Herr Bundeskanzler, so frage ich Sie, liegt der Unterschied zwischen Ihrer Behauptung, es gebe keine Alternative zum wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung, und den Aussagen des VOEST-Alpine-Vorstandes, der seinen Eigentümern und seinen Kontrollorganen eingeredet hat, es gebe keine Alternative zum Einstieg in immer neuen Produktionen und Technologien, auch wenn das nötige Know-how fehlt. Heute wissen wir, daß in vielen Fällen dort Umsatz gleich Verlust ist. Wir akzeptieren diese Politik, Herr Kanzler, einfach nicht mehr! (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Mühlbacher:* Was soll das heißen?)

Beweis Nummer drei: Sie verschleiern die Riesenlawine künftiger Belastungen. Ich darf Ihnen die künftigen Belastungen, die wir ja auch von Ihnen jetzt offiziell erfahren wollen, aus meiner Sicht darstellen.

Bereits beschlossene Staatshilfen an die verstaatlichte Industrie, Kapital und Zinsen, nach meiner Rechnung etwa 50 Milliarden Schilling. In der Öffentlichkeit werden ja immer nur die Kapitalkosten dargestellt, daß das Ganze mit Krediten finanziert werden muß und daher mit Zinsen erkauf wird, wird kaum gesagt. Alte Verstaatlichtenhilfe also 50 Milliarden. Länderbank rund 6 Milliarden. Creditanstalt rund 11 Milliarden. Neue Verstaatlichtenhilfe in etwa — ich habe es schon angedeutet —, sagen wir, 33 Milliarden Schilling, und zwar Kapital und Zinsen. Das sind zusammengenommen 100 Milliarden Schilling neue Belastungen. Davon sind in den bisherigen Budgets, das nächste gleich mit eingeschlossen, erst knapp über 8 Milliarden verkraftet. Das heißt, eine über 90 Milliarden große Lawine wälzt sich immer schneller wendend auf den österreichischen Steuerzahler zu.

Und das ist noch nicht alles, meine Damen und Herren von der sozialistischen Koalitionsregierung! Dann kommen noch die Sondergesellschaften dazu: für die Universitäten 6,5 Milliarden, für Schulbauten 10,5 Milliarden, für das AKH 19 Milliarden, für die DOKW 9 Milliarden, für Straßensondergesellschaften 59 Milliarden; zusammen 104 Milliarden Schilling, davon noch offen 77 Milliarden.

Auch das ist aber noch nicht alles! Es tickt nämlich noch die Zeitbombe der Pensionsversicherung. Da gibt es zwei Gutachten, eines aus dem Jahre 1984, eines aus dem Jahre 1985. Allein der Vergleich dieser beiden Jahre zeigt eine Differenz für die Jahre 1986 bis 1990 von 16 Milliarden Schilling. Innerhalb eines Jahres eine um 16 Milliarden Schilling dramatisch verschlechterte Ausgangssituation! Die Effekte der Pensionsreform sind also geringer als noch vor einem Jahr angenommen.

Meine Damen und Herren! Das sind alles vorsichtige, überprüfbare Schätzungen. Ich habe hier bewußt nicht die Frage nach den Garantien und Haftungen aufgeworfen, die sich in zwölf Jahren verzehnfacht haben — wir hoffen ja, daß nichts davon schlagend wird. Ich habe nicht berücksichtigt, daß Sie ja die teuerste aller Finanzierungen mit der ÖIAG und mit dem Umweg über Sondergesellschaften gewählt haben, denn Sie müssen ja bei diesen Sondergesellschaften nicht nur Kapital, sondern auch Zinsen bezahlen, im Falle etwa der ÖIAG oder der Sondergesellschaften sogar zweimal, weil ja anzunehmen ist, daß sich auch der Bund auf dem Kapitalmarkt verschulden muß, um die Sondergesellschaften dotieren zu können, und auch wieder für die aufgenommenen Kredite Zinsen bezahlen muß.

Und das Tragische daran ist: Nicht eine dieser aufgeführten Zahlungen bringt in irgend einer Weise Strukturverbesserungen, führt zu einer größeren Nachfragewirkung oder läßt eine größere Beschäftigungswirkung erwarten. Sie sind nur deshalb nötig, um überhaupt bilanzieren zu können.

Ich fasse also diesen Punkt zusammen: Eine Riesenlawine künftiger Belastungen kommt auf uns zu: Öffentliche Wirtschaft 90 Milliarden, Sondergesellschaften 77 Milliarden, Pensionsversicherung 16 Milliarden. Wenn Sie das hochrechnen und mit dem Spielraum vergleichen, den wir haben, so wissen Sie, daß jährlich hier eine komplette Steuersenkung draufgeht. Herr Bundeskanzler! Wir von der Volkspartei nehmen das nicht zur Kenntnis! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ihre Politik verschleiert diese Zusammenhänge, verschleiert, verringert das Risiko, das damit verbunden ist. Ich frage Sie, Herr Kanzler: Worin liegt der Unterschied zu jenen öffentlichen Managern, die ich zunächst erwähnt habe, die ihren Eigentümern erklärt haben, ihr Risiko sei mit 400 Millionen Schilling limitiert und begrenzt, sie hätten alles im

10902

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Schüssel

Griff? Und nachher waren es nicht 400, sondern 2 400 Millionen! Und ich sage Ihnen: Bei Ihnen stehen noch wesentlich höhere Zahlenpotenzen auf dem Spiel. Es ist fahrlässiger Hasard auf Kosten der Zukunft, was wir Ihnen vorwerfen, Herr Bundeskanzler! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Beweis Nummer vier: Sie beschönigen die notwendigen harten Konsequenzen. Nach dem Ministerrat am vergangenen Dienstag haben Sie erklärt — wörtlich zitiert in den Zeitungen —, es werde keine Steuererhöhung geben, die ÖIAG solle Vorschläge machen, wie man die Milliardenverluste ohne neue Belastungen ausgleichen könnte. Das dürfte ein relativ verfrühter Christkindlwunschbrief gewesen sein. Erklären Sie uns diese Rechnung! Der Finanzminister war hier vorsichtiger, vielleicht auch eine Spur ehrlicher. Er hat erklärt, falls es wahr wäre, daß die Verstaatlichte 15 bis 20 Milliarden Schilling brauche, seien „Budget- und Steuerpolitik zu überdenken“. Was heißt das? — Es muß gespart werden, und die Steuersenkung kommt nicht. Das heißt es, bitte, nach meiner Interpretation jedenfalls, im Klartext.

Herr Bundeskanzler! Es gibt ja auch nur diese drei Möglichkeiten: Entweder Sie schröpfen den Steuerzahler. Das können Sie auf zwei Arten machen, entweder gleich mit einem Sonderzuschlag — den Sie öffentlich ausgeschlossen haben; das nehme ich zur Kenntnis — oder später durch wachsende Verschuldung. Dann muß es aber auch der Steuerzahler zahlen, es wird nur später bezahlt und damit teurer. Oder — zweite Möglichkeit — Sie finanzieren das aus den Erträgen anderer Betriebe. — Nun, das geht wohl wirklich nicht. Dritte Möglichkeit: Verkauf von Beteiligungen, Privatisierungen. Das wollen Sie aber nicht! Das haben Sie wieder ausgeschlossen nach dem Ministerrat am Dienstag.

Die „Kleine Zeitung“ hat ganz trocken geschrieben: Das, was das Budget hier belastet, bringt natürlich nicht gleich den VOEST-Schilling, es bringt nur eine zusätzliche Belastung von 2 bis 3 Milliarden pro Jahr. „Zahlen müssen wir alle dafür, sei es auch nur in Form eines weiteren Aufschubes der Progressionsminderung oder mit dem Verzicht auf andere Leistungen. Was Sinowatz daher versucht, ist lediglich eine Schieberei bei der Darstellung der Konsequenzen“ — so Ulrich Stocker in der „Kleinen Zeitung“.

Herr Bundeskanzler! Worin besteht der Unterschied zwischen Ihrer Handlungsweise

und der Handlungsweise des VOEST-Vorstandes, der seinen Aufsichtsrat Jahre zu spät und nie ganz ausreichend über das Debakel beim amerikanischen Bayou-Steel-Werk informiert hat? Sie handeln genauso verantwortungslos, indem Sie zu spät oder gar nicht informieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Beweis Nummer fünf: Die von Ihnen als Geschäftsführung der Republik zu verantwortenden Bilanzen sind — ich kann es nicht anders nennen — katastrophal. — Das Knurren vom Herrn Vizekanzler zeigt nur, daß er nicht einmal Rechnungshofberichte liest. Ich darf Ihnen jetzt ein Beispiel dafür bringen. (*Bundesminister Dr. Fischer zeigt Vizekanzler Dr. Steger den Rechnungshofbericht. — Ruf bei der ÖVP: Einsager!*) Still, von der Öffentlichkeit beinahe unbemerkt, erstellt nämlich der Rechnungshof dieser Republik seit zwei Jahren Staatsbilanzen. — Damit Sie sich leichter tun beim Finden, Herr Vizekanzler — oder war es Heinz Fischer?, ich will niemanden zu Unrecht beschuldigen —: im Bundesrechnungsabschluß 1983 auf Seite 197, im Bericht 1984 auf Seite 181. Lesen Sie es nach!

Jetzt kann man natürlich über Bewertungsprobleme diskutieren. Man kann über Ungenauigkeiten streiten. Die hat aber jede Bilanz, meine Damen und Herren von der Koalitionsmehrheit. (*Abg. Dr. Nowotny: Völlig unseriös!*) Interessant ist die Tendenz, und diese Tendenz ist erschreckend. Im Jahre 1983 zeigt der Rechnungshof eine Überschuldung der Republik Österreich von 44,5 Milliarden Schilling auf, im Jahre 1984 bereits von 88 Milliarden Schilling, und im kommenden Jahr — die Zahlen hochgerechnet — wird es eine Überschuldung der Republik von voraussichtlich 120 Milliarden Schilling geben. Bei jeder Firma reicht das längst zum Gang zum Gericht. (*Abg. Dr. Nowotny: Das ist doch nicht vergleichbar! Das ist unseriös, was Sie machen!*) Bagatellisieren Sie nur, die Öffentlichkeit wird sich ihren Reim darauf machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Diese Bilanz ist immerhin vom Rechnungshof, also, um das Bild fortzusetzen, vom Wirtschaftsprüfer der Republik Österreich, erstellt worden und wurde uns, dem Aufsichtsrat, der Volksvertretung, zur weiteren Behandlung zugeleitet. Für Sie als Geschäftsführung der Republik, Herr Bundeskanzler, offensichtlich kein Grund zur Unruhe, für uns als Volksvertretung, zumindest für jenen Teil von uns, der für die Minderheit spricht, schon! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn Sie mir nicht glauben, wenn Sie uns

Dr. Schüssel

nicht glauben, dann darf ich Ihnen Helmut Kramer, immerhin Chef des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes, zitieren, der in einem Vortrag vor dem CA-Forum erklärt hat: „Österreich ist nach dem 19. November 1985, wo das VOEST-Debakel bekannt wurde, nicht mehr das von vorher. Wer das nicht wahrhaben will, bereitet noch größere Katastrophen vor. Was ich meine: Es heißt Abschied nehmen von teuren Illusionen, die wir uns in besseren wirtschaftlichen Zeiten jahrelang glaubten leisten zu können. Ich bin schockiert über die Größenordnung der Katastrophe.“

Herr Bundeskanzler! Eine Spur von diesem Schock, den der oberste Wirtschaftsforscher dieser Republik, von allen Parteien stets geachtet, hat, würden wir Ihnen und dieser Regierung wohl wünschen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

In dieser Situation, wenn eine Firma in dieser Lage ist, dann hat der Aufsichtsrat meiner Meinung nach das Recht, ja sogar die Pflicht, die Abberufung der Geschäftsführung zu verlangen.

Meine Damen und Herren! Das tun wir mit dem vorgelegten Neuwahlantrag. Es ist uns ganz einfach nicht mehr genug, daß Sie Minister auswechseln. Das tun Sie jetzt in dieser Legislaturperiode das vierte Mal. Es war immer das Wunderteam, es war immer Ihr Wunschkabinett, aber es ist sachlich nie besser geworden. Was wir wollen, sind Neuwahlen, ein echter Kurswechsel, eine andere Politik. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Um Ihnen diese Chance zu geben, stellen wir einen Fristsetzungsantrag, damit jener Antrag auf Neuwahlen, der ja bereits im Verfassungsausschuß ruht, noch vor Weihnachten verabschiedet werden kann. Sie haben damit die Chance, vor unseren gemeinsamen Eigentümern, vor unserem gemeinsamen Souverän, das Volk, hinzutreten mit Ihrer und unserer Leistungsbilanz!

Der Finanzminister hat einmal kurz — letzten Mittwoch — sein Unbehagen, wenn Sie so wollen, eine Spur dieses Schocks durchblicken lassen, als er dem „Kurier“ ein Interview gab. Wörtliche Zitate:

„Ich kann niemanden die bittere Wahrheit ersparen, daß diese Finanzzuschüsse für die produzierende Wirtschaft, die da nötig werden, zu Lasten anderer Staatsausgaben gehen müssen. Zu Lasten welcher, das überlege ich in diesen Wochen.“

Es geht um die internationale Kreditwürdigkeit Österreichs! Deshalb müssen wir unter allen Umständen das Budgetdefizit von momentan 4,5 Prozent des Bruttosozialprodukts senken. Sonst haben wir in wirklich konjunkturschwachen Zeiten keinen Spielraum mehr.“

Auf die Bundesrepublik bezogen:

„Die Deutschen, und das in aller Klarheit einmal gesagt, haben sich schon vor zwei, drei Jahren entschlossen, unter Preisgabe bestimmter sozialer Besitzstände das Staatsdefizit auf 2 Prozent herunterzudrücken!“

Vranitzky wörtlich, bitte — Ihr Minister, ein Sozialist, auch wenn das manche Linke in Ihrem Bereich vielleicht nicht anerkennen wollen —: „Wir haben als Staat Österreich eine erstklassige Kreditwürdigkeit auf der ganzen Welt.“ — Stimmt. „Die müssen wir uns“ — Vranitzky; ich stimme dem zu — „in jedem Fall erhalten“ (*Beifall bei der ÖVP.*), „ob das jetzt Thatcherismus, Reaganismus oder Kohl-Politik heißt, ist mir wirklich nicht so wichtig.“

Meine Damen und Herren! Auch uns ist es nicht so wichtig, weil es uns, wie am Mittwoch dem Finanzminister, um das Land und nicht um die Partei geht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Damit das Schlucken dieser bitteren Medizin für Sie leichter wird, erwähne ich nicht nur das Beispiel Deutschland, England, Amerika, ich erwähne bewußt das Beispiel eines Craxi, eines Fabius, eines Olof Palme, sozialistischer Staatschefs, die ganz genau die gleiche Politik machen und machen müssen, weil die Sachzwänge sie einfach dazu treiben.

Was ist nach diesem Interview passiert? Das ist ja das eigentlich Erschütternde an dieser Regierungsmehrheit und an dieser Regierung: Drei Tage später wurde der Finanzminister bereits von der eigenen Partei zurückgepfiffen. Er mußte in der „Arbeiter-Zeitung“ — denn das muß dann natürlich dort passieren — einen Kniefall machen, alles zurücknehmen und sagen, so hat er es nicht gemeint.

Meine Damen und Herren! Wie stark kann so ein Finanzminister sein? Wie stark machen Sie ihn? Wie stark lassen Sie ihn, wenn Sie ihn zwingen, unter das Joch der eigenen Parteizeitung zu gehen? Wie ehrlich ist ein Bundeskanzler, der solches seinem im Augenblick wichtigsten Mann im Kabinett abfordert?

10904

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Schüssel

Meine Damen und Herren! Es ist wirklich eine Katastrophe, und zwar nicht nur bei der VOEST, sondern auch bei dieser Regierung, was da geschieht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Bundeskanzler hat bei der Sondersitzung zum VOEST-Debakel einen hervorragenden Satz gesagt, ich möchte ihn hier wiederholen: „Kein Manager eines im Eigentum der Republik Österreich befindlichen Unternehmens wird sich in Zukunft darauf verlassen können, daß sein Arbeitsplatz auch bei Mißerfolg garantiert ist.“

Ja, Herr Bundeskanzler! Nochmals ja! Von unserer Stelle aus volle Zustimmung. Aber gilt der gleiche Satz nicht auch, vielleicht sogar in noch stärkerem Maße, für die Geschäftsführung dieser Republik? Wieso nur für die Manager in den verstaatlichten Betrieben? Wieso nicht auch in der Firma Republik Österreich?

Wenn Sie schon keinen Kurswechsel fertig bringen, Herr Kanzler, warum machen Sie nicht endlich den Weg zu Neuwahlen frei? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Dieses Land — ich sage das in voller Überzeugung als einer der mittleren Abgeordneten in diesem Haus —, dieses Land ist zu klein, aber auch zu schön und zu wichtig für die Welt, als daß es solchermaßen aufs Spiel gesetzt werden könnte. Es war und es ist nicht selbstverständlich, daß nur in Österreich und sonst in keinem anderen Nachfolgestaat der alten Monarchie seit dem Jahr 1945 ununterbrochen freie Wahlen stattfinden können.

Es war und es ist nicht selbstverständlich, daß Österreich als einziges Land dauerhaft befreit wurde oder auch durch seine Sozialpartnerschaft — die wohl einzige noch intakte wirtschaftspolitische Struktur dieses Landes — seit dem Jahr 1950 von Streiks so gut wie verschont geblieben ist.

Es sollte aber auch nicht selbstverständlich sein, daß Österreich für seine militärische Neutralität nur den halben Preis der Schweiz bezahlt, was bei jeder Budgetanalyse eigentlich ehrlicherweise mit einfließen sollte.

Und schon gar nicht darf es uns zu einer Selbstverständlichkeit werden, wenn anstelle der weltweit bewunderten Fähigkeit der Österreicher, in der Nachkriegszeit ihre schwierige Zukunft zu meistern, jetzt bei wachsendem Wohlstand die Versuchung überhandnimmt, auf Kosten der Zukunft zu leben.

Ich fordere Sie daher abschließend noch einmal auf, Herr Kanzler: Geben Sie den Weg zu Neuwahlen frei! Verlängern Sie nicht den politischen Todeskampf dieser Koalition nochmals um weitere bittere eineinhalb Jahre! Lassen Sie den Souverän der Republik, das Volk, endlich entscheiden! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) ^{16.37}

Präsident Dr. Stix: Zur Beantwortung der Anfrage hat sich der Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz gemeldet.

^{16.37}

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In der zur Behandlung stehenden dringlichen Anfrage wurden fünf Fragen an mich gestellt, die ich wie folgt beantworte:

Zur Frage 1: Der Österreichischen Länderbank wurde aufgrund des Bundesgesetzes Nr. 206 vom 31. März 1982 der Ersatz des Zinsenentgangs und die Leistung von Tilgungsräten zur Wertberichtigung eines Forderungs betrags von zuhöchst 2 971 Millionen Schilling zugesagt. Die Vereinbarung mit der Länderbank sieht jedoch vor, daß bei erwartungsgemäß guter Entwicklung der Bank die Leistung des Bundes reduziert bzw. gänzlich wegfallen wird. Damit wird die Länderbank aufgrund ihrer Ertragsstärke nur einen Teil des ihr zugesagten Kapitalbetrags — voraussichtlich weniger als 1 Milliarde Schilling — in Anspruch nehmen.

Die Zinsenvergütung wurde in Anpassung an die Kapitalmarktverhältnisse variabel vereinbart. Auch diesbezüglich kommt es bei steigender Ertragskraft der Bank zu einer Entlastung des Bundes.

Im übrigen wurde dieses Bundesgesetz im Nationalrat einstimmig beschlossen. (*Abg. Dr. Graff: Keine Antwort!*)

Frage 2: Aufgrund des Bundesgesetzes Nr. 484 vom 6. November 1985 wird der Creditanstalt-Bankverein zur wirtschaftlichen Gesundung dreier wichtiger österreichischer Industriebetriebe ihres Beteiligungsbereiches in den Jahren 1986 bis 1989 ein Gesamtbetrag von 7 275 Millionen Schilling gutgeschrieben. Der Annuitätenzuschuß wird 1986 800 Millionen Schilling betragen und jährlich um 5 Prozent ansteigen.

Der Zinssatz wird in Anpassung an die Marktlage variabel gestaltet.

Die Annuitäten werden sich durch Eigenleistungen der Bank vermindern.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

Im übrigen wurde auch dieses Bundesgesetz im Nationalrat einstimmig beschlossen. (Abg. Dr. Graff: Keine Antwort!)

Zur Frage 3: Im Rahmen der bisher vom Nationalrat beschlossenen vier ÖIAG-Finanzierungsgesetze wurde den Tochtergesellschaften der ÖIAG ein Kapitalbetrag von 26,1 Milliarden Schilling zuerkannt, wovon 23,6 Milliarden Schilling bis Ende 1985 ausbezahlt sein werden.

Die Finanzierung dieser Zuführungen erfolgt durch in- und ausländische Anleihen und Kreditaufnahmen seitens der ÖIAG. Der Bund übernimmt hiebei eine Refundierung der Zins- und Kapitalkosten der von der ÖIAG aufgenommenen Kredite.

Da das Finanzierungserfordernis naturgemäß von der künftigen Marktentwicklung abhängig ist, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt dazu keine endgültige Aussage gemacht werden. (Abg. Dr. Graff: Keine Antwort!)

Antwort zu Frage 4: Die Unternehmenskonzepte im Bereich der Tochtergesellschaften der ÖIAG, die eine Einschätzung des zukünftigen Kapitalbedarfs zulassen, liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vor. Es wird daher erst nach Fertigstellung aller notwendigen Unterlagen und deren eingehender Diskussion möglich sein, Aussagen zu zukünftigen Kapitalzuführungen der ÖIAG an ihre Tochtergesellschaften zu treffen. (Abg. Dr. Graff: Keine Antwort!)

Antwort zu Frage 5: Die Vereinbarung mit der Creditanstalt wird ja überhaupt erst diese Woche unterfertigt.

Die Vereinbarung mit der Länderbank sieht auf Wunsch der Bank einen tilgungsfreien Zeitraum von fünf Jahren vor. Die bisherigen Zahlungen betrafen — mit deutlich fallenden Beträgen — den Ersatz des Zinsentgangs aus ertraglosen Aktiven.

Im Rahmen der ÖIAG-Finanzierung wurden seitens des Bundes in den Jahren 1982 bis 1985 Kapital- und Zinskosten in Höhe von 3,5 Milliarden Schilling refundiert. Da der Zinsaufwand von zukünftigen Marktentwicklungen abhängt, kann natürlich noch keine Aussage zu dem Prozentanteil der bisher budgetierten Beträge getroffen werden.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 16.42

Präsident Dr. Stix: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß der Geschäftsordnung kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Robert Graf. Ich erteile es ihm.

16.42

Abgeordneter Graf (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Meine Partei hat diese dringliche Anfrage einen Tag vor dem Abschluß der Budgetverhandlungen eingebracht, um Ihnen, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, die Möglichkeit zu geben, unsernen im Verfassungsausschuß liegenden Neuwahlantrag doch ernst zu nehmen, weil wir der Ansicht sind, daß Sie im Begriffe sind, hier einen Beschlüsse zu fassen, der nicht mehr der Budgetwahrheit entspricht, und Sie sind im Begriff, eine Entwicklung in der verstaatlichten Industrie zu ignorieren, die nur zu einem gesamtstaatlichen Desaster führen kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Wir sind seit der Alleinregierung Kreisky und seit der Koalition Sinowatz-Steger wahrlich nicht verwöhnt worden mit Ignoranz und Abwertung der Opposition.

Herr Bundeskanzler! Es ist Ihnen als erstem Bundeskanzler vorbehalten geblieben, auf eine dringliche Anfrage eine derart verächtliche, inhaltsleere Antwort zu geben, nur um uns zu zeigen, wie sehr Sie uns verachten! Ich wünsche von Ihnen zu wissen: Was bewegt Sie denn zu einer derartigen Behandlung einer Opposition? (Abg. Elmecker: Die Mock-Rede!) Ach, so ist das! Na gut!

Meine Damen und Herren! Zur Mock-Rede. Sie haben es mir gesagt. Ich wollte es ja von Ihnen, Herr Elmecker, nicht wissen, sondern vom Herrn Kanzler.

Aber wenn es das sein sollte, Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz, dann hätte es mich gefreut, wenn Sie es hier abgefragt hätten. Ich unterliege der Kujonie der Zeit, aber vielleicht hat Herr Elmecker ausnahmsweise recht. (Abg. Elmecker: Das ist doch eine Frechheit!) Beruhigen Sie sich! (Rufe bei der ÖVP: Ordnungsrufl! — Abg. Elmecker: Die Schmerzgrenze ist erreicht!)

Ich habe im Radio die Replik des Herrn Ministers Dr. Heinz Fischer gehört, und ich halte es daher für möglich.

Und nun gestatten Sie mir, trotz der Kujo-

10906

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Graf

nie der Zeit, ein offenes Wort zu den Bemerkungen des Dr. Mock. Was hat er wirklich gesagt?

Den Ausdruck „ostisch“ hat Mock nicht gebraucht, Sie haben ihn interpretiert.

Aber ich werde Ihnen zur Kenntnis bringen, was er sagte. Ich war dabei. (Abg. Weinberger: Sie zitieren ja sonst immer die Zeitung!) Ich war dabei. Ich bin ja dabei, es Ihnen zu sagen. (Abg. Weinberger: Aber es ist doch in der Zeitung gestanden!)

Dr. Mock nahm auf die Äußerung des Herrn Dr. Sinowatz, die ihm und Ihnen peinlich ist, nämlich auf die Aussage: Die Partei ist alles, und ohne Partei sind wir nichts, Bezug und sagte: Ein derartiges Parteiverständnis ist nur in Staaten des realen Sozialismus üblich. Das sagte Mock, erstens. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweitens: Der zweite Ausdruck, der Sie stört. Mock verwendete die Worte: Ihre Wirtschaftspolitik führt zu einer Verluderung des Staates Österreich.

Wenn es das ist, das sagte er, und ich werde zwei Gründe suchen, warum Sie mitsamt Ihrer Empfindlichkeit keinen Grund haben, sich empfindlich zu zeigen.

Zum ersten, wir halten fest: Es wohnt in den Bereichen des realen Sozialismus eine derartige Parteienverehrung.

Aber ich habe jetzt ein Beispiel für Sie, bei dem ich mich am Freitag betroffen gefühlt habe, und das hat mich erinnert an realen Sozialismus und an ostische Gepflogenheiten. Lassen Sie mich zu Ende reden, bevor Sie Ihr Geschrei beginnen, es wird Sie ärgern.

Als wir am Freitag in der Sitzung eine quasi außerordentlich kleine Sondersitzung hatten, 30 Jahre Zugehörigkeit Österreichs zu den Vereinten Nationen, ist folgendes passiert, was unüblich ist in westlichen Demokratien:

Es hat erstens während seiner Ansprache der Herr Außenminister — dem ich außerordentlich verbunden bin und den ich schätze — eine merkwürdige Form in seiner Rede gefunden. Ich habe diesen Eindruck, und Sie könnten ihn haben. Er sprach von dem mutigen Auftritt eines Parlamentariers, und er schaute immer dorthin. Dort oben sitzt er: Sein Name ist Felix Ermacora. Der Minister unterließ es, den Namen dieses Mannes, den das ganze Haus, alle Mitglieder der Vereinten

Nationen kennen, zu erwähnen. Mein Gott, wirklich nur, weil er ein Schwarzer ist, Herr Bundesminister? (Widerspruch bei der SPÖ.) O ja, meine Herren, hören Sie mir zu!

Zweitens. Es hielt mein Obmann Dr. Mock hier eine Rede, und er feierte die Verdienste österreichischer Parlamentarier. Er begann mit dem von uns hochgeschätzten Czernetz, und er endete mit dem von Ihnen weniger, aber von uns gleich hochgeschätzten Waldheim.

Meine Damen und Herren! Sie hatten nicht einmal die seelische Kraft, dieser Passage Ihren Applaus zu geben, aus dem historischen Grund heraus, weil der eine möglicherweise Ihrem Kandidaten schadet.

Wissen Sie, was das ist? Das ist ostisches Gefühlsleben! Wer nicht hineinpaßt, wird ausgeradiert, meine Damen und Herren! (Anhalender lebhafter Beifall bei der ÖVP.) So ist es. (Abg. Dr. Zittmayr: Das ist eine traurige Partei!)

Und, Herr Bundeskanzler, Herr Dr. Sinowatz! Als Philosoph und als Historiker hätten Sie dafür sorgen müssen, daß sich das Haus einhellig verhält. Ehre wem Ehre gebührt, welcher Partei er auch immer angehört!

Das ist es, was ich zu Mocks Rede noch dazugesagt hätte. (Abg. Dr. Graff: Er hat es in New York ja auch nicht über die Lippen gebracht, der Herr Bundesminister!) Sie haben überhaupt keinen Grund, sich aufzuregen.

Und es wird die Wirtschaft verludert? Der Ausdruck ist hart. Er ist nicht ungerecht, meine Damen und Herren! (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte Ihnen sagen, warum.

Wir haben, Hohes Haus, meine Damen und Herren, versucht, Ihnen mit dieser dringlichen Anfrage heute die Möglichkeit zu geben, Rückbezüglichkeiten zwischen dem Budget und der VOEST herzustellen. (Abgeordnete der SPÖ verlassen demonstrativ den Sitzungssaal.)

Sie werden morgen mit Ihrem Applaus ein Budget beschließen... (Abg. Weinberger: Das ist eine Frechheit, so etwas!) Wissen Sie, Wahrheit muß nicht immer Frechheit sein, Herr Abgeordneter! Beruhigen Sie sich! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weinberger: Es ist ein Unterschied, ob ich Beifall klatsche oder ob ich sage „verludern“!) Ja, ich komme dazu!

Graf

Wenn Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, nicht zu einer Änderung Ihrer Auffassung kommen, wenn Sie dem neuen, provisorisch bestellten VÖEST-Vorstand nicht veränderte Aufträge erteilen, dann wird diese verstaatlichte Industrie hinwenden, und dann ist dieser Ausdruck durchaus erlaubt.

Und Sie werden morgen ein Budget beschließen, das keinen Spielraum hat. Ich lese Ihnen ein paar Ziffern vor. Ich glaube, wir werden diese Diskussion einmal außerhalb der Dringlichen fortsetzen, damit wir mehr Zeit haben.

Sie werden, ohne darauf eingegangen zu sein — und es hätte Ihnen auch heute angestanden, Herr Bundeskanzler —, keinen Ton von den Schulden und Verpflichtungen des Bundes reden, in der Hoffnung, man findet es nicht. Und jetzt zitiere ich aus den offiziellen Unterlagen des Finanzministers, um eine vertiefte Rückbezüglichkeit herzustellen.

Wir haben mit Stand vom Oktober dieses Jahres Finanzschulden im Ausland in der Höhe von 511,2 Milliarden, wir haben fällige Verwaltungsschulden in der Höhe von 5,4 Milliarden und nicht fällige in der Höhe von 105 Milliarden, das sind 110 Milliarden, und Sie haben Schulden der unwirksamen Gebahrung, das sind 14,9 Milliarden. Wir bewegen uns auf 636,7 Milliarden Schulden des Bundes. Wir haben Verpflichtungen für die Finanzschuld mit 304 Milliarden. Und die Summe der Schulden und Verpflichtungen ist 1 055,1 Milliarden. Hier sind die Haftungen des Bundes mit zirka 683 Milliarden noch gar nicht dazugezählt.

Warum sage ich das? Das führt ja dazu, daß selbst diese Bewältigung Sie vor ungeheuerliche Aufgaben stellt, denen Sie nicht entgegengehen. Sie behaupten, das Budget werde langsam saniert oder es konsolidiere sich. Sie sind aber nicht einmal in der Lage, die Abgänge zu konsolidieren, und haben einen Scherbenhaufen vor sich im Zusammenhang mit der Verstaatlichten.

Herr Bundeskanzler! So kurz und so oberflächlich Sie gegenüber dem Parlament auch waren, Sie befleißigten sich der Benützung zweier Binsenweisheiten. Als wir Sie nach der Höhe der budgetären Verpflichtungen bei der Länderbank und CA fragten, haben wir zwei Dinge nicht aus den Augen gelassen: Wir wollen und werden diese Banken nicht in Diskussion bringen. Die Frage muß erlaubt sein, aber Sie waren so angerührt, daß Sie uns nur

auf den einvernehmlichen Beschuß hingewiesen haben, aber wir haben den Beschuß nicht negiert.

Wissen Sie, was wir wissen wollen? — Was werden Sie mit unseren Zusatzforderungen, die diesem Ja zufolge eingebracht wurden, tun? Warum haben Sie es nicht der Mühe wert gefunden, dazu etwas zu sagen? Zu dem Hinweis eines Ihrer Mitglieder, des Herrn Elmecker, Sie seien beleidigt, kann ich nur sagen: Ja wenn Sie beleidigt sind, dann treten Sie zurück, Herr Bundeskanzler! (*Anhalten der Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn Sie meinen, Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz, Mock habe Sie beleidigt, dann laden Sie ihn zu einer Aussprache ein, und klären Sie das ab, wie zwei Ehrenmänner es tun, hier im Haus oder in einer Parteienbesprechung. Alles kann geschehen. (*Rufe bei der SPÖ: Dr. Mock soll sich entschuldigen!*) Nur, meine Damen und Herren, eines kann nicht geschehen: daß Sie die Nichtbeantwortung einer dringlichen Anfrage dazu benutzen, auf beleidigt zu spielen, und es sich dann nicht einmal erlauben, es uns selbst zu sagen. Das, Herr Bundeskanzler, werden wir nicht hinnehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist uns, Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz, noch sattsam in Erinnerung, daß Herr Dr. Kreisky — Ihr Vorgänger — in besseren Zeiten über Teile des Parlaments „Eiszeiten“ verhängt hat. Er hat aber wenigstens noch gesagt, warum er glaubt, er müsse uns mit „Eiszeiten“ ausstatten. Sie sagen es ja nicht einmal. Und ich möchte noch etwas festhalten. (*Abg. Schieder: Warten Sie ab, bis wir reden! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ja mein Gott, wissen Sie, Herr Zentralsekretär Schieder: Ich halte mich nicht für besser als einen der anderen 182, ich bekenne mich dazu. Ich halte aber auch Sie nicht für besser. (*Abg. Schieder: Eh nicht, aber abwarten!*) Nein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Anfrage haben wir vorläufig an Dr. Fred Sinowatz, Kanzler dieser Republik, gerichtet und nicht an Sie. Was er Ihnen erlaubt zu sagen, werden wir hören, aber Sie werden uns nicht beruhigen. Herr Dr. Sinowatz hat unsere Fragen nicht beantwortet (*Abg. Weinberger: Da haben Sie nicht zugehört!*), und Sie sind nicht nur für uns, sondern, ich glaube, auch für Ihre Leute kein tauglicher Ersatz für Herrn Dr. Sinowatz. Das muß ich Ihnen schon sagen. (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Es gehört, meine Damen und Herren, eine

10908

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Graf

beispiellose Hypertrophie dazu, zu glauben, daß Sie, wenn der Herr Kanzler sich zu gut ist, mit der Opposition zu reden, weil er sich beleidigt zu fühlen beliebt, Herr Kanzler, mir anbieten können, es uns zu sagen. O nein. Ich mache Ihnen wirklich einen Vorschlag: Sie sollten nicht nur Ihren Rücktritt überdenken — ich weiß schon, daß Sie unseren Antrag niederstimmen werden, und Ihre Mienen auf der Regierungsbank drückten eine Mischung von Verachtung und Unsicherheit aus, denn Sie entkommen dem Urteil der Wähler nicht —, sondern es geht nur darum, zu überlegen: Können wir nicht früher — wie immer der Wähler die Karten mischt — daran gehen, dieses Debakel zu sanieren?

Ich darf Ihnen in den verbleibenden 7-Komma-einigen Minuten noch etwas sagen: Was immer Sie heute tun, was immer Sie morgen tun, wenn Sie nicht daran gehen, Ihre Beschlüsse und Entscheidungen an die drei neuen Herren in der VOEST zu revidieren, dann wandern Sie sehenden Auges in ein riesiges Unglück hinein. Diese drei Leute, egal, woher sie kommen und wie klug sie auch sind — ich wiederhole das, was ich in der Sonderitzung gesagt habe, aber Sie befleißigen sich ja der Theorie, daß das, was ein Oppositioneller sagt, nicht gut sein kann, weil er ein Oppositioneller ist —, können maximal, wenn Sie sie lassen, einen Status machen bis zum 30. März, die zweiten zwei Auftragspunkte sind nicht erfüllbar.

Sie haben einen ganz außergewöhnlichen Fehler machen lassen, Herr Bundeskanzler! Ich bin für die Entlassung des VOEST-Vorstandes. Sie haben ihn nur zu früh und unzeitgemäß entlassen. Diese acht Leute hätten bis März den Status machen sollen. (*Vizekanzler Dr. Steger: Neun!*) Diese neun Leute, entschuldigen Sie, aber die Zahl spielt eine untergeordnete Rolle, Herr Vizekanzler! Das ist genauso, als ob Ihre Partei in der Regierung drinnen ist oder nicht. Das ist völlig unerheblich! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe mir ja vorgenommen, Herr Vizekanzler, Sie nicht zu attackieren, weil Sie an der heutigen Nichtbeantwortung und miesen Behandlung meiner Partei nicht schuld sind, aber Ihr Zwischenruf (*Vizekanzler Dr. Steger: Das war eine freundschaftliche Richtigstellung!*) hat mich ja direkt beflügelt. Ich habe bessere Freunde, und Ihre Richtigstellung sollten Sie bei Ihrem Kanzlerchef anbringen (*Vizekanzler Dr. Steger: Der weiß das schon!*), denn wenn Sie eine Funktion hätten, dann hätten Sie eingebracht, wie man das nicht tut. Sie gaben ja vor, es besser

zu wissen. Sie schwiegen ja trostlos dahin bei diesem Desaster, das Sie miteingeleitet haben, Herr Vizekanzler! Niemand wird Sie von der Schuld freisprechen, wenn hier nicht etwas geschieht. Zum morgigen Budgetbeschuß: Wünschen Sie, daß wir Ihnen zu passender Zeit — morgen ist das vielleicht nicht der Fall, ich weiß es — die Aussagen der Freiheitlichen aus den Protokollen zum Budget vorlesen, bevor Sie oben saßen und drinnen waren? Es hat sich verhundertfacht, nur jetzt sitzen Sie drinnen, sind mit dabei und können nichts sagen.

Aber, wie gesagt, ich verschwende hier meine karg werdende Zeit, daher wende ich mich wieder Ihnen zu, Herr Bundeskanzler!

Es liegt auf der Hand: Sie werden unseren Neuwahlantrag, den Fristsetzungsantrag hinunterstimmen. Ich möchte haben, daß Sie sich zwei Dinge sehr schnell aneignen. Wenn Sie schon die Chance nutzen, nicht früher wählen zu lassen, dann nutzen Sie auch die Chance, die wir Ihnen heute und hier geben: Lassen Sie sich nicht dazu verleiten, die Opposition weiterhin so zu behandeln! Sie haben, auch wenn es Ihnen unangenehm ist, eine Auskunftspflicht gegenüber dem Haus, und zwar auch dann, wenn die auskunftbegehrende Opposition unangenehme Fragen stellt.

Ich freue mich darüber, daß wir Sie außerordentlich verärgert haben. Ich kenne Sie lange genug, um sagen zu können: Sie haben sich geärgert! Sie sollten sich aber über sich selbst, Herr Bundeskanzler, und über Ihr außerordentlich schlechtes Benehmen uns gegenüber ärgern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich lade Sie noch einmal ein und ersuche Sie in aller Form: Substituieren Sie nicht Herrn Schieder und Ihre Kohorten mit der Beantwortung von Fragen, die Sie uns nicht beantworten wollen.

Noch einmal: Wenn Sie glauben, daß Mock Sie beleidigt hat — ich habe versucht, Ihnen zu sagen, was er gesagt hat —, dann sprechen Sie es aus, von mir aus von der Regierungsbank herunter. Wir halten das aus. Wir haben eine männliche Aussprache nie gescheut. Verkriechen Sie sich nicht hinter einer Pseudobeliebigung, die Sie nicht artikulieren, und benützen Sie das nicht dazu, uns mies zu behandeln! Wir werden uns das nicht bieten lassen. (*Anhaltender lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) ^{16.58}

Präsident Dr. Stix: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Elmcker für den Ausspruch „Frechheit“ einen Ordnungsruf.

Präsident Dr. Stix

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Schieder. Ich erteile es ihm.

16.58

Abgeordneter **Schieder** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Abgeordnete Dr. Graf (*Abg. Graf: Nein, das ist der andere! Ich bin der Robert! — Heiterkeit*), der Abgeordnete Graf hat die Frage gestellt, ob die ÖVP oder Dr. Mock möglicherweise Dr. Sinowatz geärgert haben. Mehr ist geschehen. Von Dr. Mock ist die Sozialistische Partei Österreichs, und wir glauben, nicht bloß sie, wirklich beleidigt worden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*)

In einer ungeheuer kämpferischen Rede — so der „Kurier“ vom 15. 12. — bezichtigte Mock die SPÖ, in den vergangenen 15 Jahren Österreichs Politik verludert zu haben. Was ist diese Verluderung Österreichs, von der Mock sprach und die der Abgeordnete Graf hart, aber nicht ungerecht gerade vor einigen Minuten hier nannte?

Was heißt dieses Wort „verludern“ eigentlich genau? Der Duden nennt „verludern“ als umgangssprachlich für „verkommen“, also, wie er sagt: „Er verkam im Schmutze.“ „Verludern“ ist verschlampen und mehr als das. Es ist verschlampen mit Schmutz, mit Leichengeruch. Das kommt vom Wort „Luder“. Ja, der Brockhaus sagt dies. „Luder“ heißt nicht bloß hinterhältiges Biest, „Luder“ kommt — so der Brockhaus — aus dem Mittelhochdeutschen und ist der weidmännische Ausdruck für Aas. „Verludern“, das ist das Wort, das der Führer der ÖVP zum Charakterisieren der österreichischen Politik des Österreichs der letzten 15 Jahre verwendet. (*Ruf bei der ÖVP: Wir haben keinen „Führer“, Herr Schieder!*)

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Schreien Sie nicht! Meinen Sie wirklich, daß dieses Österreich „verludert“ ist? Soll dieses unser gemeinsames Vaterland, unsere Heimat, verschlampt mit Leichengeruch sein? Meinen Sie das wirklich? Bedenken Sie doch, wen allen Sie damit beleidigen! Denn dieses Österreich, das ist nicht bloß die Bundesregierung und das Parlament, sondern die Dörfer und Städte, die Gemeinden und die neun Länder, sie alle sind Österreich. Und sie alle sollen verludert sein? (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn Sie schon uns Sozialisten beleidigen, wie ist das mit den Ländern, die ÖVP-Landeshauptleute haben? Sie sind auch Österreich. Sollen auch sie verludert sein? Wird Landeshauptmann Keßler von Vorarlberg, wird Landeshauptmann Wallnöfer von Tirol, wird Lan-

deshauptmann Haslauer von Salzburg, Landeshauptmann Ratzenböck von Oberösterreich, Ludwig von Niederösterreich und Landeshauptmann Krainer von der Steiermark zulassen, daß man ihr Land als „verludert“ bezeichnet? (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Österreich, das sind nicht bloß die politischen Gliederungen, das sind die Sozialpartner, das ist die Wissenschaft, das ist die Landwirtschaft, das sind die Religionsgemeinschaften, die Vereine und Verbände. Österreich, das sind die Menschen, die dieses Land ausmachen, die es lieben und als gute Heimstätte empfinden. Sie alle gehören zur politischen Landschaft, sie alle sind Österreich. Sollen sie alle wirklich, Herr Obmann Dr. Mock, verludert sein?

Und selbst wenn Sie nun einschränken, Sie hätten halt nur die Sozialisten gemeint: Meinen Sie wirklich, wir wären verludert, wir hätten Österreich und seine Politik verludert? Ist das, Herr Dr. Mock, Ihre Empfehlung, ist das Ihre politische Visitenkarte für die Zusammenarbeit? Ist diese Beleidigung Ihre Antwort auf die sachliche Gesprächsbereitschaft des Bundeskanzlers und der Bundesregierung? Soll diese Verluderungsbeleidigung Ausdruck Ihrer Dialogfähigkeit sein? Ich befürchte, Herr Dr. Mock, dieses Ihr Wort ist ein Bumerangwort: Es fällt auf den zurück und trifft den, der es geschleudert hat. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*)

Zweitens: Der ÖVP-Obmann Mock hat in Eisenstadt auch von diesem sogenannten Ostischen gesprochen, er hat, wieder laut „Kurier“, der SPÖ unterstellt — ich zitiere —, „sie bewege sich demokratiepolitisch wie jene Kräfte, die östlich unserer Staatsgrenzen liegen“. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wir österreichischen Sozialdemokraten weisen diese Behauptung, die uns in die Nähe der Kommunisten rücken soll, auf das entschiedendste zurück. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Herr Obmann Mock hat damit vorgestern in Eisenstadt gleich zwei Wiederbelebungsversuche gestartet. Der innerparteiliche — bei Sauerzopf — ist ihm möglicherweise gegückt, der zweite, der Wiederbelebungsversuch der „roten Katze“, wird ihm mißglücken. Dazu sind die Österreicher zu gescheit und dazu kennen sie die Sozialistische Partei zu gut! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Meinen Sie? — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Schreien Sie nicht dazwischen! Uns ist das bitter ernst.

10910

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Schieder

Meine Damen und Herren! Die Antwort auf die vorgestrige Erklärung Dr. Mocks in Eisenstadt haben wir ihm und Ihnen mit unserer „Eisenstädter Erklärung“ schon im Oktober 1969 gegeben. Damals haben der Bundesparteivorstand der Sozialistischen Partei und Parteivorsitzender Dr. Kreisky die Eröffnung der Ausstellung „Unsere Zukunft“ zum Anlaß genommen, in der Landeshauptstadt des Burgenlandes, wenige Kilometer von jener Demarkationslinie entfernt, die das Europa der Demokratie von dem der Diktatur scheidet, eine Erklärung einstimmig zu beschließen. Die damalige Erklärung ist auch eine Antwort für heute. Es heißt in ihr:

Schon vor mehr als 80 Jahren hat die österreichische Reaktion die damals entstehende sozialdemokratische Bewegung als Wegbereiter des Anarchismus denunziert. In der gleichen Weise versucht heute die ÖVP in offener oder versteckter Form die demokratischen Sozialisten als Wegbereiter der kommunistischen Diktatur zur verdächtigen. Die ÖVP tut es, obgleich die Geschichte der sozialistischen Bewegung geprägt ist vom Kampf um die Demokratie. Seine Höhepunkte waren die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes im Jahre 1907, die Gründung der Republik im Jahre 1918, die auch die Verwirklichung der politischen Gleichberechtigung der Frau brachte, der Beschuß der Bundesverfassung des Jahres 1920, wonach Österreich eine demokratische Republik ist, deren Recht von Volke ausgeht, und die berühmte Erklärung Karl Renners über die Selbständigkeit Österreichs vom April 1945, in der Österreich als demokratische Republik im Geiste der Verfassung von 1920 wieder neu errichtet wurde. Die demokratischen Sozialisten befanden sich nicht nur im Kampf um die Demokratie in der vordersten Reihe, sondern sie standen immer in der Frontlinie, wenn es galt, unsere Republik, ihre Unabhängigkeit und Freiheit zu schützen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Und es heißt auch so in unserer Grundsatz-erklärung, in unserem Parteiprogramm:

Die Sozialisten treten unverrückbar für die Demokratie ein. Sie lehnen jene Diktatur einer Minderheit ebenso ab, wie eine die Menschenrechte verletzende Vergewaltigung von Minderheiten durch die Mehrheit. Zwischen demokratischem Sozialismus und Diktatur gibt es keine Gemeinsamkeit, daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromißlose Gegner der faschistischen und kommunistischen Diktatur.

Und deshalb sagen wir es mit allem Ernst und mit aller Deutlichkeit: Wir sind es unserer Selbstachtung, unserer Geschichte, unserer Republik und den Opfern für die Demokratie schuldig, daß wir uns von niemandem auch nur in die Nähe der Kommunisten rücken lassen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Vetter: Lesen können wir selber!)

Hohes Haus! Der Klub der sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte ist heute früh zusammengetreten und hat einstimmig folgende Entschließung beschlossen — ich zitiere —: „Die verantwortungslose und ausfällige Rede von ÖVP-Obmann Alois Mock vor dem burgenländischen ÖVP-Landesparteitag stellt nicht nur eine Beleidigung für alle Österreicher dar, die an der positiven Entwicklung unserer Heimat in den letzten 15 Jahren mitgearbeitet haben, und sich mit dieser Entwicklung identifizieren, sondern verstößt auch in unqualifizierter Weise gegen das, was man gerade im 40. Jahr der Zweiten Republik vielfach als ‚politischen Grundkonsens‘ bezeichnet hat. Die SPÖ läßt sich von niemandem, auch nicht vom Obmann der ÖVP, demokratiepolitisch in die Nähe von Kräften östlich unserer Staatsgrenze rücken.“

Die sozialistische Parlamentsfraktion erwartet daher, daß der ÖVP-Obmann seine Entgleisung durch eine Entschuldigung bereinigt und damit verhindert, daß seine Gesprächsfähigkeit in hohem Umfang belastet und reduziert wird.“ (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Eine peinliche Rede, die Sie da halten!)

Herr Obmann Dr. Mock! Entschuldigen ist keine Schande, sondern ein Zeichen von Klugheit, wenn man durch einen Fehler jemand anderen beleidigt hat. Seien Sie klug, seien Sie mutig, entschuldigen Sie sich für diese beiden Äußerungen vom Samstag im Burgenland! (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Die SPÖ ist arm mit so einem Zentralsekretär! Eine peinliche Rede!)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Im Gegensatz zu Beleidigungen und Unterstellungen ist Österreich ein Land, auf das die Menschen stolz sein können. Ihre tatsächlichen Lebensbedingungen sind gut, die Wirtschaft floriert, die sozialen Errungenschaften werden nicht angetastet, sondern ausgebaut. (Abg. Dr. Ettemayer: Reden wir lieber von der VOEST!) Ja, es gibt auch Fehler und Probleme, wir beschönigen sie nicht, wie jetzt bei der VOEST, sondern wir versuchen, sie zu lösen, aber nicht unter dem Gesichtspunkt von parteipolitischen Propagandainteressen,

Schieder

sondern unter vorrangiger Berücksichtigung der Interessen unseres Landes und seiner Menschen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*)

Die letzten 15 Jahre, die Sie schlecht machen wollen, waren in Wirklichkeit gute Jahre für Österreich, auch wenn Sie dies bestreiten; die Menschen dieses Landes wissen es. Österreich hat sich besser entwickelt als in der Ersten Republik. Es waren das Regierungen unter Ihrer Führung, es waren dies die Regierungen Kreisky, und es ist dies die Regierung Sinowatz. Sie sind es nicht allein gewesen, es waren die großen Gruppen dieses Landes, es waren die Menschen dieses Landes, die mit ihrer Arbeitsleistung zum Aufstieg Österreichs beigetragen haben. Diese letzten 15 Jahre, die Sie schlechtmachen, haben in Wirklichkeit Österreich nach vorne gebracht. (*Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ*) Die siebziger Jahre, untrennbar verbunden mit Bruno Kreisky, haben den österreichischen Weg gewiesen: Wirtschaftlicher Aufschwung, neue Industrialisierung, Reform aller Lebensbereiche, mehr Gerechtigkeit, besserer Zugang zu Recht, Bildung und Demokratie.

Nun hat die Regierung Sinowatz die Modernisierung der österreichischen Wirtschaftsstruktur in Angriff genommen, diese Regierung hat die Zeichen der Zeit erkannt, rechtzeitig eine Großoffensive in der Umweltpolitik gestartet und durch zahlreiche Maßnahmen auf den Gebieten Soziales, Bildung, Forschung, Verkehr, Wohnbau, Familie, Energie und Sicherheitspolitik und in anderen Bereichen Reformen gestartet, die den Aufbruch in die neue Zeit bedeuten.

Im Zentrum der Arbeit steht die Beschäftigungspolitik. Und dieses Österreich hat heute mehr Beschäftigte, als es auf dem Gipfel der Hochkonjunktur hatte.

Meine Damen und Herren, vor allem liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, machen Sie dieses Land, machen Sie die Politik in diesem Land nicht so schlecht. Es ist ein gutes Land, dieses Österreich, und nicht nur wir von der SPÖ, alle Österreicherinnen und Österreicher werden sich diese gemeinsamen Erfolge auch nicht durch solche Mißgriffe Ihrer Strategie vermiesen lassen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*) 17.13

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Puntigam.

17.14

Abgeordneter Dr. Puntigam (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Beantwortung

von dringlichen Anfragen hat der Herr Bundeskanzler schon einige Male einiges an den Tag gelegt. Die Form der heutigen Beantwortung war aber eine sensationelle Leistung, ein Beweis dafür, wie man mit vielen Worten nichts aussagen kann. (*Beifall bei der ÖVP*)

Bei der dringlichen Anfrage, wann er den Gesundheitsminister Steyrer in den Wahlkampf entlassen werde, hat Bundeskanzler Sinowatz gesagt, bis zum Wahltag werde die Entscheidung fallen. Er hat damit eine Antwort gegeben, bei der im Vergleich dazu das Delphische Orakel noch ein Präzisionsgerät gewesen ist.

Die Beantwortung heute mit stereotypen Passagen und dem Hinweis, daß Gesetze einstimmig beschlossen worden sind, wurde keine einzige Frage beantwortet, wurde zu keinem einzigen Problem echt Stellung genommen. Wahrscheinlich ist bei der Auffassung dieser Beantwortung auch jene Hilflosigkeit in Wirtschaftsfragen Pate gestanden, die die Regierung in wichtigen Fragen bisher an den Tag gelegt hat. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ich möchte mich mit der Rede des Abgeordneten Schieder nicht allzu lange befassen, da meine Redezeit begrenzt ist. Ein paar Bemerkungen dazu sind doch notwendig. Herr Abgeordneter Schieder, Sie wissen anscheinend nicht einmal, wo der Parteitag der ÖVP stattgefunden hat: nicht in Eisenstadt, sondern in Oberschützen. Sie haben also den Ort nicht einmal gewußt, und Sie zitieren ... (Abg. Schieder: Auch in Oberschützen darf man nicht beleidigen! Das hängt nicht vom Ort ab! Man kann sich auch für eine Rede in Oberschützen entschuldigen!)

Herr Abgeordneter Schieder, Sie zitieren auch falsch: Parteiobmann Mock hat nicht gesagt, Österreich wird verludert, sondern die „Wirtschaft unseres Landes wird verludert“. Das ist ein Unterschied! Sie haben das unerlaubterweise auf „Österreich“ umgeändert. (*Beifall bei der ÖVP*)

Meine Damen und Herren! Die heute eingebrachte dringliche Anfrage, über die wir jetzt diskutieren, wäre eine Chance, das zu tun, was Bundeskanzler Sinowatz bei der letzten Sondersitzung des Nationalrates selbst vorgeschlagen hat, nämlich einen neuen Anfang zu machen.

Parteiobmann Mock hat damals diesen Vorschlag aufgegriffen und er hat ihn noch um eine demokratische Komponente erweitert: Er hat vorgeschlagen, man sollte zuerst den

10912

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Puntigam

Wähler fragen, wer bei diesem neuen Anfang Regie führen soll. Dann erst sollte man den ersten Schritt zu einem Anfang setzen. Sie, Herr Bundeskanzler, reden von einem „neuen Anfang“! Aber in Wirklichkeit gehen Sie genau wieder jenen Weg weiter, der bisher schon in die Sackgasse geführt hat.

Finanzminister Vranitzky hat in seiner Budgetrede am 23. Oktober drei grundsätzliche Gesichtspunkte für die Konzeption des Bundeshaushaltes herausgestellt. Die zweite lautete wörtlich, ich zitiere —: „Ein weiterer Bereich, der sich allerdings mit der Konsolidierung nicht vereinen läßt, verdient kritische Aufmerksamkeit: nämlich die Grundhaltung, auftretende Probleme in erster Linie vom Staat lösen, insbesondere bezahlen zu lassen.“

„Der Staat darf“ — so führte Vranitzky weiter aus — „nicht zur Deponie finanzieller Wünsche werden. Anforderungen an die öffentliche Hand haben dem Vergleich mit alternativem Einsatz der knappen Mittel standzuhalten.“

Das alles hat sich, noch dazu wenn es aus dem Mund des obersten Säckelwartes der Republik kommt, recht gut angehört und wurde von den sozialistischen und freiheitlichen Abgeordneten auch mit entsprechendem Beifall bedacht.

Die Wirklichkeit aber, meine Damen und Herren, ist eine ganz andere. Die größte verstaatlichte Bank hat zum Überleben der ihr angeschlossenen Industriebetriebe 7,2 Milliarden Schilling gebraucht — und sie auch mit Zustimmung der Volkspartei bekommen, obwohl wir, hätten wir allein zu entscheiden gehabt, nicht die ganze Last dem Steuerzahler aufgebürdet, sondern einen Teil auch beim Eigentümer belassen hätten. (Abg. Dr. Reinhardt: Haben Sie mitgestimmt, Herr Dr. Puntigam?)

Wir haben mitgestimmt. Aber hätten wir allein die Verantwortung zu tragen gehabt, hätten wir nicht dem Steuerzahler die ganze Last aufgebürdet, sondern auch die CA zur Mitzahlung eingeladen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Länderbank als zweitgrößtes verstaatlichtes Bankunternehmen hat 3 Milliarden Schilling gebraucht, um vor dem verschont zu bleiben, was jedem privaten Unternehmer blüht, wenn er schlecht gewirtschaftet hat. (Abg. Helmut Wolf: Stimmt ja nicht!) Natürlich stimmt das! 3 Milliarden Schilling waren es. Auch da haben wir zugestimmt, weil auch

wir nicht zulassen konnten, daß eine verstaatlichte Bank vor den Richter zitiert wird.

Die verstaatlichte Industrie hat bisher schon 26 Milliarden Schilling aus Steuermitteln bekommen. Die Volkspartei hat immer dann ja gesagt, wenn man die Geldzufuhr damit verknüpft hat, daß die Verantwortlichen auch Sanierungs- und Strukturkonzepte auf den Tisch legen.

Bei der letzten Milliardenspritze haben Sie unsere Vorschläge lebhaft vom Tisch gewischt und in Ihrer Betriebspropaganda die ÖVP als „Arbeitsplatzvernichtungspartei“ an den Pranger zu stellen versucht.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß nach dem VOEST-Debakel die Arbeiter der verstaatlichten Industrie erkannt haben, welche Politik in die Krise führt und von welcher man erwarten kann, daß sie einen Ausweg aus der Krise eröffnet.

Kein Mensch, egal in welchem politischen Lager er steht, wird sich der Illusion hingeben, daß mit dem heute mehr als umstrittenen Kraftakt in der Vorstandsetage der VOEST auch nur ein Schritt in die Richtung einer echten Lösung gesetzt worden ist. Viele ernst zu nehmende Wirtschaftsfachleute glauben sogar, daß bei dieser überstürzten Feuerwehraktion mit dem Löschwasser mehr Schaden angerichtet worden ist, als der Brand verursacht hat.

Es ist von meinen Vorrednern schon darauf hingewiesen worden, daß es nicht höhere Gewalt und Einflüsse von außen sind, die die Verstaatlichte, aber genauso die ganze übrige Wirtschaft in immer größere Schwierigkeiten bringen.

Mit ihrer Wirtschaftspolitik hat diese Regierung das Gestalten aufgegeben und sich auf das Reagieren zurückgezogen. Angesichts dieser Defensivhaltung darf es uns nicht wundern, daß es in keinem Bereich länger- oder zumindest mittelfristige Konzepte gibt. Ich möchte das an Hand einiger Beispiele aus dem Agrarbereich beweisen.

Der Finanzminister hat bei der ersten Lesung des Budgets in seiner Wortmeldung erklärt, er habe sich der Strukturverbesserung verschrieben und habe es auch in der Landwirtschaft angegangen. Als erstes Beispiel dafür nannte er die Magermilchaktion zum Abbau der Milchüberschüsse, und er wunderte sich, warum sie von der Landwirtschaft nicht angenommen werde.

Dr. Puntigam

Ich möchte in keine Agrardebatte abgleiten, weil es bei dieser Dringlichen um etwas ganz anderes geht, aber ich will eines klarstellen: Die Bauernvertreter haben damals zu dieser Aktion ja gesagt, weil sie dem Grunde nach vernünftig ist. In der Durchführung aber ist sie vom Landwirtschaftsminister dann so verstimmt worden, daß kein Bauer mehr an ihr etwas Positives erkennen konnte.

Wenn der Mäster, der die Flüssigmagermilch in seinem Betrieb verfüttern soll, den Sojaschrot, der noch dazu nicht so leicht verderblich ist wie Milch, viel billiger bekommt als die Aktionsmilch, dann darf man sich nicht wundern, daß aus dieser Aktion ein Flop werden mußte; ein Flop, der schon bei der Abfassung der Bedingungen vorprogrammiert war. Jeder Bauer muß genau rechnen, und wer rechnet, kann da nicht mitmachen.

Das zweite Beispiel, welches Finanzminister Vranitzky bei der ersten Lesung angeführt hat, betrifft die Milchlieferverzichtsprämie. Sie hätte zu einer Minderung der Produktion führen sollen und hat das gleiche Schicksal erlitten wie die Magermilchaktion: 100 000 Tonnen waren zum Rückkauf angeboten, und obwohl die ursprüngliche Frist verlängert worden ist, sind kaum mehr als ein Drittel davon in Anspruch genommen worden.

Der Finanzminister hat das in seiner Rede bei der ersten Lesung ebenfalls bedauert und kritisch gemeint, daß nach einem anfänglichen Interesse die Bauern von dieser Aktion abgelassen hätten, weil — ich zitiere wörtlich — „offensichtlich andere Einflüsse auf sie eingewirkt hätten“.

Das klingt sehr geheimnisvoll, aber in Wirklichkeit steckt dahinter das gleiche, was schon bei der Magermilchaktion zum Flop geführt hat: Eine an sich vernünftige Idee wurde vom Landwirtschaftsminister so lange bürokratisch bearbeitet, bis etwas herausgekommen ist, mit dem niemand mehr eine Freude haben konnte. (Abg. Dr. Reinhart: Reden Sie schon zum Thema?)

Wer den Milchlieferverzicht ... (Abg. Dr. Reinhart: Reden Sie schon zum Thema?) Auch die Agrarpolitik ist ein Teil der Wirtschaftspolitik, Herr Kollege, auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Hietl: Auch wenn es dem Reinhart nicht gefällt!)

Hören Sie mir zu! Wer den Milchlieferverzicht — und ich betone ausdrücklich: Milchlieferverzicht — in Anspruch nimmt, darf sich

aus seinem Stall nicht einmal die Milch für die eigene Familie holen. (Abg. Helmut Wolf: Dafür hast ja du gestimmt, das ist ja deine Idee!) Warten Sie, Herr Kollege! Ich bin Ihnen dankbar für den Zwischenruf, hören Sie mir zu!

Ein Bauer aus dem Mürztal wollte mit der Milchproduktion aufhören. Er wohnt von der nächsten Sammelstelle relativ weit entfernt und wollte daher mit der Milchlieferung aufhören. Er hat vier Kinder, die Mutter lebt auch noch, es leben also sieben Personen im Haushalt. Wenn er für die siebenköpfige Familie die Milch um 11,70 S pro Liter beim Kaufmann kaufen muß, dann kostet das mehr, als die Milchlieferverzichtsprämie bringt. Das ist eine Vorgangsweise, mit der natürlich die Bauern einfach nicht einverstanden sein können. Bei solchen Bedingungen kann man nur sagen: Nein, danke. (Abg. Helmut Wolf: Haben Sie mitgestimmt?) Das ist, meine Damen und Herren, kein Konzept und auch keine Politik, zu der wir ja sagen können. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Helmut Wolf: Es hat die ÖVP mitgestimmt, Herr Puntigam!)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Eine an sich vernünftige Idee (Abg. Helmut Wolf: Herr Dr. Puntigam! Haben Sie mitgestimmt oder nicht?), zu der wir ja gesagt haben, wird dann, wenn sie ein sozialistischer Minister in die Hand bekommt, zu etwas gemacht, was niemand mehr haben will. (Beifall bei der ÖVP.)

Diese beiden Beispiele, die aus dem Agrarbereich stammen, ließen sich auch für die übrige Wirtschaft, für die Industrie und für das Gewerbe, beliebig lang fortsetzen. Das sind zwar gegenüber dem, was sich im Bereich der Verstaatlichten abspielt, nur kleine Fische, aber für die Betroffenen und in der Summe selbst machen sie doch sehr viel aus.

Meine Damen und Herren! Ich lade die sozialistischen Abgeordneten und auch die freiheitlichen ein, dem Vorschlag des Bundeskanzlers, einen neuen Anfang zu machen, beizutreten, nur mit einem Unterschied: Wir wollen einen neuen Anfang machen mit einer neuen, besseren Politik und nicht wie der Bundeskanzler mit der alten Politik von neuem beginnen.

Stimmen Sie unserem Fristsetzungsantrag zu, meine Damen und Herren, und machen Sie damit den Weg frei für einen neuen Anfang mit einer neuen Politik! (Beifall bei der ÖVP.) 17.27

10914

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Präsident

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Gugerbauer.

17.27

Abgeordneter Dr. **Gugerbauer** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ohne die Schwierigkeiten in der verstaatlichten Industrie, die uns alle beschäftigen, bagatellisieren zu wollen, möchte ich doch darauf hinweisen, daß man die Entwicklung auch hier im Parlament realistisch einschätzen und beurteilen muß.

Das ist eine Aufgabe, der sich jeder Abgeordnete zu unterziehen hat, unabhängig davon, ob er der Regierung oder der Opposition angehört. Ich darf Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daher zur Beruhigung der Auseinandersetzung ein Zitat zur Kenntnis bringen, das sich auf ein „vorweihnachtliches Abrundungsgespräch“ bezieht.

Zu diesem Gespräch hat der Bundesminister für Finanzen den Notenbankpräsidenten Stefan Koren und den Obmann der Kreditsektion in der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Herrn Klaufs, geladen.

Als Ergebnis dieses Abrundungsgespräches wurde folgendes verlautbart — ich zitiere die „Presse“ vom 14. Dezember —: „Die finanzielle Lage hat sich im vergangenen Jahr eher gebessert.“ Und der Generalanwalt des Raiffeisensektors Helmut Klaufs fügt an — ich zitiere wieder, beziehungsweise ich lese vor —: „Hinsichtlich der Währungspolitik und der Beurteilung der Kreditwürdigkeit Österreichs gäbe es keinerlei Bedenken.“ — Zitatende.

Ich wiederhole: Es wird für uns alle sehr schwer sein, dieses Debakel im VOEST-ALPINE-Konzern zu bewältigen. Ich glaube aber, daß man mit Realismus an die Aufgabe herangehen und daß dieses Haus vor allen Dingen den Bundesminister für Finanzen dabei unterstützen muß. Er hat sich in den letzten Tagen weit vorgewagt. Er ist heute bereits vom Kollegen Dr. Schüssel zitiert worden; ich habe das Interview beziehungsweise das teilweise zitierte Gespräch des Finanzministers im „Kurier“ auch mit sehr viel Interesse verfolgt.

Finanzminister Vranitzky hat dabei den Standpunkt der ganzen Bundesregierung klar unterstrichen, daß eine zentrale Aufgabe der Regierungspolitik darin besteht, das Budgetdefizit von momentan 4,5 Prozent des Brutto-sozialproduktes zu senken, sonst würden wir

in einem konjunkturschwachen Zeitraum keinen Spielraum mehr haben.

Finanzminister Vranitzky ist wegen dieser Äußerung, vor allen Dingen auch wegen des Hinweises auf Länder, die nicht sozialistisch regiert werden, kritisiert worden, auch von eigenen Parteifreunden kritisiert worden. Wir Freiheitlichen stellen dazu klar fest, daß wir uns mit diesen Zielen des Finanzministers in Übereinstimmung befinden und daß jedenfalls wir dem Bundesminister für Finanzen alle Unterstützung gewähren werden, das Ziel der Reduzierung des Budgetdefizits weiter verfolgen zu können. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es ist im Verlauf der letzten Tage und Wochen wiederholt darauf hingewiesen worden, daß man die Ursachen der Schwierigkeiten beim größten österreichischen Industriekonzern nicht einfach in einer verfehlten Regierungspolitik suchen kann, sondern daß diese Ursachen sehr viel breiter gestreut sind, vor allen Dingen auch, was die politische Verantwortlichkeit betrifft. Sie sind in den letzten Tagen und Wochen darauf hingewiesen worden, daß vor allen Dingen auch in der Einschätzung des Auslandes, in der Einschätzung durchaus konservativer Wirtschaftszeitungen der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz oder Großbritanniens der politische Einfluß vor allen Dingen auch der ÖVP als eines der Grundübel hingestellt wird. Daß es nicht nur so wäre, daß diese Schwierigkeiten bei der VOEST-ALPINE als Ausfluß einer zu langen sozialistischen Regierungspolitik dargestellt werden können, sondern daß vor allen Dingen auch das Hineinregieren der Österreichischen Volkspartei über ihre Landeshauptleute, über ihre Regionalpolitiker mit als Ursache festzumachen ist.

Und was ich persönlich wirklich sehr bedauerlich finde, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, daß man aus den Schwierigkeiten nichts gelernt zu haben scheint. Gerade auch was die Opposition, die Österreichische Volkspartei, betrifft.

Es hat in diesem Zusammenhang wiederholt Wortmeldungen von ÖVP-Landeshauptleuten gegeben: Wortmeldungen des Landeshauptmannes Krainer oder seines oberösterreichischen Kollegen Dr. Ratzenböck. Niemand, der die Politik der Österreichischen Volkspartei in den letzten Jahren mitverfolgt hat, hat sich ernstlich darüber gewundert, daß diese Erklärungen oft widersprüchlich gewesen sind, daß beide zwar an einem Seil ziehen,

Dr. Gugerbauer

aber an verschiedenen Enden dieses Seiles. Vor allen Dingen die beiden Landeshauptleute Ratzenböck und Krainer.

Und wenn man dann der Frage nachgeht: Wie sieht es die Bundes-ÖVP, wie sieht es die bundespolitisch verantwortliche Führungsmannschaft?, dann kommt man zu sehr enttäuschenden Antworten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Beispielsweise hat am 4. Dezember in Baden bei Wien eine Tagung des Bundesratsklubs der Österreichischen Volkspartei stattgefunden. Im Zuge dieser Tagung ist eine Resolution zur Lage bei der VOEST-ALPINE verabschiedet worden. In dieser Resolution unterstützen die ÖVP-Bundesräte sowohl Landeshauptmann Ratzenböck, der die steirischen Betriebe aus dem VOEST-ALPINE-Konzern ausgliedern will, als auch Landeshauptmann Krainer, der sich gegen eine Benachteiligung der Steiermark, das heißt, auch gegen eine Ausgliederung der Betriebe aus dem VOEST-ALPINE-Konzern ausgesprochen hat.

Man mag diese Resolution der ÖVP-Bundesräte, die ja nicht untypisch ist für die unklare Gesamthaltung der Volkspartei, durchaus als Beweis für die Integrationsfähigkeit der ÖVP-Bundespolitik ansehen. Aber einen Beitrag zur Lösung der Probleme bietet sie ebenso wie alle anderen Erklärungen der Österreichischen Volkspartei nicht.

Es ist daher Aufgabe der Regierungskoalition, für tatsächliche Reformen zu sorgen, und wir werden dieser Aufgabe auch nachkommen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ*.)

In den Tageszeitungen, die heute erschienen sind, wurde berichtet, daß im Vorweihnachtsgeschäft neue Umsatzrekorde zu erzielen waren, vor allen Dingen im Einzelhandel. Es gibt eine wahre Geschenkflut, wie beispielsweise die „Presse“ in einer Schlagzeile berichtet. Es gibt einen Einkaufsboom, der vor allem auf realen Einkommenszuwächsen basiert, auf Zuwachsen bei den Masseneinkommen.

Ich zitiere das nicht nur als Ausdruck einer verbesserten wirtschaftlichen Gesamtsituation in unserer Republik, sondern weil ich auf eine Erklärung meines Vorredners Dr. Schüssel zurückkommen muß.

Dr. Schüssel hat als Wirtschaftsbundgenalsekretär einen sehr bemerkenswerten Vorschlag zur Sanierung der VOEST gemacht. Er hat nämlich erklärt, er könnte sich vorstellen,

dass die Belegschaft des VOEST-ALPINE-Konzerns auf ihre Lohnerhöhung verzichten soll. Das ist eine sehr bemerkenswerte Erklärung, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allen Dingen, wenn man diese Erklärung vor dem Hintergrund anderer Ausführungen von Politikern der Österreichischen Volkspartei sieht, zum Beispiel jener des Kollegen Taus, der in der VOEST-Debatte der vergangenen Woche mit anklagender Stimme gemeint hat: Alle Neune haben sie entlassen, das wäre doch nicht notwendig gewesen, das war doch auf alle Fälle zu früh. Auch heute wieder hat Kollege Graf erklärt, daß der Vorstand zu früh zurücktreten mußte. (*Abg. Graf: Ich bin für die Formulierung „zu früh“!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da zeigt sich eben der Unterschied zwischen Regierung und Opposition einmal mehr ganz deutlich. Sie wollen den Arbeitnehmern, Sie wollen 70 000 Beschäftigten beim VOEST-ALPINE-Konzern die Butter vom Brot nehmen. Wir treten dafür ein, daß die verantwortlichen Manager einer Strafe zugeführt werden und für den Schaden einstehen müssen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Das ist wahre liberale Politik! — Abg. Probst: Da zeigt sich Ihre Gesinnung, wenn Sie Liberalität mit ... gleichsetzen!*)

Kollege Dr. Blenk ist lernfähig, was ihm ja als positiv konzediert werden muß. (*Vizekanzler Dr. Steger: Er ist nicht lernfähig!*) Er ist nicht lernfähig. Bitte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf darauf hinweisen, daß wir uns alle bemühen müssen — da schließe ich auch die Opposition ein —, daß wir rechtzeitig die Weichen stellen für tatsächliche Strukturreformen in der verstaatlichten Industrie. Das ist das ganze Jahr ein bisschen zu kurz gekommen, nicht nur heute, sondern auch in den vorangegangenen Debatten. (*Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler: In den vergangenen 14 Jahren!*) In den vergangenen 14 Jahren, wobei man aber die Österreichische Volkspartei nicht aus der Verantwortung entlassen darf. So einfach ist es nicht, Kollegin Rabl-Stadler, daß die einen in der Regierung sitzen und verantwortlich sind, und die anderen delegieren nur die Vorstandsmitglieder in die verstaatlichte Industrie, kassieren nur Partiesteuern von diesen Direktoren und sind für nichts verantwortlich. Das ist sicher etwas zu einfach und zu eingleisig. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Ich glaube, daß wir für eine Strukturreform arbeiten müssen, daß wir sehr viel von der

10916

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Gugerbauer

Aufmerksamkeit, die wir heute zwangsläufig dem VOEST-ALPINE-Konzern schenken, anderen Bereichen zuwenden sollten und zuwenden müßten.

Wir haben mit einiger Begeisterung zur Kenntnis genommen — das trifft für alle Teile dieses Hauses zu —, daß es in der Verstaatlichten einen Generaldirektor gibt, der jetzt die Position des Generaldirektors in der VOEST-ALPINE übernommen hat, den Generaldirektor Kirchweger von der Chemie Linz AG, der in seinem Bereich Gewinne erzielt hat. Aber dieser Stolz über eine positive Bilanzierung in einem wichtigen Betrieb der Verstaatlichten darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier die großen Strukturprobleme noch heranwachsen und heranstehen. (Abg. Dr. Blenk: Ist das so etwas Sensationelles, wenn ein Unternehmer Gewinne macht? Das sollte normal sein!)

Das ist ganz sensationell, Kollege Dr. Blenk, weil Sie vergleichen müssen. Sie müssen vergleichen, was international investiert wird, welche Forschung betrieben wird, wie neue Produktionen aufgenommen werden, weil man sich für die Zukunft rüstet.

Es ist zum Beispiel schon sehr nachdenkenswert, daß man im internationalen Maßstab neue Produktionszweige aufnimmt, daß man in Verbundwerkstoffe investiert, daß man in die Biochemie investiert, daß man in die Keramiktechnologie investiert. In Österreich sehe ich derartige Versuche weit und breit nicht, sondern wir haben die traditionelle Produktpalette, die letzten Endes in den nächsten Jahren ebenso von Betrieben aus dem Ostblock, von Betrieben aus dem Nahen Osten abgedeckt werden wird, wie wir das in den letzten Jahren im Bereich der Montan-Industrie erlebt haben.

Das heißt, wir sollten einen Teil unserer Aufmerksamkeit, wir sollten einen Teil unserer Energie den Strukturproblemen auch in anderen Bereichen der verstaatlichten Industrie zuwenden, denn nur dann, wenn wir heute schon über die Probleme von morgen sprechen, nur dann, wenn wir heute über die Zukunftschancen, über die Zukunftsmärkte sprechen, werden wir eine gesicherte Grundlage für die verstaatlichte Industrie gewährleisten können.

Aber die Österreichische Volkspartei betrachtet die ganze Frage nicht aus einer gesamtpolitischen Verantwortung heraus, sondern rein als Spiel von Opposition auf der einen Seite und Regierung auf der anderen

Seite. Ich bin ein bißchen enttäuscht gewesen, als heute Kollege Graf eine Maßlosigkeit zur Schau getragen hat, die man sonst von ihm nicht gewohnt ist.

Ich glaube, daß die Erklärung betreffend die Anzahl der Vorstandsdirektoren in der VOEST-ALPINE AG sein sonst durchaus von mir akzeptiertes Niveau vermissen lassen hat. Denn er hat hier von acht Vorstandsdirektoren bei der VOEST-ALPINE AG gesprochen. Als ihn der Vizekanzler gar nicht so laut korrigiert und gemeint hat, es wären nicht acht Vorstandsdirektoren, sondern tatsächlich neun — und das stimmt —, hat Graf jedes Maß der politischen Auseinandersetzung verloren und damit, glaube ich, gerade der für die Zukunft notwendigen Diskussion sicher geschadet.

Ich glaube daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Bevölkerung sehr genau abwägen muß, wer in diesem Staat bereit und willens ist, notwendige Reformen voranzutreiben, und wer nur politisches Wechselgeld eingelöst haben möchte. (Abg. Dr. Blenk: Wann und wo haben Sie etwas vorangetrieben?)

Es gibt eine ganze Reihe von wichtigen politischen Themen, Kollege Dr. Blenk, wo die Österreichische Volkspartei dazu nicht in der Lage ist. Ich greife ein Thema heraus, das wird Sie wahrscheinlich als Wissenschaftssprecher noch nicht so interessiert haben, aber es ist für die Zukunft dieses Landes wesentlich. Es gibt das Kartellgesetz, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Blenk, das Kartellgesetz, das in absehbarer Zeit in einer völlig neuen Fassung von uns beschlossen werden wird. Ich glaube, daß dieses neue Kartellgesetz für die Zukunft der Gesamtwirtschaft Österreichs von überragender Bedeutung sein wird, weil dieses neue Kartellgesetz Macht-konzentrationen im Handel verhindern und den übermächtigen Einfluß von Genossenschaftsverbänden dort beschränken wird, wo diese Genossenschaftsverbände heute ihrem ursprünglichen Zweck nicht mehr gerecht werden.

Wie schaut es aus mit dieser Reform, die doch wirklich notwendig ist für unsere wirtschaftliche Entwicklung? Es gibt einen Entwurf des Justizministers Dr. Harald Ofner, der sich wirklich dafür eingesetzt hat, und wir erleben heute nichts anderes als einen kleinen innerparteilichen Streit in der Österreichischen Volkspartei: Auf der einen Seite die Vertreter der Bundeskammer, die sich zaghaft, aber doch als Befürworter dieses neuen

Dr. Gugerbauer

Gesetzes ausgeben, auf der anderen Seite die Vertreter des Bauernbundes, die mit aller Macht versuchen, sich dieser Reform in den Weg zu legen. Ich meine daher, daß die Österreicher im allgemeinen und die Gewerbetreibenden im besonderen durchaus wissen, wo sie Reformen, wo sie zukunftsweisende Schritte für die Wirtschaft zu erwarten haben, und ich glaube, daß die österreichische Bevölkerung den Weg dieser Regierungskoalition nicht nur versteht, sondern auch weiterhin unterstützen wird. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ*. — *Abg. Dr. Blenk: Was das jetzt mit der VOEST zu tun hat, weiß ich auch nicht!*) 17.44

Präsident: Nächster Redner ist die Frau Abgeordnete Tichy-Schreder.

17.44

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Zentralsekretär Schieder hat am Schluß seiner Rede an uns beziehungsweise an meine Kollegen appelliert, wir sollen doch die Politik nicht schlechtmachen.

Da kann ich ihm nur antworten — er ist leider nicht im Saal; er ist anschließend gleich verschwunden —: Wenn hier jemand Politik schlechtmacht, dann war das der Herr Bundeskanzler bei der Beantwortung unserer Anfrage. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Da muß ich schon den Herrn Minister Lacina loben, der wenigstens konkrete Antworten auf unsere Fragen seinerzeit gegeben hat, während der Herr Bundeskanzler nur nebulose Antworten gab. Das bedauere ich zutiefst. Er hätte praktisch nur das wiederholen müssen, was Herr Dr. Schüssel gesagt hat, doch das wollte er nicht!

Aber, meine Damen und Herren, wenn Herr Kollege Gugerbauer soeben meinte, daß die Regierungsparteien für tatsächliche Reformen sorgen werden, muß ich ihm widersprechen. Er sagte, die Regierungsparteien haben angefangen, für Reformen zu sorgen, nämlich mit dem Austausch des kompletten Vorstandes. Er hat gesagt, das mache eben die Regierung, und die Opposition mache etwas anderes. Dazu kann ich ihm nur sagen: Genau das zeigt, Herr Kollege Gugerbauer, daß die Regierung von Wirtschaftspolitik nichts versteht! Denn wer sorgt denn für die zukünftigen Aufträge, die die VOEST erhalten soll, damit sie weiter existieren kann? Das kann jetzt nicht passieren, weil sich der neue Vorstand mit anderen Angelegenheiten befassen muß, und das empfinde ich als einen gravierenden Fehler. Nichts zeigt deutlicher als

diese Maßnahme, wie schwach diese Koalitionsregierung in Wirtschaftsbelangen ist. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Ich bedaure, daß der Herr Bundeskanzler das Haus verlassen hat oder zumindest jetzt nicht mehr auf der Regierungsbank sitzt, denn ich möchte ihn gerne ansprechen. Er hat nämlich in seiner Regierungserklärung am 31. 5. 1983 gesagt:

„Besondere Verantwortung trägt der Bund aber als Eigentümer für die Unternehmen der verstaatlichten Industrie . . .“

In dieser Passage zur verstaatlichten Industrie hat er sich das Ziel gesetzt, Tendenzen in der Entindustrialisierung entgegenzuwirken und das Beschäftigungsniveau zu stabilisieren. In diesem Zusammenhang hat der Herr Bundeskanzler der verstaatlichten Industrie die Zuführung ausreichender Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben zugesichert.

In seiner Erklärung zur wirtschaftlichen Lage vom 26. Juni dieses Jahres hat er auf die nötige Umstrukturierung in diesem Bereich verwiesen, für den eine Mittelzuführung von 16,6 Milliarden Schilling im Herbst 1983 von den Regierungsparteien beschlossen worden ist. Er hat dazu wörtlich gesagt:

„Die positiven Auswirkungen dieser Mittelzuführung zeigen sich bereits heute. Fast alle Unternehmungen der verstaatlichten Industrie — sieht man vom Stahlbereich ab — konnten aus der Verlustzone geführt werden.“

Besonders hat er darauf hingewiesen, daß die Mittel nicht allein der Verlustabdeckung, sondern auch dazu dienten, die VOEST-ALPINE in den Bereich der Hochtechnologie, speziell in den Bereich der Mikroelektronik, hineinzuführen.

Wie eigenartig klingen diese Worte knapp ein halbes Jahr später bei der Beantwortung der dringlichen Anfrage an den Bundesminister Lacina, wenn er sagen mußte, daß bei AMI-Austria 1984 bei einem Umsatz von 309 Millionen Schilling ein Verlust von 194 Millionen Schilling „erzielt“ wurde und daß 1985 bei einem Umsatz von voraussichtlich 354 Millionen Schilling mit einem Verlust von 320 Millionen Schilling gerechnet werden muß.

Das bedeutet zumindest eines: daß der Einstieg in die Hochtechnologie bei der VOEST-ALPINE nicht gelungen, sondern mißlungen ist.

10918

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Ingried Tichy-Schreder

Darüber hinaus hat sich durch die neuerlichen Verluste bei der VOEST in Höhe von 5,7 Milliarden Schilling herausgestellt, daß auch die Umstrukturierung, von der der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung gesprochen hat, nicht gelungen, sondern mißlungen ist.

Ergänzend möchte ich zur Information für den Abgeordneten Gugerbauer hinzufügen, daß auch die Chemie Linz, wie in den letzten Tagen zu vermerken war, dieses Jahr keine Gewinne erzielen wird, sondern leider Gottes ebenfalls Verluste.

Wir, die Vertreter der Österreichischen Volkspartei, haben anlässlich der Mittelzuführung in Höhe von 16 600 Millionen Schilling das Konzept der Umstrukturierung vermißt und konnten daher unsere Zustimmung nicht geben.

Das bedeutet, daß Ihre Wirtschaftspolitik für die verstaatlichte Industrie gescheitert ist. Ihre Wirtschaftspolitik, die Sie aber auch für alle Österreicher betreiben und für die Sie auch die Verantwortung tragen, hat natürlich Auswirkungen auf Ihr Budget. Für das nächste Jahr wird eine neuerliche Finanzspritze aus dem Steuertopf von zirka 20 Milliarden Schilling angekündigt. Der Herr Bundeskanzler hat es heute nicht gesagt, aber es ist bereits von verschiedenen Seiten aus Ihren Reihen angekündigt worden.

Das in Ihrem Budget 1986 prognostizierte Budgetdefizit ist nicht einzuhalten, wie Ihnen Herr Kollege Schüssel ganz deutlich aufgezeigt hat.

Jetzt denken Sie sich, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, in die Lage der privaten Wirtschaftstreibenden dieses Landes hinein! Während verstaatlichte Betriebe und Bankkonzernbetriebe ihre Defizite aus dem Steuertopf abgegolten erhalten, müssen private Unternehmer für die Führung ihrer Betriebe allein voll haften.

Darüber hinaus gibt es bei den Förderungsaktionen auch eine krasse Benachteiligung. Ich denke da zum Beispiel an die Streichung der ERP-Förderung für den Handel oder an die Kürzung der ERP-Förderung für die Verkehrswirtschaft. Aus budgetären Gründen wurden berechtigte Anliegen, wie die Herabsetzung der Luxussteuer für Pelzwaren, Gold- und Silberwaren sowie für Fotoartikel, immer wieder abgelehnt. Unternehmer dieser Branchen mußten Wettbewerbsnachteile gegenüber dem Ausland hinnehmen. Denn viele

Österreicher wichen bei ihren Einkäufen ins Ausland aus. Diese Unternehmer können keineswegs ihre Verluste vom Staat abdecken lassen. Betriebe der Fotoartikelbranche waren gezwungen, in andere Bereiche zusätzlich einzusteigen. Der Wettbewerb der privaten Wirtschaft hat sich dadurch verschärft.

Wir alle haben heuer zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Fremdenverkehr im Sommer zurückgegangen ist. Wo bleiben die Maßnahmen zur Ankurbelung der Fremdenverkehrs-wirtschaft? Die Eigenkapitalbasis der Betriebe dieses Wirtschaftszweiges bewegt sich laut Mittelstandsbericht der Bundesregierung knapp über null Prozent.

In anderen Bereichen der Klein- und Mittelbetriebe sieht die Eigenkapitalbasis wohl etwas besser aus, ist aber dennoch Jahre hindurch immer stärker gesunken.

Ein Grundübel unserer Klein- und Mittelbetriebe ist die schlechte Eigenkapitalbasis. Wann werden Sie sich, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, mit diesen existentiellen Problemen der Klein- und Mittelbetriebe auseinandersetzen? Denn gerade die Klein- und Mittelbetriebe sind es, die Beschäftigung und Arbeit für viele Österreicher schaffen. Dennoch werden sie von Seiten der Bundesregierung stiefmütterlich behandelt.

Mit welchen Rahmenbedingungen können diese Betriebe anlässlich dieser verheerenden Wirtschafts- und Budgetpolitik rechnen? Sehen Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, nicht die Ungleichbehandlung zwischen privaten und verstaatlichten Betrieben?

Der Finanzminister hat laut „Kurier“ vom 31. 10. 1984 gemeint, die SPÖ dürfe künftig die Begriffe Leistung und Arbeit nicht mehr nur den Konservativen überlassen.

Seit Beginn der siebziger Jahre sind in der verstaatlichten Industrie 17 000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Die privaten Klein- und Mittelbetriebe haben hingegen zwischen 1973 und 1983 fast das Zehnfache an neuen Arbeitsplätzen geschaffen, nämlich 167 000.

Wir von der Österreichischen Volkspartei haben für 140 000 Klein- und Mittelbetriebe eine Steuerentlastung gefordert. Unser Antrag wurde von den Regierungsparteien abgelehnt. Wo bleibt da die Anerkennung der Leistung?

Ingrid Tichy-Schreder

Die Budgetkonsolidierung ist ein Ziel der Bundesregierung laut Regierungserklärung 1983. Die Zeitung „Die Presse“ berichtete am 29. August 1985, daß die Konsolidierung des Budgetdefizits durch Kürzung der Staatsausgaben vor sich gehen soll, wobei Bundesminister Vranitzky auch nicht vor Subventionen für den Grundstoffbereich der verstaatlichten Industrie haltmachen will.

Das waren Worte, die aufhorchen ließen. Aber was tritt ein? — Das Gegenteil: Mehr Mittel werden gebraucht. Das heißt mit anderen Worten: Die Budgetkonsolidierung findet nicht statt.

Das kann ich Ihnen noch an einem deutlichen Beispiel zeigen. Ich habe eine Aufstellung gemacht, die zeigt, wie sich im Rahmen der Bundesregierung seit Ihrem Regierungsantritt die Finanzschuld, die Verpflichtungen und die Haftungen entwickelt haben. (*Die Rednerin weist ein Plakat vor.*) Im Jahre 1970 lagen sie — Finanzschuld, Verpflichtungen und Haftungen — insgesamt bei 120 Milliarden Schilling. Ende 1984 liegen die Schulden zusammen — man kann es fast nicht mehr aussprechen — bei 1 605 Milliarden Schilling. Wenn man es in Millionen ausrechnet, müßte man sagen: 1 605 000mal 1 Million Schilling. Dazu muß man sagen, daß bei den Haftungen von 673 Milliarden Schilling allein 120 Milliarden Schilling für die ASFINAG enthalten sind, wo kein Geld zurückkommt, wo der Bund das zu bezahlen hat.

Das, meine Damen und Herren, gibt schon sehr stark zu denken, wie Sie mit den Budgetmitteln umgehen!

Wenn man von dem neuerlichen Debakel der verstaatlichten Industrie hört, kann man wirklich nur sagen, daß Sie mit Ihrer Budgetkonsolidierung gescheitert sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was wird kommen? — Eine weitere Staatsverschuldung. Damit belasten Sie aber nicht nur alle Österreicher, die im Erwerbsleben stehen, sondern Sie belasten damit auch alle Kinder und Jugendlichen und die noch nicht Geborenen, meine Damen und Herren! Die Zukunft dieser jungen Leute haben Sie mit Belastungen belegt, damit sich diese später nicht rühren können. Das ist eine große Verantwortung, die Sie auf sich genommen haben.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es dringend erforderlich, einen neuen Anfang in der Budget- und Wirtschaftspolitik zu starten.

Ich weiß, es ist bitter, zugeben zu müssen, daß Ihre ideologische Wirtschaftspolitik Schiffbruch erlitten hat. Aber Österreich braucht eine Neuorganisation der öffentlichen Wirtschaft, vor allem der verstaatlichten Industrie. Wir brauchen die von Ihnen in der Regierungserklärung angekündigte und nicht durchgeföhrte Nullbudgetierung.

Wir brauchen neue Voraussetzungen, die den Betrieben die Eigenkapitalbildung wieder ermöglichen.

Wir brauchen eine Steuerreform, die zu mehr Leistung, mehr Wirtschaftswachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen motiviert.

Wir brauchen mehr Möglichkeiten der breiten Eigentumsstreuung. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Wir brauchen einen neuen Anfang. Dies bedarf einer nationalen Kraftanstrengung!

Bei der Festansprache anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Zweiten Republik hat der Herr Bundeskanzler hier im Hohen Haus gesagt, und zwar in Abwandlung eines Zitates von John F. Kennedy: Frage nicht nur, was für deine Partei nützlich ist, frage auch, was für den Staat notwendig ist!

Daran möchte ich Sie, Herr Bundeskanzler, Herr Vizekanzler, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, erinnern. Diesem Satz, Herr Bundeskanzler, kann ich zustimmen. Gerade im Jahr der Republikfeiern und in der derzeit wirklich ernsten Situation appelliere ich an Sie, meine Damen und Herren: Geben Sie im Interesse der Österreicher und Österreicherinnen den Österreichern die Chance, über eine neue Zusammensetzung von Regierung und Parlament selbst zu entscheiden! (*Beifall bei der ÖVP.*) 17.57

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Gmoser.

17.57

Abgeordneter DDr. **Gmoser** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Bundesparteibmann der ÖVP, Herr Dr. Mock, hat vor wenigen Tagen anlässlich einer Debatte über denselben Gegenstand einen Ausflug in die eigene Schulzeit unternommen, und Sie zitierten, Herr Dr. Mock, das berühmte Wort: *Caveant consules — die Verantwortlichen mögen auf der Hut sein!*

10920

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

DDr. Gmoser

Darüber allein könnte man eigentlich schon nachdenken, ob das nicht auch ein Wort an die Opposition genauso wie an die Regierung ist, wer immer und wo immer wer seine Verantwortung ins Spiel bringt.

Aber wenn Sie schon Ihre Lateinkenntnisse wiederbelebt haben, dann kommen Sie sicherlich noch zu einer anderen berühmten Rede. (Abg. Bergmann: *Im Lateinischen heißt es ja „videant“!*) Ja, Kollege Bergmann, Sie haben es vielleicht auch einmal gelernt, aber viel vergessen. Das beginnt mit dem berühmten Wort: *Quousque tandem abutere patientia nostra?* — Catilinarische Rede im Senat zu Rom.

Ich glaube, daß ist eine Frage, die sich heute nach all diesen Wortmeldungen, vor allem nach diesen intelligenten Zwischenrufen des Herrn Generalsekretärs stellt. Herr Generalsekretär, wenn ein Intelligenzquotient gemessen wird nach Zwischenrufen — ich weiß nicht, wie Ihre Bilanz dann ausschaut. (*Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Aber es ist vielleicht eine Frage ... (Abg. Bergmann: *Hoch! Sehr hoch!*) Das lassen Sie ihn selber beurteilen.

Vielleicht also könnte man da wirklich fragen: Haben Sie das bedacht, als Sie diese dringliche Anfrage gestellt haben? Denn ich glaube, es beginnt ja schon einmal mit der Frage: Ist diese dringliche Anfrage nicht ein Mißbrauch dieses Instruments? (Abg. Bergmann: *Das fällt erst Ihnen auf!*) Ja, Kollege Bergmann, auch wenn es spät auffällt, vielleicht denken Sie auch ein bißchen nach! Es schadet ja nicht, wenn Sie nachdenken lernen. Das wird nur seine Zeit bei Ihnen brauchen, natürlich, dafür sind Sie politischer Direktor. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Daher sind Sie zum Nachdenken an sich nicht geboren. Aber Sie könnten sich dazu also veranlaßt sehen, denn die Frage ist: Ist Ihre Anfrage überhaupt eine Anfrage oder ist sie eine Unterstellung? (Abg. Dr. Blenk: *Personlich nicht beleidigend! Sie haben doch genug Sachkenntnis!*) Nein, nicht beleidigend, Kollege Blenk! Ich habe nur gefragt: Ist es eine Anfrage oder ist es eine Unterstellung? (Abg. Dr. Blenk: *Das ist doch nicht Ihr Stil!*)

Kollege Bergmann hat sich ja nur in dieses Zwiegespräch eingeschaltet. Lassen Sie ihm sein Recht als „polDi“! (*Heiterkeit.*)

Es ist an sich etwas, was die Beantwortung noch mehr erschwert, ob es eine dringliche Anfrage ist. Denn das Thema, das Sie heute zur Diskussion stellen (Abg. Dr. Blenk: *Das*

wird uns noch 20 Jahre befassen!), das haben wir jetzt schon zumindest in den letzten Tagen und Wochen viermal in diesem Hohen Haus behandelt. (Abg. Bergmann: *Das ist der Beweis dafür, daß es dringlich ist!*) Sie könnten nur sagen, Kollege Bergmann, wie der Ihre Lateinkenntnisse, ... (Abg. Dr. Helga Rabil-Stadler: *Si tacuisses, philosophus mansisses! Wenn Sie es auf Latein hören wollen!*) Ich komme sofort darauf. Denn der Beweis ist damit begründbar, daß Sie mit dringlich etwas umschreiben, was ich als „nichts Neues unter der Sonne“ bezeichnen würde.

Denn es geht Ihnen ja, glaube ich, gar nicht um die Fragen, zur Klarstellung zu meiner These. Erstens: Es geht Ihnen nicht um die Wirtschaft, denn allein das, was Sie hier immer wieder vorbringen, hat ja mit Wirtschaft kaum etwas zu tun.

Es wird zum Beispiel auch in Ihrer sogenannten dringlichen Anfrage zitiert, daß etwa die verstaatlichte Industrie 26 Milliarden Schilling innerhalb weniger Jahre vom Eigner erhalten habe. Vielleicht würde jemand wirklich von Ihnen einmal dann nur ein kleines Rechenexempel machen und sich die Frage stellen: Was hat diese verstaatlichte Industrie nicht nur in den letzten Krisenjahren, sondern von 1946, 1947 bis heute an Leistungen für diese Republik erbracht, an Steuerleistungen, Kollege Blenk, ... (Abg. Dr. Blenk: *Von Wirtschaft verstehen Sie wirklich nichts, sonst könnten Sie die Frage nicht stellen!*)

Kollege Blenk, nur keine Werturteile! Wenn Sie eine andere Vorstellung von Traumwirtschaft haben, dann ist das Ihr Problem, richtig! (Abg. Dr. Blenk: *Das habe ich: nämlich eine ohne Subventionen!*) Nein, dann sind Sie ein Träumer, aber kein Wirtschaftsexperte! Und das ist Ihr Problem! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Aber noch einmal: Es ist doch kein sehr zielführender wirtschaftspolitischer Vergleich, nur aufzulisten, was die Republik an Leistungen erbringen mußte (Abg. Dr. Blenk: *Wenn eine Wirtschaft keine Subventionen bekommt, ist es eine Traumwirtschaft!*), aber nicht zu fragen, was man an Leistungen erbracht hat! Was hat die Verstaatlichte an Steuern gezahlt? Was hat sie an Dividenden erbracht? Was hat sie, etwa für die Privatwirtschaft, an Leistungen in Form von Zulieferaufträgen gebracht?

Das alles ist ja für Sie uninteressant. Ich weiß schon. Ich habe ja ohnedies gesagt, die

DDr. Gmoser

Wirtschaft (*Abg. Dr. Blenk: Davon verstehen Sie zu wenig!*), Kollege Blenk, interessiert Sie offensichtlich auch nicht, aber dann handeln Sie nicht so, als ob Sie Wirtschaftsprobleme dringlich behandeln wollten.

Es ist, Kollege Blenk, zum Beispiel ja auch ein Problem, daß Sie in Ihrer schriftlichen Anfrage den voraussichtlichen Bedarf mit 20 bis 30 Milliarden Schilling prognostizierten. (*Abg. Dr. Blenk: Sie wissen es besser, als Sie es jetzt sagen dürfen!*) Heute hat Kollege Schüssel sogar das gesteigert, er meinte, es werden vielleicht 33 Milliarden sein, vielleicht 35 Milliarden, die wir zuführen müssen.

Kollege Blenk! Es sollte doch einem Wirtschaftschafter auffallen, daß das Prognosen sind, die auf keinerlei Fakten gestützt sind. (*Abg. Dr. Blenk: Mir fällt auf, daß das gigantische Abgänge sind!*) Träume sind das von Ihnen. Es mag sein, daß Ihre Wunschträume in diese Richtung gehen.

Vielelleicht wieder einmal ein bißchen klassische Bildung! Vielleicht, Kollege Blenk, erinnern Sie sich an die Unglaublichkeit der Kassandra. Es gab so viele Kassandrarufe in der Geschichte, und sie haben nicht das Echo gefunden, das sich die Rufer manchmal erwartet hatten. (*Abg. Graf: Aber, Herr Doktor, uns hat man wenigstens nicht erwürgt!*)

Kollege Graf! Ich würde nur sagen: Abwarten, wieweit Ihre Kassandrarufe in der Realität einen Niederschlag finden! Aber noch einmal: Ich habe das nur angeführt, um Ihnen zu zeigen, wie wenig die Wirtschaft Gegenstand Ihrer Überlegungen ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es ist auch sicherlich irreführend, wenn von der Opposition behauptet wird, es gehe nicht um die Wirtschaft, sondern es gehe um den Bestand der Zweiten Republik. Kollege Blenk! Was interessant ist, versuche ich Ihnen jetzt zu zeigen. Hören Sie ein bissel zu! Es muß doch eine merkwürdige Rettungsaktion für die Zweite Republik sein, wenn ein Teil Ihrer Partei, der im besonderen in der Steiermark beheimatet ist, zum Geburtstag der Zweiten Republik keine anderen Ideen hat als: Wie sollte die Dritte Republik ausschauen? — Die Zweite Republik ist offensichtlich von einem Ihrer Herren, von Mitdenkern, bereits abgeschrieben worden. Interessiert nicht mehr!

Wir bekennen uns auch im 40. Jahr dieser Zweiten Republik zu dieser Zweiten Republik!

Ja aber die Frage, die man dann mit Recht stellen kann — Kollege Blenk, Sie haben eine Ideologiedebatte gewünscht (*Abg. Dr. Blenk: Da sind Sie überfordert!*) —, ist schlicht und einfach: Was wollen Sie dann mit Ihren Unterstellungen? Daß Sie eigentlich keine Antwort erwartet haben auf sogenannte Wirtschaftsprobleme, ergibt sich aus Ihrer eigenen Problematik. Was wollen Sie dann wirklich? (*Abg. Dr. Blenk: Sie haben als Wirtschaftschafter nichts zu sagen, weil Sie genau wissen, daß Sie im Eck stehen!*)

Kollege Blenk! Ihnen geht es weder um Wirtschaft noch um Ideologie, noch um die Republik (*Abg. Dr. Blenk: Die Ideologie kommt zum Wort!*), sondern es geht Ihnen ausschließlich um die Frage: neuer Anfang. Mit neuem Anfang verbinden Sie die Idee von Neuwahlen, aber selbst das ist für die ÖVP nicht sehr interessant. Sie möchte keine Neuwahlen an sich, sondern Regierungsbeteiligung. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Aber geht!*) Das ist durchaus, Kollege Kohlmaier, legitim. Noch einmal! Das wird Ihnen niemand verbübeln. Nur frage ich mich, warum dann unter diesem Nebelschleier, und da komme ich zu Ihrer Stilfrage, zu Ihrer Methode. (*Abg. Dr. Blenk: Abgesandter einer einstmals großen Partei!*)

Das, was Sie der Regierungspartei unterstellen, daß sie in erster Linie angeblich an die Partei denkt und nicht an die Wirtschaft und nicht an die Republik, das praktizieren Sie. Sie haben seit dem Bekanntwerden der Schwierigkeiten in der VOEST nur die eine Idee gehabt: Wie können wir das benutzen, um möglichst viel an Panikmache zu betreiben? Was können wir tun? (*Abg. Dr. Blenk: Ungeheuerlich!*) Jawohl! Das ist ungeheuerlich! Da haben Sie völlig recht. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Da werden wieder Ihre ältesten Schlagworte aufgewärmt. Zur Krise der VOEST ist einem Ihrer Herren nichts anderes eingefallen als die Idee: Was wäre, wenn wir wieder privatisieren gehen? Verkauft's mei Gwand! I' fohr in Himmel! (*Abg. Bergmann: Das hat der Vranitzky gesagt!*) So ungefähr ist Ihre Wirtschaftsmethode gewesen! Sie versuchten, sinnlose Schlagworte in diese Debatte einzubringen, und Sie haben offensichtlich nur eines nicht begriffen: wie sehr Sie mit Ihrer jetzigen Form von Argumentation daran sind, genau das zu gefährden, was Sie selber doch als eigentliches Ziel im Auge haben, nämlich Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und in die Regierung hineinzukommen.

10922

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

DDr. Gmoser

Mit dieser Methode ganz, ganz sicherlich nicht! Was an Problemen der Wirtschaft sollten denn etwa Neuwahlen lösen, und was sollten Neuwahlen etwa im politischen Bereich lösen? (Abg. Dr. Kohlmaier: Politik ändern!) Gerade bei einer Partei, Kollege Kohlmaier, die vor wenigen Stunden hier so sehr Empörung geheuchelt hat, als über den Ausdruck „verbrannte Erde“ gesprochen wurde. Der Bundeskanzler dieser Republik und der Vorsitzende der Sozialistischen Partei hat um der Konsens- und Gesprächsfähigkeit willen diesen Ausdruck zurückgezogen. Dann geht im Gegenzug dieselbe ÖVP als Opposition her, um genüßvoll am Kadaver der „roten Katze“ zu knabbern. Das ist Ihre Ideologie: Wie kann man aus längst vergangenen Leichen vielleicht doch noch Kapitalschlagen? Sie könnten doch irgendwo aus diesen Jahrzehnten, die nicht etwa erst in den achtziger Jahren begonnen haben, gelernt haben!

Ich gebe Ihnen jetzt ein Beispiel, wohin Ihre Methode führen kann. Ich sage Ihnen ausdrücklich dazu: Ich unterstelle weder dem Kollegen Bergmann noch sonst irgend jemandem in der ÖVP, daß er diese Idee großartig findet. Nehmen Sie einen Leserbrief her! Im letzten „profil“ auf Seite 8 steht — ich zitiere wörtlich — im Zusammenhang mit der VOEST in einem Leserbrief: „Göring hat Zyankali genommen! Was nimmt Vranitzky?“ Das ist dann das Resultat einer Demagogie ... (Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.) Das steht bitte schön auf der Seite 8, Kollege Kohlmaier, Sie können es nachlesen. Ich habe ausdrücklich gesagt, ich unterstelle niemandem in den Reihen der ÖVP, daß er das von sich aus beginne. Aber Sie sollen sehen, wohin diese Demagogie, die Sie betreiben, führen kann, daß es zur größten Gemeinheit wird, die diese Republik jemals erlebt hat! (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich glaube, daß man auch einmal darauf hinweisen sollte. (Abg. Dr. Blenk: Sie wissen nicht, worum es geht!) Wenn Parteiobmann Dr. Mock in seiner Rede zum selben Thema über den Abschied von Illusionen gesprochen hat (Abg. Dr. Blenk: Sie wissen nicht, worüber heute diskutiert wird!), dann sollte man vielleicht auch einmal über die Illusionen reden, die er nicht angeführt hat, die Sie leider mit Ihrer Taktik der „verbrannten Erde“ begraben. (Weiterer Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.) Richtig, Kollege Blenk! Das sage ich Ihnen ja. Sie haben das nie ganz wahrhaben wollen. Daher glaube ich, ist es richtig zu sagen, die ÖVP tritt in manchen ihrer Bereiche den Wahrheitsbeweis an, wie

sehr ihr Gesprächsfähigkeit und Verantwortungsfähigkeit abhanden gekommen ist, wie sehr ihr Konsensfähigkeit abhanden gekommen ist. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Wenn Kollege Graf, den ich sehr, sehr schätze, heute etwa die Mock-Rede verteidigt, dann erlauben Sie mir, Herr Präsident, nur eine Frage: Wenn das wirklich zu unterstellen ist, nämlich die Anfälligkeit der SPÖ für östliche Diktaturen in ihrer Ideologie, was manche Ihrer Damen und Herren so gerne hören würden, dann frage ich mich: Was sehen Sie selber dann noch für einen Sinn darin, wenn ich mich mit solchen obskuren Gestalten zu Gesprächen zusammensetze? (Abg. Graf: Die Interpretation ist willkürlich und falsch! Sie sind viel zu intelligent, um nicht zu wissen, daß Sie jetzt eine willkürliche Interpretation vornehmen!)

Kollege Graf! Mit Ihnen mitgeschrieben: Sie bewiesen zum Beispiel die Ostanfälligkeit des Außenministers Gratz damit, daß Sie meinten, er habe in seiner Rede den Namen Ermacora als Verteidiger der Menschenrechte nicht erwähnt. (Abg. Dr. Blenk: Eine sehr eigenwillige Interpretation!)

Ich kann Ihnen dazu nur etwas zitieren, was etwa von der anderen Seite die „Volksstimme“ schreibt, die die Westanfälligkeit des österreichischen Außenministers beklagt, weil er den Namen Ermacora positiv als Verteidiger der Menschenrechte erwähnt hat. (Abg. Bergmann: Sie brauchen die „Volksstimme“ zum Argumentieren!)

Aber noch einmal: Ich habe nur gemeint, sollte man nicht besser Abstand nehmen von Vergleichen und Ausdrücken, die einfach Wunden hinterlassen müssen, die für das politische Leben und für die Demokratie in diesem Land nicht zielführend sein können?

Ich bin gar nicht wehleidig, aber ich würde doch auch meinen, daß das Wort „verludern“ — jetzt gar nicht aus der Warte eines Parteipolitikers — ein Wort ist, das ich nicht so gebrauchen würde. Ich denke an all die Menschen, die nicht nur 15 Jahre, sondern, wenn Sie wollen, 40 Jahre in diesem Land gelebt, gewirkt, gearbeitet haben, damit dieses Land arbeitsfähig wird. Es waren auch die letzten 15 Jahre doch ein Beitrag — bei sicherlich auch kritikwerten Erscheinungen —, dieses Land lebenswerter, menschlicher und moderner zugleich zu machen, wie das damals geheißen hat. Niemand hat das Recht, das in Frage zu stellen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

DDr. Gmoser

Wenn man zum Beispiel über das Verhältnis zu Oststaaten redet, dann sollte man, auch wenn man noch sehr jung ist, sicherlich etwa an das Jahr 1956 denken. Man sollte in Erinnerung behalten, wie alle miteinander, die im Burgenland gelebt haben — dort ist diese Äußerung gefallen —, versucht haben, gemeinsam diese Demokratie zu verteidigen, sie als ein Asyl für alle, die Hilfe suchen, zu gestalten. (*Abg. Bergmann: Das ist eine schwache Verteidigung!*) Es sollte daher nicht unterstellt werden, daß einer, der damals schon in der Burgenländischen Landesregierung aktiv tätig war und heute Bundeskanzler ist, mit solchen Vergleichen in einer Weise verunglimpft wird, die in einer Demokratie nichts verloren hat.

Wenn Sie immer wieder die Wirtschaftlichkeit bezweifeln, so nehme ich etwa nur — es ist schon zitiert worden — die „Presse“ von heute her: „Heuer bestes Weihnachtsgeschäft. Österreicher schenken um 15 Milliarden. Der reale Einkommenszuwachs macht die Österreicher in diesem Jahr zu eifrigeren Schenkern.“

Sie können aber auch den Preisindex vom November, jetzt wenige Tage alt, hernehmen. Ich glaube, er liegt bei 2,8 Prozent. Ich bin der letzte, der auf Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen wollte, aber das alles mit dem Wort „verludern“ zu bezeichnen, das scheint mir etwas zu sein, das auch der Denkenden in den Reihen der ÖVP unwürdig ist! (*Abg. Dr. Blenk: Das alles war ja auch nicht gemeint!*)

Ich komme schon zum Schluß; meine 20 Minuten sind erfüllt. Vielleicht können wir in diesem Land einmal sagen: Wenn neuer Anfang gefordert wird, dann scheint mir gerade der burgenländische Landesparteitag der ÖVP nicht auch unbedingt ein gutes Zeichen für einen neuen Anfang zu sein. (*Abg. Dr. Blenk: Und ob!*) Aber ich bin der letzte, der irgend jemandem dort etwas vorschreiben wollte. Doch Sie haben dann keinen Grund, so viel von neuem Anfang zu reden, wenn in den eigenen Reihen genug vorzukehren ist, damit nicht Gespenster der Vergangenheit wieder zurückkehren können. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Man kann selbstverständlich, meine Damen und Herren, die Wirksamkeit einer Opposition nicht an Taten messen. Das ist kein Vorwurf, das liegt einfach als Faktum vor uns. Aber gerade darum müssen wir sie an den Worten messen. Und Sie haben etwas getan, was niemandem in diesem Land zum Nutzen gereichen kann. (*Abg. Dr. Blenk:*

Was Sie sagen, gereicht zum Schaden, nicht nur nicht zum Nutzen!)

Kollege Blenk, zuhören! Es ist vom innenpolitischen Kommentator der „Kleinen Zeitung“ anlässlich dieser ÖVP-Medienkampagne darauf hingewiesen worden, daß vielleicht doch auch zu überlegen ist, ob die Stunde des Dr. Mock nicht gleichzeitig angebrochen ist. Sie selber müssen sich jetzt in Ihrer Partei fragen, wieweit Sie diese Warnung von Kurt Vorhofer verstanden haben (*Abg. Bergmann: Da wird der Bundeskanzler anfragen!*), ob Sie nicht schier einen Weg gegangen sind, daß Sie diese Stunde verspielen.

Sie haben kein Wort gefunden, um an die Vergangenheit anzuschließen, die Dr. Taus mit Recht einmal in seiner Rede angeführt hat, an eine große Vergangenheit auch dieser ÖVP, als sie noch Regierungspartei war, wo sie einmal den Bundeskanzler gestellt hat. Wie wenig ist von dem damaligen Grundverständnis der Demokratie übriggeblieben!

Nutzen Sie die Chance — das gilt jetzt für Sie —, daß das, was Sie jetzt in den letzten Tagen und Wochen an Unheil angerichtet haben, vielleicht doch bei den Denkenden unter Ihnen zu einem gewissen Nachdenkprozeß führt! (*Abg. Bergmann: Das waren die längsten 20 Minuten des heutigen Tages!*) Kollege Blenk! Denken ist auch für Sie nicht politisch verboten. — Danke. (*Heiterkeit. — Lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{18.18}

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Cap.

^{18.18}

Abgeordneter Cap (SPÖ): Hohes Haus! Ich möchte vielleicht auch mit einem Spruch beginnen. Ich möchte mich entschuldigen, daß ich das nicht in lateinischer Sprache bringen kann. Er lautet: „Wie man in den Wald ruft, so hallt es zurück.“ Ich glaube, daß das nur gerecht ist, wenn man auf dieser Ebene die Diskussion führt.

Abgeordneter Schüssel hat heute bei der Begründung der Dringlichen — man hat fast den Eindruck gehabt — von Österreich wie von einer Firma gesprochen. Das betriebswirtschaftliche Kriterium war das entscheidende.

Selbst in seinen eigenen Reihen — wenn er in die Länder schaut, wird er das doch sehen — ist es doch so, daß nicht nur das Betriebswirtschaftliche allein ausschlaggebend sein kann, sondern daß es darum geht, daß ein ver-

10924

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Cap

staatlicher Betrieb auch eine soziale Funktion zu erfüllen hat und daß man über Arbeitsplätze nicht einfach hinweggehen kann, nur damit eine Bilanz gut aussieht.

Er hat vom sozialistischen System der Wirtschaftspolitik gesprochen, das zusammengebrochen ist. Was sagen die Mitglieder der ÖVP im Vorstand und im Aufsichtsrat? Hat der Herr Assmann gewußt, daß er in Wirklichkeit Juri Assmanoff heißt und Bestandteil eines sozialistischen Wirtschaftssystems in einer sozialistischen Wirtschaftspolitik ist, die Sie als solche kennzeichnen und brandmarken?

Mich würde interessieren, was Ihre Leute in der VOEST zum Beispiel zu Ihrer Kritik hier zu sagen haben.

Vielleicht machen wir gleich ein Weihnachtsquiz. (*Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler: Die VOEST macht ein Weihnachtsquiz!*) Da komme ich gleich zur Diskussion über Parteienverständnis und das Schlechtmachen der Parteien. Das finde ich besonders reizend, wenn das vom Parteivertreter kommt. Das ist ungeheuerlich!

Machen wir ein Weihnachtsquiz. Wer hat gesagt, der Parteitag hat immer recht? — Lenin, Stalin? Der Klubobmann Graf war es, der hat das gesagt, nachdem sein Kandidat im Burgenland nicht gewählt wurde! Was ist das für ein Parteiverständnis? (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Graf: Die Mehrheit am Parteitag sind die Delegierten!*)

Und als aufmerksamer Leser der „Presse“ weiß man, daß es ein Schmankerl-Eck gibt, wo also alle diese Aussprüche des zugegebenermaßen wahrscheinlich sehr nervösen Klubobmanns Mock bei dem Parteitag der burgenländischen ÖVP enthalten sind. Warum nervös, auf das komme ich noch später zu sprechen.

Da sagt er doch: „Das ist ein totalitäres Parteienverständnis. Es erinnert an jene Länder östlich unserer Grenzen, deren System sich bezeichnenderweise realer Sozialismus nennt.“ Mock.

Wahrscheinlich hat er an Niederösterreich gedacht, als er das gesagt hat. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Niederösterreich, das Land, in dem die liberalen Zitronen blühen, in dem in den öffentlichen Stellen Sozialisten und Parteilose im Vormarsch sind, wo man nicht Mitglied des ÖAAB sein muß! Die Partei in Niederösterreich, die nicht über alles steht. Da fragt

man am besten die WBO-Geschädigten, was sie zu diesem Thema zu sagen haben. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Oder in der Landwirtschaft, die völlige Unabhängigkeit der Bauern vom Zugriff der Raiffeisenorganisationen. (*Neuerliche Heiterkeit bei der SPÖ.*) Niederösterreich, das Land, in dem die liberalen Zitronen blühen! (*Abg. Dr. Blenk: Zur Sache!*) Sachlich?

Ich werde Ihnen jetzt noch etwas erzählen. Wenn eine Delegation aus der Sowjetunion mit Traktor Traktorowitsch an der Spitze nach Niederösterreich kommt, kann sie sich noch einiges abgucken von den Verhältnissen dort. Aber Sie gehen her und halten uns Vorträge über die Systeme östlich des Burgenlandes! (*Abg. Dr. Blenk: Nein, über die VOEST!*) Das ist ja unerträglich! (*Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Oder der Chef der VP-Nomenklatura — verwenden wir einmal die Begriffe, die Sie so lieben — in Niederösterreich, Ludwig, und das Thema Immunität. Gorbatschow wird sich sicher auch seinen Gerichten entziehen, sofern er es notwendig hat, sich irgendwann einmal zu stellen.

Das sind lauter Parallelen, die Sie, wenn Sie einmal Anfälle von Selbstkritik haben sollten, eigentlich erwähnen könnten.

Und ich wehre mich dagegen, wenn man sich herstellt, dauernd Jubiläen feiert, den Parteienstaat lobt, die Demokratie lobt, und kaum ist die Feier weg, zack, Mantel, Hut an die Garderobe, und gib ihm, und es werden schon wieder Argumente geholt, die in Wirklichkeit den demokratischen Grundkonsens untergraben.

Und nun kommen wir zu einem weiteren. Denn Sie wollen ja keine sachliche Diskussion, sondern Sie wollen eine Diskussion, wo man wirklich auf Ihre Argumente, die Sie hier einbringen, auch entsprechend eingeht.

Klubobmann Mock muß, als er zum Landesparteitag der ÖVP Burgenland gekommen ist, natürlich in einer etwas gestreßten Situation gewesen sein. Ich habe mir diesen Ausspruch im Fernsehen sehr genau angehört: „Lieber Ferry“, hat er gesagt, und das hat sich angehört wie „lieber Julius“.

Und um in der Diktion der Lateiner zu bleiben — ich weiß nicht, ob es der Brutus jemals gesagt hat, „lieber Julius“ —: Ganz unbeteilt war er ja nicht, daß der Ferry Sauerzopf das Zeitliche gesegnet hat. (*Heiterkeit bei der*

Cap

SPÖ.) Und plötzlich, eines Tages kommt er zu einem Parteitag der burgenländischen ÖVP — und wer steht dort auf? Julius! Sie können sich vorstellen, wie Brutus geschockt wäre, wenn er auf das Kapitol geht und plötzlich Julius dort aufsteht. (*Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Und da war er zugegebenermaßen natürlich äußerst nervös. Und Sigmund Freud, schau herunter: Er mußte natürlich einen Außenfeind suchen. Er hat dann unter anderem den Satz geprägt: „Die Sozialisten haben Österreich in den letzten 15 Jahren verludert.“ Das ist das korrekte Zitat. Sie haben es ein bißchen eingeengt, nur auf die Wirtschaftspolitik, Herr Abgeordneter Graf, aber die „Presse“ hat es gebracht, wenn dann müssen Sie sich bei der „Presse“ beschweren, von dort habe ich das Zitat. (*Abg. Graf: Ich muß mich überhaupt nicht beschweren, Herr Cap! So ist es!*) Sie müssen gar nichts. Nur wenn Sie wollen, können Sie sich beschweren. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Wenn ich mir diesen Satz anschaue, dann muß ich folgendes sagen: Woher hat der Abgeordnete Mock dieses schlüpfrige Vokabular „verludert“? Das verunsichert mich schon etwas.

Und ich muß noch eines sagen: Ich glaube ja nicht, daß er Wörter nicht mehr halten kann, aber ich glaube eines: Der Ort hat sicher gestimmt, wo er das gesagt hat, nur der Adressat, der war sicher nicht richtig. Denn das ist ja für Sie in Wirklichkeit ein Bumerang! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Und so kommen halt die Gespenster Ihrer Vergangenheit immer wieder zurück. Innerparteilich ein Problem, wenn man sich nicht durchsetzen kann. Aber deswegen auszuschlagen, die SPÖ zu hauen, die Österreicher zu beleidigen aus lauter Wut, weil man sich innerparteilich im Burgenland nicht durchgesetzt hat, das ist eine wirklich traurige Angelegenheit.

Und jetzt schauen Sie: Was ist, wenn dieser Prozeß weitergeht, daß alle, die halt noch am Leben sind und die in etwa in diese Kategorie einzuordnen sind, politisch wieder auftauchen? Dann kommt Rauchwarter zurück. Der Spezialist für neue Kommunikationsformen mit Journalisten, der Abgeordnete Helbich, ist ja wieder anwesend. (*Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ.*) Vielleicht kommt eines Tages Zimper statt Vetter, das ist hier wahrscheinlich die Reihe. Und immer wieder draußen bei den

Gängen klopft an die Tür Bela Rabelbauer. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Das wäre ungefähr so das Szenarium, das man in diesem Zusammenhang entwickeln kann.

Und ich verstehe nach der Wahl des Ferry Sauerzopf, daß Mock nach Neuwahlen gerufen hat. Wiederum: Der Ort war richtig, die Adresse war falsch. (*Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Und Sie werden so lange nach Neuwahlen rufen, bis es wirklich einmal Neuwahlen gibt — aber in der ÖVP. Dann werden Sie ganz schön schauen, wenn Sie nicht mehr hier herinnen sitzen.

Und so habe ich mich entschlossen, vielleicht doch demnächst einen Lehrgang für effektive Oppositionspolitik durchzuführen, denn ich glaube, daß Ihre Rollenverteilung nicht mehr ganz richtig ist.

Ich habe schon Angst vor der Säulenhalle. Immer, wenn ich hinausgehe, kommt irgend einer von den ÖVP-Abgeordneten und distanziert sich von dem, was er da herinnen gesagt hat. (*Abg. Dr. Blenk: Bei Ihnen? Na geh!*) Wie lange werden Sie diese gespaltene Persönlichkeitsstruktur noch aushalten? Jeder kennt den Spruch: Schaut, ich muß ja das im Plenum sagen, aber in Wirklichkeit bin ich ja ganz anderer Auffassung. (*Abg. Dr. Blenk: Ausgerechnet zu Ihnen! — Abg. Dr. Taus: Wer? Sagen Sie es doch! — Abg. Dr. Ettemayer: Sagen Sie Namen! Das ist eine Lüge!*)

Also das ist einmal die Gruppe derer, die in der Säulenhalle auftreten. Dann gibt es die Gruppe der Koalitionäre, die in den Gremien sitzen, wo Geld verteilt wird.

Dann gibt es die Gruppe der Landesfürsten mit ihrer Negation dessen, was die Bundespartei macht. Und ich sage Ihnen eines: Der Klubobmann Mock wird für die Länder, wo ÖVP-Obmänner zugleich Landeshauptleute sind, nach seinem Ausspruch „verludert“ ein Transitvisum brauchen, denn die werden sich ganz schön dafür bedanken, was er gesagt hat.

Und eine andere Rolle: die Pharisäer und Zündler. Besonders der Abgeordnete Kohlmaier ist dazuzuzählen. Die witzigen Zyniker, wie der Abgeordnete Steinbauer, die über sich selbst am meisten lachen.

10926

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Cap

Das ist eine ungeheure Rollenverteilung, aus der nie eine klare oppositionelle Linie erkennbar ist, mit der Sie wirklich mehrheitsfähig sind. (*Abg. Dr. Taus: Das ist keine Rede, Herr Abgeordneter! Das ist nicht gut, was Sie da tun!*) Sie haben für jede Tages- und Nachtzeit einen Typus von Abgeordneten anzubieten, mit dem Sie glauben hier eine Mehrheit zusammenstoppeln zu können.

Aber das will der Österreicher nicht! Er will eine erkennbare Oppositionslinie. Und da muß ich sagen: Solange Ihre Linie vom Zufall einer Ziehung in der Lotterie abhängig ist, ist das wirklich zuwenig! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Sie haben heute hier eine dringliche Anfrage gestellt, und ich glaube, auch hier stimmt die Adresse nicht ganz. Sie sollten in Wirklichkeit die dringliche Anfrage an die Österreicher stellen. Sie sollten sie fragen: Liebe Österreicher! Fühlt ihr euch verludert? — Oder Sie sollten zum Beispiel fragen: „Liebe Österreicher! Nachdem wir es seit 1970 x-mal schon versucht haben: Warum wählt ihr uns nicht?“ — Aber ich würde diese Anfrage wirklich dringlich machen, denn Alois Mock kommt langsam in die Jahre, und es kann zu spät sein, bis er sein Ziel erreicht. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Ich will damit nur eines sagen — und damit komme ich zum Schluß —: Ihre Waffen sind abgestumpft, vielleicht aus lauter Angst, daß sie sich einmal gegen Sie selbst richten könnten.

Aber mir kommt Ihr Klubobmann ein wenig vor wie ein Kind, das in der Küche steht, mit dem Fuß aufstampft und dauernd sagt: Bitte, Mama, gib mir doch aus dem oberen Regal die Schokolade. (*Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ.*) Und es bekommt sie nicht, weil es einfach noch zu klein ist, es muß noch wachsen. (*Neuerliche Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich meine, das ist Ihre Situation, in der Sie jetzt stehen. Und ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihre Diskussion innerhalb Ihrer Reihen für Ihre gescheiterte Oppositionspolitik, wofür der heutige Tag ein weiteres Beispiel ist. (*Lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort kommt Frau Abgeordnete Rabl-Stadler.

18.30

Abgeordnete Dr. Helga **Rabl-Stadler** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Fassen wir also die heutige dringliche Anfrage und ihr Ergebnis zusammen. (*Abg. Scheiner: Außer Spesen nichts gewesen!*) Die Opposition hat folgende unwidersprochene ernste Fakten genannt:

Erstens: Das Budgetdefizit 1986 würde, wenn echt budgetiert würde, 125 Milliarden Schilling ausmachen. (*Rufe bei der SPÖ: Darf es ein bißchen mehr sein? — Wer hat das behauptet?*)

Zweitens: Es kommt eine Riesenlawine an Belastungen auf uns Österreicher zu. Allein aus den Pleiten der öffentlichen Wirtschaft 90 Milliarden Schilling.

Drittens: Die bisherigen Vorbelastungen aus den Staatsschulden reichen damit bis ins Jahr 2031!

Eine Regierung, die das nicht entkräften kann oder will, eine Mehrheit, die dem keine Argumente entgegensetzen kann, und ein Kanzler, der sich ins Beleidigtsein flüchten muß, liefern den besten Beweis dafür, wie ablösereif sie ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Anfragebeantwortung, Herr Bundeskanzler, war ein kleiner Skandal: Auf konkrete Fragen keine einzige konkrete Antwort. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Aber das ist natürlich nicht mit den vielen Skandalen, an die wir seit dem letzten Advent gewöhnt sind, zu vergleichen. Damals hat sich jene Skandalawine in Bewegung gesetzt, die seither unaufhörlich rollt: Der 8. Dezember, Hainburg, der Skandal Reder-Frischenschlager, der Skandal Udo Proksch, dann der Skandal Karl Sekanina, der zur Zwangspensionierung des einst so mächtigen Bautenministers und Gewerkschaftschefs führte. (*Abg. Ressele: Die Aussage Ihres Parteiobmannes ist ein Skandal!*)

Trocken haben Sie dadurch die sauren Wiesen aber nicht gemacht, Herr Bundeskanzler, so wie das der Bundespräsident zweimal gefordert hatte, denn Sie haben die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses abgelehnt. Für Sie, Herr Bundeskanzler, ist ein Skandal offensichtlich dann bereinigt, wenn er parteiintern ausgestanden ist. Das ist aber genau die Gesinnung, die den Österreicher so politikmüde macht, und das ist genau die Gesinnung, die unser Kanzlerkandidat Dr. Mock bekämpft. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Wir wollen Österreich zuerst, und nicht die Partei. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Elmecke: Er ist ja gar nicht da! Er ist ja bereits abgetreten!*)

Dr. Helga Rabl-Stadler

Noch ärger traf die Österreicher der Wein-skandal, der uns nach innen und außen Schaden zufügte. Daß der zuständige Minister Haiden weder von selbst ging, noch von Ihnen, Herr Bundeskanzler, gezwungen worden ist zu gehen, ist ebenfalls ein Skandal! (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Es gibt keinen zweiten Minister in dieser Regierung, die ohnehin so angeschlagen ist, der menschlich und fachlich so problematisch ist. Der günstige Hauskauf durch die Haiden-Tochter von den Haiden unterstehenden Bundesforsten zeugt — milde gesagt — von mangelndem Sensorium. Aktionen wie diese sind schuld daran, daß alle Politiker in den Ruf kommen, es sich finanziell zu richten. Dagegen wehren wir uns. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und der Fall Androsch: Der Generaldirektor der CA brach seine geschäftliche China-reise ab, um seinen Sitz als Stellvertretender Bezirksobmann von Floridsdorf zu retten. Unfreiwillig hat er damit gezeigt, daß auch ihm die Partei vor dem Beruf geht.

Aber schon die Bestellung von Androsch hat ja gezeigt, welchen Stellenwert Sie von der SPÖ und Sie von der FPÖ, die Sie dabei geholfen haben, den wirtschaftlichen Positionen in Österreich geben. Weil Bundeskanzler Kreisky mit Androsch nicht mehr arbeiten konnte, ihn brutal einen miesen Charakter nannte und ihn aus der Regierung haben wollte, gab er ihm mit Hilfe der Freiheitlichen die CA. Daß Androsch die CA nicht als politisches Ausgedinge begreift, sondern als Sprungbrett ins Bundeskanzleramt laufend und absichtlich mißversteht, das verzeihen ihm manche in der SPÖ nicht, und diese machen den Fall Androsch zum Dauerbrenner. Wir hören ja in diesen Tagen wieder davon.

Diese Serie von Skandalen und ungelösten Problemen gipfelt in der Katastrophe der Verstaatlichten und in der Katastrophe des Bundesbudgets. Es fällt mir nicht leicht, immer von einer „Katastrophe“ zu reden. Aber welch anderes Wort würde den Zustand unserer Staatsfinanzen, den Zustand unserer verstaatlichten Industrie richtiger treffen?

Wer heute Zeitungen liest, tut, so Lieselotte Palme, einen Blick in den Abgrund. Sie sagt im „profil“: Außer der ÖMV ist im staatlichen oder staatsnahen Bereich alles in Auflösung.

Daß ausgerechnet heute auch der Rücktritt ihres Gesundheitsministers bekannt wurde, ist gegen all das, was sich in der Verstaatlich-

ten abspielt, vergleichsweise unbedeutend, aber doch symptomatisch.

Ganz Österreich verfolgt seit Monaten die über die Zeitung ausgetragene Debatte: Ob Steyrer geht, wann er will oder wann der Kanzler will. Nun ist er gegangen wann er wollte und weil er wollte.

Damit, Herr Bundeskanzler, müssen Sie nach Salcher und Sekanina die dritte Ihnen aufgezwungene Regierungsumbildung bewältigen. Sie und die Katastrophe der Verstaatlichten sind wohl Anlässe genug für Neuwahlen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Gerade die letzten Tage haben doch gezeigt, daß Sie schon wieder die falschen Rezepte zur Gesundung der Verstaatlichten anwenden wollen: statt umfassender Wirtschaftskonzepte oberflächliche Gegenstrategien. Sie führen eine Vernaderungskampagne, eine Ver-niedlichungskampagne, eine Neidkampagne.

Mit einer Neidkampagne gegen die Manager der Verstaatlichten wollen Sie von der wichtigen Frage ablenken, ob wirklich nur die Manager am Desaster schuld sind oder ob vielleicht Politiker im Hintergrund mitregiert, mitdilettiert haben.

Im April 1984 schrieb der ehemalige Generaldirektor Apfalter in der „Presse“: Die Mär von den unsinkbaren Schiffen. Jetzt klingt das Ganze im nachhinein gelesen wie ein Hilfeschrei an die wirtschaftlich interessierte Öffentlichkeit. Apfalter: „Es muß mit aller Deutlichkeit vermerkt werden, daß sich der internationale Wettbewerb keinen Deut darum kümmert, welche speziellen österreichischen Sonderheiten uns daran hindern, uns den geänderten weltwirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen.“ — Zitatende. Nach der Lektüre dieses Artikels besteht zumindest der begründete Verdacht, daß Apfalter manchmal wußte, wie es geht, es nur oft nicht so machen durfte. (*Ruf bei der ÖVP: Das glaube ich auch!*)

Sie, Herr Bundeskanzler, halten uns — gelinde gesagt — für leichtgläubig, denn Sie haben vergangene Woche bei der Beantwortung der Dringlichen verheißen: Schluß mit den Auswirkungen einer oft peinlichen Parteipolitik! — Sie haben seit 1970 die Verstaatlichte geführt, Sie haben dort mitregiert. Nur ein Beispiel: die Konfrontation Ruhaltänger—Apfalter. Auch dazu ein Wort.

Herr Kollege Ruhaltänger — er ist nicht da —: Es ist richtig und legitim, wenn ein

10928

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Helga Rabl-Stadler

Betriebsrat für eine Belegschaft möglichst viel herausholen will. So wie mein Vorredner Graf gesagt hat, aber es ist für eben diese Belegschaft gefährlich, wenn er mehr aus einem Unternehmen herausholen will, als drinnen ist.

Und Sie versuchen nun in einer Art Verneradungsstrategie zu verbreiten, daß wir den Arbeitnehmern in der Verstaatlichten Geld wegnehmen wollen. (*Zwischenrufe der Abg. Rechberger und Parnigoni*) Sie haben in 14 Jahren SPÖ-Regierung eine Kluft zwischen den Arbeitnehmern in der Verstaatlichten und denen in der Privatwirtschaft aufgemacht, eine Kluft, die gefährlich ist, weil sie zur Entsolidarisierung führt, eine Kluft, die wir von der ÖVP mit einer neuen Politik in Österreich schließen wollen. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ*)

Uns ist jeder Arbeitnehmer gleich viel wert. Das heißt aber auch — und hören Sie jetzt bitte gut zu, damit Sie keinen Stoff mehr zum Verneradern haben —, daß Prüfberichte ernst genommen werden müssen.

In einem Prüfbericht der Konzernrevision ist unter der Aktenzahl 27210 zu lesen, daß Spendenbeiträge und Subventionen in der VOEST schon 1981 und 1982 98,1 Millionen Schilling pro Jahr verschlungen haben. Allein die Sportvereine VOEST-Linz und Donawitz wurden mit 24,5 Millionen Schilling subventioniert. — Nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Unternehmen Gewinne macht, aber alles dagegen einzuwenden, wenn ein Unternehmen aus den Lohnsteuergeldern aller Österreicher Subventionen erhält! (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Parnigoni*)

Am peinlichsten und auch am gefährlichsten aber ist Ihre dritte Strategie, die Verniedlichungsstrategie. Da schreibt Ihre Regierungszeitung, das Verstaatlichtendebakel wäre nur ein Flecken am guten Wirtschaftsbild Österreichs. Da sagt ÖGB-Präsident Anton Benya: In Wirklichkeit sind das bei der VOEST doch nur 2,5 Milliarden Schilling, alles andere war ohnehin schon beschlossen.

In Wahrheit beträgt der Finanzbedarf der Verstaatlichten zwischen 15 und 20 Milliarden Schilling. In Wahrheit erschüttert das Versagen der Verstaatlichten das gesamte Wirtschaftsgefüge Österreichs.

Daher Mut zur Ehrlichkeit, daher Mut zu einem Neubeginn, einem Neubeginn mit Wahlen! Sie, Herr Bundeskanzler, waren und sind

mehr mit den Problemen der eigenen Partei als mit jenen der österreichischen Wirtschaft beschäftigt. (*Beifall bei der ÖVP.*) Kurt Vorhofer nannte Sie in der „Kleinen Zeitung“ einen „starken Parteichef“ und einen „schwachen Regierungschef“. Ich weiß nicht, ob ein Parteichef „stark“ ist, der von Nenning bis Matysek alles Unkonventionelle aus der Partei drängt. Aber alle Österreicher spüren täglich, daß diese Regierung zu schwach ist, um unsere Probleme zu lösen. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Sie, Herr Bundeskanzler, schützen die schwachen Regierungsmitglieder, wie zum Beispiel Landwirtschaftsminister Haiden, und Sie sorgen dafür, daß vernünftige Ideen nicht zum Durchbruch kommen.

Als der heutige Finanzminister Franz Vranitzky Herbert Salcher ablöste, verknüpften auch wir gewisse fachliche Erwartungen mit seinem Regierungseintritt. Doch Sie haben Vranitzky zu einem Mann der starken wirtschaftspolitischen Sprüche und der schwachen Taten gemacht, und er hat sich — das werfen wir ihm vor — gegen besseres fachliches Wissen dazu machen lassen.

Wenn die Partei nicht will, dann geht gar nichts, und es muß schon für einen Mann vom Kaliber eines Vranitzky hart sein, daß Cap, der von Wirtschaftspolitik keine Ahnung hat und sich daher heute ins Kabarett flüchten mußte, ihn öffentlich in der Zeitung abkanzeln darf, wenn er, Vranitzky, das einzige Richtige sagt, nämlich daß wir sparen müssen und daß wir von diesem ruinösen Budgetdefizit herunterkommen müssen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Scheimer: Ihre Partei ist ja kabarettfrei geworden!*)

Das heißt, selbst Minister, die das Richtige wollen, dürfen es in dieser Regierung nicht ausführen. Und daher sind der einzige Ausweg Neuwahlen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, ohnehin so selbstsicher glauben, im Recht zu sein, ohnehin glauben, die Mehrheit der Österreicher hinter sich zu haben, dann haben Sie doch den Mut, die Österreicher bestimmen zu lassen, mit wem sie den Weg in die Zukunft gehen wollen! (*Langanhaltender Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Mit euch nicht!*) ^{18.44}

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Ettmayer für den Zuruf „Das ist eine Lüge!“ einen Ordnungsruf.

Präsident

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. (*Ruf bei der ÖVP zur SPÖ: Wem drohen Sie? — Abg. Dr. Hafner: Er soll den Wahrheitsbeweis antreten für seine Unwahrheiten! Das ist ein Witz sondergleichen! — Weitere Rufe und Gegenrufe bei ÖVP und SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das ist ungeheuerlich!*) Die Debatte ist geschlossen.

Fortsetzung der Tagesordnung

Präsident: Ich nehme die Verhandlungen über die Beratungsgruppen XV und VII zum Bundesfinanzgesetz 1986 wieder auf.

Zum Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Maria Stangl. Ich erteile es ihr.

18.45

Abgeordnete Maria Stangl (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir dürfen nach dieser Debatte bei Sozialem wieder fortsetzen, und ich möchte jetzt folgendes sagen:

Bei einer Budgetdebatte zum Kapitel Soziales und Sozialversicherung ist es sicherlich auch angebracht, adventliche oder vorweihnachtliche Gedanken hier im Hohen Hause einzubringen. Ich war gestern abend bei einer vorweihnachtlichen Feier in einer Frauengruppe und stellte fest, daß in so einer besinnlichen Stunde sehr wohl viele soziale Gedanken und Feststellungen vorgebracht wurden, die uns einmal mehr aufzeigen, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik unseres Staates viel besser funktionieren müssen, als dies heute tatsächlich der Fall ist. Der Aufruf dort war — ich möchte Ihnen das nicht vorenthalten —, wir sollten den Menschen unserer Heimat mehr Hoffnung und mehr Chancen geben, mehr Hoffnung und mehr Chancen von Mensch zu Mensch und auch vom Staate her. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Meine Damen und Herren! Da wurde zum Beispiel dargestellt, daß an vielen betroffenen Menschen unserer Heimat, an Mindestpensionisten, an arbeitslosen Männern und Frauen, an Familien in echter sozialer Not, die bisher üblichen Instrumente der Sozialpolitik versagen; Fälle, wo die Rente nicht ausreicht, wo die Wohnungsmiete nicht mehr bezahlt werden kann, wo Heizkosten und Betriebskosten derart hoch geworden sind, daß die Menschen noch viel mehr sparen müssen als ohnehin schon, aber weil die Wohnung ja doch behalten werden möchte, bezahlen sie auch das, was dann schließlich heißt, daß sie einfach beim Essen sparen müssen.

Und damit sie all diese Ausgaben bestreiten können, werden natürlich auch mehr Schulden gemacht. Das muß ich Ihnen sagen.

Ich glaube, Sie alle werden mir zustimmen, daß das nur ein Beispiel von vielen ist, und sie alle werden sicher ehrlicherweise zugeben müssen, daß Sie selber auch täglich solche Beispiele erleben und daß es Fälle gibt, wo einfach die staatliche Sozialpolitik der jetzigen Regierung immer weniger und weniger ausreichend hilft.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger wird auch immer größer. Ich habe den letzten Zahlspiegel hier, worin es heißt, daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger im Steigen begriffen ist, nämlich um 5 bis 6 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daraus erkennen wir immer mehr, wie wichtig es ist, daß in den Ländern und in den Gemeinden die Sozialinitiativen funktionieren, teilweise auf freiwilliger Basis und teilweise durch schon in den Ländern festgelegte und vorgegebene Initiativen. Als Österreichische Volkspartei sind wir im Interesse der hilfebedürftigen Menschen froh und dankbar, daß es diese Sozialinitiativen in den Ländern gibt, zum Beispiel in Vorarlberg, in Tirol, in Niederösterreich oder in der Steiermark.

Da der Stand der zunehmenden Zentralisierung immer ärger wird, ist es umso wichtiger, meine Damen und Herren, daß der Gedanke der Solidarität nicht verkümmert, und es wird die Hilfe zur Selbsthilfe sicher die Antwort auf die heutigen sozialen Herausforderungen in unserem Lande sein. Und als Österreichische Volkspartei sagen wir Ihnen von der Regierungskoalition, daß in der Sozialpolitik nicht so die Gelder verschwendet werden dürfen, wie dies jetzt noch immer der Fall ist, sondern daß wir uns für die arbeitslosen Familien, für die kleinen Verdienster, für die jungen Menschen und für die Frauen nachhaltig wirksam einsetzen müssen. Das ist es, worauf es ankommt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verweise auf die Budgetverhandlungen zum Kapitel Soziales. Hier habe ich eine Abhandlung von 15 Seiten, wo uns auf unsere Anfragen Antwort gegeben wird: Wir können genau feststellen, daß soundso viele Millionen Schilling für Inserate und Plakate ausgegeben werden, 40 Millionen Schilling — das stellen wir fest — für Regierungspropaganda im Sozialwesen. Es werden hier Inserate aufgegeben, und man muß feststellen, daß es sicherlich richtig ist, wenn in Tageszeitungen

10930

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Maria Stangl

und in einschlägigen Zeitungen solche Inserate bezüglich der Arbeitsmarktpolitik sind, aber es ist nicht einzusehen, daß zum Beispiel Parteifreunde mit diesen Inseraten so gefördert werden.

Ich kann Ihnen dafür Beispiele nennen. Das „Neue Forum“ etwa ist hier drinnen einfach acht- oder neunmal mit hohen Beträgen zur Förderung ausgewiesen; eine Zeitung, die ja nicht von allen Menschen gelesen wird, sondern nur von einigen. (*Bundesminister Dallinger: ... werden auch nicht von allen Menschen gelesen!*) Ich habe gesagt, bei Zeitungen sehe ich es ein, aber nicht bei einem Blatt, das nicht von jedem Menschen, Herr Minister, gelesen wird.

Außerdem sehe ich da: Sozialistische Kinderzeitung und noch so kleine Kinderzeitungen, die auch arbeitsmarktpolitische Inserate aufweisen. Ich weiß nicht, ob die Kinder das heute schon brauchen. Das ist wohl die Frage dazu. Ich muß Ihnen das wirklich sagen, Herr Minister! (*Bundesminister Dallinger: Ist schon recht!*) Ja, das stimmt, das ist hier drinnen nachgewiesen.

Drittens muß ich Ihnen sagen: Gerade sparsam gehen Sie mit Ihren Repräsentationsausgaben auch nicht um, Herr Minister! Das ist alles belegt hier. Wir würden die Gelder wirklich für die Arbeitsmarktpolitik in unserem Lande brauchen, wie ich Ihnen jetzt ein paar Dinge angeführt habe.

Wie wir im jüngsten Zahlenspiegel des Statistischen Zentralamtes lesen, nimmt die Zahl der Sozialhilfeempfänger zu. Ich möchte es nicht vorlesen, weil meine Redezeit zu kurz ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte dazu jetzt folgendes sagen:

Ich habe im Sommer dieses Jahres mit einigen Kollegen in Berlin an einer Tagung teilgenommen, wo wir das Sozialmodell des Christdemokraten Ulf Fink kennengelernt haben. Eine großartige Idee wurde mit wirkungsvoll eingesetzten Mitteln verwirklicht, und das hat dem Senat und dem Steuerzahler viel, viel Geld erspart. Dieses Modell ist auch die Sehnsucht der jungen Menschen, die glauben, daß sie Arbeit brauchen. Dieses Modell in Berlin schafft auch Arbeit für die jungen Menschen, die wirklich etwas leisten müssen, etwas leisten wollen und können. Das sage ich, um nur ein Positivum aus diesem Modell herauszusprechen.

Herr Minister! Ich erinnere daran, daß Sie eigentlich dieses Modell kennen müssen, da Sie ja voriges Jahr im Sozialausschuß auf die-

ses Modell besonders aufmerksam gemacht worden sind. Ich frage Sie jetzt: Wäre es nicht vernünftig, wenn junge, gesunde Sozialhilfeempfänger nach dem Berliner Vorbild eine Arbeit leisten sollen, die dem entspricht, was sie an Geld empfangen? Warum wollen Sie sich mit diesem Modell nicht anfreunden, Herr Minister?

Ich glaube, in der Stadtneuerung, in der Dorferneuerung, in Alternativprojekten und in Selbsthilfegruppen, in Nachbarschaftshilfe, in Sozialprojekten und in Frauenprojekten könnten auf diese Weise viele, viele Mittel besser eingesetzt werden. Ich halte es für ein nachahmenswertes Beispiel, es gibt ja auch bei uns in Österreich genug Arbeit.

Die Berliner legen mit ihrem Sozialbeispiel, das ich erwähnte, eine Bilanz vor, die sich sehen lassen kann. Das wäre für uns Österreicher, die wir mit unserer Sozialpolitik und mit unserem Budget nicht mehr die volle soziale Sicherheit garantieren können, wie wir alle wissen, sondern immer mehr Belastungen zu tragen haben (*Bundesminister Dallinger: So gut wie die Deutschen können wir das auch!*) — ja, bitte, Herr Minister, ich sage es Ihnen gleich —, ein nachahmenswertes Beispiel. Wenn Sie immer wieder das deutsche Beispiel hernehmen, dann muß ich Ihnen sagen: Das wäre wirklich ein nachahmenswertes Beispiel für Österreich. Ich lade Sie ein, es zu überlegen und zu verwirklichen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein nächstes Kapitel in der Sozialpolitik ist für mich die Frauenfrage. Sehr geehrter Herr Minister! Bekanntlich nimmt die Arbeitslosigkeit der Frauen immer stärker zu, und wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, daß derzeit 75 000 Frauen Arbeit suchen. Im Rahmen dieser Budgetdebatte ist es uns sicherlich auch ein Anliegen, auf diese Situation noch besonders hinzuweisen und aufmerksam zu machen.

Herr Minister! Ich fordere Sie auf, sich mit den Sozialpartnern zusammenzutun und rasch griffige Maßnahmen zu setzen, um die Frauenarbeitslosigkeit zu verhindern oder zu mildern, damit die 47 000 arbeitsuchenden Frauen und die etwa 30 000 Hausfrauen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben und auch arbeiten möchten, mehr Chancen bekommen und auf dem Arbeitsmarkt auch weniger diskriminiert werden. Ich sage das, weil feststellbar ist, daß die Berufslaufbahn der Frauen immer mehr gewünscht wird — Sie möchten es ja auch so — und eine geänderte Einstellung zur Berufs-

Maria Stangl

tätigkeit der Frauen gegeben ist. Trotzdem meine ich, daß die Familienaufgaben auch von diesen Frauen ernst genommen werden und gesellschaftspolitisch sehr wichtig sind. Wir als Österreichische Volkspartei möchten wohl ganz besonders auch das unterstreichen, was berufstätige Frauen neben dieser Berufstätigkeit noch in der Familie einfach zum Wohle aller leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wird von uns als Österreichische Volkspartei anerkannt. Daher möchte ich Ihnen heute erneut zurufen: Wir legen weiterhin allergrößten Wert darauf, daß wenigstens drei Jahre der Kindererziehungszeit den berufstätigen Frauen zu ihren Pensionszeiten angerechnet werden. Wir werden nicht ruhen, das immer wieder zu verlangen, und ich hoffe, daß auch einmal bei Ihnen die Einsicht dafür herrscht und daß Verhandlungen aufgenommen werden. Das ist kein billiges Verlangen, sondern es ist einfach im Interesse der Familien und der berufstätigen Frauen und vor allem im Interesse der Kinder ganz besonders wichtig. (*Beifall bei der ÖVP*)

Bevor Sie, Herr Minister, und Ihre Fraktionen jetzt vielleicht fragen, wie das alles bestritten werden soll, sage ich Ihnen, daß Sie innerhalb Ihrer Sozialpolitik und Ihrer Arbeitsmarktpolitik einen besseren Ausgleich schaffen müssen. Sie müssen im Interesse der Berufstätigen einen besseren Ausgleich schaffen, damit wir das tun können, was ich Ihnen jetzt an Beispielen vorgeschlagen habe.

Da erfahren wir zum Beispiel durch die Arbeitsmarktvorschau, daß in der Ostregion unseres Landes die Ausländerbeschäftigung entgegen dem vorgesehenen Plan 1985 um 3 000 Personen höher ist, und 1986 sollen laut dieser Vorschau auch wiederum um 3 000 Personen aus dem Ausland mehr beschäftigt werden. Warum tun Sie das, sehr geehrter Herr Minister, entgegen dem vorgesehenen Kontingent? Warum tun Sie das, wenn Sie wissen, daß es Tausende Inländer, Männer und Frauen und vor allem Jugendliche, gibt, die hier im Inland keine Arbeit mehr bekommen? Welche Maßnahmen werden Sie setzen?

Als Angehörige der Österreichischen Volkspartei bin ich auch der Überzeugung, daß eine umsichtigere Regierungspolitik die inländischen Arbeitsplätze stärker sichern müßte. Ich glaube, das wäre Ihre Aufgabe in erster Linie, und das müssen Sie auch mehr berücksichtigen, und dazu fordern wir Sie in besonderer Weise auf.

Hätten Sie, Herr Minister und meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, nicht über 100 000 Personen in die Frühpension geschickt, wäre die einheimische Arbeitslosigkeit noch um 2 Prozent höher. Das wissen Sie genau. Sie verlagern hier die Probleme immer mehr. Die Probleme der Arbeitsplatzfragen werden einfach immer mehr verlagert, und die Finanzierung der Pensionen wird immer mehr in Frage gestellt. Das wissen wir alle miteinander, und das werden Sie auch zugeben. Ebenfalls bekannt ist uns, daß die Lasten in der Pensionsversicherung immer größer werden, und zwar auch deshalb, weil — wie wir wissen — es eine begrüßenswerte längere Lebenserwartung der Menschen gibt.

Die Konsequenzen haben die Pensionisten zu tragen: weniger Pensionsleistung, sinkende Kaufkraft. Sie als Regierung sorgen sich zuwenig um eine gerechte Einkommenspolitik. Auch das muß man Ihnen sagen, Herr Minister, und das müssen wir Ihnen als Opposition wirklich vorhalten.

Hohes Haus! Zusammenfassend möchte ich Ihnen nun folgendes sagen: Wir von der Österreichischen Volkspartei glauben und vertrauen darauf, daß wir eine ordentliche Sozialpolitik haben sollen, die von einer Hoffnung geprägt ist, und daß nach einem wirtschaftspolitischen Kurs, so wie ihn die Österreichische Volkspartei vorgeschlagen hat, und durch Erstrangigkeit der wirklichen Sozialaufgaben sowie durch mehr Solidarität, auch Eigenverantwortung und Eigenleistung und durch die Aktivierung von mehr Selbsthilfe, Eigenvorsorge und Mitverantwortung der Menschen selbst die soziale Sicherheit auch in Zukunft gewährleistet sein soll.

Abschließend noch zurück zu meinen einleitenden Worten von der gestrigen Feier der Vorweihnacht in einer Gruppe, wo es heißt: Wir sollten Besinnung haben, nämlich Besinnung darauf, daß die Leute die Erwartung in uns setzen, ihnen Chancen und Hoffnung zu geben, mit dem Ziel, daß man den jungen, den aktiven und den pensionierten Menschen unserer Heimat in der Erkenntnis einer gerechten Sozialpolitik eine angemessene Lebensqualität sichern kann. Dazu rufen wir auch Sie auf. (*Beifall bei der ÖVP*) 19.02

Präsident: Ich erteile dem Abgeordneten Cap für die Worte „... und die anderen alle, die Pharisäer und Zündler, besonders Abgeordneter Kohlmaier ist dazuzuzählen“ einen Ordnungsruf. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Hafner*) Sie können sich diese Bemerkun-

10932

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Präsident

gen ersparen, glaube ich. (Abg. Helmut Wolf: Ausgerechnet der Hafner!)

Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Haigermoser.

19.03

Abgeordneter **Haigermoser** (FPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Zum Umweltschutz zurückkommend darf ich folgendes ausführen: Auf die Probleme des Umweltschutzes muß man, so meine ich, täglich aufmerksam machen. Daß dieses Aufmerksam machen auch mit unkonventionellen Methoden durchgeführt werden soll und kann, wenn damit der Sache gedient wird, ist unbestritten. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Auch das Recht Demonstrationen, Eingaben, Initiativen bei Gefahr in Verzug einzusetzen, kann dem Umweltbewußtsein nur mehr als dienlich sein. Wenn das Feld des Umweltschutzes jedoch dazu mißbraucht wird, der Scharlatanerie eine Spielwiese zu ebnen, wird es — gelinde gesagt — lächerlich.

Was kann denn ein Viertellaib Käse dafür, wenn ein Repräsentant einer Gruppe, die auszog, um Kompetenz zu erreichen, mit sich selbst nicht fertig wird, oder dient das Feuerschlucken, Seiltanzen, Gruselkabinett, die Frequentierung der Kostümleihanstalten zwecks Ausleibung brunftiger Hirsch kostüme oder klebriger Vogelkleider wirklich der Verbesserung des Umweltschutzklimas? Meine Damen und Herren! Ich bin der Überzeugung, daß Klamauk und Larifari die Umweltprobleme nicht lösen können, sondern der Problemlösung sogar entgegenstehen.

Hohes Haus! Umweltschutz hat Verfassungsrang. Dieses Parlament hat dem Umweltschutz diesen Verfassungsrang einstimmig zugeordnet. Diese Wertigkeit allein wäre aber noch zuwenig, wenn damit nicht auch gleichzeitig die notwendige Erfüllungskompetenz verbunden würde. Jedermann und selbst die Opposition weiß, daß für die Umwelt seit der Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen immens viel geleistet wurde. Allein durch den Umweltfonds wurde seit seiner Gründung ein Investitionsvolumen für Private im Ausmaß von ungefähr 2,3 Milliarden Schilling ausgelöst. 673,6 Millionen Schilling kamen dabei privatwirtschaftlichen Unternehmungen direkt zugute.

Wir erinnern uns noch zu genau daran, daß bei der Gründung des Umweltfonds die ÖVP mit dem vermeintlich schweren Geschütz auf-

fuhr, der Fonds würde mit Sicherheit durch einige wenige Projekte — das meinte damals die ÖVP — ausgeräumt. Nur Große würden aus diesem Fonds bedient werden. Das war damals der Tenor der Meinungen der Österreichischen Volkspartei.

All diese Unkenrufe haben sich ad absurdum geführt. Das Gegenteil ist der Fall, wie die von mir angeführten Zahlen beweisen. Am 4. Jänner 1985 bescheinigte Gerhard Steininger in den „Salzburger Nachrichten“ der Bundesregierung — und ich zitiere jetzt wörtlich —, daß sie auf dem Gebiet des Umweltschutzes in den knapp zwei Jahren ihrer Tätigkeit mehr getan hat als die Regierung Kreiskys in den 13 Jahren zuvor. — Ende des Zitats.

Hohes Haus! Nach dieser Umweltschutzproblematik nun zu einer Thematik, welche den zukünftigen Umweltminister zu beschäftigen haben wird. Es handelt sich hiebei um den bereits zur Begutachtung versandten Entwurf eines Umweltverträglichkeitsprüfungsgegesetzes. Hinter diesem Wortungstüm verborgen sich einige wesentliche Probleme, welche ich aus freiheitlicher Sicht kurz darstellen möchte.

Als wesentliche Ziele dieser Umweltverträglichkeitsprüfung werden in den Erläuternden Bemerkungen des Ministerialentwurfes Prävention, Transparenz, Partizipation und Gesamtschau angeführt. Die vom Entwurf gewählte Konzeption einer Umweltverträglichkeitsprüfung läßt es jedoch höchst zweifelhaft erscheinen, ob diese Ziele tatsächlich erreicht werden können. Transparenz und Partizipation bleiben fromme Wünsche, wenn der Kreis der am Anhörungsverfahren teilnahmeberechtigten Parteien auf Umwelt- und Naturschutzvereine beschränkt wird.

Dieser Mangel wird durch den Umstand erschwert, daß nach dem vorliegenden Entwurf nicht einmal klar ist, welche Behörde überhaupt das Anhörungsverfahren durchzuführen hat. Eine Klarstellung ist schon allein deshalb notwendig, weil für den in § 2 ins Auge gefaßten Anwendungsbereich der Umweltverträglichkeitsprüfung mehrere Bewilligungen erforderlich sind. Derselbe Mangel stellt sich aber als Versäumnis des Entwurfes heraus, hält man sich vor Augen, daß nach seinem Wortlaut die mehrmalige Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen der bei den verschiedenen Behörden durchzuführenden Bewilligungsverfahren möglich wäre.

Haigermoser

Da zweifellos davon auszugehen sein wird, daß die Umweltverträglichkeitsprüfung für jedes Projekt nur einmal durchzuführen ist, wäre durch die Möglichkeit einer Verfahrenskonzentration über Antrag oder von Amts wegen vorzusehen, daß eine derartige mehrmalige Durchführung der Prüfung unterbleibt.

Des weiteren muß festgestellt werden, daß die dem Antragsteller abverlangte Umweltverträglichkeitserklärung Erfordernissen entsprechen muß, die seine Sachverständigenkosten derart in die Höhe treiben würden, daß damit die Grenze der Rechtsverweigerung wohl überschritten würde.

Zusammenfassend darf zu diesem Thema festgestellt werden, daß der Entwurf in dieser vorliegenden Form in das Parlament nicht eingebracht werden sollte, weil damit neue bürokratische Hürden aufgebaut würden. Ich glaube daher, daß das ein wichtiger Arbeitsbereich des neuen Ministers in Zusammenarbeit mit seinem Staatssekretär sein wird, um eine bessere Vorlage ins Haus einzubringen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zu einem Thema kommend, welches einer ernsthaften und breiten Diskussion in Gegenwart und Zukunft bedarf. Ein Thema, welches in die verschiedensten Lebensbereiche wie kaum ein zweites eingreift. Es handelt sich dabei um die Fragen der Leihmutterchaft, der künstlichen Befruchtung. Damit zusammenhängend entstehen natürlich zahlreiche Fragen des ethischen Empfindens aus familiopolitischer, gesundheitspolitischer, sozialrechtlicher und nicht zuletzt juristischer Sicht.

Wir Freiheitlichen wollen es uns bei diesen Fragen nicht so leicht machen und gleich zu Beginn nach dem Strafrecht rufen. Allein schon aus der Tatsache und aus der Aufzählung der Schwierigkeiten, die diesem Problem innewohnen, in denen man sich bei Diskussionen zu diesem Thema bewegt, erkennt man, wie sensibel und mit welchem Feingefühl vorgegangen werden muß.

Hohes Haus! Der am 25. September 1985 zu einem Teil der angezogenen Themen eingebrachte ÖVP-Antrag ist meiner Ansicht nach ein ungeeignetes Instrument, die Probleme auch nur ansatzweise zu lösen.

Ich bin mir der Schwierigkeit der Probleme durchaus bewußt. Doch mit einer Formulierung wie der folgenden ist am Anfang einer

Diskussion niemandem gedient — ich zitiere jetzt aus dem ÖVP-Antrag —:

„Artikel I

§ 1. Das Einsetzen eines Embryos in eine fremde Gebärmutter und das Einsetzenlassen (Leihmuttertum) sind verboten.“

Wiederum ÖVP-Antrag:

„Artikel II

§ 4. (1) Wer den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes zuwiderhandelt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr zu bestrafen. Erfolgt die Begehung der Tat gewerbsmäßig . . ., ist eine Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren zu verhängen.“ (*Abg. Probst: Einsperren!*)

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen haben es uns nicht so leicht gemacht. Wir haben ein Papier ausgearbeitet, welches den Versuch unternimmt, der Thematik näherzukommen.

Ich betone: Wir haben den Versuch unternommen und erheben keinen Anspruch darauf, daß alle Antworten auf diese schwierigen Fragen darin enthalten sind.

Wir bringen diese Arbeit jedoch in die politische Landschaft als Diskussionsgrundlage ein in Verantwortung und Verpflichtung zu ernsthafter politischer Tätigkeit.

Die Fragen der Leihmuttertum und künstlichen Befruchtung sind also nicht, so wie die ÖVP dies wünscht, primär mit den Mitteln des Strafrechtes zu lösen, sondern verlangen nach einer umfassenden Betrachtung, in die sämtliche Aspekte, selbstredend auch die des Strafrechtes, einbezogen werden müssen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zum Schluß kommend stelle ich aus freiheitlicher Sicht fest, daß ein ÖVP-Husch-Pfusch-Antrag — ausnahmsweise darf ich einmal ein ÖVP-Lieblingswort verwenden — einem sensiblen Thema einmal mehr nicht gerecht wird. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) ^{19.14}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster ertheile ich der Frau Abgeordneten Rosemarie Bauer das Wort.

^{19.14}

Abgeordnete Rosemarie Bauer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die jährliche Budgetde-

10934

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Rosemarie Bauer

batte gibt uns Anlaß, Bilanz zu ziehen über die Wirksamkeit der Gesundheitspolitik in Österreich.

Der Herr Minister und der Herr Staatssekretär sind der Meinung, es ist alles in Ordnung.

Wenn wir uns die Frage stellen: Wie gesund sind die Österreicher?, dann müssen wir aber feststellen, daß die Zahl der chronischen Erkrankungen und Zivilisationskrankheiten dramatisch ansteigt, daß die Herz- und Gefäßkrankheiten zunehmen, daß die psychischen Erkrankungen zunehmen und daß auch der Tablettenkonsum alarmierend steigt. So nimmt in Österreich jede dritte Frau täglich Tabletten zu sich, nimmt jeder fünfte Mann täglich Tabletten zu sich, und es ist die Tablettensucht auch bereits bei den Kindern bemerkbar. Dann müssen wir feststellen, daß der Gesundheitszustand der Kinder besorgniserregend schlecht ist und daß bereits sehr viele Lehrlinge in Rehabilitationszentren eingewiesen werden. Wir stellen fest, daß der Zustand der Zähne bei allen Altersgruppen in Österreich geradezu katastrophal ist.

Viele dieser Erkrankungen könnten durch eine bessere Aufklärung der Bevölkerung über gesundheitliche Gefährdung in den verschiedensten Bereichen verhindert werden, und die Bevölkerung müßte eben entsprechend motiviert werden. Daher ist das Kapitel „Gesundheitsvorsorge“ ganz besonders wichtig.

Sehr geehrter Herr Minister! Sie haben den dramatischen Gesundheitszustand unserer Bevölkerung, der ja nicht von heute auf morgen entstanden ist, mitzuverantworten, zumindest, in den letzten fünf Jahren. So wie bisher der Erfolg, eine akute Krankheit zu heilen, im Vordergrund gestanden ist, muß in der Gegenwart, vor allem aber auch in der Zukunft, dem Bemühen um die Verhinderung dieser Krankheiten ein höherer Stellenwert beigemessen werden.

Die sogenannten chronischen Erkrankungen haben selten nur eine Ursache. Sie setzen sich aus vielen krankmachenden Begebenheiten zusammen. Die Gesundheit unserer Bevölkerung hängt also nicht nur von medizinischen Fakten ab, sondern es sind in hohem Maße persönliche Lebens- und Verhaltensweisen sowie Umwelteinflüsse maßgebend. Eine Studie schätzt diesen Anteil der Einflüsse auf bis zu 50 Prozent.

Hinsichtlich psychischer Störungen, Über-

gewicht und grober Fehlvorstellungen von einem gesunden Leben hätten gerade die Schulärzte ein reiches Betätigungsgebiet. Statt der bisherigen Informationsblätter sollten den Lehrern in den Schulen durch einen Interpretationserlaß die wichtigsten Aufklärungspunkte vorgegeben sein.

Fest steht, daß wir uns mehr als bisher auf neue Bereiche außerhalb des kurativen Gesundheitssystems konzentrieren müssen. Wir brauchen eine verstärkte Förderung der Gesundheitsinformation, eine Intensivierung der Gesundheitserziehung und vor allem eine bessere Gesundheitsberatung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dies betrifft vor allem auch den Bereich der Zahngesundheit. Im Bereich der Aufklärung über Mundhygiene und Zahnkultur sowie Ernährung konnte in den Ländern Schweiz und DDR das Ziel der Weltgesundheitsorganisation für das Jahr 2000 bereits jetzt fast erreicht werden. Der Herr Minister hat sich ja immer sehr gerne auf ausländische Situationen bezogen. Dort ist es gelungen, folgendes zu erreichen: Kariesfreiheit bei 50 Prozent der 5- bis 6jährigen Kinder. Bei den 12jährigen nicht mehr als 3 behandelte Zähne. Ein erhaltenes Gebiß bei 85 Prozent der Population im Alter von 18 Jahren. Eine Senkung des Standes der Zahnlosigkeit bis zu 50 Prozent bei der Altersgruppe der 35- bis 44jährigen und auch eine Senkung des gegenwärtigen Standes der Zahnlosigkeit um 25 Prozent bei den 60jährigen.

Wir alle wissen, wie wichtig ein gutes Gebiß ist und daß viele Folgekrankheiten durch schlechte Mundhygiene und schlechtes Gebiß entstehen können.

Nur Kinder mit gesunden Zähnen sind auch wirklich gesund, und das gilt dann im besonderen Maße natürlich auch für die Erwachsenen.

Hier wurde wirklich vieles versäumt. Ich frage Sie, Herr Minister: Was wird in Österreich gegen Karies getan? Wo ist Ihre Statistik, um hier Vergleiche anstellen zu können? Denn nach groben Schätzungen haben in Österreich 93 Prozent der 6jährigen Kinder Karies. Die einzige Maßnahme in Österreich ist derzeit die stark umstrittene Verabreichung von Fluor-Tabletten.

Durch eine gute Gesundheitsvorsorge und -aufklärung konnten im Kanton Zürich bei 120 000 Kindern im Jahr 13 Millionen Schweizer Franken eingespart werden. Es ist also

Rosemarie Bauer

erwiesen, daß in diesem Bereich und auch in anderen Bereichen große Summen eingespart werden könnten, nicht nur an Behandlungsbeiträgen, sondern auch im Bereich der Rehabilitation.

Unsere Rehabilitationszentren sind wunderbar ausgestattet. Sie sind mit Einrichtungen ausgestattet, die so manche Klinik vor Neid erblassen lassen. Es ist natürlich notwendig, daß diese Rehabilitationszentren so gut ausgestattet sind. Aber Reparatur ist nun einmal sehr teuer.

Nach Aussagen der Weltgesundheitsorganisation könnte durch eine gezielte Gesundheitsvorsorge die Situation im Bereich der Herzpatienten — also auch der Herzpatienten! — letztendlich so verbessert werden, daß ein Absinken der Erkrankungszahlen wie vergleichsweise bei den Tuberkulosekranken erreicht werden könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein weiterer Bereich der Gesundheitspolitik, der das Versagen so offensichtlich macht, ist die Tatsache, daß X-tausende einfach in ein Spital oder Altersheim abgeschoben werden, weil die familiäre Betreuung nicht gegeben ist und weil Nachbarschaftshilfe und Hauskrankenpflege viel zu wenig ausgebaut sind.

Ich darf in diesem Zusammenhang an das vorbildlich ausgebaut Sozialhilfennetz des von Ihnen immer wieder geschmähten Bundeslandes Niederösterreich verweisen. Hier gibt es 37 dezentrale Einsatzstellen für organisierte Nachbarschaftshilfe mit mobilen Krankenschwestern. Durch diese Einrichtung ist es gelungen, ein Fünftel der Spitalsbetten stillzulegen. Gleichzeitig konnte die Behandlung neben gleicher medizinischer Behandlung durch mehr Menschlichkeit und Humanität verbessert werden. Vor allem aber konnte die Behandlung wesentlich ökonomischer gestaltet werden.

Wichtig ist dabei, daß unter Wahrung der freien Wahl des Sozialdienstes, nämlich bei den einzelnen Sozialhilfeträgern, wie Niederösterreichisches Hilfswerk, der Volkshilfe oder der Caritas, jeder dorthin gehen kann, wohin er gehen möchte, und er erhält dort immer die gleiche Hilfe. Die Kosten werden zu einem Drittel von den Hilfeempfängern selbst getragen, das Land leistet derzeit einen Beitrag von 50 Prozent, die Krankenkassen einen Beitrag von zirka 5 bis 10 Prozent. Der Rest wird von den lokalen Trägerorganisationen selbst getragen, die durch Spenden unterstützt werden. In Summe zahlt das Land über

90 Prozent, die Krankenkassen zahlen nicht einmal 10 Prozent bei einem Soll von 20 bis 25 Prozent.

Tatsache ist, daß durch die Knüpfung dieser kleinen Netze die Hilfe menschlicher, durch die Dezentralisierung besser und vor allem billiger wird. (*Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld: Paßt eh alles!*) Wie die Erfahrung zeigt, sind es 20 bis 25 Prozent medizinischer Dienste, die hier angefordert werden. (*Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld: Das ist Aufgabe der Länder und nicht des Ministers!*)

Ja, das glaube ich, daß Ihnen das gut gefällt. Das ist schon richtig, aber hier können Sie sehen, wie ideenreich dieses ÖVP-regierte Bundesland ist. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wie schaut es denn bei Ihnen in Kärnten aus, Herr Staatssekretär?

Wenn wir vor wenigen Tagen die Krankenanstaltnovelle beschlossen haben, dann, muß ich sagen, hätte es dieser nach niederösterreichischem Muster gar nicht bedurft, denn Niederösterreich spart durch diese Einrichtungen 8 bis 10 Prozent der Betten. Wir hätten dieser Novelle nicht bedurft. (*Beifall bei der ÖVP. — Staatssekretär Dr. Ferrari-Brunnenfeld: Wir sind im Nationalrat und nicht im Landtag!*)

Vor allem unterstreicht dieses Modell unseren Grundsatz: Soviel stationär wie nötig, soviel ambulant wie möglich. Und das zeigt, daß das auch wesentlich effizienter ist. Daher brauchen wir auch im Gesundheitsbereich eine neue, eine andere Politik! (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die sozialistische Bundesregierung ist im Jahr 1970 angetreten, dieses Österreich nach ihren Vorstellungen zu verändern. Sie ist angetreten zum Kampf gegen die Armut; sie hat versagt. Nach 15 Jahren sozialistischer Regierung ist die Armut größer denn je. Sie hat versagt im Bereich der Wirtschaftspolitik, ich verweise nur auf die steuerliche Aushöhlung der Klein- und Mittelbetriebe bis hin zum VOEST-Debakel, das höchst aktuell ist.

Sie hat aber auch in der Gesundheitspolitik versagt: von der Zunahme der chronischen Krankheiten, der Zivilisationskrankheiten bis hin zur finanziellen Problematik im Kassenzonenbereich, wobei ich auf das immer noch unaufgeklärte Millionending der Frau Minister Leodolter auch hier verweisen möchte. (*Zwi-*

10936

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Rosemarie Bauer

schenbemerkung des Staatssekretärs Dr. Ferrari-Brunnenfeld. — Abg. Graf: Es gehört zur Zivilisation, von der Regierungsbank die Rednerin nicht zu stören!)

Eine traurige Bilanz für diese Regierung, eine traurige Bilanz für den Herrn Minister und auch für Sie, Herr Staatssekretär, und ein trauriges Erbe für den neuen Gesundheitsminister! (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*) ^{19.25}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Wanda Brunner. Ich erteile es ihr.

^{19.25}

Abgeordnete Wanda Brunner (SPÖ): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schwimmer hat sich heute darüber beklagt, daß die Debattenbeiträge immer gleich sind, daß sie nach dem gleichen Ritual ablaufen. Er hat gesagt: ein sehr bedauerliches Ritual.

Ich möchte sagen, obwohl ich sonst mit Herrn Kollegen Schwimmer sicherlich nicht einer Meinung bin, aber in diesem Fall möchte ich ihm fast recht geben. Aber ich möchte es etwas ändern, ich möchte sagen: Es kommt mir manchmal vor wie eine Theateraufführung. (*Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Was der Cap heute geboten hat!*) Erster Akt: Bevor das Budget noch im Hause ist, bevor das Budget noch vorliegt, wird es von der ÖVP abgelehnt. Zweiter Akt: In der Budgetdebatte heißt es ständig, und das sagt jeder Redner: Das Defizit ist zu groß, das Budget ist aufgebläht. — Aber jeder Sprecher, der sich hier herstellt, will mehr Geld für das Kapitel und behauptet, es sei zu gering dotiert.

Dritter Akt, auch das haben wir heute immer wieder erlebt: Es wird negiert, es wird diffamiert, es wird Österreich krankgejammert. Aber es wird trotzdem gefordert und verlangt. Auch Frau Kollegin Stangl hat heute wieder verlangt, daß Pensionszeiten bezahlt werden, man verlangt Erziehungsgeld. Man verlangt und verlangt.

Nur eines haben Sie nicht bedacht: Es kommt dann der sogenannte vierte Akt: Wir werden das Budget beschließen mit unseren Stimmen und weiterhin gute Politik für alle Österreicher machen! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Es hat sich heute nicht anders abgespielt wie immer. Es wird Kritik geübt nur um der Kritik willen. Zu diesem Fazit wird man ein-

fach gezwungen, wenn man sich mit der Kritik auseinandersetzt, die die Opposition an unserem Minister für Gesundheit und Umweltschutz übt, und zwar ununterbrochen.

Ein Haar in der Suppe muß gefunden werden, Herr Kollege, so oder so. Einmal wird behauptet, daß für die Gesundheit der Österreicher zuwenig getan wird, siehe die Presseaussendung von Dr. Stummvoll, weil sich das Ministerium zu viel mit der Umwelt befaßt, und im selben Augenblick gibt es große Aufregung, weil man wiederum überzeugt ist, daß das Ministerium mehr Mittel für konkrete Umweltschutzmaßnahmen und weniger für den Gesundheitsbereich hätte verwenden sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben ja ein Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz. Maßnahmen in dem einen Bereich sind niemals ein Nachteil für den anderen Bereich. Eine gute Umweltschutzpolitik ist die beste Gesundheitspolitik; das haben wir ja heute schon von mehreren Rednern gehört.

Zur Gesundheitsvorsorge gehört der Schutz des Lebensraumes und umgekehrt. Deshalb war auch die Kombination von Gesundheit und Umwelt weit vorausgedacht. Jede Kritik, die darin gipfelt, daß die finanziellen Mittel für den einen Bereich zum Nachteil des anderen eingesetzt werden, ist mehr als kurzsichtig. (*Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich habe mir vorgenommen, für all jene, die so irrsinnig gerne vergessen, erinnernd aufzuzählen, welche umfassende Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit für die Österreicher getroffen wurden.

Obwohl dauernd gesagt wurde, Bundesminister Steyrer hätte nichts getan, gestatten Sie mir, daß ich Ihnen doch ein paar Dinge vorlese, sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es wurde das Ärztegesetz geändert. Es kam das Apothekengesetz, es gab die Errichtung eines Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, es gab das Arzneimittelgesetz, ein Bangseuchengesetz, ein Rinderleukosegesetz. Es gab das Fleischuntersuchungsgesetz, Transplantationsgesetz, Suchtgiftgesetz, Impfschadengesetz, Waschmittelgesetz, etwas, was sowohl für die Gesundheit als auch für die Umwelt wichtig ist. Es hat zum Lebensmittelgesetz eine Reihe von Verordnungen gegeben. Es gab und gibt immer noch neue Dinge. Aber es wird gesagt, es wurde nichts getan.

Wanda Brunner

Es ist Ihnen ja sicherlich bekannt, daß gerade durch die jahrelange erfolgreiche Gesundheitspolitik das allgemeine Niveau der gesundheitlichen Versorgung in Österreich, gemessen am weltweiten Durchschnitt, sehr hoch anzusetzen ist. Da möchte ich den Ausführungen meiner Vorrednerin auf das entschiedenste widersprechen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*.)

Statistiken beweisen es schwarz auf weiß jedes Jahr, daß wir international absolut im Spitzensfeld liegen. Heute hat man schon gesagt, es gebe in Österreich dramatische Zustände. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, das ist ein bißchen sehr weit hergeholt. Denn umsonst wird nicht die Lebenserwartung in Österreich von Jahr zu Jahr höher. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*.)

Ich möchte sagen, daß eine der bedeutendsten und der segensreichsten Einrichtungen die Gesundenuntersuchungen sind. Denn die vorbeugende Medizin soll vor allem eine möglichst frühzeitige Erkennung von Krankheiten oder gar deren Vermeidung ermöglichen. Die bei den Untersuchungen erstellten Diagnosen haben eindeutig bestätigt, wie wichtig, ich möchte fast sagen, manchmal sogar lebenswichtig solche Untersuchungen sind, allein schon bei der Bekämpfung einer der schrecklichsten Geißeln der Menschheit, nämlich des Krebses. Bei einer Reihe von untersuchten Personen konnten Karzinome in einem Frühstadium entdeckt werden, was für die betroffenen Personen größte Chancen auf Heilung und ihre Rettung bedeutete.

Sicherlich — und das wissen wir alle — wird es nicht so angenommen, wie wir es uns wünschen würden. Aber Sie wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können die Menschen nicht zwangsbeglücken. Es wird immer noch mehr Aufklärungsarbeit diesbezüglich bedürfen, um die Gesundenuntersuchungen der Bevölkerung bewußter zu machen als bisher. Denn es gibt eben leider Gottes noch immer so viele Menschen, die lieber Vogel-Strauß-Politik betreiben und glauben, es treffe auch auf Krankheiten zu, wenn sie sagen: Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. — Ich habe viele getroffen, die der Meinung waren: Finden tun die Ärzte doch immer etwas, deshalb gehe ich besser gar nicht hin.

Man müßte vielleicht gezielter an verschiedene Gruppen, zum Beispiel Berufsgruppen, bestimmte Jahrgänge oder einzelne Risikogruppen appellieren, die gebotene Möglichkeit einer vorbeugenden Untersuchung wahr-

zunehmen, und damit diese Personen direkt ansprechen.

Wir brauchen uns ja nur anzuschauen, wie es in den vergangenen Jahren mit den Impfungen ausgesehen hat. Wenn wir alle Medien eingeschaltet haben, wenn alle Werbemittel eingesetzt wurden und immer wieder darauf hingewiesen wurde, wie wichtig es für jeden einzelnen sei, sich vorbeugend impfen zu lassen, dann, nur dann war das Echo stärker. Nur dann wurde ein hoher Durchimpfungsgrad erreicht.

Das heißt in der Praxis, auch wenn mehr finanzielle Mittel notwendig sind, wird sich sicherlich der Aufwand rechtfertigen. Aber ich sehe keine andere Möglichkeit der Bevölkerung diese Sache näherzubringen.

Deshalb legt das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in seiner Öffentlichkeitsarbeit größten Wert auf die Information breiter Bevölkerungskreise durch fortgesetzte Kampagnen, aber dies nicht nur auf den österreichischen Impfplan hin gesehen — was die Schutzimpfungen betrifft, beginnen sie in den ersten Lebenswochen eines Menschen und reichen bis zu den Vorbeugungsmaßnahmen bei Auslandsreisen für Erwachsene jeden Alters —, sondern auch zum Beispiel auf die Propagierung und Förderung des Stillgedankens.

Neben den Versuchen, die Ziele und Schwerpunkte der Weltgesundheitsorganisation durchzusetzen, hat sich das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bemüht, durch entsprechende Maßnahmen, speziell durch die in den Jahren 1983 und 1984 durchgeführte Aktion „Stillen, ein guter Beginn“, das Stillen in Österreich wieder zu fördern. Mit großem Erfolg hat das Ministerium Plakate herausgebracht, Informationsbroschüren an die Mütter und die mit ihrer Beratung betrauten Fachleute verteilt, alles mit dem Ziel, in Österreich wieder eine positive Einstellung zum Stillen zu erreichen, damit die Frequenz zu erhöhen und junge Mütter davon zu überzeugen, daß Stillen die optimale Ernährung für ihre Säuglinge ist.

Die Ergebnisse einer Studie, welche vom Gesundheitsministerium in Auftrag gegeben wurde, zeigen, daß die Stillfrequenz und -dauer in Österreich seither deutlich zugenommen hat, was sicherlich ebenfalls ein Erfolg der Arbeit des Ministeriums ist.

Weiters möchte ich an eine der bedeutendsten und richtungsweisenden Einführungen

10938

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Wanda Brunner

des Bundesministeriums für Gesundheit und Umwelt erinnern, an den Mutter- und Kindpaß. Fast 100 Prozent aller schwangeren Frauen befolgen den Aufruf, zu den vorgeschriebenen Untersuchungen zu gehen, womit erreicht wurde, daß sich fast jede werdende Mutter einer gezielten, ständigen ärztlichen Kontrolle unterzieht.

Dieser Beitrag auf dem Gebiet der Präventivmedizin in Österreich ist eine enorm entscheidende Maßnahme bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, die um 51 Prozent, also um mehr als die Hälfte seit der Einführung des Mutter-Kind-Passes, zurückgegangen ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Dieser Erfolg beweist uns, daß der von uns eingeschlagene Weg zielführend war und es sich auch lohnt, im Sinne einer weiteren Verbesserung der Schwangerenvorsorge ihn auch weiter zu verfolgen.

Es gibt sicherlich ein paar Wünsche, bei denen wir ersuchen werden, daß sie in Zukunft ebenfalls erfüllt werden.

Allein dieser Mutter-Kind-Paß, meine Damen und Herren, gibt uns Sozialisten das Recht, stolz zu sein, weil mit diesem Paß der Grundstein für das Wohlergehen unserer Kinder gelegt wurde. Auch diese Einführung ist durchaus auf unser Habenkonto zu buchen (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*), auf der Habenseite des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, welches immer jede Möglichkeit zur Ausschöpfung der aktiven Gesundheitspflege wahrgenommen hat, sodaß in Österreich jeder Mensch im Interesse der Gesundheit die gleichen Chancen hat, ohne Rücksicht auf Stand und Herkunft. Diesen positiven Weg werden wir sicherlich auch weiterhin fortsetzen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 19.37

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Brandstätter. Ich erteile es ihm.

19.37

Abgeordneter **Brandstätter** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Abgeordnete Brunner hat sich gerade beschwert darüber, daß die ÖVP Kritik übe. Sie vergessen nur eines, Frau Kollegin: Kritik kann man nicht dadurch ausschalten, daß man sagt, es dürfe nicht Kritik geübt werden. Sie müßten nur versuchen, in Ihren Reihen bessere Politik zu machen, dann könnte es möglich sein, Kritik weitestgehend auszuschalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Einen Beweis haben Sie auch gleich dafür erbracht, daß Sie nach unserer Auffassung einfach falsch liegen. Sie haben aufgezählt, wie viele Gesetze Sie gemacht haben. Auch hier übersehen Sie völlig, daß es nicht auf die Anzahl der Gesetze ankommt, sondern daß es nur darauf ankommt, wie Gesetze gehandhabt werden. Das ist ein Grund unserer Kritik, daß Sie genug Gesetze hätten, daß diese aber entsprechend gehandhabt werden müßten, und es könnte sehr vieles ausgeschaltet werden, was in unserem Land passiert ist.

Noch einmal: Nicht auf die Anzahl der Gesetze kommt es an, sondern nur darauf, wie sie gehandhabt werden. Hier liegt es bei dieser Koalitionsregierung der SPÖ sehr im argen.

Nun möchte ich zu einigen Problemen Stellung nehmen, die doch in weiten Kreisen der Bevölkerung große Besorgnis hervorrufen. Eines dieser Probleme ist die Kontrolle der importierten Lebensmittel. Es ist vor allem bei Geflügel, bei Milch und Molkereiprodukten, aber auch bei vielen anderen Lebensmitteln so, daß in Österreich sehr harte Kontrollen vorgesehen sind und auch durchgeführt werden. Aber bei den Importen fehlt sehr, sehr vieles. Es gibt Aussagen namhafter Konsumentenvertreter, die selbst verlangen, daß die Kontrolle der importierten Lebensmittel genauso genau, genauso hart durchgeführt werden müßte wie die Kontrolle der heimischen Lebensmittel.

Ich darf Ihnen sagen — aber Sie wissen es auch selber —, daß immer wieder Befürchtungen ausgesprochen, niedergeschrieben werden, Österreich könnte eben durch die laxe Handhabung der Importkontrollen zu einem Abfallkübel Europas werden. Hier muß wirklich vorgesorgt werden.

Ich darf Ihnen sagen: Wir von der österreichischen Bauernschaft bekennen uns zum größtmöglichen Konsumentenschutz. Wir sind selbstverständlich interessiert daran, daß der Konsument, der in Österreich seine Lebensmittel kauft, so stark wie möglich geschützt ist, daß er wirklich nur die besten Produkte bekommt, daß er alle erdenkliche Sicherheit hat, wenn er einkauft. Nur eines müssen wir verlangen, nicht nur im Interesse der Bauernschaft, sondern vor allem im Interesse der Konsumenten: daß auch bei den importierten Lebensmitteln genau dieselbe harte Kontrolle sein muß, wie das bei den in Österreich erzeugten Lebensmitteln der Fall ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Brandstätter

Das ist ein Verlangen, das wir seit langem gestellt haben, aber es ist heute eben die Schwierigkeit, daß der eine Minister, der die Versäumnisse in den vergangenen Jahren gemacht hat, praktisch abgetreten ist und daß der neue Minister noch nicht im Amt ist und wir daher erst sehen müssen, wie er an diese Probleme herangeht. Nur: Eines möchte ich dem scheidenden Minister zum Vorwurf machen — die Frau Abgeordnete Brunner ist nicht da; aber das ist eine berechtigte Kritik —, nämlich daß auf Grund des Fleischuntersuchungsgesetzes eine Verordnung schon lange möglich gewesen wäre. Wir verlangen wieder einmal, daß diese Verordnung erlassen werden sollte, wonach nur jenes Geflügel importiert werden darf, das aus Schlachthäusern stammt, in denen die Verarbeitung entsprechend kontrolliert wird.

Und da Sie so gerne ins Ausland schauen, möchte ich Ihnen hier ein Beispiel dafür aus der Bundesrepublik Deutschland bringen.

In der Bundesrepublik Deutschland dürfen zum Beispiel nur jene Milch- beziehungsweise Molkereiprodukte eingeführt werden, die denselben Voraussetzungen entsprechen wie die im Inland erzeugten, das heißt, sie müssen bei der Pasteurisierung auf 84 Grad erhitzt werden. Das führt zu Schwierigkeiten. So sind zum Beispiel französische Produkte in Deutschland nicht zugelassen, weil diese Voraussetzungen in Frankreich nicht erbracht werden.

Genau das, glauben wir, wäre im Interesse unserer Konsumenten auch in Österreich notwendig. Durch eine entsprechende Verordnung wäre das, wie gesagt, durchführbar.

Es könnte zum Beispiel eine Unbedenklichkeitsbestätigung einer inländischen Untersuchungsanstalt verlangt werden. Dann wäre die Gewähr gegeben, daß der Konsument wirklich die Sicherheit hat, daß das Produkt, das er einkauft, jenen Bedingungen entspricht, die in Österreich verlangt werden. Aber diesbezüglich ist noch nichts geschehen. Das ist wieder eine Kritik, die selbstverständlich den Minister Steyrer trifft.

Es ist heute schon einige Male gesagt worden, daß Minister Steyrer persönlich ein netter Mensch ist. Aber was hilft das alles, wenn er nicht in der Lage war, notwendige Dinge durchzuführen, Verordnungen zu erlassen, die wir brauchen. Schlagworte allein helfen da überhaupt nichts, es müßten Taten gesetzt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir wissen alle, wie groß das Problem des sogenannten Waldsterbens ist, wie notwendig es wäre, daß gerade auf diesem Gebiet endlich die entsprechenden Maßnahmen gesetzt werden. Das Dampfkessel- und Emissionsrecht müßte die dafür notwendigen Bedingungen enthalten, sodaß von dort her ein entsprechender Schutz gegeben wäre, der den österreichischen Wald vor noch größeren Schäden, als sie derzeit schon vorhanden sind, bewahren würde. Denn eines, glaube ich, ist ganz sicher — das ist zwar auch ein Schlagwort, aber eines, das seine Berechtigung hat —: Zuerst stirbt der Wald und dann stirbt der Mensch! — Das heißt: Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, damit der Wald nicht stirbt — im Interesse und zum Schutze des Menschen.

Daher ist es notwendig, daß bei sämtlichen Emissionen die entsprechenden Grenzwerte erstellt werden. So hat zum Beispiel Minister Übleis die Überprüfung der Anlagen verlangt, aber es ist weiters eine Tatsache, daß kaum 80 Prozent der Dampfkesselanlagen bis jetzt kontrolliert wurden und daß in den wenigsten Fällen die daraus resultierenden Maßnahmen abgeschlossen sind, obwohl es höchste Zeit wäre. Auch ein Entwurf für ein Luftreinhaltegesetz ist in Ausarbeitung oder in der Begutachtung. Darin sind sicher sehr gute Ansätze enthalten, das ist keine Frage. Nur: Wenn es wieder nur darum geht, daß geredet wird, dann bringt das einfach zuwenig. Es muß gehandelt werden in unser aller Interesse.

Es gibt da auch ein Beispiel aus der Steiermark, wo eine Bezirksverwaltungsbehörde im Interesse der Bevölkerung durchgegriffen hat, als ein Betrieb zugesperrt wurde. Es war Minister Übleis, der gesagt hat: Das ist nicht in Ordnung!, und er werde dafür sorgen, daß entsprechende gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, sodaß Derartiges in Zukunft nicht mehr passieren kann. Da muß ich schon fragen: Wo ist da der Herr Minister Steyrer gewesen? Ich habe nicht gehört, daß er gesagt hätte, diese Maßnahme müsse im Interesse der Bevölkerung durchgeführt werden, daß er derjenige gewesen wäre, der die entsprechende Beamenschaft geschützt und gesagt hätte: Das war eine notwendige Maßnahme. Ganz im Gegenteil: Minister Übleis hat kritisiert, Minister Steyrer hat zugehört und nichts getan.

Dasselbe gilt für die grenzüberschreitende Luftverunreinigung. Es wird zwar gesagt, daß hierüber bereits Verträge abgeschlossen wurden — das ist in Ordnung —, aber wir wissen, wie wenig diese Verträge gerade bei unseren

10940

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Brandstätter

sozialistischen Nachbarn gelten, wenn man nicht die entsprechenden Kontrollmöglichkeiten hat. Daher wäre es notwendig, die entsprechenden Kontrollmaßnahmen auch dort zu verlangen, damit wirklich der Schutz gewährleistet wäre.

Man müßte noch über das Energiesparen und über den Wärmeschutz reden, man müßte erwähnen, wie vorbildlich gerade das Land Niederösterreich hiefür ist, das auf diesem Gebiet Taten gesetzt hat zum Beispiel bei den ... (Abg. Haigermoser: In Salzburg: 6 Millionen für Repräsentation, 3 Millionen für den Kampf gegen das Waldsterben!)

Herr Kollege, ich sage Ihnen: Was hier an Maßnahmen gesetzt wurden, zum Beispiel von Niederösterreich, aber ich könnte auch die Steiermark oder Salzburg nennen, war wichtig, war notwendig und fand auch Verständnis bei der Bevölkerung. Aber diese Maßnahmen sind nur von den Ländern gesetzt worden, leider nicht von der Regierung. Und hiebei geht es ja auch um Arbeitsplätze. Es wird immer wieder von den Arbeitsplätzen gesprochen, hiedurch könnten Arbeitsplätze geschaffen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil Sie von den Forderungen sprachen, darf ich Ihnen sagen: Die forstliche Forderung für 1986 macht weniger aus, als schon für das Jahr 1984 vorgesehen war. Für die Beratertätigkeit, die gerade in dieser Zeit so wichtig wäre, ist in dem Ansatz 1986 nur ein Drittel von dem veranschlagt, was bereits 1984 verbraucht wurde.

Auch in diesem Fall kann man ins Ausland schauen, zum Beispiel in die Schweiz. Dort, sind für Sondermaßnahmen zur Bekämpfung des Waldsterbens für die nächsten fünf Jahre umgerechnet 1,2 Milliarden Schilling vorgesehen, und zwar zusätzlich zu den ohnehin höher veranschlagten Mitteln als in Österreich.

Die Bundesrepublik Deutschland hat für 1985 210 Millionen Schilling zusätzlich zu den Mitteln, die ebenfalls höher sind als bei uns, vorgesehen. Das ist eine Tatsache, wobei man aber weiß, daß bei uns bereits ein Drittel des Waldes schwer geschädigt ist.

Man müßte jetzt auch über den Sondermüll reden, man müßte über den Klärschlamm reden, über das Sonderabfallgesetz, alles Probleme, die unbedingt bewältigt werden müßten.

Ich möchte abschließend feststellen: Es hilft einfach nichts, wenn ein Minister sehr nett, sehr schön Ankündigungen in die Welt setzt, sofern er nicht entsprechende Maßnahmen setzt, die tatsächlich zum Tragen kommen. (Abg. Dr. Reinhardt: Auf jeden Fall gegen Steyrer!)

Das ist wieder ein Beweis dafür, daß diese Regierung nicht imstande ist, anstehende Probleme zu lösen. Die Leidtragenden sind alle unsere Mitbürger. Es ist daher allerhöchste Zeit, daß diesen unseren Mitbürgern die Möglichkeit gegeben wird, eine Änderung des derzeitigen Zustandes herbeizuführen. (Beifall bei der ÖVP.) 19.52

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kräutl. Ich erteile es ihm.

19.52

Abgeordneter Kräutl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Budgetdebatte ist natürlich auch heuer wieder Anlaß für die Opposition — legitim, möchte ich sagen —, die Regierungspolitik zu kritisieren. Sie prangern den Abgang an, aber bei jedem Kapitel, besonders hier in der Spezialdebatte, werden immer wieder Forderungen nach Mehrausgaben gestellt.

So natürlich auch beim Kapitel soziale Wohlfahrt im besonderen. Hier werden nicht nur unentwegt Forderungen gestellt, sondern man hat sich auch anscheinend auf totale Konfrontation eingestellt, wie das das Verhalten beim letzten Sozialausschuß, aber auch die Debattenbeiträge in der 120. Sitzung des Nationalrates und zum Teil auch die heutige Debatte beweisen.

Dabei, meine Damen und Herren, wäre sicherlich den sozial Bedürftigen mehr geholfen, wenn eine vernünftige Zusammenarbeit möglich wäre und diese Menschen nicht durch unrealistische Forderungen und Aussagen immer wieder verunsichert würden.

Daß die Österreicher und hier die Anhänger der Österreichischen Volkspartei die totale Konfrontation gerade auf dem Gebiete der Zusammenarbeit von Regierung, Unternehmern, ÖGB und Kammern nicht wollen, beweist die letzte Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft.

Hier meinen nämlich 58 Prozent aller Befragten, daß diese Zusammenarbeit vorteilhaft für Österreich ist, bei den Akademikern

Kräutl

und Maturanten sind es sogar 70 beziehungsweise 71 Prozent. 50 Prozent der Befragten meinten, daß die Sozialpartnerschaft allen Österreichern nützt, und 47 Prozent glauben, daß auch künftig hin trotzdem noch immer Kompromisse möglich sein werden.

Wenn man das nach Parteizugehörigkeit aufgliedert, stellt man fest: Es sind 55 Prozent der SPÖ-Anhänger, die diese Meinung vertreten, 49 Prozent ÖVP-Sympathisanten — eine Steigerung von 18 Prozent gegenüber der letzten Befragung — und 51 Prozent der FPÖ-Anhänger.

Meine Damen und Herren! Das ist die Meinung der Österreicher. Sie wollen die Zusammenarbeit in der Sozialpartnerschaft, die ÖVP-Fraktion im Nationalrat will das aber anscheinend immer weniger. Denn nicht erst seit heute, seit dieser Budgetdebatte oder seit der 40. Novelle zum ASVG, sondern schon seit Jahren versucht die Österreichische Volkspartei, den Pensionisten einzureden, sie würden immer ärmer.

Die seinerzeit gemeinsam beschlossenen Richtlinien zur Pensionsanpassung — Herr Dr. Schwimmer hat uns heute ja vorexerziert, wann diese Beschlüsse gefaßt wurden; also noch in der Zeit der großen Koalition — sollen nunmehr nicht mehr gelten, seitdem die ÖVP in der Opposition ist. Plötzlich schließen sich die Abgeordneten und die Funktionäre der Volkspartei der Forderung an, entgegen den Richtlinien des Anpassungsbeirates weitere Erhöhungen vorzunehmen.

Sie stellen in diesem Zusammenhang doch auch, möchte ich sagen, unseriöse Vergleiche an, wie zum Beispiel heute mit einem Abgang der Staatsbetriebe und dem Aufwand, der für die Pensionisten notwendig wäre, oder den Vergleich mit der Inflationsrate und der Pensionsanpassung oder, wie es heuer gerade paßt, die Anpassung mit den abgeschlossenen Lohnerhöhungen.

Der Obmann des Pensionistenbundes, Vizekanzler außer Dienst Dr. Withalm, will sogar ganz im Stile der Studenten und anderer Gruppen auf der Straße eine weitere Erhöhung der Anpassung durchsetzen. Er über sieht dabei wohl, daß es gerade die Pensionisten sind, die sich noch sehr gut an die Verhältnisse in der Ersten Republik erinnern und die natürlich auch die Zeit vor dem Jahr 1970 bewußt miterlebt haben.

Wie haben sich nun die Einkommen der Pensionisten tatsächlich entwickelt, und wie

steht es mit den so oft zitierten Armen, den Ausgleichszulagenempfängern, im Vergleich zum letzten Jahr der kurzen ÖVP-Alleinregierung?

Zunächst zur Anzahl: Zurzeit gilt es 1 613 000 Pensionen zu sichern, zum Unterschied von damals: da waren es etwa 1,2 Millionen.

Zur Höhe der Durchschnittspensionen: Bei den Arbeitern ist die Invaliditätspension von 1 489 S auf 5 480 S, bei den Alterspensionisten die Pension von 1 789 S auf 6 031 S gestiegen, die Witwenpension nach der Erhöhung von 50 auf 60 Prozent von 986 S auf 4 036 S.

Auch bei den Angestellten gibt es die gleichen Erhöhungssätze. Aber nicht nur bei den Unselbständigen, sondern auch bei den Selbstständigen gab es Steigerungen. In der gewerblichen Sozialversicherung zum Beispiel stieg die Alterspension von 1 573 S auf 7 044 S.

In der Bauern-Sozialversicherung haben sich die Zuschußrenten ohne Ausgleichszulage — die gab es nämlich für die Bauern in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung noch nicht — für die Erwerbsunfähigen von 346 S auf 3 821 S erhöht, bei den Alterszuschußrenten ist die Pension von 319 S auf 4 385 S gestiegen, die Witwenzuschußrenten von 233 S auf 3 533 S. Das sind Erhöhungen, meine Damen und Herren, um das 11- bis 15fache. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wie sieht das bei den Ausgleichszulagenempfängern aus? 1969 mußten zu mehr als einem Viertel der Pensionen Ausgleichszulagen bezahlt werden, dieser Prozentsatz hat sich bis August 1985 auf 17,5 Prozent verringert. Die Höhe der Ausgleichszulage betrug 1969 1 217 S, dazu erhielt der Pensionist 473 S Zuschlag für die Frau, insgesamt also 1 690 S. Wenn man damit unseren heutigen Pensionisten-Ehepaar-Richtsatz vergleicht, der 1986 6 692 S betragen wird, stellt man eine nahezu vierfache Erhöhung fest.

Im Vergleich zu den durchschnittlichen Alterspensionen der Arbeiter hat sich also die Kluft zwischen Ausgleichszulagenempfängern und Durchschnittspensionisten verringert. Im Jahr 1969 waren 1 690 S 94,5 Prozent, heute ist der Ausgleichszulagenbezieher mit 6 466 S im Vergleich zu den durchschnittlichen Alterspensionen der Arbeiter um 107,5 Prozent darüber, daß heißt, hier gab es doch eine beträchtliche Erhöhung: 94,5 Pro-

10942

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Kräutl

zent im Jahr 1969 und 107,5 Prozent im Jahr 1985.

Meine Damen und Herren! Nur ganz kurz zu den Verdiensten, weil heuer immer wieder angeführt wird, die Schere ginge auseinander, die Ausgleichszulagenbezieher würden hinter den Verdiensten verhältnismäßig zurückbleiben.

Im Jahre 1969 verdiente ein Industriearbeiter ohne Sonderzahlungen im Monat durchschnittlich 4 242 S. Im Vergleich dazu: Die Ausgleichszulagenempfänger hatten ungefähr 39,8 Prozent dieses Einkommens. Heute erzielt derselbe Industriearbeiter einen Verdienst von 15 670 S. Der Ausgleichszulagenbezieher mit Ehefrau erhält heute etwa 41,3 Prozent davon. Es ergibt sich also keineswegs eine Schlechterstellung im Verhältnis der Aktiven zu den Ausgleichszulagenbeziehern, sondern eine geringfügige Verbesserung. (*Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Die Behauptung, meine Damen und Herren, daß die Ärmsten immer ärmer würden, entbehrt daher wohl jeder Grundlage. Die Menschen in unserem Lande, auch die Unselbständigen und Pensionisten, konnten sich einen bescheidenen Wohlstand erarbeiten und lassen sich ihren persönlichen Erfolg, den sie damit errungen haben, nicht durch unhaltbare Behauptungen vermiesen.

Schon in den ersten zehn Jahren der SPÖ-Alleinregierung haben sich die Wohlstandsindikatoren beträchtlich erhöht. Das zeigt sich bei der Zunahme der PKWs von 14,4 Prozent auf 55 Prozent, der Fernsehgeräte von 13,4 Prozent auf 53 Prozent, der Telefone von 15,9 Prozent auf 62 Prozent.

Diese Aufwärtsentwicklung hat sich bis zum heutigen Tage fortgesetzt. Insgesamt gibt es heute etwa 2,5 Millionen PKWs in Österreich und etwa 550 000 Motorräder und Motorfahrräder.

Das Argument, daß dabei manchmal eine Verschuldung eingegangen wird, stimmt zwar, das Argument aber, daß dadurch die Verarmung fortschreitet, stimmt sicherlich nicht. Das sieht man, wenn man sich vor Augen führt, daß der Spareinlagenstand zu Ende des dritten Quartals 1985 immerhin bei nahe 785 Milliarden Schilling betrug, was eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 12 Milliarden bedeutet, gar nicht zu reden von den sonstigen Anlagen.

Das beweist wiederum, meine Damen und

Herren, daß die Bevölkerung sehr wohl zur derzeitigen Wirtschaftssituation in unserem Lande Vertrauen hat. Das bedeutet aber auch eine Zustimmung zur Politik dieser Regierung, die 1986 wiederum mehr als ein Viertel der Budgetausgaben für die soziale Wohlfahrt und die Sozialversicherung aufwenden wird.

Wir Abgeordneten der Regierungsparteien stimmen diesem Voranschlag gerne zu, denn er bedeutet, daß es auch 1986 entgegen der ÖVP-Behauptung keinen Stillstand in der Sozialpolitik geben wird, daß sehr wohl die Pensionen gesichert werden und daß entsprechende Summen für die Arbeitsmarktförderung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Sicherung der Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und damit die soziale Sicherheit auch weiterhin in unserem Lande gewährleistet ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{20.03}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Samwald. Ich erteile es ihm.

^{20.03}

Abgeordneter Samwald (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gleich zu Beginn meiner Rede zum Ausdruck bringen, daß trotz aller Kritik von Seiten der Opposition zum Budgetkapitel Gesundheit und Umweltschutz doch auch, glaube ich, klar geworden ist, daß die Aufgabe, im Rahmen der Gesundheitspolitik für ein gesundes Leben einzutreten, sicherlich für alle im Parlament vertretenen Parteien Vorrang hat, aber auch in Zukunft Vorrang haben muß. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Es sollte uns alle auch mit Stolz und Genugtuung erfüllen — ich glaube, auch das kann gar nicht oft genug zum Ausdruck kommen —, daß seit der Gründung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz die Verbesserungen, die Verfeinerungen, auch die — wenn Sie wollen — Koordinierung im Rahmen der Gesundheitsvorsorge, die bessere Bekämpfung der Krankheiten, die Vorsorgemedizin und der Schutz der Konsumenten sicherlich wesentliche Schwerpunkte in diesen 15 Jahren seit Bestehen dieses Ministeriums gewesen sind. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Und, meine Damen und Herren dieses Hauses, seien wir doch ehrlich: Nichts könnte den Erfolg der Gesundheitspolitik in Österreich besser untermauern und dokumentieren als die Anerkennung dieser Politik sowohl in den Fragen der Gesundheit als auch des Umwelt-

Samwald

schutzes auf internationaler Ebene. Österreich hat, wenn es auch ein kleines Land ist, durch diese Maßnahmen der Bundesregierung, aber auch des Gesundheitsministeriums Maßstäbe gesetzt, um die uns reichere und größere Länder beneiden können.

Wir haben drei große Problembereiche auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, erstens die prästationäre, extramurale Pflege, zweitens die stationäre Pflege und drittens die poststationäre Behandlung.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß die derzeitige prästationäre Versorgung durch die frei praktizierende Ärzteschaft zweifellos aufrechterhalten bleiben muß, weil sie sicher imstande ist, mit den Problemen der Versorgung am besten, aber auch am wirtschaftlichsten fertig zu werden.

Aber auch bei der zweiten Systemfrage, nämlich der stationären Pflege, muß ich zum Ausdruck bringen, daß hier Entscheidendes geschehen ist. In Zusammenarbeit mit den Ländern die Zusage zum österreichischen Krankenanstaltenplan zu erreichen, war sicherlich in diesen jahrelangen Verhandlungen nicht leicht.

Wir haben auch erreicht, daß es eine neue Kostenvorgabe in den Spitäler gibt, mit einer, wie ich meine, sehr geehrte Damen und Herren, doch sehr gründlichen Umwandlung dieses Systems. Wir sind ja wirklich weggegangen von der Defizitabdeckung und hingegangen zum Kostenvorgabesystem, womit wir sicherstellen können, daß der große medizinische Standard der österreichischen Spitäler erhalten bleiben kann und daß wir in Zukunft die Kostenentwicklung doch einigermaßen in den Griff bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn in diesem Zusammenhang immer wieder von einer Kostenexplosion in den Spitäler gesprochen wird, muß man doch auch erkennen, wodurch diese ausgelöst wird. 70 Prozent der Kosten eines Krankenhauses sind Personalkosten, sind also Kosten, die man nicht beeinflussen kann. Im Gegenteil: Durch neue medizinische Forschungen, vor allem durch neue diagnostische Methoden, aber auch durch neue therapeutische Methoden werden, wie wir ja wissen, immer teurere, kostspieligere Apparate in den Spitäler installiert, und diese sind natürlich, auch weil mehr Personal, vor allen Dingen geschultes Personal benötigt wird, sehr kostenintensiv.

Das sind sicherlich, meine sehr geehrten

Damen und Herren, Probleme, vor die wir alle gestellt sind, die wir hier in diesem Hohen Haus gemeinsam Gesundheitspolitik zu machen haben, die großen Herausforderungen, die im Rahmen des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds und der begleitenden Maßnahmen einer Lösung zugeführt werden müssen.

Übersehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dürfen wir aber heute auch eines nicht: die großen Fortschritte, den großen internationalen Wandel in der Medizin, nämlich den Wandel von der kurativen zur präventiven Medizin. Ich glaube, daß auch hier das Gesundheitsministerium in den letzten Jahren entscheidende Schritte gesetzt hat.

Es ist heute von meinen Vorrednern hier schon mehrmals der Mutter-Kind-Paß angezogen worden. Ich glaube, gerade hier haben wir in den letzten Jahren Erfolge erzielen können, die uns zwar heute noch nicht voll befriedigen. Aber immerhin sind wir von fast 18 Promille Säuglingssterblichkeit in diesem Jahr auf einen Durchschnitt von 10,1 Promille gekommen. Das ist noch immer zuviel, weil jeder verstorbene Säugling ein Säugling zuviel ist, der gestorben ist. Aber trotzdem haben diese Maßnahmen geprägt, und es ist zu hoffen, daß wir noch unter diese imaginäre Grenze von 10 Promille kommen werden.

Auch die Frage der Gesundenuntersuchungen ist heute hier schon mehrmals angeschnitten worden, es hat sich gezeigt, daß sie einer starken Kritik ausgesetzt sind. Dazu ist zu sagen, daß wir sicherlich anfangs die Administration nicht so vorgenommen haben, wie sie günstig gewesen wäre. Es hat sehr lange gedauert, und das Untersuchungsprogramm selbst ist nicht sehr attraktiv gewesen. Aber auch das muß gesagt werden: Sowohl die Ärzteschaft als auch die Patienten haben vorerst diese Untersuchungen nicht in dem Maße angenommen, wie wir es uns vorgestellt hatten.

Trotzdem: Wenn nun ein kleiner Erfolg, ein leichtes Ansteigen und eine Verbesserung zu sehen sind, kann dieser Zustand in bezug auf die Gesundenuntersuchung noch immer nicht befriedigen.

Auch die Frage der Zahnärzte ist heute hier in diesem Raum angeschnitten worden; es gibt sicherlich auch zu wenig Zahnärzte. Ich glaube, das steht außer Diskussion. Wir wissen, daß es gerade in den ländlichen Gebieten noch immer eine Unterversorgung gibt und daß sich die jungen, die neu ausgebildeten

10944

Nationalrat XVI. GP – 123. Sitzung – 16. Dezember 1985

Samwald

Zahnärzte vor allen Dingen in den Ballungszentren niederlassen. Aber eines muß doch auch hier gesagt werden: daß es in den letzten fünf Jahren gelungen ist, die Zahl der Ausbildungsplätze für Zahnärzte von 200 auf 300 zu steigern. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wir haben zweifellos aber auch, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, obwohl das von der Opposition immer wieder bestritten wird, auch im Umweltbereich Entscheidendes erreicht und liegen auf diesem Sektor, aber auch auf dem Sektor der Gesundheitspolitik im internationalen Vergleich sicherlich im Spitzenveld.

Man kann wirklich sagen, daß Österreich, wenn auch als kleines Land, eine führende Rolle in der Umweltbewegung in Europa einnimmt, nämlich deshalb einnimmt, weil wir auch bereit sind, dafür Opfer zu bringen. Denn eines muß heute anläßlich dieser Debatte zum Ausdruck gebracht werden: Der Umweltschutz kann nicht umsonst geleistet werden, er wird auch in Zukunft von uns und von der Bevölkerung dieses Landes große Opfer verlangen. Aber ich möchte schon untermauern, daß große Summen für einen erfolgreichen Umweltschutz notwendig sind: 70 Milliarden Schilling für die Reinhal tung der Flüsse, 55 Milliarden Schilling für den weiteren Ausbau des Huckepackverkehrs zur Entlastung der Transitstrecken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind Beträge, die wir uns erst verdienen müssen. Daher wird es auch in Zukunft notwendig sein, in dieser Frage einen gemeinsamen Konsens zu finden. Hier brauchen wir wirklich die Zusammenarbeit aller und insbesondere auch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.

Bei dieser Budgetdebatte sollten auch die jahrelangen Bemühungen des Herrn Bundesministers in der Frage der Entbleitung des Benzins nicht vergessen werden. Das war nicht so leicht, wie es heute dargestellt wird. Diese Frage mußte in jahrelangen Verhandlungen geregelt werden. Auch das kann als großer Erfolg des Gesundheitsministeriums bezeichnet werden. (*Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle, die wir im Rahmen der Gesundheitspolitik im Gesundheitsausschuß tätig sind, wissen, daß es sich gerade in den Fragen der Gesundheitspolitik in unserem Lande, in dem Aufgabenbereich des Parlaments, aber auch im Bundesministerium selbst um einen spe-

ziellen Bereich handelt, in dem es nicht so wie in anderen Ressorts einen Knopf geben kann, auf den man drückt, und morgen ist schon das Ergebnis da. Gerade das vergangene Jahr hat wieder gezeigt, daß viele Gesetzesvorlagen, viele Verordnungen vorgelegt worden sind, die wir hier mit einer einzigen Ausnahme alle einstimmig beschließen konnten.

Das heißt aber auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, es sind viele legitime Maßnahmen gesetzt worden, die nicht mit einem großen finanziellen Aufwand verbunden waren, die auch nicht so im Blickpunkt der Öffentlichkeit gestanden sind, die aber im Interesse der Gesundheit der österreichischen Bevölkerung von absoluter Notwendigkeit gewesen sind.

Es ist auch eine Tatsache, und das kann niemand, der sich intensiv und sachlich mit diesen Fragen auseinandersetzt, bestreiten, daß viele dieser getroffenen oder bereits eingeleiteten Maßnahmen ihre Früchte getragen haben.

Auch in Zukunft werden wir immer wieder mit den gigantischen Fragen des Umweltschutzes, neuer medizinischer Maßnahmen, Vorsorgemaßnahmen und einer präventiven Gesundheitspolitik konfrontiert werden. Es ist keine Frage, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß diese Probleme, daß diese Maßnahmen einer intensiven Vorarbeit bedürfen, aber auch eines gemeinsamen Verständnisses aller, die im Rahmen der Gesundheitspolitik hier im Hohen Hause mitarbeiten.

Nur so wird es uns gelingen, daß wir auf diesem Gebiet auch jenes Format und jenen Idealzustand erreichen, der im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher für die Zukunft notwendig ist.

Es sollte wirklich so sein, daß in unserer Republik jedem Menschen ohne Rücksicht auf seinen Stand, auf seine Herkunft und auf seine politische Richtung die gleichen Chancen, aber auch die gleichen Erkenntnisse der Wissenschaft auf dem Gebiete der Gesundheit zur Verfügung stehen sollen.

Meine Damen und Herren! Mit der Beschußfassung dieses Budgetkapitels Gesundheit und Umweltschutz hat Herr Bundesminister Dr. Kurt Steyrer heute hier zum letzten Mal in diesem Hohen Haus gesprochen. Ich möchte es deshalb nicht verabsäumen, ihm und dem Herrn Staatssekretär dafür zu danken, daß sie sich stets bemüht

Samwald

haben, im Interesse der österreichischen Bevölkerung im Rahmen des Ministeriums mit den Mitarbeitern eine Politik zu betreiben, die weitgehend auf die Zusammenarbeit und den Konsens mit den anderen Fraktionen ausgerichtet gewesen ist. Ich glaube, nur so war es möglich, daß Österreich in der Umweltpolitik, wenn auch als kleines Land in Europa, eine Pionierrolle übernehmen konnte.

Und wenn es heute eine beispielhafte Umweltoffensive in unserer Republik gibt, so ist diese Offensive sicherlich auf seinen konsequenten und engagierten Einsatz zurückzuführen und mit seinem Namen verbunden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Es ist daher keine Frage, meine sehr geehrten Damen und Herren dieses Hohen Hauses, daß wir von der sozialistischen Fraktion diesem Budgetkapitel gerne unsere Zustimmung geben werden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{20.18}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Helmuth Stocker. Ich erteile es ihm.

^{20.18}

Abgeordneter Helmuth Stocker (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Die Sozialpartnerschaft, jene bewährte österreichische Institution von modellhaftem Charakter, um die uns das Ausland nicht zu Unrecht beneidet, ist vor einigen Wochen ins Gerede gekommen. Einer meiner Vorfahnen, Herr Kollege Kräutl, hat schon einige Zahlen aus einer Studie der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft hier erwähnt. Bei der Präsentation dieser Studie war sogar von einer gewissen „Entzauberung der Sozialpartnerschaft“ die Rede.

Wohl halten nach wie vor mehrheitlich die Österreicher das System der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft für vorteilhaft, aber es ist immerhin bemerkenswert, festzustellen, daß die Zustimmung in den vergangenen zwei Jahren von 69 auf 58 Prozentpunkte abgesunken ist. Dabei fällt besonders auf, daß die Gruppe der Skeptiker von den Jugendlichen unter 20 Jahren dominiert wird. Sie sind mehrheitlich indifferent oder halten die Sozialpartnerschaft für nachteilig.

Ich bin, meine geschätzten Damen und Herren, im Prinzip ein Befürworter der österreichischen Sozialpartnerschaft, kommt ihr doch unbestreitbar ein wesentlicher Anteil am wirtschaftlichen Aufstieg unseres Landes zu.

Zwar glaubt immer noch eine Mehrheit von 47 Prozent der Österreicher, daß durch die Sozialpartnerschaft faire Kompromisse ausgehandelt werden können, aber beachtliche 39 Prozent meinen, daß dies zu Lasten einzelner Gruppen ginge.

Nun hat aber die Sozialpartnerschaft in den Herbsttagen dieses Jahres einen, wie ich meine, eindrucksvollen Beweis für ihre Funktionsfähigkeit erbracht. Sie hat nämlich die Voraussetzungen für den Einstieg in die 35-Stunden-Woche geschaffen.

Hohes Haus! Wofür das zahlenmäßig kleine graphische Gewerbe zunächst Vorreiter war, das wird nun ab November nächsten Jahres in einer ersten Etappe mit der Einführung der 38½-Stunden-Wochenarbeitszeit für die gesamte Metallbranche in Österreich Wirklichkeit. Eine der größten Arbeitnehmergruppen — mit den Industrieangestellten und den im Metallgewerbe Beschäftigten sind es fast 400 000 Menschen — wird von dieser Arbeitszeitregelung erfaßt werden. Es muß klar sein, daß von dieser Regelung eine Signalwirkung auf andere Branchen ausgehen wird.

Noch wenige Tage vor der Einigung der Sozialpartner haben die unabhängigen „Salzburger Nachrichten“ in einem Leitartikel das Ergebnis mit einer Reihe bemerkenswerter Feststellungen vorweggenommen. Ich zitiere daraus jene Passagen, die, wie mir scheint, den Stimmungsumschwung bei der Unternehmerseite, aber auch die Kompromißfähigkeit der Gewerkschaften verdeutlichen. Da heißt es — ich zitiere —:

„Noch vor einem guten Jahr brauchte so mancher Industrielle nur den Namen von Sozialminister Alfred Dallinger zu hören, schon drohte ihm der Kragen zu platzen.“ Weiter liest man:

„Ohne großes Aufsehen zu erregen, sind die einstmals so harschen Gegner zu echten Verhandlungspartnern im besten Sinne des Wortes geworden.“ Ferner:

„Man sollte sich die Abläufe“ — so heißt es weiter — „in der österreichischen Diskussion um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit gut merken. Denn sie könnten einmal als Lehrstück für politische Vernunft dienen.“ — Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren! Insgesamt bewertet das angesehene Blatt diese Entwicklung noch dazu mit dem Titel des Leitartikels als „ein positives Beispiel für Politik“.

10946

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Helmut Stocker

Hohes Haus! Dieses positive Beispiel für Politik kommt jedoch nicht von ungefähr. War es doch der Sozialminister, der den mühsamen Bewußtseinsbildungsprozeß in dieser sicher explosiven Frage frühzeitig in Gang gesetzt hat, wohl wissend, daß da auf ihn in der öffentlichen Diskussion einiges zukommen wird und in der Tat auch zugekommen ist.

Trotz bewußter oder unbewußter Fehlinterpretationen in den Medien, trotz mancher Differenzen auch durch den politischen Gegner blieb der Sozialminister seiner Linie treu. Und er hat schließlich mit seiner Auffassung recht behalten, daß nämlich eine Arbeitszeitverkürzung, wie das von mir zitierte Beispiel zeigt, eine wesentliche Voraussetzung für eine längerfristige Sicherung eines hohen Beschäftigungsniveaus bildet.

Hohes Haus! Die Ziffern des erst kürzlich hier im Nationalrat erörterten Sozialberichtes für das Jahr 1984 und auch die neueren Daten bestätigen die Richtigkeit des nun eingeschlagenen Weges.

Aus dem Sozialbericht geht unter anderem hervor, daß die Produktivität in der österreichischen Wirtschaft im Jahr 1984 pro Arbeitsstunde um 5 Prozent höher war als im vorangegangenen Jahr. Die Arbeitszeit pro Arbeitnehmer blieb hingegen ungefähr gleich. Wir haben also mit demselben Einsatz an Arbeitszeit um 5 Prozent mehr produziert, ohne daß diese Mehrproduktion auf eine erhöhte Kaufkraft gestoßen wäre.

Es gilt also, meine Damen und Herren, einem neuen Phänomen wirksam entgegenzusteuern, nämlich der im zunehmenden Maße festzustellenden Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Wenn es also bei einem durchaus bemerkenswerten Wirtschaftswachstum in Österreich in den letzten Jahren — 1984 2,2 Prozent, in diesem Jahr rund 3 Prozent und im kommenden Jahr voraussichtlich um 2,5 Prozent — zu keiner Reduzierung der im internationalen Vergleich nach wie vor niedrigen österreichischen Arbeitslosenrate kommt und wenn als Folge der rasanten technischen Entwicklung immer mehr Produkte immer rascher und von immer weniger Menschen hergestellt werden, dann kann halt auf Dauer die vom Sozialminister und insbesondere vom Österreichischen Gewerkschaftsbund propagierte Arbeitszeitverkürzung nicht verhindert werden.

Meine Damen und Herren! Wäre beispielsweise die generelle Arbeitszeit Anfang der

siebziger Jahre nicht von 45 auf 40 Stunden reduziert worden, hätten wir nach Expertenberechnungen heute in Österreich mit der Horrorziffer von 300 000 Arbeitslosen zu kämpfen. Es gibt eine Schätzung, daß der volkswirtschaftliche Verlust von nur einem Prozent Arbeitslosigkeit — das sind in Österreich rund 28 000 Menschen — mehr als 10 Milliarden Schilling ausmacht.

Bei allen Überlegungen also, wieviel die Arbeitszeitverkürzungen kosten werden, wird man korrekterweise immer die Kosten für die Arbeitslosen gegenrechnen müssen.

Um derzeit allen Arbeitswilligen Arbeit anbieten zu können, wäre nach Expertenberechnungen eine illusorische wirtschaftliche Wachstumsrate von 6 bis 7 Prozent erforderlich. Es kann daher, Hohes Haus, hier nur zwei Alternativen geben: Entweder es bleibt für einen Teil der Arbeitnehmer in Zukunft die Arbeitszeit auf Null herabgesetzt — das wäre die radikalste, aber zweifellos inhumanste Lösung —, oder für alle Arbeitnehmer wird die Arbeitszeit in vertretbarem Maße gekürzt. In Österreich, meine geschätzten Damen und Herren, wurden nun die Weichen für die zweite, die humane Variante gestellt.

Wesentlich erscheint mir dabei noch festzustellen, daß auch bei den erfolgreich geführten Verhandlungen im Metallbereich am Prinzip des vollen Lohnausgleiches festgehalten wurde.

Und noch etwas halte ich für bedeutsam: Die Sicherung der Erhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus in Österreich für die Zukunft erfolgt nicht in einer Notstandssituation, sondern vor dem Hintergrund von Wirtschaftsdaten, mit denen unser Land im internationalen Vergleich der OECD-Staaten auch 1985 und nach den vorliegenden Prognoseergebnissen auch im kommenden Jahr hervorragend bestehen wird können. Diese Erfolge sind uns aber zweifellos nicht in den Schoß gefallen. Sie sind neben dem Fleiß und der Tüchtigkeit der österreichischen Arbeitnehmer und einer funktionierenden Wirtschaft im wesentlichen das Ergebnis einer soliden und aktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik der sozialistisch-freiheitlichen Koalitionsregierung. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)^{20.28}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als letzter zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schwarzenberger. Ich erteile es ihm.

Schwarzenberger

20.28

Abgeordneter **Schwarzenberger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben heute für alle Bevölkerungsschichten äußerst wichtige Budgetkapitel beraten. Die Kapitel Soziales, Gesundheit und Umweltschutz betreffen jeden Bürger dieses Landes. Es sind zwei Bereiche, wo die Sorgen von Jahr zu Jahr größer werden. Die Umweltverschmutzung nimmt bedrohliche Formen an, aber auch auf dem Gebiet Soziales gibt es Sorgen: Die Arbeitslosenrate steigt stetig weiter an.

Seit 1980 sinken die Pensionen real um 2,2 Prozent, während in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung die Pensionen jährlich um 4 Prozent real anstiegen. So hatten wir 1980 einen Rückgang der Pensionen um 0,8 Prozent, 1981 einen solchen von 1,6 Prozent, 1982 einen Rückgang von 0,2 Prozent und zufälligerweise im Wahljahr 1983 einen Anstieg von 2,1 Prozent, während 1984 und 1985 die reale Pensionsleistung wieder rückwärtig war.

Tausende bäuerliche Pensionisten erfuhren heuer durch die Anhebung der Bewertung der freien Station von 1 740 S auf 2 040 S eine Kürzung. Diese Pensionisten bekommen nun nach Abzug der 3prozentigen Krankenversicherungsbeiträge nur mehr 2 399 S monatlich ausbezahlt. Herr Minister! Mit 80 S pro Tag müssen diese Rentner das Auslangen finden!

Die durchschnittliche Bauernpension wurde im November mit 3 821 S an 180 000 Pensionisten ausbezahlt. Das bedeutet, mit 125 S pro Tag müssen zum Teil Ehepaare ihr Auslangen finden, und gleichzeitig werden Milliardenbeträge von der verstaatlichten Industrie im Ausland verschleudert. (*Abg. Elmecker: ... für die Sozialversicherung der Bauern!*) Milliardenbeträge wurden von der Intertrading und beim Bau des Stahlwerkes in Bayou in Amerika verschwendet. (*Beifall bei der ÖVP. — Weiterer Zwischenruf des Abg. Elmecker.*) Herr Genosse Elmecker (Heiterkeit), die Zuschüsse zur Sozialversicherung bei den Angestellten machen im kommenden Jahr 17,270 Milliarden Schilling aus, also eine Steigerung von 21 Prozent. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Für die Eisenbahner erfolgte eine Steigerung von 8,952 Milliarden auf 9,423 Milliarden Schilling. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Während die Zuschüsse zu der Pensionsversicherung der Arbeiter um 29 Prozent stiegen, fielen die Zuschüsse für die gewerbliche Sozialversicherung um 4 Prozent zurück und stiegen für die Bauernpensionsversicherung

um 8,8 Prozent an. An diesen Zahlen sieht man, daß der Anstieg der Zuschüsse vor allem für die Eisenbahner und für die Angestellten wesentlich größer war. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wir haben in Österreich eine Berufsgruppe, die Versicherungsbeiträge entrichten muß, aber daraus keine Leistungen erhält. Mehr als die Hälfte der österreichischen Bauern sind gezwungen, einen Nebenerwerb aufzunehmen. Alle jene, die einen höheren Einheitswert als 51 000 S haben, werden bei Arbeitslosigkeit keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. 51 000 S Einheitswert aber kann ein Betrieb bereits erreichen mit drei, vier oder fünf Hektar Fläche. Von dieser Fläche kann keine Bauernfamilie leben! Diesen Leuten die Arbeitslosenunterstützung vorzuenthalten, obwohl sie Beiträge leisten, ist wirklich unsozial.

Wir stehen jetzt kurz vor Weihnachten, und viele sozialgesinnte Vereinigungen, wie etwa „Rettet das Kind“, „Lion's Club“, „Kiwanis-Club“, „Licht ins Dunkel“, aber auch Zeitungen sammeln für die armen Schichten der Bevölkerung. In der Ausgabe des „Kurier“ vom 17. Dezember, also von morgen, in der heutigen Abendausgabe, steht:

„Jetzt rollen täglich Tag und Nacht Lastwagen mit Geschenken der ‚Kurier‘-Leser zu den Armen und Einsamen dieses Landes. Dank dieser Hilfsbereitschaft werden 30 000 Bedürftige ein Weihnachtsfest“ — und jetzt hören Sie zu, Herr Sozialminister! — „ohne Hunger und Kälte feiern.“

Das ist wirklich eine Bankrotterklärung der österreichischen Sozialpolitik! (*Beifall bei der ÖVP.*)

So groß die Freude der beschenkten Familien auch sein mag, so ist es für einen Berufstand, der 70 und 80 Stunden in der Woche arbeitet, doch bedrückend, wenn bei Kinderreichtum gleichzeitig die Armutsgrenze erreicht wird.

Diese Beispiele beweisen, daß die sozial Benachteiligten in Österreich die kinderreichen Familien sind. Die Regierung ist nicht mehr in der Lage, den sozial Schwächsten zu helfen — siehe zum Beispiel die Ablehnung des Heizkostenzuschusses für Mindestrentner, die Verschlechterung des Anpassungsfaktors durch die steigende Arbeitslosigkeit.

Diese Regierung kann auch nicht mehr umverteilen zu den sozial Schwachen, sondern sie ist dabei, umzuverteilen hin zum

10948

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Schwarzenberger

Schuldendienst. Beträgt heuer der Schuldendienst bereits 37,7 Prozent der Nettosteuererinnahmen, nämlich 82,32 Milliarden Schilling von den 218 Milliarden Schilling Nettosteuererinnahmen, so wird dieser Anteil nun jährlich um 3 Prozent ansteigen und der Schuldendienst bereits in vier bis fünf Jahren 50 Prozent der Nettosteuererinnahmen erreichen.

Im kommenden Jahr ist der Budgetabgang bereits wesentlich höher, als 1970 das Gesamtbudget des Bundes betrug. Damals sagte Kreisky bei 7 Milliarden Budgetabgang, dies sei ein Wahnsinn. Heute haben wir diesen Wahnsinn mal 15. Jedes der 15 Ministerien hat heute mehr Budgetabgang als damals die gesamte Regierung im Jahre 1970! 290 Millionen Schilling täglich beträgt im kommenden Jahr der Abgang im österreichischen Bundeshaushalt. Das heißt mit anderen Worten: In sieben Monaten, also von Jänner bis einschließlich Juli, wird diese Regierung gleich viel Schulden machen, wie in der Aufbauphase in 25 Jahren, von 1945 bis 1970, gemacht wurden.

Wir erleben hier die Hilflosigkeit einer Regierung, die zwar die Probleme sieht, aber keine Lösungen findet. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Man gewöhnt das Volk daran, daß im nächsten Jahr 115 bis 120 Milliarden Schilling Defizit allein im Bundesbudget zu erwarten sind. Wir leben bereits auf Kosten der Kinder.

Mein Vorredner, der Abgeordnete Stocker, hat die „Salzburger Nachrichten“ als unabhängige Tageszeitung zitiert. Ich möchte ebenfalls aus den „Salzburger Nachrichten“, und zwar aus dem Leitartikel des Chefredakteurs Ritschel zitieren. Er schreibt folgendes:

„Unsere Kinder haben die wachsenden Schuldenberge zu finanzieren, den Zinsendienst zu tragen. Sie haben die Betriebsmittel für die Monsterbauten wie AKH und Konferenzzentrum, Versicherungspaläste und die Schulden für die verstaatlichte Industrie aufzubringen.“

Das steht in den „Salzburger Nachrichten“, die mein Kollege vorher zitierte. (*Abg. Samwald: Ärger wie die Kommunisten! — Abg. Dr. Graff: Unqualifizierte Unmutsäußerungen! Extreme Nervosität bei der SPÖ.*)

Ritschel schreibt in den „Salzburger Nachrichten“ weiter:

„Sie haben bei einem immer kleiner werdenden Anteil der menschlichen Arbeit nicht

nur für sich und für die Kindeskinder das Leben zu bestreiten, sondern den Schuldenberg zu verantworten, den wir ihnen hinterlassen haben.“

Und hier ein sehr deutliches Wort:

„Wer da meint, daß es ohne eine völlig neue Politik geht, dem ist wirklich nicht zu helfen.“

Das schreibt Chefredakteur Ritschel in den „Salzburger Nachrichten“. Dem ist nichts hinzuzufügen, und deshalb lehnen auch wir von der Volkspartei dieses Budget ab. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Samwald: Wegen dem Ritschel lehnen Sie es ab?!*) ^{20.37}

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Herren Berichterstatter verzichten auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe XV, Gesundheit und Umweltschutz, des Bundesvoranschlages 1986 abstimmen. Diese umfaßt das Kapitel 17 in 740 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen jetzt zur Abstimmung über die Beratungsgruppe VII, Soziale Verwaltung, des Bundesvoranschlages 1986. Diese umfaßt die Kapitel 15 und 16 in 740 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Beratungsgruppe III**Kapitel 20: Äußeres**

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe III: Äußeres.

Spezialberichterstatter ist Herr Abgeordneter Höll. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Höll:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen

Höll

und Herren! Ich bringe den Spezialbericht zur Beratungsgruppe III: Kapitel 20: Äußeres.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe III enthaltene Kapitel 20 „Äußeres“ des Bundesvoranschlag für das Jahr 1986 unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Dr. Veselsky in seiner Sitzung am 8. November 1985 in Verhandlung genommen.

Im vorliegenden Entwurf zum Bundesfinanzgesetz 1986 sind beim Kapitel 20 „Äußeres“ Gesamtausgaben von 2 448,460 Millionen Schilling und Einnahmen von 211,397 Millionen Schilling vorgesehen. Dies bedeutet gegenüber 1985 eine Steigerung der Ausgaben um 219,501 Millionen Schilling oder 9,8 Prozent und der Einnahmen um 12,613 Millionen Schilling oder 6,3 Prozent.

Die Ausgabensteigerung verteilt sich auf die einzelnen Gebarungsgruppen wie folgt:

1. Gesetzliche Verpflichtungen

a) Beim Personalaufwand wurden um 27,451 Millionen Schilling oder 6,1 Prozent mehr veranschlagt. Die Steigerung ist auf die allgemeinen Bezugsverhöhung sowie auf die Personalvermehrung durch die Novellierung des Bundesministeriengesetzes 1973 und Übernahme der Entwicklungshilfe zurückzuführen.

b) Die internationalen Beitragsszahlungen konnten fast gleich (plus 0,011 Millionen Schilling) veranschlagt werden, obwohl sich die meist in US-Dollar festgesetzten Beiträge erhöhten, und der bisher bei Kapitel 15 „Soziales“ veranschlagte Beitrag zum UNICEF zuständigheitshalber ab 1986 bei Kapitel 20 veranschlagt wurde. Der Grund hiefür ist die Dollar-Abwertung.

Neu hinzugekommen ist außer UNICEF der „Beitrag zur Weltabrustungskampagne“, der „Fonds zur Entwicklung des Unterrichts in den Menschenrechten“ und der „Beitrag zum UN-Apartheidseminar“.

c) Die übrigen gesetzlichen Verpflichtungen, wie die „Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG“, wie Familienbeihilfen und die „Öffentlichen Abgaben“ mußten um 1,191 Millionen Schilling höher veranschlagt werden.

2. Die im Sachaufwand des Kapitels 20 veranschlagten Ermessenskredite erfuhren eine

Erhöhung um 190,848 Millionen Schilling oder 13,9 Prozent.

Über den für die Veranschlagung der Ermessenskredite festgesetzten Rahmen wurde für folgende Aufwendungen vorgesorgt:

a) Bei den Aufwendungen der Vertretungsbehörde (Ansatz 1/20108 „Aufwendungen“) mit 45,035 Millionen Schilling. Hier entfallen für die hier veranschlagten Auslandszulagen 30,000 Millionen Schilling. Weitere größere Unterschiede ergeben sich durch Kostensteigerungen bei den Energiebezügen (plus 2,000 Millionen Schilling), der Instandhaltung von sonstigen Anlagen (plus 0,600 Millionen Schilling), den sonstigen Transporten (plus 2,000 Millionen Schilling), der Nachrichtenübermittlung durch staatliche Unternehmen (plus 2,000 Millionen Schilling).

b) Von dem bei den Kulturinstituten (Ansatz 1/20308 „Aufwendungen“) veranschlagten Mehrbedarf von 3,991 Millionen Schilling entfallen auf die Auslandszulagen 2,500 Millionen Schilling.

c) Die Veranschlagung des Verwaltungsaufwandes bei der Zentrale hält sich im Rahmen der Richtlinien.

3. Die Anlagenkredite wurden gegenüber 1985 um 8,514 Millionen Schilling niedriger veranschlagt.

Beim Ansatz 1/20003 ist der weitere Ausbau der Telekommunikation und die Ausgestaltung der Redoutensäle vorgesehen. Für die EDV ist mit 2,503 Millionen Schilling vorgesorgt.

Der beim Ansatz 1/20103 veranschlagte Betrag ist für den Erwerb von Gebäuden und die Errichtung von Neubauten sowie für die Instandsetzung von bundeseigenen Gebäuden im Ausland vorgesehen.

4. Die Förderungskredite wurden gegenüber 1985 um insgesamt 0,540 Millionen Schilling niedriger veranschlagt.

5. Der Ansatz 1/20048 „Internationale Konferenzen in Österreich“ wurde um 100,000 Millionen Schilling höher veranschlagt.

Außer den jährlich stattfindenden Konferenzen ist damit die Abhaltung des KSZE-Folgetreffens in Wien mit voraussichtlichen Kosten von 70,000 Millionen Schilling gesichert. Weiters ist für die UN-Kodifikations-

10950

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Höll

konferenz mit 22,500 Millionen Schilling, für die UN-Suchtgiftagung mit 2,500 Millionen Schilling und für die UNIDO-Generalkonferenz mit 5,000 Millionen Schilling vorgesorgt.

6. Zur Ausweitung der kulturellen Aktivitäten wurde der Ansatz 1/20408 „Aufwendungen“ um 1,500 Millionen Schilling angehoben. Für die Durchführung des USA-Konzeptes sind bei diesem Ansatz wieder 2,000 Millionen Schilling und beim Ansatz 1/20028 „Presse und Information“ weitere 0,500 Millionen Schilling veranschlagt.

7. Die übrigen Ansätze für Aufwendungen halten sich im Rahmen der Richtlinien.

8. Die unter dem Titel 205 „Entwicklungs hilfe“ veranschlagten Mittel von 439,654 Millionen Schilling wurden gegenüber dem Vor jahr um 50,000 Millionen Schilling erhöht.

Die Einnahmen konnten um 12,613 Millionen Schilling erhöht werden. Mehreinnahmen sind vor allem bei den Transportkosten ersätzen und den Miet- und Pachtzinsersätzen zu erwarten.

An der Debatte beteiligten sich nach den Ausführungen des Spezialberichterstattlers die Abgeordneten Dipl.-Vw. Dr. Steiner, Marsch, Grabher-Meyer, Dr. Höchtl, DDr. Hesele, Fachleutner, Dr. Jankowitsch, Dr. Ermacora, Konečny, Cap und Windsteig.

Der Bundesminister für Auswärtige Ange legenheiten Mag. Gratz nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 22. November 1985 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe III unverändert mit Stim menmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 20: Äußeres, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1986 (740 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmel dungen vorliegen, ersuche ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dipl.-Vw. Dr. Steiner. Ich erteile es ihm.

20.47

Abgeordneter Dr. Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Vorerst möchte ich mich bei den Mitarbeitern des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten für ihre Arbeit bedanken, die sie bei den Vertretungsbehörden und in der Zentrale mit großem Engagement für die ihnen übertragenen Aufgaben leisten. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie tun dies oft unter schwierigen Verhältnissen und meist sehr wirksam und selbstlos unterstützt durch ihre Ehepartner, denen sei dafür ganz besonders gedankt. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Nun zum Budgetkapitel 20: Äußeres: Wir lehnen dieses Budgetkapitel so wie das Gesamtbudget aus guten Gründen ab. Es soll ja nicht der Eindruck entstehen, daß wir für ein solches unrealistisches, bereits jetzt schon marodes Budget auch nur den Schatten einer Verantwortung mitübernehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Die Regierungskoalition hat in allen Debatten über das VOEST-Debakel ver sucht, sich grußlos aus der Verantwortung zu entfernen. Dies wird Ihnen — den Regie rungsfraktionen — für dieses Budget aber ganz sicherlich nicht gelingen.

Es ist doch wirklich ein Skandal, daß die Regierung dem Parlament die Beschußfas sung eines Budgets zumutet, das in der vor liegenden Form sicherlich nicht zu verwirklichen ist. Wie immer Sie heute mit den Bud getziffern jonglieren, die Milliarden-Defizite dieses Budgets und der verstaatlichten Industrie hat entweder der Steuerzahler von heute zu bezahlen, oder die Regierung verpfändet wieder einmal die wirtschaftliche Zukunft unserer Jugend oder sie dreht ganz einfach ein bißchen an der Inflationsschraube. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Ehrenobmann der SPÖ rühmte sich jahrelang mit der volkswirtschaftlichen Weis heit, ihn ließen die Staatsschulden ruhig schlafen. Heute sind unzählige einstige Kreisky-Wähler schon lange aus dem Tiefschlaf erwacht, und alle müssen wir heute und in Zukunft die Zeche für diese Weisheiten bezahlen.

Als Bundeskanzler Sinowatz an die Spitze der Regierung trat, versprach er, diese Kreisky-Politik fortzusetzen — er hat diese Drohung wahrgemacht. Und Sie setzen diese Politik weiter fort, obwohl eine Umkehr dringend geboten wäre.

Dr. Steiner

Die Redner der Regierungsfraktion lieben es immer sehr, davon zu reden, um wieviel schlechter die wirtschaftliche Lage in anderen Ländern sei. Hier werden fast immer aus Detaildaten Vergleiche gezogen, die in ihrer Unvollständigkeit kein wirklich vergleichbares Bild ergeben, Daten, die nur für demagogische Vergleiche reichen. Vor allem nützt es dem österreichischen Steuerzahler wenig, wenn er hört, anderen gehe es auch schlecht. Das gibt ihm wenig Trost, wenn er die hausgemachte Verschwendungs politik zu bezahlen hat.

Bei diesem Budget 1986 gibt es also auch zum Kapitel 20 keine Zustimmung.

Innerhalb der nächsten halben Stunde wird hier am Rednerpult Kollege Hesele erscheinen und voraussichtlich, so wie er dies im Ausschuß getan hat, sein persönliches Betrübniß kundtun, daß wir nicht wenigstens dem Kapitel Äußeres zustimmen, da wir doch den Außenpolitischen Bericht zur Kenntnis genommen hätten sowie den Entwicklungshilfebericht und den Bericht über Friede in Freiheit. Aber, Kollege Hesele, einen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und einem total maroden Budget zuzustimmen, das sind doch wahrhaftig zwei Paar ganz verschiedene Schuhe! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dazu kommt noch, daß das Budget Äußeres eben wegen der allgemeinen Budgetmisere wieder einmal eine Wertverminderung hinnehmen muß. Meiner Meinung nach enthält es außerdem auch einige Ansätze, die sicherlich zu gering budgetiert sind. Von Budgetwahrheit kann also voraussichtlich wieder einmal keine Rede sein. Sicherlich bleibt für eine wirklich operative Tätigkeit der Vertretungsbehörden viel zuwenig übrig.

Dabei hat die österreichische Außenpolitik gerade in nächster Zukunft erhöhte Aufgaben vor sich, um die schweren Image-Einbrüche, die Österreich in diesem Skandal-Jahr 1985 durch die Frischenschlager-Affäre, durch den Weinskandal und das VOEST-Debakel erlitten hat, einigermaßen zu überwinden. Dafür wären dringend Mittel notwendig, um wirksame Schwerpunkte zu setzen. Mit diesem Budget 1986 sind sicherlich dafür keine Mittel vorhanden, ohne laufende Aufgaben zu vernachlässigen. Von Verschwendungs posten im Gesamtbudget müßten Mittel umgeschichtet werden, aber darüber läßt sich weder mit der Regierung noch mit den Regierungsfraktionen reden.

In der Tat sind viele Vertretungsbehörden im Verhältnis zu ihrem Aufgabenbereich per-

sonell unterbesetzt. Dazu kommt, daß durch eine ständige Erlaßflut der Bereich der Selbstadministration bei den Vertretungsbehörden im Verhältnis zu den Möglichkeiten einer operativen Tätigkeit immer größer wird. Zum Teil ist dies hausgemacht, und nur im konsularischen Bereich liegt die Schuld für diese zunehmende Papierflut sicherlich beim Bundesministerium für Inneres.

Zusätzliche Anstrengungen und neue Initiativen der österreichischen Außenpolitik sind besonders notwendig, um die Europapolitik zu einem praktischen und nicht nur rhetorischen Schwerpunkt zu machen. Es geht dabei in erster Linie darum, die bestehenden Instrumentarien der europäischen Zusammenarbeit, bei denen Österreich Mitglied ist oder mit denen ein besonderes Vertragsverhältnis besteht, besser politisch und wirtschaftlich für Österreich zu nutzen. Viel ist auf diesem Gebiete vorhanden, was nicht erst wieder neu erfunden werden muß, sondern vor allem besser genutzt werden will. Österreich kann und darf sich nicht nur am Rande der europäischen technologischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung bewegen, es muß an dieser Entwicklung entsprechend seinen historischen und geopolitischen Gegebenheiten teilhaben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nur ein wirtschaftlich gesundes, politisch gefestigtes, immerwährend neutrales Österreich kann seine Funktion als stabiles Element in der Mitte Europas, als unersetzlicher Teil des Kräftegleichgewichtes unseres Kontinents ausüben — zu seinem eigenen Vorteil, aber auch zum Vorteil von ganz Europa. Die verlässliche und sorgfältige Beachtung unserer Pflichten als immerwährend neutraler Staat ist also nicht nur ein Lebensinteresse Österreichs, sondern von entscheidender Bedeutung für eine krisenfreie Entwicklung in Mitteleuropa. Wir sind dabei nicht verhalten, uns selbst zusätzlich zu unseren Pflichten einengende Lasten aufzuerlegen oder nur immer wieder vorauszudenken, wie andere unsere Neutralität von Fall zu Fall ganz gerne hätten.

Unsere völkerrechtliche und politische Situation, aber auch unsere politischen Notwendigkeiten gilt es bilateral und in multilateralen Institutionen allseits klarzustellen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Dies sollte Ziel eines Schwerpunkt arbeitsprogramms unserer Außenpolitik für die nächste Zeit sein. Das Parlament scheint mir dazu berufen zu sein, alle Möglichkeiten auf Grund unserer Zukunftsvorstellungen zu überlegen und zu diskutieren.

10952

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Steiner

Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei bringen heute dazu einen Selbständigen Entschließungsantrag ein. Er ist so abgefaßt, daß er für alle Parteien im Hohen Haus eine gute und faire Diskussionsgrundlage sein kann. Mein Kollege Prof. Kohl wird ihn näher erläutern.

Europapolitik kann sich natürlich nicht nur auf Probleme der europäischen Integration beschränken, Nachbarschaftspolitik und die Ost-West-Politik gehören gleichermaßen dazu. Europa muß sich allerdings auch seinen Verantwortungen gegenüber anderen Teilen der Welt voll bewußt sein. Das hohe geistige Potential und die wirtschaftlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten dieses Kontinents verlangen nicht nur ein Mitdenken, sondern auch ein Mitarbeiten an der Lösung der wichtigsten Menschheitsprobleme.

Die Erhaltung beziehungsweise die Wiederherstellung des Friedens steht im engsten Zusammenhang mit der allgemeinen Durchsetzung zumindest der grundlegenden Menschenrechte.

Die Tatsache, daß die Großmächte wieder eine Gesprächsbasis gefunden haben, ist eine wirklich gute Nachricht dieses an guten Nachrichten so armen Jahres 1985. Wenn nicht alles täuscht, so handelt es sich um eine sehr realistische Basis der Kontakte. Beide Großmächte sind sich offensichtlich bewußt, daß allem voran der schrittweise Aufbau wenigstens eines Mindestmaßes an gegenseitigem Vertrauen in Angriff genommen werden muß. Erst dann sind erste Schritte zur Einbremfung des Rüstungswettkampfes erfolgversprechend, und erst dann kann man auf eine Rüstungsreduzierung hoffen.

Zu Vertrauen gehört aber auch gegenseitige Offenheit. Viel wirksamer als komplizierte Kontrollmechanismen sind die Bewegungsfreiheit der Menschen über Grenzen hinweg und die Medienfreiheit. Bis dies allerdings überall erreicht ist, haben wir noch einen sehr weiten Weg vor uns.

Die Schlußakte von Helsinki können zur Erreichung dieser Ziele ein wertvolles Instrumentarium sein — wenn man nur die genügende Zähigkeit und den Mut aufbringt, unermüdlich auf die Einhaltung der von allen Teilnehmerstaaten mit Unterschrift und Siegel zugesagten Verhaltensweisen zu bestehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Österreich hat auf diesem Gebiet auch in der Zukunft eine wichtige Aufgabe gemein-

sam mit anderen neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten zu erfüllen.

Einmal wird es notwendig sein, noch alles zu unternehmen, damit die Konferenz in Stockholm nicht ganz und gar ohne Ergebnis endet, und dann wird es aller Anstrengungen bedürfen, damit die Wiener Tagung der KSZE für die Menschen fruchtbare Fortschritte bringt. Fortschritte — das kann nur heißen, daß bereits Vereinbartes in die Wirklichkeit umgesetzt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Periode der sogenannten Entspannung war am Beginn von echten Fortschritten für das Zusammenleben der Völker gekennzeichnet. Der Österreichische Staatsvertrag war dafür ein Fanal, das allerdings nicht wiederholbar war. Sehr bald sind Taten durch nur wortreiche Erklärungen ersetzt worden. Die Ursache dafür war unter anderem sicherlich, daß vom Westen meist die falschen, weil illusionistischen Signale an den Osten gegeben wurden. Diese Erfahrung soll uns eine Lehre sein für den Neubeginn der jetzigen Gesprächsbasis zwischen West und Ost.

Es wird oft übersehen, daß es gerade in dieser sogenannten Entspannungsphase zu einer noch nie dagewesenen Aufrüstung im Osten gekommen war. Das kann man sehr gut an den Nachrufen für den nun abgetretenen sowjetischen Flottenchef Admiral Gorschkow erkennen, um nur ein Beispiel zu nennen.

Erfreulich ist es, daß in den letzten Jahren, in denen so viel von unmittelbarer Spannung, ja Kriegsgefahr die Rede war, in Mitteleuropa an der Nahtstelle der Paktsysteme gute Fortschritte in der bilateralen Zusammenarbeit gemacht wurden. Das zeigt einmal mehr, daß wir in den letzten Jahren einem Propagandafeldzug größten Ausmaßes ausgesetzt waren, daß aber anderseits seit Helsinki doch einiges in Bewegung geraten ist. Ohne Illusionen wird man in nimmermüder Kleinarbeit schrittweise um weitere Fortschritte ringen müssen. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.*)

Seit einiger Zeit steht man einer neuen Form, allerdings nicht neuen Inhalten sowjetischer Politik gegenüber. Da wird es gut sein, wenn man sich nicht in die neuen Formen verliebt und die ideologischen Grundsätze der Politik dahinter ganz und gar nicht mehr wahrhaben will. Es bleibt anderseits eine alte Erfahrungstatsache, daß neue Leute in der Führung mit der Zeit auch Inhalte variieren. Der Bleiklotz der Politik der Abgetretenen verfolgt allerdings nur allzuoft die Erben — die heutige österreichische Bundesregierung weiß davon ein Lied zu singen.

Dr. Steiner

Bei allen Feiern des Gedenkens des Beitritts Österreichs zu den Vereinten Nationen wurde immer wieder betont, wie sehr sich Österreich den Menschenrechten verpflichtet fühle. Das redet sich bei allen möglichen Gelegenheiten sehr leicht, beim Umsetzen in die Praxis wird es dann doch etwas schwieriger.

Wenn man die Frau Staatssekretär Dohnal oder den ehemaligen Außenminister Lanc über Nicaragua reden hört, kommt man aus dem Staunen nicht heraus. Es fällt schwer, an so viel Naivität in der Beurteilung einer Diktatur zu glauben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Jeder, der einmal von einem Diktatur-Regime wenigstens gelesen hat, und gar der, der selbst unter einem oder mehreren solcher Regime gelebt hat — ganz gleich, welcher Richtung sie angehören —, kann sich doch keinen Täuschungen mehr hingeben. Wir schreiben ja nicht das Jahr 1938, sondern 1985. Viele sind in den letzten 50 Jahren gescheiter geworden. Von freien Wahlen in Nicaragua zu reden ist wohl lächerlich. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Natürlich kommt es darauf an, ob man solche Länder auf Einladung der Regierung besucht, oder ob man sich eine freie Sicht bewahrt.

Tatsachen zählen offensichtlich für manche der europäischen Linken nicht, wenn es um Nicaragua geht, sie sind einfach vernarrt in die diktatorischen Kommandanten von Managua.

Menschlich erschütternd ist es aber, daß man mit keinem Wort und mit keiner Geste aller jener gedenkt, die unter schwerer politischer Verfolgung und auch Folter in diesem Lande leiden. Das Menschenrechts-Komitee in Managua hält zu diesem Thema reichliche, tieftraurige Dokumentationen bereit; man muß nur selbst bereit sein, sie zur Kenntnis zu nehmen.

Es müßte eigentlich selbstverständlich für uns alle sein, daß wir uns leidenschaftlich gegen jede Art der Menschenrechtsverletzung wenden, ganz gleich ob in Chile, in Nicaragua, in Südafrika, in kommunistischen Ländern, auf den Philippinen oder sonstwo. Freilich gehört einiger Mut dazu, überall gegen Menschenrechtsverletzungen aufzutreten, und jeder der dies in der Praxis tut, ist unserer vollen Unterstützung wert. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Daher haben wir es sehr erfreut begrüßt, daß im Außenpolitischen Ausschuß ohne lan-

ges Herumgerede unser Kollege Felix Erma-cora gegenüber demagogischen Angriffen ein-hellig verteidigt wurde. (*Beifall bei der ÖVP.*) Herr Bundesminister, ich stehe nicht an, Ihnen und den Beamten in der Zentrale und den Kollegen in New York dafür zu danken, daß sie die Entschließung des Außenpoliti-schen Ausschusses so rasch vollzogen haben. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Wir haben in den letzten Tagen sehr viel über die Bedeutung internationaler Organisa-tionen gehört. Aus einer Reihe von Gründen ist es für ein Land in der geopolitischen Lage und der Größe Österreichs von ausschlagge-bender Bedeutung, daß internationale Organi-sationen auch tatsächlich ihre Aufgaben voll erfüllen. Ein neutrales Land, das auf keine Pakt-Interessen Rücksicht nehmen muß, ist sicherlich dazu berufen, in internationalen Organisationen ganz besonders auf die Ein-haltung der übernommenen Verpflichtungen zu dringen. Es erhebt sich die Frage, ob bis-her tatsächlich auch von uns dazu alles getan wurde.

Ein dramatisches Beispiel für den Nieder-gang einer internationalen Organisation ist die UNESCO. Ich glaube, man hätte zeitge-recht, ohne Ansehen der Person, auch von unserer Seite klarstellen müssen, daß der gegenwärtige Generaldirektor überhaupt nicht willens und in der Lage ist, diese Orga-nisation ihrem Ziel gemäß zu führen. (*Erneu-ter Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister, Sie haben öffentlich bedauert, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien aus der UNESCO ausgetreten sind. Natürlich muß man solche Schritte bedauern, da damit die Universalität solcher Organisationen in Frage gestellt wird. Das ist nicht nur ein finanzielles Problem. — Nur muß das Bedauern noch größer über die Ursachen sein, die zu diesen Austritten geführt haben, nämlich unglaubliche administrative Mißwirtschaft, Nepotismus und politische Einseitigkeit.

Und da frage ich mich: Haben wir rechtzeitig gewarnt? Haben wir rechtzeitig Reform-vorschläge gemacht? Haben wir diesem Gene-raldirektor M'Bo auch mit genügender Klar-heit vor Augen geführt, daß seine Art der Administration zur Zerstörung dieser wertvol-len Organisation führen muß?

Es ist ja wirklich grotesk, daß Generaldi-rektor M'Bo, als schon ernsthafte Warnungen zu hören waren, die Administration gegen-über der Feldtätigkeit noch ausgeweitet hat.

10954

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Steiner

Heute stehen wir vor Streikdrohungen des UNESCO-Personals. Die Leute, die in der UNESCO wirklich ernsthaft arbeiten, sind zutiefst besorgt über die Zukunft der Organisation. Es ist kein Wunder, daß die praktische Arbeit dieser Organisation immer mehr und mehr darniederliegt.

Bei der UNESCO-Generalversammlung in Sofia hat man es heuer sicherlich versäumt, einen klaren und deutlichen Schlußstrich unter die Mißwirtschaft zu ziehen und die Abberufung des Generaldirektors zu verlangen.

Ich bin davon überzeugt, würde man einmal ein Exempel zum Beispiel bei der UNESCO statuieren, hätte dies eine sehr heilsame Wirkung auf alle internationalen Organisationen und auf ihr Funktionieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Solche Bemühungen um bessere Wirksamkeit internationaler Organisationen gelten natürlich auch im Bereich europäischer Institutionen.

Es ist dringend geboten, auch im Europarat für mehr Effizienz zu sorgen. Der Europarat hat in der Vergangenheit Großartiges geleistet, und nun ist sicherlich die Zeit gekommen, weitere Schritte zur wirksamen Verbesserung seiner Arbeit zu tun.

Von österreichischer Seite wurden da verschiedene bedeutende Initiativen ergriffen. Auch unser Parteiobmann Dr. Mock hat an der Colombo-Kommission entscheidend mitgewirkt, die wertvolle Vorschläge für die Verbesserung der Arbeit des Europarates und für die Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft erarbeitet hat. Nun sind wir an einem Punkt angelangt, an dem das, was getan werden muß, ganz klar ist. Wir müssen es nur endlich verwirklichen.

Ich hoffe, Herr Bundesminister, daß wir gerade in den kommenden Monaten auch eine kräftige Unterstützung von seiten des Ministerkomitees des Europarates für einige Reformvorschläge innerhalb des Europarates, aber auch Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit des Europarates mit der Europäischen Gemeinschaft erhalten werden.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß es auch innerhalb des Europarates Staaten mit gravierenden ungelösten Problemen gibt. Wir sollten uns dieser Probleme besonders annehmen. Schließlich ist es wirklich unverständlich, warum es bisher nicht gelingen konnte,

den nun schon jahrzehntelang schwelenden Konflikt auf Cypern in europäischer Zusammenarbeit zu lösen.

Es gilt aber auch, dafür zu sorgen, daß die Grundsätze des Europarates in den einzelnen Mitgliedstaaten tatsächlich beachtet werden.

Fortschritte auf diesem Gebiet hat es zweifellos in der Türkei gegeben, aber es ist noch ein weites Wegstück bis zu einer vollen Demokratisierung und vollen Beachtung der Menschenrechte in diesem Lande zurückzulegen. Das heißt, daß man dieses Problem weiterhin sehr intensiv beobachten und verfolgen muß und immer wieder den Versuch machen muß, Einfluß dahin gehend auszuüben, daß die gesteckten Ziele zum Wohle der Menschen auch tatsächlich erreicht werden.

Höchst bedauerlich ist es, daß die Regierung von Malta nicht gewillt ist, eine repräsentative Delegation in die Beratende Versammlung des Europarates zu entsenden.

Meine Damen und Herren! Das Demokratie-Verständnis dieser sozialistischen Regierung in Malta ist tatsächlich außerordentlich stark unterentwickelt. Die Regierung will keine Mitglieder der Oppositionsparteien in die maltesische Delegation entsenden, denn, so sagt die Regierung, sie könnten abfällige Äußerungen über die eigene Regierung im Europarat machen.

Bisher wollte die Regierung Maltas nur den Präsidenten des maltesischen Parlaments entsenden, als Ein-Mann-Delegation sozusagen, der selbstverständlich der Regierungspartei angehört, aber der für sich vorgibt, daß er auch ohne weiteres für die gesamte Opposition sprechen könnte. Es müsse für den Europarat genug sein, wenn die Regierung diesen Delegierten schickt.

Ich glaube, wenn die maltesische Regierung nicht bis zur Sitzung der Parlamentarischen Versammlung, Ende Jänner 1986, eine repräsentative Delegation entsendet, so kann sicherlich das Beglaubigungsschreiben dieser Ein-Mann-Delegation nicht mehr akzeptiert werden. Letztlich müßte das zum Ausschluß Maltas aus dem Europarat führen.

In den letzten Wochen wurde uns wiederum das weltweite Problem des Terrorismus sehr drastisch bewußtgemacht.

Über ideologische und geographische Grenzen hinweg ist es unerlässlich, zu einer gemeinsamen Bekämpfung des Terrorismus

Dr. Steiner

zu kommen. Es muß heute klar sein, daß kein Staat, ganz gleich, mit welchem politischen System, irgendeinen Vorteil daraus ziehen kann, wenn er Terroristen irgendwo auf der Welt unterstützt oder sie toleriert oder mit Nachlässigkeit behandelt.

Der Piratenakt gegen die Archille Lauro und die Entführung eines ägyptischen Flugzeuges, worauf es zu dieser furchtbaren Katastrophe auf Malta gekommen ist, sind nur das vorläufig letzte Kapitel einer furchtbaren Gefahr. Heute muß befürchtet werden, daß sich Terroristen, falls man ihre Bekämpfung nicht rechtzeitig einleitet, in der Zukunft der modernsten Vernichtungsmittel bedienen werden. Selbst atomare Waffen sind heute in Griffweite von terroristischen Organisationen. Leider ist die moderne Gesellschaft gegen Erpressungen unglaublich empfindlich geworden, ja fast hilflos. Denn meist fehlt der Mut, mit aller Härte den Anfängen zu wehren.

Umso mehr muß es eine Forderung unserer Tage sein, daß die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiete verstärkt wird. Ich glaube, die österreichische Außenpolitik sollte es sich zur wichtigen Aufgabe machen, durch mutige Initiativen die internationale Terrorismusbekämpfung in jeder Hinsicht zu fördern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es bleibt zu dieser späten Stunde nicht mehr die nötige Zeit, Fragen der Friedenspolitik zu besprechen. Wir haben bereits einen Bericht der Bundesregierung über Aktivitäten für „Friede in Freiheit“ vorliegen, und wir werden, so hoffe ich, Anfang des kommenden Jahres reichlich Gelegenheit haben, über diese Probleme zu diskutieren. Das gleiche gilt ja auch für die Fragen der Entwicklungshilfe.

Ein wichtiges Problem der europäischen Friedenspolitik ist zweifellos die Nachbarschaftspolitik. Wir können mit gewissem Stolz feststellen, daß auf diesem Gebiete Österreich in den Jahren seit 1955 große Fortschritte erzielen konnte. Nach Unterzeichnung des Staatsvertrages stand Österreich einer Reihe von Problemen mit fast allen seinen Nachbarn gegenüber. Heute gibt es gravierende Probleme bedauerlicherweise immer noch mit unserem nördlichen Nachbarn — Tschechoslowakei —, diese sind sicherlich erst dann voll zu lösen, wenn endlich einmal an der Grenze normale Verhältnisse eingehen, Verhältnisse, wie sie zwischen mitteleuropäischen Staaten doch eine Selbstverständlichkeit geworden sind.

Die österreichische Südtirol-Politik war bisher eine Politik, die in den Grundzügen von allen Parlamentsparteien getragen wurde. Ich hoffe, daß dies auch in der Zukunft so bleiben wird. Zusammenarbeit in diesem Fall heißt, gemeinsam die Verantwortung für eine gemeinsam erarbeitete Politik zu tragen. Die Verwirklichung der vorgesehenen Lösungen für schwierige Autonomieprobleme ist längst überfällig. Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß sich auch der Herr Bundespräsident gerade in den letzten Tagen bemüht hat, noch einmal die italienische Seite auf die Bedeutung aufmerksam zu machen, die wir einer Lösung der noch offenen Paketfragen zuordnen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Verwirklichung einer echten Autonomie ist die Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben der verschiedenen Sprachgruppen in Südtirol. In den letzten Wochen und Monaten ist eine starke Kampagne gegen die Realisierung verschiedener Autonomiemaßnahmen entfacht worden. Insbesondere galten die Angriffe dem ethnischen Proporz. Von extrem rechts bis links ist dagegen Sturm gelaufen worden. Es war von Rassismus und Apartheid die Rede.

Dabei wird immer nur zu gerne vergessen, daß die Südtiroler über mehr als fünf Jahrzehnte hinweg als Folge von 20 Jahren Faschismus und Entnationalisierung bei der Vergabe von öffentlichen Stellen kraß benachteiligt worden sind. Nun muß über einen gewissen Zeitraum hinweg die Vergabe öffentlicher Posten in Südtirol so erfolgen, daß dem Aufholbedarf der Südtiroler Volksgruppe an solchen Positionen in absehbarer Zeit entsprochen wird.

Von der Bevorzugung der Italiener zur Zeit des Faschismus profitierten die Großväter; die Enkel tragen heute die Lasten des Abbaues der ungerechten Privilegien. Man muß verstehen, daß dies für die Enkelgeneration nicht leicht zu verkraften ist.

Wir sollen natürlich auch nicht verkennen, daß diese Übergangsperiode von der Verwirklichung der Autonomiemaßnahmen bis zu einer voll funktionierenden Autonomie selbstverständlich viel guten Willen aller Sprachgruppen in Südtirol abverlangt. Je länger die Übergangsperiode dauert, umso schwieriger wird sie zu verkraften sein. Die Bevölkerung Südtirols — und zwar alle Sprachgruppen — muß möglichst bald wissen, wie Lösungen endgültig aussehen. Wir sprechen nicht eiligen Pfuschlösungen, nur damit alles rasch erledigt ist, das Wort. Aber es kann nicht end-

10956

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Steiner

los verhandelt werden, will man nicht eine neuerliche Verschärfung der Lage riskieren. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es ist an der italienischen Regierung, eine annehmbare Lösung möglichst bald vorzulegen; es ist höchste Zeit.

Die Südtiroler haben in der Vergangenheit immer wieder die politische Kraft aufgebracht, Entscheidungen von geschichtlicher Tragweite zu treffen. Sie werden diese Kraft auch für zukünftige Entscheidungen aufbringen. Wir, das Parlament, aber auch die Regierung, sollten die Südtiroler daher zu Entscheidungen ermutigen und dann mit ihnen die Verantwortung tragen. Das hohe Ziel, das Überleben der Südtiroler als Volksgruppe, ist jeder Anstrengung wert, schließlich ist es eine Verpflichtung aus dem Pariser Vertrag, aber vor allem aus unserem Selbstverständnis als Österreicher. — Ich danke. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{21.17}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Hesele.

^{21.17}

Abgeordneter DDr. Hesele (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf, so wie mein Vorrredner, auch den Bediensteten des Außenministeriums für ihre Tätigkeit im Inland und Ausland recht herzlich danken. Wir haben des öfteren im Ausland zu tun und wissen es zu schätzen, was die Unterstützung der Vertretungsbehörden für uns bedeutet. Wir danken für diese Hilfestellung und die gute Zusammenarbeit mit den Bediensteten des Außenministeriums. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Dank gebührt aber auch Ihnen, Herr Bundesminister, daß Sie seit Ihrem Amtsantritt versuchen — und Sie tun das sicher aus tiefer Überzeugung als ehemaliger Parlamentarier —, die Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten und Ihrem Ministerium zu fördern. Unsere Vorbereitungsgespräche vor Straßburg sind immer sehr nützlich gewesen, und Ihr Angebot im letzten Außenpolitischen Ausschuß, die Parlamentarier sowohl in die Vorbereitungsphase als auch in die Delegation zur KSZE-Konferenz einzubinden, ist sehr zu begrüßen.

Daß die Zusammenarbeit zwischen Parlamentariern und Regierungsvertretern fruchtbringend sein kann, zeigt die Einrichtung des Außenpolitischen Rates, der gerade im letzten Jahr zu einem echten Diskussionsforum zwischen Regierung und Abgeordneten geworden ist.

Ich bedaure, daß Kollege Steiner gerade diese Einrichtung des Außenpolitischen Rates, in dem auch der Opposition sehr viel Informationsmaterial zur Verfügung gestellt wird, zu zitieren vergessen hat.

Meine Damen und Herren! Wir reden sehr viel über die Gipfelkonferenz von Genf. Niemand weiß heute, was wirklich dort geschehen ist. Unsere Informationen sind spärlich. Ich glaube, wie immer man diese Konferenz beurteilen mag, es ist ein Fortschritt in Richtung auf mehr Dialog und ein besseres Verständnis zwischen den Supermächten im Gange.

Präsident Reagan hat vor dem amerikanischen Kongreß folgendes ausgeführt: „Ich hatte einen neuen Start gefordert — und wir haben diesen gemacht.“ — Er sagte dann: „Nicht alles ist erreicht worden, aber wir verstehen einander besser. Das ist der Schlüssel zum Frieden.“ — „Vom Genfer Gipfel ist ein neuer Realismus ausgegangen. Niemand hat gesagt, dies würde leicht sein, aber wir sind weit vorangekommen.“

Meine Damen und Herren! Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow werden einander wieder treffen. Aber entscheidend wird es sein, daß diese guten Vorsätze und dieser neue Realismus von Genf in allen internationalen Konferenzen ihren Niederschlag finden werden.

In Budapest hat man beim Abschluß des Kulturforums von diesem neuen Geist noch nichts bemerkt. — Der Herr Bundesminister hat zwar im Ausschuß erklärt, für Budapest war kein Abschlußdokument vorgesehen, aber es ist nicht einmal ein Mininalpapier, in dem lediglich die Daten der sechswöchigen Konferenz festgehalten und auf die KSZE-Folgekonferenz in Wien in einem Jahr verwiesen wurde, angenommen worden.

Wir hoffen auch für die im Jahre 1986 in Wien beginnende KSZE-Folgekonferenz auf eine erhöhte Kooperationsbereitschaft aller Teilnehmer.

Die Parlamente der 35 KSZE-Staaten werden im Rahmen der Interparlamentarischen Union im Mai 1986 in Bonn eine KSZE-Parlamentarierkonferenz abhalten, die Tradition der Konferenzen der Parlamentarier von Wien, Brüssel und Budapest fortsetzen und sicherlich auch ein Abschlußdokument beschließen.

Ich will heute nicht viel über die KSZE

DDr. Hesel

reden, möchte aber drei Anmerkungen machen, weil ich glaube, daß diese auch unsere österreichische Haltung bei der Parlamentarierkonferenz, die ja vor der KSZE-Konferenz in Wien stattfinden wird, bestimmen werden.

Erstens: Der Herr Bundesminister hat in einem Vortrag vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen am 27. November einen schwierigen Verlauf des Wiener Folgetreffens vorausgesagt, meint aber: Wesentlich sind Ergebnisse, die trotz aller Kompromißhaftigkeit konkrete Aussagen und Vereinbarungen enthalten, die den KSZE-Prozeß insgesamt stärken und dynamisieren.

Was nicht sein darf, ist, daß in Helsinki und Madrid Vereinbartes wiederholt oder neu formuliert wird, denn alles, was für ein friedvolles und gutnachbarliches Zusammenleben notwendig ist, ist bereits in der Schlußakte ausgesagt.

Und letztlich — und damit legt sich der Herr Bundesminister die Latte sehr hoch — geht es bei der KSZE-Konferenz in Wien darum: Die KSZE ist aus ihrer normativen Phase der ersten zehn Jahre in eine stärker operative Phase überzuführen, das heißt, die Absichtserklärungen von Helsinki müssen jetzt in die Tat umgesetzt werden, auch was die Bestimmungen des Korbes 3 betrifft. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Zweitens — auch Steiner hat darauf hingewiesen —: Die Entspannung wird anders und realistischer gesehen werden müssen. Auch hier sagt Gratz: Es geht nicht um die Wiederbelebung der Entspannung, sondern um die Frage, wie eine gemeinsame europäische Kooperationspolitik aller 35 KSZE-Staaten zur Bewältigung gemeinsamer Probleme entworfen und gleichzeitig Fortschritte in allen durch die KSZE-Schlußakte berührten Bereichen des Ost-West-Verhältnisses gewährleistet werden.

Das deckt sich mit einem Leitartikel in der Presse: „Zurück zur Entspannung“, wo es heißt:

„Es gibt ein Zurück zur Entspannungspolitik, aber kein Zurück in die Illusionen der siebziger Jahre.“

Drittens: Meine Damen und Herren! Man kann nach zehn Jahren kein abschließendes Urteil über die Bedeutung und Auswirkungen

der Schlußakte von Helsinki abgeben. Aber eines ist sicher erreicht worden: Der Status quo in Europa ist zwar nicht de jure, aber de facto festgeschrieben worden, und jeder Staat hat hier seine Funktion. Es gibt die Mitglieder der NATO, die des Warschauer Paktes und die N + N-Staaten. Dieser Status quo in Europa hat Österreich die Möglichkeit eröffnet, durch unsere Akte über Neutralitätspolitik im Rahmen der KSZE im Verein mit den anderen neutralen und paktfreien Staaten mitzuverarbeiten. Wir haben uns mit dieser Mitarbeit großes Ansehen erworben, aber sicher auch deshalb, weil wir als verlässliche Partner anerkannt wurden und unsere außenpolitischen Handlungen vorhersehbar waren. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

So interpretiere ich die Aussagen des Bundesministers in einem Interview: „Den Status, den wir haben, ist Teil von Frieden und Gleichgewicht in Europa.“ — Daher ist auch nur der Versuch, diesen Status quo zu ändern, eine sehr sensible Angelegenheit.

Zum gleichen Schluß kommt letztlich auch Professor Andreas Khol in seinem für mich sehr interessanten Artikel: „Im Dreisprung nach Europa: Kooperation — Assoziation — Union“, ein Sonderdruck der „Europäischen Rundschau“, dem ich, Herr Professor, in vielen Passagen folgen kann, insbesondere, was die Kooperation anbelangt, weil Teile dieser Ihrer Vorschläge bereits in Realisierung begriffen sind. Die beiden anderen, die Assoziation und die Union — ich zitiere Sie selbst —, sind ja noch zum Teil utopische Vorstellungen; man soll aber darüber nachdenken.

Khol stellt die Frage, warum sich Österreich nicht schon jetzt zu weiterreichenden Schritten im Zusammenhang mit der EG entschließt, in Richtung Union, Assoziation oder Beitritt. Er sagt: Es ist die unwägbare und schwierige Frage der Veränderung des Status quo in Europa. Kein Land hat Interesse, eine Änderung durchzuführen. Jeder Schritt Österreichs, der eine gewichtige Veränderung des Status quo im Zusammenhang mit dem Ost-West-Konflikt mit sich brächte, wird unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen sein. Daran haben weder die Europäische Gemeinschaft und die anderen Staaten Europas ein Interesse, noch kann Österreich daran gelegen sein. — Das kann man vollinhaltlich unterschreiben, Herr Professor!

Das alles heißt natürlich nicht, meine Damen und Herren, daß die österreichische Außenpolitik statisch sein muß und nicht eine Dynamik auf Grund neuer Strömungen entwickeln kann.

10958

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

DDr. Hesele

Durch die Süd-Erweiterung der Gemeinschaft, den Beitritt Spaniens und Portugals mit 1. Jänner 1986, wird eine Gewichtsverlagerung im demokratischen Teil von Europa in Richtung Europäische Gemeinschaft stattfinden. Es werden der Gemeinschaft ab Jänner 1986 zwölf Staaten angehören, außerhalb bleiben neun, neben den nordischen Staaten Österreich und die Schweiz.

Diese Neukonstellation in Europa muß für uns eine Herausforderung sein, insbesondere die wirtschaftlichen Kontakte mit der Gemeinschaft weiterzuentwickeln und zu forcieren.

Genauso wichtig wird es aber sein, daß wir weiterhin konstruktiv am politischen Integrationsprozeß des freien Europa teilnehmen können. Diesbezüglich hat die Bundesregierung in ihrer Erklärung vor dem Parlament im Jahre 1983 bereits ausgeführt: Die Bundesregierung wird die Mitarbeit Österreichs in den Organisationen der pluralistischen Demokratien Europas auf wirtschaftlicher und politischer Ebene konstruktiv fortführen. Sie wird der Weiterentwicklung der zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften geschlossenen Abkommen im Interesse der österreichischen Wirtschaft besondere Aufmerksamkeit widmen können, für eine Stärkung des Europarates eintreten und so weiter. Ich glaube, daß diese Bestimmung der Regierungserklärung von 1983 im Konsens aller Parteien in diesem Hause ist, weil ja auch das Zukunftsmanifest der Volkspartei vom 12. April 1985 in eine ähnliche Richtung geht.

Österreich hat gehandelt, für uns war immer klar, daß das Freihandelsabkommen 1972 kein Endpunkt sein kann, sondern daß die Beziehungen zu den Gemeinschaften dynamisch auch über die Freihandelsabkommen hinaus pragmatisch und entsprechend den politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten ausgebaut werden müssen. Daher ist unter maßgeblichem Einfluß Österreichs die schon so oft zitierte Konferenz von Luxemburg 1984 zustande gekommen, eine Konferenz zwischen den Ministern der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten der EFTA, die es sich in der Erklärung von Luxemburg zum Ziel gesetzt hat, einen dynamischen europäischen Wirtschaftsraum zum Wohle ihrer Länder zu schaffen.

Die Realisierung dieser Erklärung, dieses Grundsatzes, die Erreichung dieses Ziels

wird einen langen Verhandlungsweg erfordern.

Es ist über verschiedene Punkte zu verhandeln, von den Ursprungsregeln über die technischen Handelshemmnisse, die Normen, die Grenzkontrolle und so weiter.

Wir werden mit der Gemeinschaft bilateral verhandeln, soweit es Fragen betrifft, die eben nur bilateral behandelt werden können, wie die Landwirtschaft und der Verkehr, wir werden aber, wo es für uns zum Vorteil ist, auch multilateral verhandeln.

EUREKA ist ein zweites Ziel einer umfangreichen europäischen Kooperation. Der Herr Bundesminister hat im Ausschuß erklärt, daß wir an drei von vorerst acht Projekten beteiligt sind, am Projekt Euro-Laser, an einem Umweltprojekt und am europäischen Datenverbund zwischen Forschungseinrichtungen.

Meine Damen und Herren! Die Follow-Up-Treffen der hohen Beamten zur Realisierung der Ziele von Luxemburg sind sicher sehr wichtig. Aber Österreich ist auch von sich aus aktiv geworden. Die Mitglieder der Bundesregierung haben gerade im abgelaufenen Jahr die persönlichen und auch politischen Kontakte mit Brüssel verstärkt. Es waren im abgelaufenen Jahr der Bundeskanzler, der Vizekanzler und der Außenminister sowie der Landwirtschaftsminister in Brüssel. Der Präsident der Kommission, Delors, war in Wien, Vizepräsident Narjes war erst vor einigen Wochen in Wien, und der sogenannte Außenminister der Kommission, De Clercq, war ebenfalls im Mai in Wien.

Ich glaube, meine Damen und Herren, in dieser verstärkten Kontaktnahme mit der Gemeinschaft haben auch die Parlamentarier ihre Aufgabe zu erfüllen. Unsere Kontaktgruppe mit dem Europäischen Parlament wird sich im kommenden Jahr mit der Kontaktgruppe des Europäischen Parlaments für Österreich treffen.

In diesem Jahr haben einzelne Parlamentarier Informationsbesuche bei der Kommission abgestattet. Leider hat der Gipfel von Luxemburg nicht die Erfolge gebracht, die wir alle von ihm erwartet haben, insbesondere ist es, was uns Parlamentarier betrifft, nicht gelungen, die Kompetenzen des Europäischen Parlaments zu stärken.

Meine Damen und Herren! Die Schweizer werden uns immer als Vorbild hingestellt, wie wir uns wirtschaftspolitisch, integrationspoli-

DDr. Hesele

tisch zu verhalten haben. Die Schweizer Parlamentarier haben ebenfalls eine Kontaktgruppe mit dem Europäischen Parlament. Die Vorsitzende ist die Ständerätin Josi Meier, die eine Kollegin von uns im Europarat gewesen ist.

Kollegin Josi Meier sieht das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft etwa so — sie hat in Bern in einem Einführungsreferat erklärt, warum die Schweiz nicht der Gemeinschaft beitreten kann —: Das ist das Problem der Immigration, das ist das Problem der Landwirtschaftspreise, und dann sind es auch die demokratischen und föderalistischen Strukturen, die es der Schweiz nicht ermöglichen, beizutreten.

Aber — so Josi Meier —: Die Entscheidung der Schweiz, nicht am Integrationsprozeß der Gemeinschaft teilzuhaben, bedeutet keineswegs, daß sich ihr Land in die Isolation zurückziehen wolle. Die Schweiz ist keine Insel, sondern ein zentraler Teil Europas und mit ihm wirtschaftlich stark verbunden. Es bestehe daher ein faktischer Integrationszwang, dem ihr Land durch eine pragmatische Zusammenarbeit mit seinen Nachbarländern Rechnung trage.

Ich glaube, daß ist gerade die Linie, Herr Bundesminister, die auch wir in der Integrationspolitik verfolgen, und ich glaube, die österreichische Bundesregierung ist auf dem richtigen Weg.

Ich darf noch etwas sagen — auch Steiner hat es bereits erwähnt —: Die Teilnahme Österreichs am politischen Integrationsprozeß des freien Europa ist nur im Rahmen des Europarates möglich. Wir müssen daher alles daran setzen, eine Abwertung des Europarates, des Ministerkomitees und der Parlamentarischen Versammlung zu verhindern.

Eine sichtbare Aufwertung, Herr Bundesminister, wäre es für das Ministerkomitee, wenn möglichst viele Staaten beim zweimal jährlich stattfindenden Ministertreffen durch ihre Außenminister und nicht nur durch Staatssekretäre vertreten wären.

Wir beschäftigen uns seit Jahren mit dieser Frage und auch mit der Aufwertung des Europarates. Der Colombo-Bericht bietet uns sehr viele brauchbare Vorschläge, mit deren Realisierung allerdings begonnen werden müßte. Dieser Bericht zeigt die Schwierigkeiten auf, mißt aber dem Europarat — obwohl in der Colombo-Kommission mehr Vertreter der EG-Staaten als der anderen Staaten dabei

waren — eine große Bedeutung bei, wenn er sagt:

„Es liegt im Interesse des demokratischen Europa, dem Europarat das politische Profil wiederzugeben, das ihm das Statut verleiht.“

Weiters sieht die Colombo-Kommission, daß „die Europäische Politische Zusammenarbeit sich innerhalb der Europäischen Gemeinschaft schrittweise fortentwickelt. Es gibt Befürchtungen, daß sich die Kluft zwischen den Staaten der Gemeinschaft und dem übrigen demokratischen Europa gerade im politischen Bereich weiter öffnet“.

Das ist die politische Gefahr einer Zweiteilung Europas. Es gibt viele Vorschläge, wie man den Grad der Zusammenarbeit intensivieren könnte.

Ein Punkt ist sicher der politische Dialog zwischen den 21 Staaten des Europarates, aber auch — mein Vorredner hat darauf hingewiesen — der Dialog zwischen dem Europarat und der Europäischen politischen Zusammenarbeit der EG-Staaten. Ein Punkt ist der Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates und der Gemeinschaft, mit dem Ziel, ihr Auftreten in umfassenderen internationalen Foren zu koordinieren.

Herr Bundesminister! Es ist ein langer Weg, bis es so weit ist, daß das Europa der 21 mit einer Stimme sprechen kann. Das war auch der Sinn meiner Anfrage im Comitee mixed, wie der Europarat es zustande bringen könnte, ein Gespräch zwischen Europäischer Politischer Zusammenarbeit und dem Ministerkomitee zu finden. Der griechische Außenminister als Vorsitzender des Ministerkomitees dürfte das eher falsch verstanden haben. Er hat geglaubt, wir wollen eine neue Institution. Ich bin der Meinung des Kollegen Steiner, Institutionen haben wir genug, wir müssen sie jetzt nur mit Leben erfüllen.

Über die Vereinten Nationen sind sehr viele schöne Worte am Freitag vom Herrn Bundesminister, von den drei Sprechern der politischen Parteien gesagt worden. Ich glaube, es wird, wenn von den Vereinten Nationen geredet wird, viel über die Fragen der friedenserhaltenden Maßnahmen gesprochen, die notwendig sind.

Der Herr Außenminister hat auch die anderen Bereiche der Vereinten Nationen zitiert, die UNDP, die UNICEF und auch die Frage der Flüchtlinge, die für uns eine große Bedeutung in Österreich hat.

10960

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

DDr. Hesele

Wir beschäftigen uns auch im Europarat mit der Frage der Flüchtlinge und haben im Herbst eine gemeinsame Resolution verabschiedet, wo wir Sie, Herr Bundesminister, bitten, uns im Ministerkomitee diesbezüglich zu unterstützen. Es waren drei Punkte.

Erstens: Das Asylverfahren sollte in einem Jahr abgeschlossen werden — da es noch immer Staaten gibt, in denen das Asylverfahren sechs bis sieben Jahre dauert —, und zwar im Interesse des Aufnahmestaates und des Asylwerbers.

Zweitens: Die Forderung nach Definition und Unterstützung der Erst-Asyländer, was für uns Österreicher von besonderer Bedeutung ist, da wir ja als Erst-Asylland in Flüchtlingsfragen die Hauptlast zu tragen haben.

Drittens: Eine gemeinsame Front gegen Mißstände, daß zum Beispiel durch Geschäftsmacher Flüchtlinge aus Asien und Afrika nach Berlin-Schönefeld gebracht und von dort entweder nach Schweden oder in die BRD geschleust werden.

Ein Wort zur UNESCO. Bundesminister Dr. Moritz hat in seiner Rede vor der 23. Generalkonferenz in Sofia die Entschlossenheit Österreichs zur weiteren aktiven Mitarbeit innerhalb der UNESCO und unser fortgesetztes besonderes Interesse an dieser bedeutsamen Weltorganisation zum Ausdruck gebracht. Österreichs erklärte Hoffnung sei außerdem die baldige Überwindung der derzeitigen Krise und unser Wunsch — das war im Oktober — der Weiterverbleib Großbritanniens sowie die baldige Rückkehr der USA. Beides ist nicht gelungen. Die USA bleiben außerhalb der UNESCO, Großbritannien hat vor einigen Tagen seinen Austritt bekanntgegeben.

Ich glaube, es besteht aufgrund auch der Ausführungen des Kollegen Dr. Mock vom letzten Freitag doch die übereinstimmende Meinung, daß man grundsätzlich in der UNESCO bleiben solle, aber jede Gelegenheit ergreifen müßte, Kritik zu üben an Mißständen, an Reformen mitzuarbeiten und auch, ich sage das offen, dem Generaldirektor M'Bo etwas bei seiner Amtsführung auf die Finger zu schauen. Wir haben selbst im Europarat eine Diskussion mit dem Generaldirektor gehabt. Wir waren sehr erstaunt, welche Antwort wir bekommen haben.

Aber, Kollege Steiner, das Interesse der demokratischen Staaten an der UNESCO ist aber nicht so groß. Wir wollten im Rahmen

der Interparlamentarischen Union versuchen, einen Antrag einzubringen, wonach die Parlamentarier auf der ganzen Welt versuchen sollen, ihre Regierungen zu animieren, daß man in der UNESCO verbleiben könnte. Das ist von der großen Staatengemeinschaft der Interparlamentarischen Union abgelehnt worden. Übriggeblieben sind Österreich und die Schweiz, die anderen westlichen Länder wollten über den Terrorismus reden und über die Verschuldungsfrage der Dritten Welt. So ist das Schicksal.

Aber ich glaube, es ist die gemeinsame Meinung aller Parteien begrüßenswert, daß Österreich in der UNESCO mitarbeiten sollte.

Selbstverständlich bedaure ich, Dr. Steiner, daß die ÖVP dem Teilkapital „Äußeres“ nicht zustimmt. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich auf die Eingangseskapaden gegen das Budget nicht eingehe, das ist ja nichts Neues, das wird am siebenten Tag der Budgetdebatte täglich zehnmal gesagt.

Wogegen stimmt aber die ÖVP, wenn sie dieses Budget ablehnt — ich beziehe mich da nur auf den Sachaufwand —?

Die ÖVP stimmt dagegen, daß der weitere Aufbau der ADV im Bereich des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vorangetrieben wird.

Bei den Vertretungsbehörden: Die ÖVP ist dagegen, daß 40 Millionen Schilling für den Erwerb (Abg. Dr. Khol: *Das glauben Sie doch selber nicht, Herr Hesele! Das Argument ist Ihrer nicht würdig!*) von Gebäuden aufgewendet werden. Im Jahre 1986 ist der Ankauf eines — das müssen Sie auch wissen — Residenzgebäudes in Athen, eines Amtsgebäudes in Mexiko und möglicherweise in Lissabon vorgesehen. Priorität wird dem Ankauf eines Amtsgebäudes in Washington eingeräumt.

32 Millionen Schilling sind als Ansatz für Neubauten vorgesehen. In diesem Betrag sind die Planungskosten für ein neues Amtsgebäude in Algier, eine neue Residenz in Berlin, für Canberra und so weiter enthalten. (Abg. Dr. Khol: *Aber das ist doch nicht das Gesamtbudget! Das wissen Sie ganz genau!*)

All das ist in diesem Budget enthalten, und auch dagegen stimmt die ÖVP. (Abg. Dr. Khol: *Antworten Sie mir doch darauf! Das glauben Sie doch selber nicht!*)

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns alle an die Redezeit halten. Die sozialistische

DDr. Hesele

Fraktion wird diesem Budgetkapitel gerne die Zustimmung geben, weil wir nicht — wie mein Vorredner der ÖVP — spalten, daß wir dem Außenpolitischen Bericht zustimmen, aber dem Bundesminister nicht die notwendigen finanziellen Mittel zur Durchführung dieser erfolgreichen Außenpolitik geben. Daher, meine Damen und Herren, stimmen wir diesem Budgetkapitel gerne zu. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{21.45}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Abgeordneter Peter.

^{21.45}

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir konnten in diesem Jahr eine Reihe von staatspolitischen Jubiläen begehen. So gedachten wir des 40jährigen Bestandes der Zweiten Republik. Zur 30-Jahr-Feier des Staatsvertrages wurde uns die Ehre der Anwesenheit von hohen Repräsentanten der Signatarmächte zuteil. Österreich gehört nun seit 30 Jahren der Weltorganisation an. Seit 25 Jahren nimmt unser Land an den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen teil. Vor 10 Jahren wurde in Helsinki die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterzeichnet.

Der zweite Friedensbericht dieser Bundesregierung, der vor nicht allzu langer Zeit im Außenpolitischen Ausschuß behandelt wurde, weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Österreich die multilateralen Bestrebungen zum Aufbau von regionalen und universellen Friedensordnungen von Anfang an unterstützt hat.

Heute muß unterstrichen werden, daß dieser Weg für Österreich richtig war. Die aktive Neutralitätspolitik, die ihre Dynamisierung unter Außenminister Dr. Kirchschläger erfuhr und die sie seither im Vordergrund unserer außenpolitischen Initiativen steht, hat Österreich nicht nur zum Nutzen gereicht, sie hat auch zur Mehrung unseres internationalen Ansehens beigetragen.

Die Freiheitliche Partei Österreichs hat daher immer einen außenpolitischen Kurs befürwortet und ihn auch als Oppositionspartei mitgetragen, der die spezifischen Funktionen eines neutralen Staates voll zur Wirkung bringt. Die Schaffung und Durchsetzung des internationalen Rechts, das Anbieten guter Dienste, Vermittlungstätigkeiten bei multilateralen Verhandlungen und bilateralen Konflikten, die aktive Mitarbeit Österreichs zur Erstellung von UN-Kontingenten, das alles

sind Beweise dafür, daß Kleinstaaten wie Österreich eine hoffnungsvolle Kategorie auf der internationalen Bühne darstellen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Österreich kann im wohlverstandenen eigenen, aber auch im internationalen Interesse keine Hauptrolle, aber eine äußerst solide Nebenrolle in der Weltpolitik spielen. In dieser Nebenrolle hat die österreichische Außenpolitik nicht zu übersehende Erfolge aufzuweisen. Die Außenpolitik dieser sozialistisch-freiheitlichen Bundesregierung steht im Zeichen von Tradition und Kontinuität. Dieses stabile Element der österreichischen Außenpolitik bedeutet jedoch nicht, daß die politischen Handlungen Österreichs auf der internationalen Bühne lediglich in vorgegebenen Strukturen passiv verharren.

Der österreichischen Außenpolitik wohnt sehr wohl eine dynamische Komponente inne. Vor allem und nicht zuletzt in multilateralen Gremien, wie zum Beispiel der KSZE, hat Österreich als Vor- und Wegbereiter von Kompromissen in entscheidenden Verhandlungsphasen immer wieder diese Katalysatorfunktion seiner Außenpolitik unter Beweis gestellt.

Die Außenpolitik dieser Bundesregierung und die Initiativen des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten gemeinsam mit seinen Diplomaten sind wichtige Elemente der österreichischen Sicherheitspolitik, die zusammen mit der militärischen Landesverteidigung die Unabhängigkeit und die Freiheit unseres Landes gewährleisten.

Österreich hat geordnete bilaterale Beziehungen und gute Kontakte zu seinen Nachbarn. Österreich genießt in multilateralen Gremien wegen der Konsequenz und Vorausschaubarkeit seiner Politik großes Vertrauen und einen ausgezeichneten internationalen Ruf.

Ich lese stets mit großem Interesse jene meist hervorragenden Berichte, die unsere Missionschefs dem Außenministerium vorlegen. Wer sich einigermaßen damit beschäftigt, weiß auch, welch umfassende Arbeit hinter den meisten dieser Berichte steht. Es ist eine Arbeit mit einem hohen informativen Charakter.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, sei dem Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten und seinen Beamten für die außerordentlich wertvolle Arbeit

10962

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Peter

im Dienste Österreichs verbindlich gedankt.
(*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Aufgrund der vereinbarten Redezeit und im Hinblick auf den fortgeschrittenen Abend unterlasse ich den sich bei diesem Budgetkapitel anbietenden Streifzug durch die anhängigen internationalen Probleme.

Ich beschränke mich auf ganz wenige Schwerpunkte und gebe meiner Genugtuung Ausdruck, daß nun nicht nur von uns Freiheitlichen, sondern auch von den anderen Parteien des Nationalrates eine ernste Diskussion über die europäische Zukunft Österreichs geführt wird. Es ist kein Zufall, daß in der Regierungserklärung dieser sozialistisch-freiheitlichen Bundesregierung ein deutlicher Europa-Schwerpunkt enthalten ist. Es ist nicht Zufall, daß diese Bundesregierung ständig darum bemüht ist, die Mitarbeit Österreichs in den Organisationen der pluralistischen Demokratien Westeuropas fortzusetzen und zu stärken. Und es ist kein Zufall, daß die österreichische Bundesregierung intensiv an der Verwirklichung der gemeinsamen Ministererklärung von Luxemburg arbeitet, die eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Österreich und den anderen EFTA-Staaten sowie der Europäischen Gemeinschaft eingeleitet hat.

Die freiheitliche Regierungsbeteiligung hat all diese Initiativen mitbewirkt und gefördert. Die europäische Dimension der österreichischen Außenpolitik war und ist uns Freiheitlichen ein besonderes Anliegen. (*Neuerlicher Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! In diesem Sinne habe ich die November-Erklärung des Botschafters Dr. Jankowitsch mit großem Interesse registriert, in der er einer stärkeren Annäherung Österreichs an die EG bis hin zu einer Art Mitgliedschaft das Wort geredet hat. Diese Meinung des internationalen Sekretärs der Sozialistischen Partei unterstreicht, wie sehr die Dinge in Fluß geraten sind und wie durch eine ständige Evolution der supranationale Charakter der EG im Schwinden begriffen ist. Wer lange genug in der Politik ist, kann ermessen, wie sich in der SPÖ die Akzente in dieser Frage von Dr. Bruno Pittermann bis hin zu Dr. Peter Jankowitsch verändert und gewandelt haben.

Wer wieder an Julius Raab denkt, der erinnert sich daran, wie sehr dieser in der EFTA jene Möglichkeit sah, den sieben Mitgliedsländern damit das entscheidende Instrument

für eine multilaterale Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft zu schaffen.

Vom Nein zur Europäischen Gemeinschaft der großen Koalition von einst bis zu einer stärkeren Annäherung Österreichs an die EG, bis hin zu einer Art Mitgliedschaft im Sinne von Dr. Jankowitsch hat unser Land einen weiten Weg zurückgelegt, einen Weg, der Österreichs Platz in der Völkerfamilie Europas nicht außer acht lassen darf, denn auch für Neutrale bedarf es dieses Platzes im Europa von morgen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Im Geiste der Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 gilt es, alle Kräfte aufzubieten, das Abkommen Österreichs mit den Europäischen Gemeinschaften weiterzuentwickeln und nicht zuletzt den Europarat zu stärken.

Im Rahmen der in der vorigen Woche geführten Debatte anlässlich des Jubiläums der 30jährigen Zugehörigkeit Österreichs zu den Vereinten Nationen war Gelegenheit, auf die Rolle der Weltorganisation und ihre Bedeutung für Österreich einzugehen. Ich möchte im Zuge dieser Debatte über das Budget 1986 auch noch auf einen Aspekt eingehen, der mit dem außerordentlichen freiheitlichen Interesse an Südtirol zusammenhängt.

Durch die Einschaltung der Vereinten Nationen hat Österreich in der Südtirolfrage seinerzeit einen wesentlichen Schritt nach vorne gemacht. Mit der von der UNO-Generalversammlung im Jahre 1960 beschlossenen Resolution ist Österreich und Italien die Verpflichtung auferlegt worden, neuerdings zu verhandeln, um eine Lösung für alle Auffassungsunterschiede über die Durchführung des Pariser Abkommens zu finden.

Dankenswerterweise hat der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten in seiner Rede vor der 40. Generalversammlung der Vereinten Nationen das Südtirolproblem erneut aufgegriffen. Bundesminister Gratz hat dabei der Erwartung Österreichs Ausdruck verliehen, daß die italienische Regierung im Einvernehmen mit der autorisierten Vertretung der deutschsprachigen Volksgruppe die baldige und volle Verwirklichung der Autonomie in Südtirol vorantreiben möge. Der Herr Außenminister hat damit einmal mehr klargestellt, daß die Erfüllung der noch ungelösten Paketfragen weiterhin ein besonderes Anliegen der österreichischen Bundesregierung ist.

Peter

An der Spitze der ungelösten Paketfragen steht die Sprachengleichstellung, obwohl sie seit geraumer Zeit mit den römischen Zentralstellen vereinbart und daher in der Durchführung mehr als überfällig ist. Die den Südtirolern bisher vorenthaltene Sprachengleichstellung schwächt die auf einen gemäßigten Kurs ausgerichtete Politik der Volksgruppenführung. Diese aber bedarf der raschen Verwirklichung dieses Paketbestandteiles, soll eine Radikalisierung in dieser Region hintangehalten werden. Das muß mit aller Deutlichkeit und im vollen Bewußtsein der damit verbundenen Verantwortung zum Ausdruck gebracht werden. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Die Führung der deutschen Volksgruppe setzte und setzt auf die friedliche Lösung der Probleme am Verhandlungstisch. Je länger Rom mit der Realisierung der getroffenen Abmachungen in Verzug bleibt, umso mehr Spannungen werden dadurch in Südtirol bewirkt.

Die sozialistisch-freiheitliche Bundesregierung hält daher an ihrer Absicht fest, im Einvernehmen mit den Südtirolern auf eine möglichst rasche und inhaltlich zufriedenstellende Lösung der noch offenen Probleme hinzuarbeiten.

Wie schon betont, habe ich heute aus Gründen der Zeitökonomie sowie angesichts der fortgeschrittenen Stunde meine Ausführungen in schwerpunktmaßigen Grenzen gehalten.

Meine Damen und Herren! Ich schließe mit der sorgenvollen Feststellung, daß die Welt am Ende dieses Jahres nach wie vor spannungs- und konfliktgeladen ist, auch wenn die Klimaverbesserung zwischen den beiden Supermächten seit Genf einem Silberstreif am Horizont gleichkommt. Zahlreiche Krisen und bewaffnete Konflikte in der Welt dauern an. Das gilt für den Nahen Osten ebenso wie für die Auseinandersetzungen in Kamboodscha und Afghanistan, für den Krieg zwischen dem Irak und dem Iran und für die instabile Lage in Zentralamerika.

Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung steht demgegenüber im Zeichen der Entspannung und des Friedens. Sie trägt damit dazu bei, die Konflikte in dieser Welt zu verringern.

Deshalb stimmten wir Freiheitlichen sowohl vom Geiste wie auch vom Inhalt, aber ebenso von den Zahlenansätzen her dem in

Verhandlung stehenden Budgetkapitel zu. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 21.59

Präsident Dr. Stix: Nach Einsichtnahme in das Stenographische Protokoll erteile ich nachträglich dem Herrn Abgeordneten Weinberger für seinen Ausdruck „Das ist eine Frechheit“ im Zuge der Debatte über die dringliche Anfrage einen **Ordnungsruf**.

Als nächster gelangt Herr Abgeordneter Dr. Khol zum Wort.

22.00

Abgeordneter Dr. Khol (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Österreichische Volkspartei hat heute einen Selbständigen Antrag in diesem Haus eingebbracht, der ein neues Kapitel in der österreichischen Europapolitik einleiten soll. Es ist dies ein Vorschlag, der dem Außenpolitischen Ausschuß zur Beratung zugewiesen werden soll. In Verhandlung zwischen allen im Hohen Haus vertretenen Parteien mit dem Außenminister und mit anderen zuständigen Ministern soll diese Initiative der Volkspartei beraten werden. Sie soll uns einem der visionären Ziele unserer Außenpolitik näherbringen, der maßgeschneiderten Mitarbeit Österreichs an einem vereinten Europa.

Es ist eine Banalität: Österreich ist ein Teil Europas, ein vereintes Europa kann es ohne Österreich nicht geben. Es ist aber keine Banalität, meine Damen und Herren, Österreich initiativ an allen jenen Bemühungen und Anstrengungen zu beteiligen, aus der europäischen Vielfalt, der Kleinstaaterei, dem Partikularismus, der selbstgewählten Isolation, den über den Kontinent verstreuten Inseln der Seligen eine europäische Einheit in der Vielfalt zu schaffen.

Wir bekennen uns dazu, daß Politik Visionen braucht. Das vereinte Europa ist eine jener Visionen, die wir im Weg durch eine lange Wüste der Realität anstreben. Keine Fata Morgana, sondern ein Bild am Horizont, ein Bild, das uns seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor Augen steht, dem wir schrittweise näherkommen, das wir in diesem Jahrtausend vielleicht nicht mehr erreichen, das wir aber trotzdem nicht aus dem Auge verlieren und das seine Anziehungskraft behält.

Meine Damen und Herren! Wir von der Volkspartei bekennen uns dazu, daß Politik Visionen braucht, Visionen wie ein vereintes Europa in Frieden und Freiheit. (*Beifall bei der ÖVP.*)

10964

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Khol

Die Österreichische Volkspartei hat bereits am 19. Oktober 1978 einen Antrag im Parlament eingebracht, der die Grundlagen und Ziele der österreichischen Außenpolitik festgelegt hat. Ich sage mit Absicht „festgelegt hat,“ obwohl dieser Antrag nie zum Beschlüsse erhoben wurde. Dennoch, dieser Antrag hat die Realität der österreichischen Außenpolitik gestaltet.

Mehrere Jahre wurde darüber im Außenpolitischen Ausschuß des Parlaments zwischen den Parteien und dem zuständigen Bundesminister unter Zuziehung von Experten verhandelt. Der Antrag wurde dann aus vielen Gründen — Sie wissen, Herr Hesele, warum — letztlich nicht im Plenum beschlossen. Aber er hat unsere Außenpolitik wieder auf neue Grundlagen gestellt nach den irrationalen, schädlichen und in manchen Bezügen, muß man heute sagen, nachgerade romantischen Eskapaden der Ära Kreisky, die Österreich Schaden zufügten und den Konsens der Parteien über die Grundziele der Außenpolitik störten.

Es wird der Wissenschaft vorbehalten bleiben, später einmal festzustellen, wieweit es dieser Antrag war, den wir im Ausschuß beraten haben, der die Neuorientierung der Außenpolitik eingeleitet und der diese Eskapaden korrigiert hat. (Abg. Dr. Hesele: Sie sind ein Münchhausen, Herr Professor!)

Wenn Sie sich heute, Herr Hesele, den Außenpolitischen Bericht anschauen, dann werden Sie sehen, daß er weitgehend nach diesem Antrag der Volkspartei gestaltet ist. Manche Formulierungen, die wir darin finden, könnten aus unserem Entschließungsantrag sein. (Beifall bei der ÖVP.) Damit sind wir zufrieden. (Abg. Dr. Hesele: Wenn Sie in der EDU auch so argumentieren, dann ist es gefährlich für die Organisation!) Die Organisation ist mit mir bis jetzt zufrieden — I touch wood!

Der heute eingebrachte Antrag zur österreichischen Europapolitik hat ähnliche Zielsetzungen wie seinerzeit jener über die Grundlagen der österreichischen Außenpolitik.

Wir wollen die Politik auf einem wichtigen Gebiet neu gestalten. In Verhandlungen zwischen den Parteien, der Regierung und Experten soll Klarheit über den Weg in das vereinte Europa und die österreichische Haltung dazu erreicht werden.

Meine Damen und Herren! Die Europapolitik ist eine Angelegenheit aller Österreicher.

Sie ist daher eine Angelegenheit, die hier im Parlament in demokratischer Transparenz und jenseits vom Glasperlenspiel der außenpolitischen Mandarine verhandelt werden soll.

Alle Parteien haben in ihren jüngsten programmatischen Erklärungen betont — ich bin froh, daß sowohl Herr Hesele als auch Herr Peter auf diese Erklärungen eingegangen sind —, daß eine neue österreichische Europapolitik notwendig ist. (Abg. Dr. Hesele: Das praktizieren wir schon!) Ich anerkenne das. Sowohl in den Äußerungen der SPÖ als auch im neuen freiheitlichen Grundsatzprogramm gibt es dazu ernst zu nehmende und richtungweisende Feststellungen. (Beifall des Abg. Probst.) Danke, Herr Probst!

Nach jahrelangem Schweigen, nach jahrelangem Stillstand, nach jahrelanger Vernachlässigung der Europapolitik haben nun alle Parteien herausgestellt: Es ist notwendig, initiativ zu werden. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft aller, diese Fragen ohne Vorurteil, fernab politischer Schablonen zu beraten, neue Maßstäbe anzulegen. Neue politische Situationen in Europa können nämlich ganz einfach nicht mit überholten Meßlatten gemessen werden. Für neue Probleme brauchen wir neue Mittel.

Meine Damen und Herren! In unserem Antrag zur österreichischen Europapolitik haben wir diese Mittel umrissen. Wir sind überzeugt, daß es uns damit gelingen wird, Österreich seinen angemessenen Platz in der sich immer stärker abzeichnenden europäischen Einheit zu schaffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Bereits im Jahre 1972 schloß Österreich so wie die anderen neutralen Staaten Europas einen Freihandelsvertrag mit der EG. Damit wurde ein Verhältnis besonderer Art zur dynamischesten europäischen Organisation begründet. Es hat sich inzwischen organisch weiterentwickelt, eine neue Qualität europäischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit wurde begründet, und Österreich hat sich immer enger, und zwar aus freien Stücken und unter voller Wahrung seiner Souveränität, in diese Koordination hineingestellt.

So eng aber auch die sachliche Zusammenarbeit vor allem im wirtschaftlichen Bereich wurde, so blieb das politische Verhältnis immer unterkühlt. Niemand hätte das besser formulieren können als mein Freund Ludwig Steiner, der einmal meinte, ein Kuß weniger für Arafat und eine Reise mehr nach Brüssel wären gut gewesen. (Beifall bei der ÖVP.)

Dr. Khol

Meine Damen und Herren! Was lange Zeit eine kluge Politik gewesen sein mag, degenerierte aber zur Selbstfesselung. Was lange Zeit legitime Konsolidierung eines Zustandes war, degenerierte zur Visionslosigkeit: mangelnde Phantasie, fehlende Initiative.

Es war damals ein mutiger Schritt, in den Wirren der Nachkriegszeit, im Klima des kalten Krieges, der OEEC, der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsorganisation des entwickelten Westens, beizutreten. Es war ein mutiger Schritt, unmittelbar nach Abschluß des Staatsvertrages dem Europarat beizutreten. Es war ein mutiger Schritt, 1970 die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit und damit den Beginn der Détente zu verlangen. Das waren auch wir Österreicher, 1970. Rudolf Kirchschläger war damals Außenminister.

Auch unsere Zeit ist zu solchen mutigen Schritten aufgerufen. Wir müssen unser Konzept der Zusammenarbeit in einem größeren Europa gerade angesichts der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die in Wien 1986 zusammentritt, initiativ vertreten, neue Ideen haben, Impulse für dieses größere Europa entwickeln.

Wir müssen uns aber auch des Stellenwerts des Europarates bewußt werden, der im mittelfristigen Zusammenhang sicherlich noch eine bedeutende Rolle zu spielen hat. Er hat eine Klammerfunktion zwischen den Europäischen Gemeinschaften und jenen Ländern, die noch nicht der Gemeinschaft angehören, so wie wir.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns aber über eines auch im klaren sein: daß der Europarat ein Mittel der europäischen Integration sein kann, aber kein Selbstzweck. Und daß derjenige, der seine europäischen Hoffnungen allein — ich betone: allein — auf diese Organisation baut, auf Sand baut.

Ebenso müssen wir uns im klaren sein, daß die EFTA, die wir 1956 mitbegründeten, heute ihre Zielsetzung erreicht hat. Sie ist politisch konsumiert, von ihr sind neue Impulse nicht zu erwarten. Sie wird ebenso wie der Europarat noch einige Zeit als nützliches Instrument weiterbestehen. Aber die Dynamik liegt heute bei der Europäischen Gemeinschaft, die gerade heute, am 16. Dezember, an jenem Tag, an dem wir unseren Europaantrag einbringen, die Ergebnisse des Luxemburger Gipfels vom 2. Dezember 1985 kodifiziert. Ein Gipfel, der eine neue Dimension in der Euro-

päischen Gemeinschaft bedeutet, ein wichtiger Schritt voran, der eine neue Qualität der EG begründet.

Während die Europäische Gemeinschaft also in diesen Tagen den langerstreben Kon sens gefunden hat, beantragen wir, unser Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft diesen Entwicklungen anzupassen und ebenfalls auf eine neue Stufe der Kooperation zu heben.

Der EG, meine Damen und Herren, ist also der Aufbruch zu neuen Ufern gelungen. Alle diejenigen — dazu gehört auch der jetzt abwesende Abgeordnete Peter —, die in die Richtung spekulieren ... (Abg. Dr. Gradenegger: *Da ist er! Keine falschen Verdächtigungen!*) Wo ist er? — Das ist eine besondere Tarnung: Er sitzt auf dem Platz der Frau Partik-Pablé.

Alle diejenigen, die spekulieren, daß die Europäischen Gemeinschaften stagnieren und zerfallen werden, wurden Lügen gestraft. Entgegen diesen Erwartungen — Herr Peter, Sie haben auf Baisse spekuliert: Supranationalität wird nicht sein — hat der Mailänder Gipfel im Juli 1985 unter Beweis gestellt, daß wichtige politische Entscheidungen in der EG mit Stimmenmehrheit gefaßt werden können.

Und der Luxemburger Gipfel am 2. Dezember 1985 hat unter Beweis gestellt, daß die Europäische Gemeinschaft kein außer Tritt geratener Tausendfüßler ist, sondern in der Lage ist, Fortschritte auf wichtigen Gebieten zu machen.

Bis 1992 soll der Binnenmarkt vollendet sein. Beschlüsse können auf diesem Gebiet — das ist eine wichtige Änderung der Römer Verträge — mit qualifizierter Stimmenmehrheit im Ministerrat gefaßt werden.

Damit ist ein unendlich weites Feld der Tätigkeit geöffnet, das die österreichische Wirtschaft in allen Fasern berührt und betrifft. Geht es jetzt doch darum, nach den Zollhemmnissen auch alle anderen Schranken zwischen den nationalen Volkswirtschaften abzuschaffen und einen einheitlichen großen Binnenmarkt mit einheitlichen Rechtsvorschriften, einheitlichen Normen, einheitlichen Qualitätsstandard herzustellen. Davon werden wir alle unmittelbar betroffen sein.

Hand in Hand damit geht die Zuständigkeit der Gemeinschaft in der Frage der Technologie — das ist neu —, des Umweltschutzes — das ist neu —, des europäischen Währungssystems. Das alles ist neu.

10966

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Khol

Und das alles wurde für eine Organisation festgelegt, die Europäische Gemeinschaft, die nach der Erweiterung um Spanien und Portugal 85 Prozent des Wirtschaftsproduktes Europas bestreitet und 80 Prozent der Bevölkerung Europas umfaßt. Also ein Riese, vergleicht man es mit dem, was es noch im Jahre 1956 gewesen ist.

Wer mit diesen 80 Prozent von Europa so wie Österreich dermaßen mit seiner Kultur, seinem politischen Leben, seinem Handel verflochten ist, der muß an diesen Entwicklungen initiativ teilnehmen, will er nicht in den Zustand zurückfallen, daß seine Gesetze, die für ihn gelten, letztlich von anderen beschlossen werden.

Gerade die Entwicklung des Agrarhandels — mein Freund Flicker wird dazu noch mehr sagen — macht doch deutlich, daß über die Lebenschancen der österreichischen Bevölkerung in immer stärkerem Maß im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft entschieden wird. Die Beschlüsse von Luxemburg über die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes bis 1992 werden diese Entwicklung, das heißt, daß unsere Lebenschancen anderswo wesentlich gestaltet werden, dramatisch beschleunigen.

Es trifft also, das möchte ich den Herren von der linken Hälfte sagen, ganz einfach nicht zu, was einige Ideologen formulieren, die der Europäischen Gemeinschaft feindlich gegenüberstehen, aber zum Glück — auch zu Ihrem Glück — mittlerweile aus der Bundesregierung ausgeschieden sind. Einer von Ihnen — den Namen sage ich nicht; Sie werden ihn erraten — begründete das Abseitsstehen Österreichs von der Europäischen Gemeinschaft mit dem zynischen Bonmot „Nichts zusammenbringen können wir alleine auch.“ Es war derselbe, der die Europäische Gemeinschaft als einen „Krämerladen“ bezeichnete. Diese Zeiten sind zum Glück vorbei, sie haben einer realistischeren Einschätzung Platz gemacht. (*Beifall bei der ÖVP*)

Eine realistischere Einschätzung ist aber auch in Brüssel im Rahmen der Europäischen Organe gegenüber Österreich festzustellen. So wie mein Freund Ludwig Steiner gesagt hat: Ein Vereintes Europa, ein geeintes Europa ist ohne Österreich nicht möglich. Wir treten nicht als lästige Bittsteller auf, sondern haben auch Kapital einzubringen. Eine europäische Verkehrspolitik ist ohne die aktive österreichische Mitarbeit ganz einfach nicht denkbar. Ebenso ist eine europäische Umweltschutzpolitik ohne Österreich nicht denkbar.

Und auch eine europäische Technologiegemeinschaft braucht den wichtigen qualitätsvollen österreichischen Beitrag. Wir haben hier viel einzubringen. (*Beifall bei der ÖVP*. — *Abg. Dr. Hesel: Wer ist „wir“, Herr Professor?*)

Wir brauchen unser Licht wirklich nicht unter den Scheffel zu stellen, denn die Europäische Gemeinschaft hat mittlerweile auch den Wert der österreichischen immerwährenden Neutralität erkannt. (*Abg. Dr. Hesel: Verstehen Sie unter „wir“ uns alle oder nur die ÖVP?*) Wir alle, wir alle.

Wissen Sie, es gibt nämlich sehr oft die Einstellung: Bin a klans Binkerle, stell mi ins Winkerle, weil i nix kann, fang i nix an. — Ja, wir sollten anfangen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Meine Damen und Herren! Ein wirtschaftlich leistungsfähiges, politisch stabiles, an seinem Verteidigungswillen keinen Zweifel lasendes unabhängiges und souveränes Österreich liegt im Interesse von ganz Europa.

In unserem Antrag tragen wir all dem Rechnung. Wir wollen erstens den KSZE-Prozeß beschleunigen, intensiver gestalten und die Zusammenarbeit des großen Europa intensivieren, fruchtbar machen.

Wir wollen die Arbeitsgemeinschaft des großen freien und demokratischen Europa im Europarat als Brücke zur Europäischen Gemeinschaft ausgestalten, vor allem die große demokratische Versammlung des Europarates in allen Bezügen nützen.

Insbesondere aber und vor allem wollen wir unser Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft neu überdenken und als Ergebnis dieses Überdenkens intensivieren. Unsere Eckpositionen sind hier klar. (*Beifall bei der ÖVP*)

Im Vordergrund unserer Bemühungen steht die Problemlösung. Herr Jankowitsch, das möchte ich Ihnen jetzt ganz konkret sagen, weil wir ja darüber diskutiert haben. Sie sind in der „Presse“ zitiert worden, Sie wurden von Ihrem Minister etwas im Regen stehen gelassen. (*Abg. Dr. Jankowitsch: Lassen Sie doch den Minister reden, Herr Professor! Was wissen Sie denn davon?*) Bitte, in der „Presse“ habe ich es gelesen. Ich möchte Ihnen aber das Leben nicht unnötig schwerer machen, Herr Jankowitsch.

Im Vordergrund unserer Bemühungen steht die Problemlösung, also die möglichst

Dr. Khol

weitgehende Mitarbeit an der europäischen Politik. Für uns sind die Institutionen sekundär.

Die Vergangenheit hat ja gezeigt, daß es uns sehr gut möglich ist, durch ein Netz bilateraler Abkommen Probleme, die sich europäisch stellen, europäisch zu lösen. Österreich kann dabei sein, auch ohne Mitgliedschaft, ohne formelles Assoziationsansuchen, sondern aufgrund von intensiven bilateralen Beziehungen, aufgrund eines Zusammenarbeitsmechanismus, der sich seit 1973 zur Zufriedenheit aller Beteiligten herausgebildet hat. Der freie Handel, die wissenschaftliche Zusammenarbeit, die Entwicklung der Hochtechnologie unter Einschluß Österreichs, all das sind Problemlösungen, die wir in flexibler Form erreichen können.

Die neue Europadiskussion, die wir mit unserem Antrag heute formell einleiten wollen, stellt daher nicht in den Vordergrund, ob Österreich nun Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden soll oder ob es seine Beziehungen in einem Vertrag besonderer Art, der nur ein Assoziationsvertrag sein könnte, regeln soll.

Wir stellen die Problemlösung in den Vordergrund: Wie können wir als immerwährend neutrales Land am europäischen Binnenmarkt in der sich abzeichnenden europäischen Technologiegemeinschaft, an der EPZ, der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, in der europäischen Wirtschafts- und Währungszusammenarbeit so eng mitarbeiten, wie es nur immer möglich ist, ohne den geringsten Zweifel an unseren immerwährenden Neutralitätspflichten und Rechten auftreten zu lassen? (*Beifall bei der ÖVP*.)

Herr Jankowitsch, das ist eigentlich eine Generallinie, die unsere Politik bestimmen könnte. Sie könnte zu tragfähigen europäischen Ergebnissen führen, ohne die sterilen und letztlich polarisierenden Fragen der Mitgliedschaft in welcher Form immer in den Vordergrund zu stellen.

Wir brauchen die Diskussion über die institutionellen Fragen nicht, es ist wichtiger, zu Lösungen auf Sachgebieten zu kommen. Erst dann stellt sich die Frage, ob wir diese enge Zusammenarbeit in einer oder anderen Form institutionell überhöhen wollen.

Die Frage, ob eine Mitgliedschaft in der EG unter Neutralitätsvorbehalt juristisch und politisch möglich und wünschenswert ist, ist ein interessantes theoretisches Thema. Auch

ich bin als Jurist der Meinung, daß die Entwicklungen innerhalb der EG, vor allem aber die letzten Beschlüsse, die in Luxemburg gefaßt worden sind, ohne weiteres eine Argumentation zulassen, daß eine Vollmitgliedschaft Österreichs rein juristisch gesehen auch bei einer strengen Auslegung der Rechtspflichten der immerwährenden Neutralität möglich wäre.

Ich bin aber als Politiker der Meinung, daß eine solche Diskussion in juristischen Kreisen zwar nützlich ist, aber nicht die politische Frage der Gestaltung unseres Verhältnisses zur Europäischen Gemeinschaft bestimmen und lösen kann. Das würde viel zuviel Kreisen, die andere Süppchen kochen wollen, die Möglichkeit eines Alibis geben. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Meine Damen und Herren! Was juristisch möglich ist, ist noch lange nicht politisch nützlich. Aufgrund der historischen Entwicklung bedeutet nämlich eine solche Diskussion, daß der falsche Eindruck erweckt würde, daß eine neue österreichische Europapolitik eine substantielle Änderung des Kurses und der Grundannahmen der Außenpolitik beabsichtigt. Die juristische Diskussion ist hilfreich, sie kann die juristischen Voraussetzungen für die Politik klären, aber sie sollte nicht entscheidend sein.

Daher soll die Frage unserer Europapolitik nicht von juristischen Fragen beherrscht werden, sondern von politischen Gestaltungsvorstellungen.

Am Ende einer langen, problemelösenden Europapolitik kann dann eine Assoziation oder in visionärer Form am Horizont, so wie das unser Bundesparteiobermann in einem „Journal Panorama“ im ORF unlängst sagte, eine Mitgliedschaft besonderer Art stehen.

Eines muß aber über alle Zweifel klar und erhaben sein: Die Rechtspflichten der immerwährenden Neutralität, die Österreich aus freien Stücken übernommen hat, dürfen auch durch die neue österreichische Europapolitik in keinem Fall in Frage gestellt werden.

Auf der anderen Seite muß aber auch klar sein, daß die immerwährende Neutralität ein Rechtsinstitut ist mit klar umschriebenen Pflichten, nicht aber eine Staatsideologie, ein Mythos der Neutralität, eine Selbstfesselung, ein Instrument der Selbstisolierung oder eine Rechtfertigung für substanzarme und phantasielose Politik. Für alles das muß sie nämlich immer wieder herhalten.

10968

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Khol

Eine weitere Voraussetzung, Herr Probst, möchte ich gerade Ihnen als großem Südafrikafreund näherbringen. Wir wollen hier Europapolitik machen und nicht Südafrikapolitik, wie Sie immer, Herr Probst!

Wenn wir die maßgeschneiderte österreichische Position im Rahmen der europäischen Vision fixieren, so wollen wir keinesfalls die europäische Integration bremsen. Das können wir nicht, und das wollen wir nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Österreichische Europapolitik bedeutet nicht, Herr Peter, darauf zu hoffen, daß die europäische Einigung stagniert, daß die Supranationalität scheitert, damit Österreich hinterher an einer degenerierten Europäischen Gemeinschaft gleichsam zu verbilligten Preisen mitarbeiten kann. Im Gegenteil: Wir in der Volkspartei waren immer die Europapartei. Wir unterstützen die europäische Integration. Wir hoffen, daß die Visionen der christdemokratischen Gründungsväter des vereinten Europa in der Nachkriegszeit verwirklicht werden, und wir werden jenen Standpunkt finden, den unsere politische Geometrie uns einnehmen läßt, ohne die Europäischen Gemeinschaften zu bremsen.

Ein weiterer Eckpunkt neuer österreichischer Europapolitik muß klar sein: Während wir uns zwar mit anderen EFTA-Ländern absprechen, gleiche Probleme mit ihnen beraten und Lösungswege erkunden, werden wir dennoch nicht im Konvoi fahren, sondern österreichische Probleme mit der Gemeinschaft österreichisch regeln, also nicht mehr von EFTA zu EG, sondern von Österreich zu EG. Wir wollen die Geschwindigkeit selber regeln und wollen nicht die Langsamsten sein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Welches sind die Schritte, die wir in unserem Antrag vorschlagen? Es geht uns um die Problemlösungen, und daher schlagen wir die maximale Ausnutzung aller Instrumente vor.

An der Spitze könnte stehen, daß wir die bilateralen Verträge mit der Europäischen Gemeinschaft ausbauen. Vorbild könnte die Schweiz sein, die still und leise vorangegangen ist und wesentlich stärker integriert ist als wir.

Ein weiteres Mittel könnte die autonome Übernahme von Regeln der Gemeinschaft sein auf dem Gebiet des Binnenmarktes, auf dem Gebiet des Außenzolls. Wir könnten versuchen, auf diese Weise die Ursprungszeugnisse los zu werden.

Ein dritter Schritt wäre ein System ausgedehnter wechselseitiger Information. Was die EG plant, wäre uns mitzuteilen, wir könnten unsere Meinung dazu sagen und auf diese Weise nicht nur betroffen sein, sondern mitgestalten.

Ähnliches könnte auch bei der Europäischen Politischen Zusammenarbeit angelegt werden. Das würde unseren Sicherheitsstatus nicht verändern, das würde den Status quo in Europa nicht verändern und würde eine wesentliche Mitarbeit Österreichs an der europäischen Integration bedeuten.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen! Ob diese bis 1992 zu erreichende Zusammenarbeit dann formell durch einen besonderen Vertrag abgesichert und überhöht werden sollte, ist eine sekundäre Frage. Daß ein solcher Vertrag nur eine Assoziation nach Artikel 238 des EG-Vertrages sein könnte, erscheint auch sicher. Aber diese Frage ist heute von minderer Bedeutung, ist eine Cura posterior. Wir wollen mit solchen Begriffen nicht künstlich Schranken aufrichten.

Auch die Frage einer österreichischen EG-Mitgliedschaft, auch wenn sie visionär am Horizont stehen sollte, ist eine Frage der Jahrtausendwende, nicht eine Frage von heute. Mit oder ohne Neutralitätsvorbehalt, wer weiß, wohin sich die Europäische Gemeinschaft bis dorthin entwickelt? Wer weiß, was die Europäische Union dann wirklich bedeutet? Wer weiß, welche Grundposition wir dann einnehmen werden? Aber als langfristiges Ziel sollten wir die Mitgliedschaft vor Augen haben. Derzeit ist sie nicht aktuell. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Mit dem heutigen Antrag wollen wir die Europadiskussion in Österreich neu beginnen. Ich hoffe zuversichtlich, daß wir dabei die Sachprobleme in den Vordergrund stellen, nicht den sterilen Streit über Mitgliedschaft, Assoziation und Neutralität.

Ich hoffe zuversichtlich, daß alle, welche die Diskussion führen, Österreich zuerst meinen und nicht Parteiinteressen in den Vordergrund stellen. Ich hoffe zuversichtlich, daß nicht platter Strukturkonservativismus siegt, der an allem Überkommenen festhält, nur um des Festhaltens willen und nur deswegen, weil es immer so war.

Und ich hoffe auch zuversichtlich, daß sich nicht eine Europadiskussion zwischen alt und jung darüber auftut, ob nun die Errungen-

Dr. Khol

schaften, welche die zähe Politik der Älteren erreicht hat, in Frage gestellt werden.

Ich hoffe zuversichtlich, daß wir alle Österreich zuerst setzen und alle an der Lösung der Fragen mitarbeiten, welche die neue Europapolitik uns stellen wird: in der Sozialistischen Internationale, in der Liberalen Weltunion und in der Europäischen Demokratischen Union. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{22.26}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Mag. Gratz.

^{22.26}

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz: Herr Präsident! Hohes Haus! Erlauben Sie mir, nicht zu allen aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen, sondern nur in aller Kürze zu einigen Punkten.

Ich möchte erstens allen Rednern dafür danken, daß sie den Mitarbeitern des Diplomatischen Dienstes ihren Respekt für ihre Arbeit ausgedrückt haben. Ich glaube, der Diplomatische Dienst verdient das wirklich, und ich danke den Rednern aller drei Fraktionen.

Ich würde es zweitens gerade zur Frage Europapolitik sehr begrüßen, im Außenpolitischen Ausschuß zu einer besseren Tageszeit und mit etwas mehr Zeit zur Diskussion die Probleme ganz offen darzulegen, weil sicher nichts einfach festgeschrieben wird außer einigen Grundsätzen unserer Außenpolitik, die nicht Ziel für sich selbst sind, sondern die letzten Endes wie etwa die österreichische immerwährende Neutralität das weitergehende Ziel haben, die Unabhängigkeit, Souveränität und Handlungsfreiheit unseres Landes an diesem Ort des Kontinents, wo sich eben Österreich befindet, zu garantieren und zu schützen.

In diesem Sinne ist die gesamte österreichische Außenpolitik sicher nicht nach irgendwelchen Ideologien zu beurteilen. Wir haben das auch bei allen politischen Diskussionen in der Vergangenheit gerade in außenpolitischen Fragen nicht getan. Und man sollte sicher auch nicht — da bin ich allen Rednern sehr dankbar — in einen Terminologiestreit eintreten, der zu nichts führt außer zu nervösen Erkundigungen vieler anderer Staaten, was eigentlich damit gemeint ist.

Ich möchte daher ausdrücklich sagen, daß ich die Definition, die Abgeordneter Steiner namens der Österreichischen Volkspartei als Hauptredner zur Europapolitik und zur Neu-

tralitätspolitik vorgenommen hat, auch in seiner Formulierung in jedem Wort unterschreiben würde, weil ich glaube, daß das sehr wesentlich ist. Ebenso danke ich dem Abgeordneten Peter dafür, daß er auf die Grundsätze hingewiesen hat.

Ich möchte hier als Außenminister, wenn Sie mir erlauben, ein sehr offenes Wort sagen. Auch ich habe noch immer meine Visionen. Ich habe Paul Henri Spaak auf dem Hauptplatz von Bruges zugejubelt, als er die Jugend Europas aufgefordert hat, alle Grenzen zu beseitigen. Und ich habe auch — ich kann das jetzt wiedergeben, weil ich damals noch lange nicht Außenminister war — meine Enttäuschungen erlebt, als dieser Idealismus meiner Generation in Grenzformularen, Ursprungeregeln und Sardinienkontingenten unterzugehen drohte.

Ich glaube daher, daß man sich durchaus auch als Verantwortlicher seine Visionen über einen größeren Kontinent bewahren soll, auch ohne ein Zeitlimit zu setzen. Denn, Herr Abgeordneter Khol, die Schwierigkeit unserer Generation ist die, daß wir die Jahrtausendwende als ein magisches Ereignis betrachten; aber für die Generation meiner Söhne ist das „heute in 15 Jahren“ und nicht mehr. Das heißt, es ist ein sehr kurzer Zeitraum, und man sollte sich hier auch überhaupt keine Zeiträume vorschreiben.

Ich bin dankbar, daß alle Fraktionen eine Diskussion über mögliche Änderungen in den Nuancen, Änderungen in Bereichen des Verhältnisses zu anderen internationalen Organisationen mit einem sehr deutlichen Bekenntnis zu den Grundlagen unserer staatlichen Existenz, nämlich der immerwährenden Neutralität und der sie verfolgenden Außenpolitik, verknüpft haben.

Hohes Haus! Ich muß aber zu diesem Punkt, gerade weil meine Bemerkung über sehr viele Anfragen, die sofort kommen, was damit gemeint sei, wenn hier öffentlich über Terminologien diskutiert wird und nicht über Teile der Politik, nunmehr bitten, in aller Kürze eine Erklärung namens der Bundesregierung abgeben zu können.

Die Bundesregierung verfolgt die ständige Evolution und Dynamik der Europäischen Gemeinschaften mit größter Aufmerksamkeit und begrüßt das wachsende innere österreichische Interesse an den Beziehungen Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften.

Es muß unter allen Umständen vermieden

10970

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz

werden, daß die Entwicklungen innerhalb der Gemeinschaften zu einem Auseinanderleben zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft und den EFTA-Partnern und den einzelnen EFTA-Ländern wie Österreich führen.

Die Bundesregierung hat diese ihre Politik gegenüber den Gemeinschaften stets mit Nachdruck vertreten. Nicht zuletzt resultieren daraus die österreichischen Initiativen in Richtung des Zustandekommens der Luxemburger Ministertagung vom April 1984 und das Zusammentreffen der Minister der EFTA-Staaten mit dem Präsidenten und den für Außenbeziehungen zuständigen Mitglied der EG-Kommission vom Mai 1985 in Wien.

Ich möchte vor allem auf die Erklärung von Luxemburg verweisen, die Raum für eine weitestgehende Zusammenarbeit geschaffen hat und in welcher alle 17 anwesenden Minister ausdrücklich den politischen Willen bekräftigt haben, auf die Verwirklichung der vereinbarten Ziele hinzuwirken.

Meine Damen und Herren! Die Ausweitung der Beziehungen über das bestehende Freihandelsabkommen hinaus erfolgt pragmatisch entsprechend der wirtschaftlichen Notwendigkeit und im Rahmen der politischen Gegebenheiten. Das bezieht sich auch auf die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes, an dem wir im Sinne der Luxemburger Erklärung teilnehmen wollen. Hiezu gehören weiter auch Abkommen oder Briefwechsel auf dem Umweltsektor oder im Bereich von Wissenschaft und Forschung. Insbesondere zählen hiezu Möglichkeiten, die sich in letzter Zeit aus einem Begriff abzeichnen, der als variable Geometrie bezeichnet wird. Hiezu zählt nicht nur das europäische Währungssystem, sondern auch beispielsweise EUREKA.

Die Freihandelszonen, meine Damen und Herren, die Österreich mit den Gemeinschaften abgeschlossen hat, haben sich ebenso bewährt wie das in Zusammenarbeit vor allem auch mit der Schweiz erfolgende pragmatische Vorgehen zur Ausgestaltung der Beziehungen über diese Verträge hinaus.

Auch nach Meinung der Bundesregierung ist die Möglichkeit einer Ausgestaltung dieser Beziehungen bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Abschließend möchte ich daher im Sinne der von mir verlesenen Grundsätze und Politik sagen, daß die Bundesregierung eine grundsätzliche Änderung der Integrationspolitik nicht beabsichtigt. Erforderlich ist es,

daß alle Möglichkeiten, die sich auf Grund der derzeitigen Vertrags- und Rechtslage ergeben, optimal genutzt werden. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Soweit in aller Kürze zur Europapolitik.

Hohes Haus! Ich möchte Sie nicht weiter aufhalten. Ich habe mir zur UNESCO die Unterlagen herausgesucht. Nur eine Information: Österreich hat bei der UNESCO auf Reformen gedrängt. Bisher haben außer Singapur, welches seine Austrittsabsichten 1984 bereits bekanntgab, keine anderen Staaten angekündigt, aus der UNESCO auszutreten. Wichtige Mitgliedsländer wie unter anderem Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien und Schweden haben erklärt, in Zukunft innerhalb der UNESCO den eingeleiteten Reformprozeß von innen heraus tatkräftig zu unterstützen. Das ist auch die österreichische Position im Rahmen dieser Organisation.

Zur Frage der Colombo-Kommission — Europarat ist heute nicht Zeit Stellung zu nehmen. Ich möchte den Abgeordneten Dr. Steiner und Dr. Hesele nur sagen, daß ich im Namen Österreichs im Ministerkomitee des Europarates mit großer Unterstützung anderer Staaten auf diesen Kommissionsbericht verwiesen und betont habe, wie wichtig es ist, die Tätigkeit des Europarates besonders auf diesem Gebiet auszuweiten.

Zur Frage des Terrorismus möchte ich nur sagen: Die Zeit ist zu kurz, um darzulegen, welchen Inhalt ein erfreulicherweise ohne Gegenstimme angenommener Resolutionsentwurf im Rahmen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus hat. Ich möchte aber besonders darauf hinweisen, daß ein Paragraph, Probleme des Terrorismus gegen die Schiffahrt besonders zu studieren und geeignete Maßnahmen zu empfehlen, aus verständlichen Gründen auf Initiative Österreichs und Italiens in die Resolution zusätzlich aufgenommen wurde.

Hohes Haus! Damit man nicht sagt, daß der Bundesminister vor dem Nationalrat über Südtirol nichts gesagt hat, danke ich allen Rednern, daß sie diese offene Frage erwähnt haben. Wir haben auch den Eindruck, daß es höchste Zeit ist, gerade in einer Frage, die von Seiten der italienischen Regierung reif zur Verabschiedung ist, in der Frage der Verwendung der deutschen Sprache vor Gericht und den Verwaltungsbehörden, endlich zum Abschluß zu kommen.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz

Ich möchte unterstreichen, was Herr Abgeordneter Dr. Steiner gesagt hat: daß es hier nicht darum geht, lange, lange Zeit weiterzuverhandeln, sondern ein Ende zu finden. Ich möchte nicht überoptimistisch sein, wir kennen alle die Probleme. Aber ich habe doch den Eindruck, insbesondere da ich den Herrn Bundespräsidenten zu seiner Begegnung mit dem italienischen Staatspräsidenten begleiten konnte, daß die höchsten Staatsorgane Italiens einschließlich der Regierung bestrebt sind, gemeinsam mit den Südtirolern zu einer Einigung und zu einem Abschluß zu kommen. Und ich weiß auch von den Zusagen, die diese Staatsorgane bezüglich der Einladung von Vertretern der Südtiroler zu Verhandlungen nach Rom gemacht haben.

Ich möchte dem Hohen Haus versichern, daß im Rahmen aller Möglichkeiten, seien sie nun rechtlicher Natur oder eher auf der Ebene der politischen Beziehungen, die Bundesregierung und auch ich als Außenminister im engsten Einvernehmen mit allen Fraktionen dieses Hauses vorgehen werden. Ich danke sehr für die Mitteilung. Für mich ist es selbstverständlich, daß Einvernehmen nicht einen Appell zum Folgen bedeutet, sondern daß Einvernehmen selbstverständlich bedeutet, daß eine gemeinsam formulierte Politik gemeinsam vollzogen wird. Ich halte das gerade in der Südtirolfrage für besonders wichtig und bin für die Bereitschaft dankbar, auch in Zukunft in diesem Sinne vorzugehen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*) ^{22.38}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Marsch.

^{22.38}

Abgeordneter **Marsch** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die heutige Debatte ist wohl überschattet von den verantwortungslosen Auslassungen des ÖVP-Obmannes Alois Mock, die er zum Wochenende gemacht hat. (*Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Graf: Worüber hätten Sie sonst geredet?*)

Das hat aber auch eine außenpolitische Dimension. Was Herr Mock gesagt hat, darf nicht unwidersprochen hingenommen werden. Das kann doch nicht der Ton sein, in dem wir miteinander reden, meine Damen und Herren! Begreifen Sie das nicht, oder wollen Sie es nicht begreifen? (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wo ist denn das Verludern in der Politik, zumal wir zum Beispiel mit dem Außenpoliti-

schen Rat eine Einrichtung geschaffen haben, in der jede Partei dieses Hauses jede Information erhalten und jede Absicht der Bundesregierung erfahren kann?

Wo ist denn das Verludern in der Politik, wenn der Obmann der Opposition auch die vertraulichste Information erhalten kann?

Wo ist denn das Verludern in der Politik, wenn stets der Versuch unternommen wird, zu gemeinsamen Auffassungen in Grundsatzfragen der Außenpolitik zu gelangen?

So lange ist es nicht her, meine Damen und Herren, als 1968 die ÖVP keinen Weg fand, die anderen Parteien wenigstens zu informieren. Weder der ÖVP-Bundeskanzler Klaus noch der ÖVP-Außenminister Waldheim (*Abg. Dr. Taus: Jetzt ist es heraus!*) fanden einen Weg der Information. Hilflos standen Sie den Geschehnissen gegenüber. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Dieses hämische Gelächter, meine Damen und Herren, zeigt, daß Sie entweder die Situation damals nicht erkannt haben oder heute noch nicht begreifen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Man mußte erst die Zusammensetzung des Landesverteidigungsrates ändern, damit der damalige Oppositionsführer informiert werden konnte. So hilflos stand die ÖVP mit Klaus und Waldheim den Problemen gegenüber, und das in einer der kritischsten Situationen unseres Heimatlandes seit 1955! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Das muß doch heute gesagt werden, gerade in diesen Tagen, in denen wir den Schlußpunkt der österreichischen Gedenktage des Jahres 1985 setzen (*Abg. Dr. Schwimmer: Es nimmt Sie niemand ernst!*), zu einer Zeit, in der Österreich und seine Regierung hervorragende Anerkennung aus allen Teilen der Welt bekommen.

Und dann sagt ÖVP-Obmann Mock, die SPÖ bewege sich wie jene Kräfte, die östlich unserer Staatsgrenzen liegen. (*Rufe bei der ÖVP: Wo?*) Das sagt der ÖVP-Obmann zu einer Zeit und in einer Situation... (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß Ihnen das unangenehm ist, aber das muß Ihnen gerade in der Außenpolitik gesagt werden, wo Sie diesem Lande so schaden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Ein Nerver sind Sie! — Weitere Zwischenrufe.*)

10972

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Marsch

Herr ÖVP-Obmann Mock! Sie sagen dann noch ... (*Abg. Dr. Schiwmmer: Ein Nervenverl sind Sie! — Weitere Zwischenrufe.*) Diese Situation haben Sie durch Ihre Äußerungen herbeigeführt. Das sagen Sie zu einer Partei, die in ihrer Geschichte niemals den Weg der Demokratie verlassen hat! Müssten wir Ihnen denn wirklich noch vorhalten, daß es Ihre Vorgängerin war, die den Weg der Demokratie verlassen hat? (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es ist dem Oppositionsführer der ÖVP vorbehalten geblieben, daß er versucht, das Ansehen Österreichs im Ausland zu zerstören. Das ist eine Maßlosigkeit, die ihresgleichen sucht. (*Abg. Dr. Graf: Aber!*) Eine Partei, die jedes Augenmaß verloren hat, macht es immer schwieriger, eine ordentliche Gesprächsbasis zu finden.

Das, was der ÖVP-Obmann getan hat, ist wohl der unwürdigste Beitrag, der in Österreich im Jubiläumsjahr 1985 geleistet wurde. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Der ÖVP-Obmann Mock hat viel zu korrigieren im Interesse Österreichs und seiner Demokratie. Das erwarten wir von ihm. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Schiwmmer: Eine peinliche Vorstellung, Herr Marsch!*) ^{22.42}

Präsident Dr. Stix: Zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Minkowitsch.

^{22.42}

Abgeordneter Mag. **Minkowitsch** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Jahre 1968 — in den fraglichen Tagen — war ich Staatssekretär im Innenministerium. Ich war damals als erstes Kabinettsmitglied im Kanzleramt und habe den Herrn Bundeskanzler, der ebenfalls schon da war, gefragt, ob er bereits einen Repräsentanten der zweiten großen Partei dieses Landes von der dramatischen Situation verständigt habe. Daraufhin wurde der damalige Klubobmann Czettel sofort in das Kanzleramt gebeten und war von Anfang an bei allen diesen Beratungen anwesend. (*Abg. Marsch: Aber nicht der Oppositionsführer! — Abg. Dr. Mock: Der war in Jugoslawien!*) Der Oppositionsführer war zu diesem Zeitpunkt in Jugoslawien. Und es war dem Kollegen Czettel anheimgestellt worden, sofort Fühlung mit seinen Spitzen zu suchen. Das als Nummer eins.

Número zwei: Es sind uns damals nach dem Bericht des Generals Freihuber, der damals schon eine maßgebliche Rolle im Verteidigungsministerium gespielt hat, Nachrichten

übermittelt worden, eine wie große Zahl von Divisionen in die Tschechoslowakei einmarschiert sind. Es waren nach seiner Aussage viel mehr, als zur Besetzung der Tschechoslowakei selbst notwendig gewesen wäre.

Es war also der Staatsnotstand in Sicht. Und jetzt so polemisch hintenherum zu agieren, finde ich beschämend. (*Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe bei der ÖVP.*) ^{22.45}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Flicker. (*Abg. Dr. Schiwmmer: Schämen Sie sich, Herr Marsch! — Abg. Mag. Minkowitsch, zur SPÖ: Sie haben sich nicht einmal informiert! — Ruf bei der ÖVP: Marsch, entschuldigen Sie sich! — Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ. — Abg. Dr. Schiwmmer: Unwahrheiten, die Sie gesagt haben, Herr Marsch! — Abg. Marsch: Welche? — Abg. Kraft: Schämen Sie sich! — Abg. Marsch: Lautstärke ist kein Argument! — Abg. Kraft: Brunnenvergifter! — Präsident Dr. Stix gibt das Glockenzeichen.*)

Am Wort ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Flicker.

^{22.46}

Abgeordneter Dipl.-Ing. Flicker (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! (*Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.*) Das waren vorhin Auftritte von Parteisekretären der SPÖ, man hat das gemerkt.

In der Budgetrede sagte der Finanzminister, das Budget sei ein Spiegelbild der Gesellschaft. Da irrt er. Ich sage: Das Budget ist ein Spiegelbild der Regierung, ein Spiegelbild über deren Vermögen oder, besser gesagt, deren Unvermögen.

Und wie sieht es aus? Die Mehrwertsteuer, die ertragreichste Steuer in unserem Staat, reicht gerade noch aus zur Besoldung der Beamten. Die zweite ertragreiche Steuer, die Lohnsteuer, muß zur Gänze aufgewendet werden, um die Schulden zu bezahlen. Für Investitionen ist kein Spielraum mehr. Und das VOEST-Debakel hat ein größeres Ausmaß als der gesamte Ertrag unserer Vermögensteuer. Das ist das Spiegelbild der Regierung, wie es sich ungeschminkt darstellt. Ernüchternd, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eine Budgetdebatte ist immer auch Gelegenheit, zu den Aufgaben und Zielen des Ressorts, des behandelten Kapitels, zu sprechen, und dazu möchte ich jetzt Stellung nehmen.

Dipl.-Ing. Flicker

Als es in den Friedensverhandlungen von Saint Germain hieß: „Der Rest ist Österreich“, war dies der Anfang einer Entwicklung, die zum Ende eines selbständigen Mitteleuropa führte. Und was es bedeutet, wenn die Position der Mitte verlorengeht, spüren wir in der Gesellschaft von heute genauso wie in der Weltpolitik.

Es ist ja die wahre Tragödie Mitteleuropas, wie es jemand bezeichnete, daß Völker, die seit Jahrhunderten unserer Welt, unserem Denken, unserer Kultur verbunden waren, sich plötzlich in der Fremdheit des politischen Ostens fanden. Das ist die wahre Tragödie Mitteleuropas daß ganze Völker ihrer Geschichte, ihrer Tradition entzogen und damit entwurzelt wurden.

Beinahe hätten auch wir Österreicher unsere Eigenständigkeit damals verspielt, weil wir an unsere Existenzfähigkeit wegen des Verlustes der agrarisch fruchtbaren Gebiete nicht glaubten.

Die Fähigkeit eines Volkes, sich aus dem eigenen Lande zu ernähren, ist daher immer auch eine politische, ja eine staatspolitische Frage.

Wenn die europäischen Staaten in den letzten Jahren ihre Eigenproduktion an pflanzlichen Fetten und Ölen aufzubauen begannen, zeigt dies staatspolitische Einsicht und Vorsorge. Wir hingegen sind total außenabhängig, wir importieren 96 Prozent des Bedarfs. Die Regierung schaut an diesem Problem vorbei, nimmt unsere Warnungen nicht ernst, so wie in der Wirtschafts- und in der Verstaatlichtenpolitik, bis daß wir alle das Debakel bitter bezahlen müssen. Auch das ist eine Tragödie. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Eine gute Außenpolitik, da sind wir uns alle einig, wurzelt in einem gut eingerichteten eigenen Haus. Wir fordern Sie daher auf, Ihre Stimme als Außenminister auch zu Fragen der Ernährungssicherung zu erheben. Sie sind nach dem Kompetenzgesetz ja direkt zuständig für richtige Verhandlungen mit unserem bedeutendsten Wirtschaftspartner, der Europäischen Gemeinschaft. Und Verhandlungen, das wissen Sie, sind nötig, da die Süderweiterung, der EG-Beitritt Spaniens und Portugals, unser Land, unsere Agrarwirtschaft direkt betrifft.

Es geht vor allem um die Harmonisierung des Agrarhandels, wie es im Artikel 15 des Freihandelsabkommens vorgesehen ist. Seit Abschluß dieses Abkommens im Jahre 1972

war die Entwicklung alles andere als harmonisch. Das Defizit ist von damals 500 Millionen im Jahre 1972 auf 6 Milliarden — auf 6 000 Millionen! —, also auf das Zwölffache, explodiert.

Im Bereich der für uns so wichtigen Frage der Rinder, von Rindfleisch und Käse bedeuten die zwar reduzierten, aber noch immer bestehenden Grenzabgaben eine starke Belastung des Exporterlöses. Die Handelsregelungen selbst haben sich seit 1972 derart überholt, daß sie die Exporte bei buchstabengetreuer Erfüllung nur mehr behindern.

Auch im Bereich Wein, Milchprodukte und Fruchtsäfte sind Regelungen zu treffen, die zu einem Ausgleich des Defizits führen.

Sie haben als Außenminister direkt und über die Botschaftern die Möglichkeit, sich bei den Regierungen einzuschalten, damit die EG die entsprechenden Beschlüsse faßt.

Herr Minister! Meine Damen und Herren! Ich komme zurück zu meiner Einleitung, zum Verhältnis zu unserem Nachbarstaat im mitteleuropäischen Raum als abschließendes Kapitel.

Als einer, der an der tschechischen Grenze, wie manch anderer in diesem Haus, an der geschlossenen Grenze lebt, bin ich vielleicht besonders davon betroffen. Im Zukunftsmanifest der ÖVP heißt es: Wer das sprachliche, kulturelle und menschliche Verständnis mit den östlichen Nachbarn fördert und den wirtschaftlichen und politischen Austausch vertieft, der sorgt für einen Abbau der Barrieren, für lebendigere Grenzen und leistet so einen Beitrag zum Frieden.

Ich habe mit der Jugend meines Grenzbezirkes begonnen, Kontakte zum östlichen, zum nordöstlichen Nachbarn, zur ČSSR, zu knüpfen. Wir pflanzten vor drei Jahren einen Baum der Verständigung auf tschechischem und österreichischem Boden, die ČSSR-Grenzer machten mit Zivilcourage mit.

Wir unternahmen vor zwei Jahren eine grenzüberschreitende Grenzradtour diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs, wobei uns der ČSSR-Botschafter in unserem Vorhaben unterstützte.

Wir wollten dieses Jahr, im „Internationalen Jahr der Jugend“, einen Jugendaustausch. Nach anfangs erfolgversprechenden Kontakt sah sich der ČSSR-Botschafter dann nicht in der Lage, diese Vertiefung zwischen-

10974

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dipl.-Ing. Flicker

menschlicher Beziehungen zu ermöglichen. Die Regierung in Prag verstößt damit gegen Text und Geist der Schlußakte von Helsinki. Das muß ich in aller Öffentlichkeit und mit größtem Bedauern feststellen.

Unser Nachbarstaat muß wissen, daß gute, dauerhafte Nachbarschaft nur möglich ist, wenn über die Staatsgrenzen hinweg menschliche Beziehungen, und zwar in beiden Richtungen, eine Selbstverständlichkeit sind. Das ist ein besserer Beitrag zur Verständigung und zum Frieden als so manche Unterzeichnung eines zwischenstaatlichen Kommuniqués. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir erwarten eine Verbesserung der menschlichen Kontaktmöglichkeiten mit dem Nachbarstaat, genauso wie wir erwarten, daß der Schießbefehl an der Grenze aufgehoben wird und sich so die Regierung in Prag zur mitteleuropäischen Tradition ihres Landes und Volkes bekennt, wie es die Ungarn bereits tun.

Ich möchte abschließen mit dem Aufruf des tschechischen Exilschriftstellers Milan Kunzera an uns Österreicher, unsere Rolle in diesem Teil des Kontinents: Österreich — so sagt er — kann sich nicht in behäbiger Selbstgenügsamkeit aus der europäischen Geschichte in den dauernden Ruhestand absentieren. Es hat im Umfeld der anderen europäischen Nationen, denen es sich historisch verbunden fühlt, Aufgaben, denen es sich mit Leib und Seele widmen kann.

Das will ich voll unterstreichen und sagen: Wir wollen und wir werden uns nicht von unserer europäischen Aufgabe absentieren. Wir Österreicher, und ich glaube, gerade die Jugend, fühlen uns unserer großen Tradition entsprechend mehr denn je dem Schicksal der Völker Mitteleuropas, unseres Europas, verbunden. Es wird gut sein, wenn die österreichische Außenpolitik sich in Zukunft stärker denn je daran orientiert. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{22.56}

Präsident Dr. Stix: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kraft für den Zwischenruf „Brunnenvergifter“ einen Ordnungsrufer.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Jankowitsch. Ich erteile es ihm. (*Abg. Dr. Schwimmer: Das hat der Gradenegger auch gesagt! — Weitere Zwischenrufe.*)

Der Herr Abgeordnete Dr. Jankowitsch ist am Wort.

22.57

Abgeordneter Dr. Jankowitsch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Das Kapitel Äußeres des Bundesvoranschlages liegt dem Hohen Haus nicht nur am Ende eines bewegten Tages und am Ende einer bewegten Debatte vor, wir sprechen darüber auch am Ende eines Jahres, in dem es in der Weltpolitik viel Bewegung gegeben hat.

Es würde nun verlocken, wäre die Stunde nicht so spät, Herr Präsident, meine Damen und Herren, den Versuch zu machen, zumindest einige der Linien der Weltpolitik nachzuzeichnen, vor allem soweit sie das Verhältnis zwischen den Supermächten betreffen. Aber das hat vor mir schon der Herr Abgeordnete Hesele getan, und ich beschränke mich daher jetzt auf einen Bereich der Weltpolitik, der auch in einer gedrängteren Darstellung Platz haben sollte, weil von ihm uns auch heute Wellen der Krise entgegenschlagen. Ich meine die dritte Welt, in der die Apokalypse schon heute überall Probe hält: in Äthiopien, im Golfkrieg, in Dutzenden anderen vergessenen Konflikten, in Kurdistan, in Kambotscha, im Tschad, in Eritrea und Uganda.

So schön und wichtig es ist, meine Damen und Herren, und wir freuen uns darüber, daß scheinbar jedenfalls heute die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wieder in geordnetere Bahnen münden, sich diese Beziehungen irgendwo einpendeln zwischen kaltem Krieg und Entspannung, in einer neuen Form der Koexistenz, für die wir noch keinen Namen gefunden haben, so sehr schwelen diese anderen Krisen und Konflikte der dritten Welt weiter, sie drohen, manche von ihnen jedenfalls, das Klima der internationalen Beziehungen zu vergiften.

Deshalb ein Wort dazu, Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ist es nicht bedrückend, daß im Jahr 1985 nicht einen Schritt weitergekommen sind Versuche, der Krise im Nahen Osten neue Lösungsansätze entgegenzustellen? Nur wenig Resonanz, nicht nur in Israel, sondern auch in der arabischen Welt, hat die Verhandlungsbereitschaft gefunden, die in dem Übereinkommen zwischen König Hussein und Jassir Arafat zum Ausdruck gekommen ist. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Geprägt wurde das Geschehen im Nahen Osten weniger von neuen Friedensinitiativen als von Episoden der Gewaltanwendung, deren Namen Tunis, Achille Lauro und Beirut, immer wieder Beirut, lauten.

Dr. Jankowitsch

Daher bin ich froh darüber, daß in einer Erklärung, die von Abgeordneten aller drei Seiten dieses Hauses unterzeichnet wurde, neuerlich auf die Grundursache für das Anhalten der Krise im Nahen Osten hingewiesen wurde, nämlich auf das ungelöste Problem des palästinensischen Volkes.

Meine Damen und Herren! Wäre angesichts des Scheiterns oder der Fruchtlosigkeit so vieler anderer Bemühungen im Nahen Osten nicht vielleicht doch wieder einmal Zeit, sich der Vereinten Nationen zu erinnern, die in so vielen Phasen dieses Konflikts — wir haben am Freitag hier darüber gesprochen — eine positive, eine konstruktive Rolle gespielt haben? Sie besitzen vielfältige Einrichtungen und Instrumente, und vielleicht ist gerade diese Organisation in der Lage, einen Rahmen für Verhandlungen zwischen den Parteien anzubieten, Kontakte und Verbindungen zu erleichtern.

Aber nehmen wir uns zumindest eines vor, meine Damen und Herren: Unterstützen wir zumindest das humanitäre Werk der Vereinten Nationen im Nahen Osten, vor allem das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinenser in Wien, das in den letzten 35 Jahren unter härtesten Bedingungen Nahrungsmittel, Unterkünfte, ärztliche Betreuung und elementare Schuleinrichtungen für heute mehr als 2 Millionen Flüchtlinge zur Verfügung gestellt hat.

Ein anderer Brennpunkt der Krise in der dritten Welt ist das südliche Afrika. Seinen wohl schwersten Erschütterungen seit seinem Bestehen wurde in diesem Jahr das grausame und unmenschliche System der Apartheid ausgesetzt. Seine Grundlagen sind erschüttert, nicht nur in Südafrika durch den wachsenden Protest der Schwarzen, aber auch vieler weißer Menschen dieses Landes. Immer mehr vollzieht sich in der Welt, heute auch in den demokratischen Industriestaaten, der Prozeß der Isolierung, der Ächtung eines Systems. Heute leistet auch Österreich seinen Beitrag dazu, daß sich das Netz um Südafrika enger zieht, daß auch durch Sanktionen vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen den heute Verantwortlichen in Südafrika immer wieder vor Augen geführt wird, daß sie ihren verhängnisvollen Weg nicht ungestraft fortsetzen können.

Wir meinen, meine Damen und Herren, daß die Bundesregierung in Gemeinschaft mit den anderen demokratischen Industriestaaten, aber auch in jedem anderen möglichen Rahmen nach weiteren Mitteln und Wegen

suchen sollte, um den Druck auf Südafrika zu verstärken und damit ihren Beitrag zu dem so nötigen politischen Wandel in diesem Land zu leisten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Noch ein dritter Herd der Krise, von dem ich sprechen möchte, der auch in Österreich immer wieder ein starkes Echo auslöst und zu einem erstaunlichen Maß an Sensibilisierung für diesen Teil der Welt geführt hat: Ich spreche von Mittelamerika.

Meine Damen und Herren! Auch in Mittelamerika schreitet die Eskalation der Krise fort. Es verstärkt sich vor allen Dingen der Druck auf Nicaragua, das immer mehr in die unerbittliche Mühle des Ost-West-Konflikts zu geraten scheint. Sagen wir es ganz offen: Wir können nicht viel Verständnis aufbringen für den geradezu missionarischen Eifer, mit dem heute in der größten Demokratie der Welt der Bürgerkrieg in Nicaragua angefacht wird. Wir hegen berechtigte Zweifel, ob die echten, die wahren Probleme des Landes und der Region durch die Bewaffnung und Finanzierung einer Guerillaarmee gelöst werden können.

Ich sage es auch ganz offen: Wir waren und wir sind oft von Sorge erfüllt um den Weg, den die innere Entwicklung in Nicaragua nimmt, und daher war unsere Solidarität auch immer eine kritische Solidarität. Sie gilt in erster Linie den gepeinigten, zwischen Angst und Hoffnung hin und her schwankenden Menschen des Landes.

Daher haben wir auch den Regierenden in Managua immer wieder gesagt — zuletzt Bundeskanzler Sinowatz bei einer Begegnung mit Ortega in New York —, daß nur durch die strikte Beachtung der Grundsätze, mit denen die Revolution von 1979 angetreten ist: Pluralismus, Blockfreiheit, gemischte Wirtschaft, ihr Anspruch auf moralische, aber auch auf materielle Unterstützung der demokratischen Welt aufrechterhalten werden kann.

Aber wer auf der Verwirklichung dieser Werte und Grundsätze besteht — so mancher Schritt dazu wurde in Nicaragua schon getan, das muß man anerkennen —, der muß Nicaragua doch einmal auch die Chance geben, in Frieden und ohne äußeren Druck, ohne ständigen Nervenkrieg, ohne die starken Worte aus Washington einen Beweis anzutreten, den es aber unter den heutigen Bedingungen, in denen es wieder nach Krieg riecht in Mittelamerika, unter dem Geheul von Düsenjägern und Raketen, unter dem Marschritt der Contras nur sehr schwer antreten kann.

10976

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Jankowitsch

Daher ein Appell, meine Damen und Herren — dieser Appell gilt für den Osten und für den Westen —: Schicken wir nach Nicaragua nicht Contras oder Militärberater, sondern Entwicklungshelfer. Schicken wir nach Nicaragua und auch in andere Krisenonen, zum Beispiel nach Angola, nicht Waffen, sondern Pflugscharen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Krise in Mittelamerika wäre noch so manches andere zu sagen, zum Beispiel über den für uns viel zu bescheidenen, viel zu langsamem Aufbruch zur Demokratie, zur Wahrung der Menschenrechte in El Salvador, in Guatemala. Aber wir vergessen darüber nicht, daß im größten Teil Lateinamerikas ein echter und großer demokratischer Aufbruch weitergeht, daß heute in Südamerika in fast allen Ländern die Diktatur der Demokratie gewichen ist, und wir wissen es: Auch in Chile wird die Stunde der Freiheit bald kommen!

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich mehr ab als eine Aufgabe der österreichischen Außenpolitik, hier findet die österreichische Außenpolitik so manche Herausforderung. Dazu die Feststellung, daß sich auch im abgelaufenen Jahr, in diesem Jubiläumsjahr, die Außenpolitik auf diesem Feld mit Erfolg und mit Einfühlungsvermögen bewegt hat. Vor allen Dingen — das wurde schon gesagt, aber ich möchte es noch einmal wiederholen — im Bereich der Nachbarschaftspolitik, wo es gelungen ist, das bestehende Netz der Brücken und Verbindungen enger zu knüpfen, neue Brücken zu Nachbarn in Ost und West zu schlagen.

Damit ist und bleibt diese österreichische Nachbarschaftspolitik ein wesentliches Element der Entspannung in Europa, aber auch ein anderes. Sie soll auch die Völker Europas näher aneinanderrücken. Sie soll über die Barrieren wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Systeme, wie man heute so vornehm sagt — früher war das der Eiserne Vorhang —, über die Barrieren dieser Systeme hinweg nicht nur den Austausch von Gütern, sondern auch die Begegnung zwischen den Menschen, das freie Zirkulieren der Ideen begünstigen.

Deshalb, meinen wir, soll man diesen europäischen Dialog, den Ost-West-Dialog nicht nur den Staaten, den Regierungen überlassen, sondern daran sollten auch die Menschen selbst soviel als möglich teilnehmen, von den unabhängigen Friedensinitiativen im Osten bis zu den Schriftstellern, bis zu manchen Schriftstellern, die heute nur im Samisdat publizieren können, ja sogar auch jenen, die

sich durch Solidarność oder durch die Charta 77 vertreten fühlen.

Meine Damen und Herren! Aber nicht nur für europäische Völker, auch für Völker und Menschen der dritten Welt ist und bleibt Österreich ein geschätzter Partner, manchmal auch ein Licht der Hoffnung in ausweglosen Situationen. Das gilt für den Bereich der humanitären Politik, das gilt aber auch für die Menschenrechte, die Österreich auch im weiten Feld der dritten Welt mit Nachdruck verteidigt.

Das geht nicht immer ohne Anfeindungen, das hat gerade die Debatte um den mutigen Afghanistan-Bericht unseres Kollegen Felix Ermacora vor den Vereinten Nationen gezeigt. Aber gerade durch dieses mutige Eintreten Österreichs für die Menschenrechte auch in der dritten Welt wächst der Respekt, wächst die Achtung vor Österreich insgesamt, bleibt Österreich eine erste Adresse, was die Verteidigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in allen Teilen der Welt betrifft. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Dabei ist die österreichische Außenpolitik auch nicht, wie manchmal behauptet wird, nicht nur von österreichischen Zeitungen, auf einem Auge blind, wenn es um die Verletzung von Menschenrechten und Grundfreiheiten in allen Teilen der Welt geht.

Allerdings, und auch das sollte wieder einmal gesagt werden: Den Kampf gegen die Apartheid lassen wir uns nicht abhandeln, nicht wegargumentieren mit dem Hinweis, daß es ja auch unter der kommunistischen Diktatur eine permanente Verweigerung elementarer Grund- und Freiheitsrechte gebe.

Zuerst einmal, meine Damen und Herren, soll man uns Sozialisten nicht mangelnde Kenntnis der kommunistischen Diktatur vorwerfen. Ihre Folgen haben gerade die Sozialdemokraten in Osteuropa als erste kennengelernt. Aber es gibt eben eine Art, sich mit der kommunistischen Diktatur auseinanderzusetzen, und eine andere, sich mit einem System wie der Apartheid auseinanderzusetzen; da gibt es kein gegenseitiges Kompensieren und Aufrechnen.

Im übrigen muß die Art der Auseinandersetzung mit der Apartheid schon deswegen anders sein, weil gerade das südafrikanische System wirtschaftlich, politisch und sogar kulturell eingebettet liegt in unserem Teil der Welt und weil daher jede westliche Demokra-

Dr. Jankowitsch

tie und somit auch Österreich eine Verantwortung besonderer Art für das trägt, was in Südafrika geschieht.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß sagen, daß der außenpolitische Kommentator einer österreichischen Tageszeitung, die immer wieder versucht — ein löblicher Versuch —, ihrem Großformat Ehre zu machen, daß dieser außenpolitische Kommentator gemeint hat, die österreichische Außenpolitik befindet sich auf Kurssuche.

Es wäre traurig bestellt um die österreichische Außenpolitik und um ihre Verantwortlichen, zu denen letztlich auch das Parlament gehört, wäre eine solche Feststellung richtig. Wahr ist nämlich etwas ganz anderes. Die österreichische Außenpolitik befindet sich heute ebenso wie in all den letzten Jahren auf klarem Kurs. Ein Kurs, der einerseits von den unverrückbaren Parametern Staatsvertrag und Neutralität und andererseits von dem festen Willen Österreichs bestimmt ist, diese zeitgenössischen Formen seiner Existenz mit positivem Inhalt zu erfüllen. Das beweisen der Respekt und das Vertrauen, die unserem Land aus allen Teilen der Welt entgegenschlagen. Dieser Kurs der Außenpolitik ist daher klar und transparent in Europa, außerhalb Europas und in den großen internationalen Organisationen.

Wir bedürfen daher auch, um den Inhalt dieser Politik zu beschreiben, keiner neuen Schlagworte und keiner Suche nach dem Kurs. Wir müssen von Mitteleuropa nicht viel reden, weil wir diesem Begriff, soweit er für die heutige Zeit reale Bedeutung hat, mit unserer Nachbarschaftspolitik schon längst konkreten Inhalt gegeben haben. Bundeskanzler Sinowatz hat ihn mit dem von ihm initiierten Dialog der Gegensätze um eine neue Variante bereichert.

Wir müssen auch von Europa nicht viel reden, weil niemand Österreich näher an Europa, an die europäische Integration und auch an die Europäischen Gemeinschaften herangerückt hat als die Bundesregierungen unter Führung der Sozialistischen Partei und heute unter Führung von SPÖ und Freiheitlichen.

Von europäischem Geist ist gerade auch die Außenpolitik dieses Landes immer wieder gezeichnet gewesen. In europäischem Geist geht Österreich auch an Probleme heran, die noch vor kurzem gänzlich beherrscht erschienen vom Dämon des Nationalismus, des Chauvinismus und des Bruderhasses.

Das gilt heute auch für Südtirol. Zu den von Österreich gut gelösten außenpolitischen Aufgaben, ebenso aber auch ohne Zweifel zu den wichtigsten Herausforderungen der Zukunft gehört unsere permanente Sorge um das Schicksal der österreichischen Minderheit in Italien, gehört die Südtirolpolitik.

Die Verwirklichung der Autonomie — es wurde heute abend mit Recht schon darüber gesprochen — ist in ein entscheidendes Stadium eingetreten. Sie hat sich auf vielen Gebieten bewährt, sie ist zu einem festen Bestandteil des Südtiroler Lebens geworden. Sie bedarf aber auf manchem Gebiet noch der Verwirklichung und — auch das muß gesagt werden — des Verständnisses, der Annahme nicht zuletzt auch durch die italienischen Mitbürger der Südtiroler.

Ganz entscheidend scheint mir aber jedenfalls zu sein, meine Damen und Herren, daß sich gerade das heutige, das sensible Stadium der Verwirklichung der Autonomie in Südtirol, ein Vorgang, der wichtig ist nicht nur für die Südtiroler deutscher Zunge, sondern auch für die Südtiroler italienischer Zunge, daß sich dieser Vorgang abwickeln kann in einem Klima, das nicht beeinträchtigt ist von nationalistischer Überhitzung, das nicht beeinflußt wird von den Heißspornen, die es in beiden Volksgruppen gibt, leider — auch das ist schon gesagt worden — auch von einer manchmal ganz unverständlichen Berichterstattung in der italienischen Presse, in der man in letzter Zeit mehrmals das böse Wort von einer angeblichen Apartheid in Südtirol lesen mußte.

Ich glaube, das neue und vertrauensvolle Verhältnis, das sich gerade in den letzten Jahren zwischen Österreich und Italien ausgebildet hat, das gute persönliche Verhältnis zwischen Kirchschläger und Cossiga und zwischen Sinowatz und Craxi, zwischen unserem Außenminister Gratz und Andreotti, könnte viel dazu beitragen, um das richtige Klima zu schaffen für die Realisierung der Autonomie Südtirols.

Meine Damen und Herren! Österreich — das soll am Ende eines Jubiläumsjahres nicht ohne berechtigten Stolz noch gesagt werden — hat einen langen Weg zurückgelegt seit dem denkwürdigen 15. Mai 1955. Es war ein Weg des Erfolges, der Sicherheit, der heute Österreich in der Welt zu einem Land macht, das keine Feinde hat. Das ist vor allem das Ergebnis einer guten und ideenreichen Außenpolitik.

10978

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Jankowitsch

Sie wird sich neuen Herausforderungen in Ost und West, in Nord und Süd daher auch in den kommenden Jahren mit Mut und mit Entschlossenheit und mit Gerechtigkeit stellen. Die Voraussetzungen dafür sind gut. Viele talentierte Männer und Frauen im Bereich des Auswärtigen Dienstes, aber auch die wachsende Zahl jener, die sich in Solidaritätsgruppen, in der Friedensbewegung, in Menschenrechtsgruppen für internationale Probleme engagieren, sind ein Garant dafür, daß eine gute Präsenz Österreichs draußen in der Welt gesichert ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich unter Hinweis auf die Herausforderungen, die vor der österreichischen Außenpolitik liegen, nun einen Entschließungsantrag einbringen namens der Abgeordneten Peter, Dr. Steiner und Dr. Jankowitsch betreffend Bericht der österreichischen Bundesregierung über fortgesetzte Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit unter besonderer Berücksichtigung des KSZE-Prozesses:

Entschließungsantrag

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Bericht über ihre fortgesetzten Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit vorzulegen.

Es soll damit, meine Damen und Herren, eine gute Tradition in diesem Hause fortgesetzt werden, dem Nationalrat vor dem Hintergrund großer internationaler Entwicklungen über die Bemühungen zu berichten, die die Bundesregierung zur Erhaltung des Friedens in Freiheit unternimmt.

Ich bitte, diesem Entschließungsantrag die Zustimmung zu erteilen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*) ^{23.17}

Präsident: Der soeben vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Peter, Dr. Steiner und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung. Gemäß § 55 Abs. 4 der Geschäftsordnung erfolgt die Abstimmung hierüber nach der dritten Lesung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ettmayer.

^{23.17}

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestat-

ten Sie zunächst kurz zwei Sätze zum Abgeordneten Marsch. Herr Zentralsekretär, das Ansehen unseres Landes ist natürlich substantiell für die Wirkungskraft unserer Außenpolitik. Wir alle haben uns entscheidend bemüht, und wir wissen es auch. Dieses Ansehen sollte eben ein Bestandteil unserer Außenpolitik sein.

Wenn Sie jetzt, Herr Zentralsekretär, sagen, dieses Ansehen sei beeinträchtigt, so ist das richtig. Das können wir nachlesen in allen internationalen Zeitungen von „Le Monde“ bis zur „New York Times“ und von der „Neuen Zürcher“ bis ich weiß nicht zu welchen Zeitungen.

Überall finden wir Artikel über das beeinträchtigte Ansehen unseres Landes. Daß dafür natürlich primär die Regierung verantwortlich ist, das, glaube ich, brauche ich gar nicht zur betonen. Ich möchte mich diesbezüglich gar nicht in eine Debatte einlassen, ich möchte nur eines sagen: Herr Zentralsekretär, Sie sollen nicht jene angreifen, die auf die neue, schwierige Situation hinweisen, sondern Sie sollen auf jene hinweisen, die gerade dieses Ansehen beeinträchtigt haben. (*Beifall bei der ÖVP*)

Das zweite: Natürlich, ich weiß, es haben innerhalb der Sozialistischen Partei — Sie haben ja einige ganz gute Strategen — in der letzten Zeit einige Diskussionen stattgefunden mit der Zielsetzung: Wie können wir vom VOEST-Debakel ablenken.

Jetzt sind Sie eben auf die Idee gekommen: Beginnen wir einen Streit mit dem Obmann der Österreichischen Volkspartei! (*Abg. Dr. Schranz: Sie haben den Streit begonnen!*) Dazu möchte ich Ihnen eines sagen, Herr Zentralsekretär: Die Menschen dieses Landes wollen keine künstliche Aufregung, sondern sie wollen eine Problemlösung. Sie wollen wissen, wie die Probleme dieses Landes gelöst werden. (*Beifall bei der ÖVP*)

Herr Bundesminister, Sie haben von der Europapolitik gesprochen. (*Lebhafte Zwischenrufe. — Zwischenrufe des Abg. Windsteig. — Abg. Graf: Immer, wenn er wach wird, schreit der Windsteig wie ein kleines Kind! Der Windsteig wird wach und fängt zu plärren an! — Heiterkeit bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Herr Windsteig, ich bin schon ganz woanders. Sie sind noch hinten.

Dr. Ettmayer

Herr Bundesminister! Sie haben davon gesprochen, daß die Europapolitik pragmatisch geführt werden müßte. Sicherlich, ich glaube, Sie selber haben aber auch angedeutet, daß dieser Pragmatismus von einer gewissen Vision geleitet werden müßte.

Darüber hinaus gibt es natürlich auch bei einer pragmatischen Vorgangsweise einen kleinsten gemeinsamen Nenner und einen größeren gemeinsamen Nenner. Ich glaube sagen zu können, daß wir uns um diesen größeren gemeinsamen Nenner bemühen.

Meine Damen und Herren! Wir haben gerade auch anläßlich der Budgetdebatte immer wieder meines Erachtens zu Recht Kritik am Budget für das Außenministerium und auch Kritik an einigen außenpolitischen Aktionen geübt. Vor allem dann Kritik, wenn wir geglaubt haben, daß diese Aktionen, daß diese Politik letztlich nicht im Interesse unseres Landes gelegen ist.

Herr Kollege Khol hat heute schon angedeutet, daß wir glauben, daß der jüngste Außenpolitische Bericht durchaus neue Akzente hat, durchaus Akzentsetzungen aufgewiesen hat, wie wir sie in unserer Grundsatzresolution aufgezeigt haben. Ich stehe nicht an, Herr Bundesminister Gratz, zu sagen, daß ich glaube, daß Sie sich durchaus auch bemühen und vielleicht mehr bemühen als Ihre Vorgänger, eine Politik im Interesse unseres Landes zu machen. Das heißt also, eine Politik, die ausgerichtet ist auf die Sicherheit unseres Landes, auf die Unabhängigkeit unseres Landes und vor allem auch, was ganz wichtig ist, auf eine notwendige Vorsorge im Krisenfall.

Ich habe subjektiv den Eindruck, und ich bewerte das positiv, daß Sie sich von einzelnen Aktionen Ihrer Vorgänger abheben. Daher verstehe ich umso weniger, Herr Bundesminister, warum Sie und wie oft Sie von der Kontinuität in der Außenpolitik sprechen, wo wir doch, glaube ich, wirklich sagen können, daß in der Vergangenheit nicht unwe sentliche Fehler gemacht wurden, etwa was die falsche Einschätzung der Entspannungs politik oder den Antiamerikanismus betroffen hat oder auch, was die Außenpolitik immer weiter weg von den Interessen Österreichs und auch territorial weiter weg von Österreich geführt hat.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Wollen Sie sich von diesen Fehlern der Vergangenheit distanzieren, und wofür entscheiden Sie sich? Sind Sie für die Kontinuität, auch was

diese Fehler betrifft, oder wollen Sie eine andere Politik, wie wir sie immer wieder vorgeschlagen haben?

Was die unrealistische Einschätzung der Entspannungspolitik betrifft, so hat es bei einigen Ihrer Vorgänger einen euphorischen Glauben an das Wort gegeben. Man hat offensichtlich geglaubt, Worte allein könnten Realitäten verändern, und, was meines Erachtens zu kritisieren ist, man hat nicht bedacht, daß die Sicherheit unseres Landes nicht von Worten, sondern von tatsächlichen Gegebenheiten abhängt. Vor allem hat man offensichtlich nicht bedacht, daß eine Großmacht, deren Außenpolitik noch dazu auf einer revolutionären Ideologie aufbaut, sicherlich immer expansive Tendenzen haben wird. Ich sage Ihnen daher, Herr Bundesminister: Distanzieren Sie sich von diesen Fehlern der Vergangenheit!

Wir von der Österreichischen Volkspartei haben immer wieder verlangt, daß als wesentlicher Punkt unserer Außenpolitik die Nachbarschaftspolitik gefördert wird. Bundeskanzler Kreisky, auch einige Ihrer Vorgänger, haben sehr viel Zeit und sehr viel Energie für sehr wenig Erfolg weit weg von Österreich verwendet. Ich möchte durchaus sagen, daß hier Mißerfolge immer deutlicher zutage getreten sind. Und wenn es heute Krisen gibt, wenn es heute ein VOEST-Debakel gibt, dann wollen wir sicherlich kein politisches Kleingeld einlösen, wir wollen aber sehr wohl darauf hinweisen, daß offensichtlich gewisse Strategien zu keinem Erfolg geführt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Es wird heute sicherlich zu Recht Kritik am Management der „Intertrading“ geübt. Aber, meine Damen und Herren, warum wurde denn diese „Intertrading“ überhaupt errichtet? Das waren primär gar nicht die VOEST-Manager, das waren Regierungsmitglieder, das war der Herr Bundeskanzler Kreisky, das waren die Außenminister, die verlangt haben, daß sie nach jeder Auslandsreise mit großartigen Aufträgen nach Hause kommen können, die geglaubt haben, sie müßten nach jeder Auslandsreise Erfolge vortäuschen, und die geglaubt haben, Erfolge auch dann mit nach Hause nehmen zu müssen, wenn sie aus Zahlungsunfähigen Ländern gekommen sind.

Herr Bundesminister, ich darf Sie auch diesbezüglich auffordern: Distanzieren Sie sich von dieser Politik, machen Sie eine Politik, die mehr im Interesse unseres Landes liegt! (Beifall bei der ÖVP.)

10980

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Dr. Ettmayer

Da ich gesagt habe, es wurde eine Politik gemacht, die wir offensichtlich nicht vertreten können, darf ich auch auf den Antiamerikanismus verweisen. Ich habe hier ein ganzes Dossier mit antiamerikanischen Äußerungen Ihrer Vorgänger, von Bundeskanzler Kreisky, Beschimpfungen des Präsidenten. Es gab damals eine Unterstützung Kubas im Sicherheitsrat, man hat von einer Äquidistanz gesprochen, Österreich wäre gleich weit entfernt von den westlichen Demokratien und von kommunistischen Staaten.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir sagen können, daß diese Politik nicht zielführend sein konnte, nicht zielführend sein kann. Ich möchte durchaus betonen, Herr Bundesminister Gratz, daß ich glaube, feststellen zu können, daß es in Ihrer Politik sehr wohl Anzeichen dafür gibt, daß Sie sich von diesen Fehlern der Vergangenheit distanzieren wollen. Es liegt aber jetzt an Ihnen, festzustellen, wie weit Sie sich wirklich distanzieren wollen und wie weit Sie hier eine falsche Kontinuität aufrechterhalten wollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie, Herr Bundesminister, werden daran gemessen werden, was Sie sich selbst als Ziel gesetzt haben, etwa die Erhöhung des Budgets. Ich sage das ganz bewußt, ich darf mich da nicht dem Verdacht aussetzen, daß ich sage, wir verlangen mehr. Wenn aber das Budget des Außenministeriums etwa ein Zehntel des Bundeszuschusses zu den Bundesbahnen beträgt oder etwa so hoch ist wie die Leistungen des Steuerzahlers für die Bündestheater, dann kann man sehr wohl sagen, daß hier Umschichtungen möglich sind.

Das Budget des Außenministeriums hat immer noch die Struktur des Budgets einer Sektion. Es liegen große Hoffnungen bei Ihnen, Herr Bundesminister, daß Sie als politisch verankerter Minister hier eine Änderung erreichen können.

Wir werden Sie daran messen, wieweit Sie eine Politik für Mitteleuropa machen, die Kräfte, die in unserer Diplomatie eingesetzt wurden, wieder auf die Nachbarländer konzentrieren, und wir werden Sie selbstverständlich daran messen, Herr Bundesminister, wieweit Ihnen das gelingt, was Sie zur Kulturpolitik selbst gesagt haben: daß Sie die Ressourcen mobilisieren wollen, besser mobilisieren wollen und daß Sie eine wirkungsvollere und besser koordinierte Kulturpolitik machen wollen.

Herr Bundesminister! Es liegt an Ihnen, ob

wir die Zustimmung, die Sie teilweise bei uns haben, in Zukunft weiter ausbauen können. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{23.28}

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Höchtl.

^{23.28}

Abgeordneter Dr. Höchtl (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach drei Stunden Diskussion über außenpolitische Fragen können wir feststellen, daß Gott sei Dank die meisten der Beiträge wirklich konstruktiv waren und sich mit etlichen Lösungsansätzen zu verschiedenen Themen beschäftigt haben.

Bedauernd müssen wir allerdings festhalten, daß eine derartige Stellungnahme tatsächlich eine arge Entgleisung war. Daß sich zu beschämenden Äußerungen jemand hat hinreißen lassen, müssen wir in einer außenpolitischen Debatte wirklich bedauern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Beispielsweise ist ein sehr konstruktiver Ansatz in der ganzen Diskussion der Europapolitik gefunden worden. Meine Freunde Dr. Khol und Dr. Steiner sind insbesondere auf unsere diesbezüglichen Vorstellungen eingegangen. Minister Gratz hat es nicht verabsäumt, einige positive Akzente zu diesen Ausführungen besonders des Kollegen Steiner zu setzen. Ich glaube, eine durchaus konstruktive Form außenpolitischer Diskussion, wie es notwendig ist, wenn man gemeinsam versuchen möchte, in diesem so wichtigen Bereich der Europapolitik Fortschritte zu erzielen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte es auch nicht versäumen, einer Gruppe, die bei der Erarbeitung dieses Europapapiers wirklich wesentliche Beiträge geleistet hat, nämlich der Jungen ÖVP, die vier Hearings mit allen Parteien abgehalten und etliche Diskussionen dazu veranstaltet hat, zu danken, weil auch dies zeigt, daß die Jugend an einer Weiterentwicklung der Europapolitik mehr als interessiert ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich will mich als letzter Redner nur in einigen wenigen Minuten mit einem Phänomen beschäftigen, das wir alle — ich hoffe, wir alle — zutiefst bedauern, nämlich wenn soviel über Menschenrechte diskutiert wird und wir im letzten Bericht der Amnesty International wiederum die Mitteilung erhalten, daß noch in 123 Staaten der Welt die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, daß es in 98 Ländern konstant zu Folterungen kommt und daß rund 500 000 Menschen in aller Welt aus poli-

Dr. Höchl

tischen Gründen, aus religiösen Gründen oder aus Gründen ihrer rassischen Zugehörigkeit verfolgt werden.

Das heißt, hier ist noch ein enorm weites Feld, wo es gilt, auch in unseren außenpolitischen Überlegungen die These zu verfolgen, daß wir uns in der Beobachtung, im Aufzeigen und im Bekämpfen von Menschenrechtsverletzungen nicht davon leiten lassen, ob dies in Regimen passiert, die linksdiktatorisch oder die rechtsdiktatorisch sind. Ich glaube, überall, wo derartige Verletzungen vorkommen, müssen wir uns als Demokraten konsequent dagegen wenden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir wissen schon, daß etliche Regierungen noch nicht einmal bereit sind, zu derartigen Prozessen Beobachter zuzulassen. Und wir wissen schon, daß etliche Beschwerden der Vereinten Nationen nicht einmal beantwortet werden. Aber das kann für uns nicht akzeptabel sein, und wir betrachten diese Menschenrechtsverletzungen als ein Phänomen, bei dem die internationale Verantwortung zum Tragen kommen muß und wo man den Ausschluß der verschiedenen menschenrechtsorientierten Länder von solchen Prozessen et cetera nicht akzeptieren kann. Das ist auch ein Grundsatz, zu dem sich alle Parteien, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen, bekennen sollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade wenn wir uns in unserer näheren Umgebung umsehen, in der Tschechoslowakei, in Polen, in der UdSSR, stoßen wird dort auf flagante und enorm hohe Zahlen von Menschenrechtsverletzungen.

In den letzten Tagen haben wir wieder gehört, daß systematisch Priester und Gläubige in der ČSSR an der Ausübung ihrer grundlegenden religiösen Rechte gehindert werden. In der UdSSR sind derzeit 350 Gläubige nur wegen ihres Glaubens eingesperrt. Und in Polen haben wir noch immer die Situation, daß es jenen, die sich für eine Gewerkschaftsbewegung, dort für die Solidarność, einsetzen wollen, verboten ist, sich in einer Gewerkschaftsbewegung wieder zu organisieren.

Es war gerade in den letzten Tagen beschämend, wenn wir feststellen mußten, daß der Präsident der Sozialistischen Internationale Brandt nach Polen fährt und dort zwar die Zeit hat, mit Jaruzelski, demjenigen, der die Bevölkerung unterdrückt, zu konferieren, aber keine Zeit findet für jenen Mann, der die Solidarność aufgebaut hat und jetzt unter der

Gewaltherrschaft zu leiden hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist sicherlich etwas, was nicht akzeptabel ist. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Oder wenn zur gleichen Zeit oder wenige Tage später Jaruzelski nach Paris eingeladen wird, von Mitterand als erstem westlichen Staatsoberhaupt empfangen wird und sozusagen sein internationales Prestige als eines, das Gewaltherrschaft in Polen ausübt, aufgewertet wird.

Das sind Vorfälle, die wir uns nicht als Beitrag zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in diesen Ländern vorstellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe gesagt, ich werde kurz sein, ich werde auch dazu stehen. Ich glaube nur, wir sollten alle bemüht sein, wo immer solche Menschenrechtsverletzungen, insbesondere in unseren Nachbarstaaten, vorkommen, sie aufzuzeigen. Wenn wir sie konsequent aufzeigen und konsequent gemeinsam bekämpfen, dann können wir einen wesentlichen Beitrag zu dem leisten, was die Vorbedingung des Friedens ist, nämlich die konsequente Einhaltung der Menschenrechte als die *Conditio*, ohne die Friede nicht vorstellbar ist. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{23.35}

Präsident: Bitte die Plätze einzunehmen. — Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe III des Bundesvoranschlages 1986. Diese umfaßt das Kapitel 20 in 740 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Abstimmung über Fristsetzungsantrag

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag, dem Verfassungsausschuß zur Berichterstattung über den Antrag 147/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 17. Dezember 1985 zu setzen.

10982

Nationalrat XVI. GP — 123. Sitzung — 16. Dezember 1985

Präsident

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit, somit abgelehnt.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 175/A und 176/A eingebbracht worden sind.

Ferner sind die Anfragen 1789/J und 1790/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für morgen, Dienstag, den 17. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen (740, Zu 740 und 777 der Beilagen)

Beratungsgruppe IX Handel, Gewerbe, Industrie und

Beratungsgruppe XI Finanzen

sowie Text des Bundesfinanzgesetzes und aller Anlagen, soweit sie noch nicht in Verhandlung gestanden sind.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 23 Uhr 40 Minuten